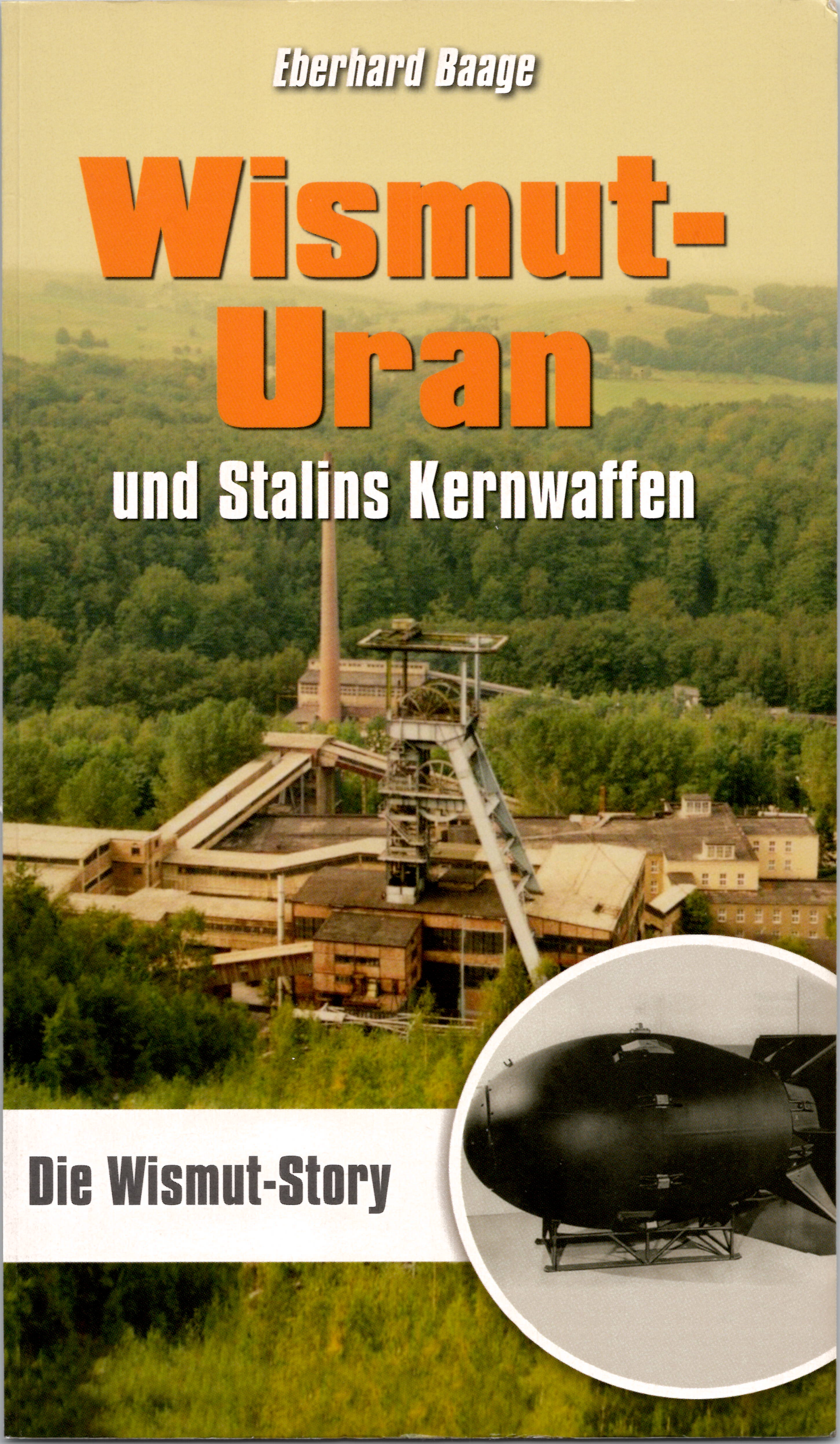
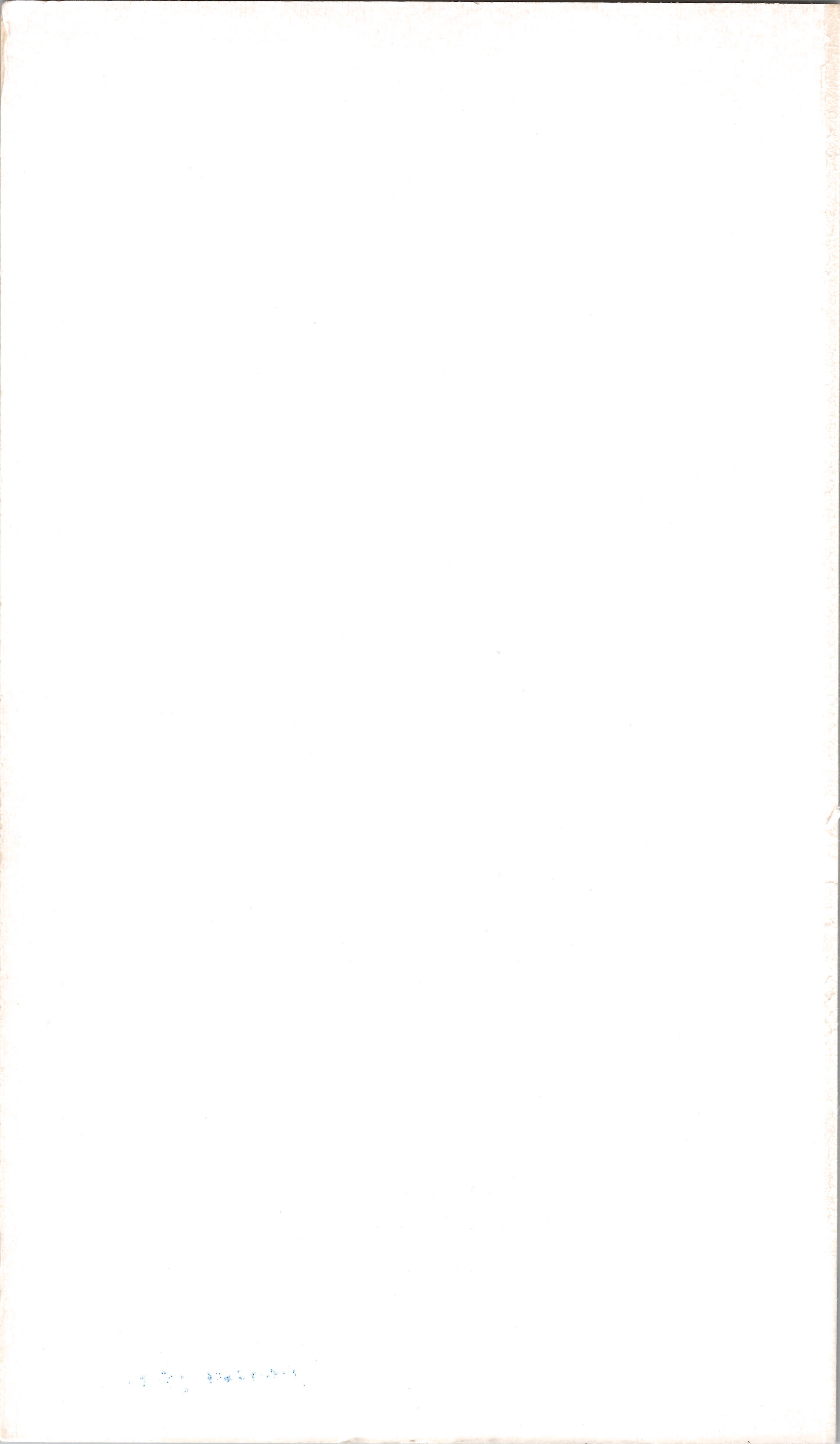

Eberhard Baage
Wismut-Uran
und Stalins Kernwaffen
Die Wismut-Story



Wismut-Uran

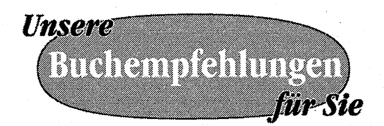
und Stalins Kernwaffen

Dem Autor ist, dank akribischer Recherche, ein umfangreiches populärwissenschaftliches Buch zum Thema Radioaktivität im Geflecht von Wissenschaft und Politik gelungen. Er beschreibt die Ahnungslosigkeit im Umgang mit radioaktiven Stoffen, als diese in ihrer Wirksamkeit noch nicht vollständig erforscht waren. Später dann, als Wissen vorhanden war, die Nachlässigkeit, mit der jahrelang Raubbau an der Natur und dem Menschen begangen wurde und nicht zuletzt die Atomkraft, die in Zeiten des Kalten Krieges zur Abschreckung dienen sollte und vordem, den Einsatz der Atombombe in Japan und ihre schreckliche Auswirkung. Ihm ist damit ein umfassendes Werk gelungen, welches nicht nur äußerst interessant zu lesen ist sondern auch teilweise verloren gegangenes Wissen auffrischt und zudem vertieft.

Dieses Buch könnte bedenkenlos im Lehrbereich eingesetzt werden, zeigt es doch nicht nur wichtige geschichtliche Ereignisse und ihre Daten auf — auch der besonnene Umgang mit diesen Materialien, für eine unbeschwerte Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder, wird dem Leser nachhaltig ans Herz gelegt.



69838



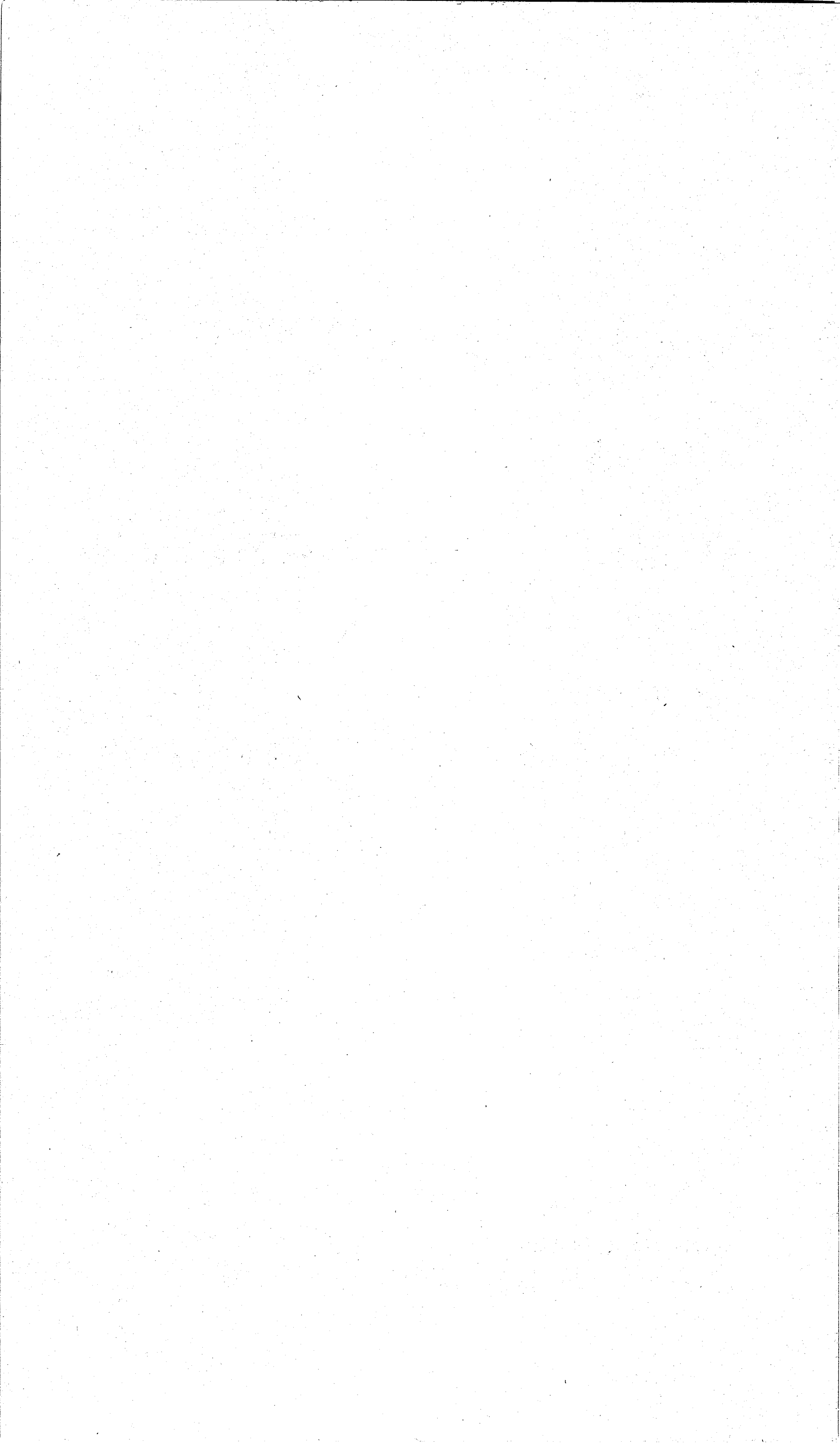
SONDERAUSGABE

Exklusiv für unsere Leser

Tel.: 018 05 / 30 99 99

(0,14 €/Min., Mobil max. 0,42 €/Min.)

www.buchredaktion.de



Eberhard Baage

Wismut-Uran und Stalins Kernwaffen

SONDERAUSGABE
„Unsere Buchempfehlungen für Sie“

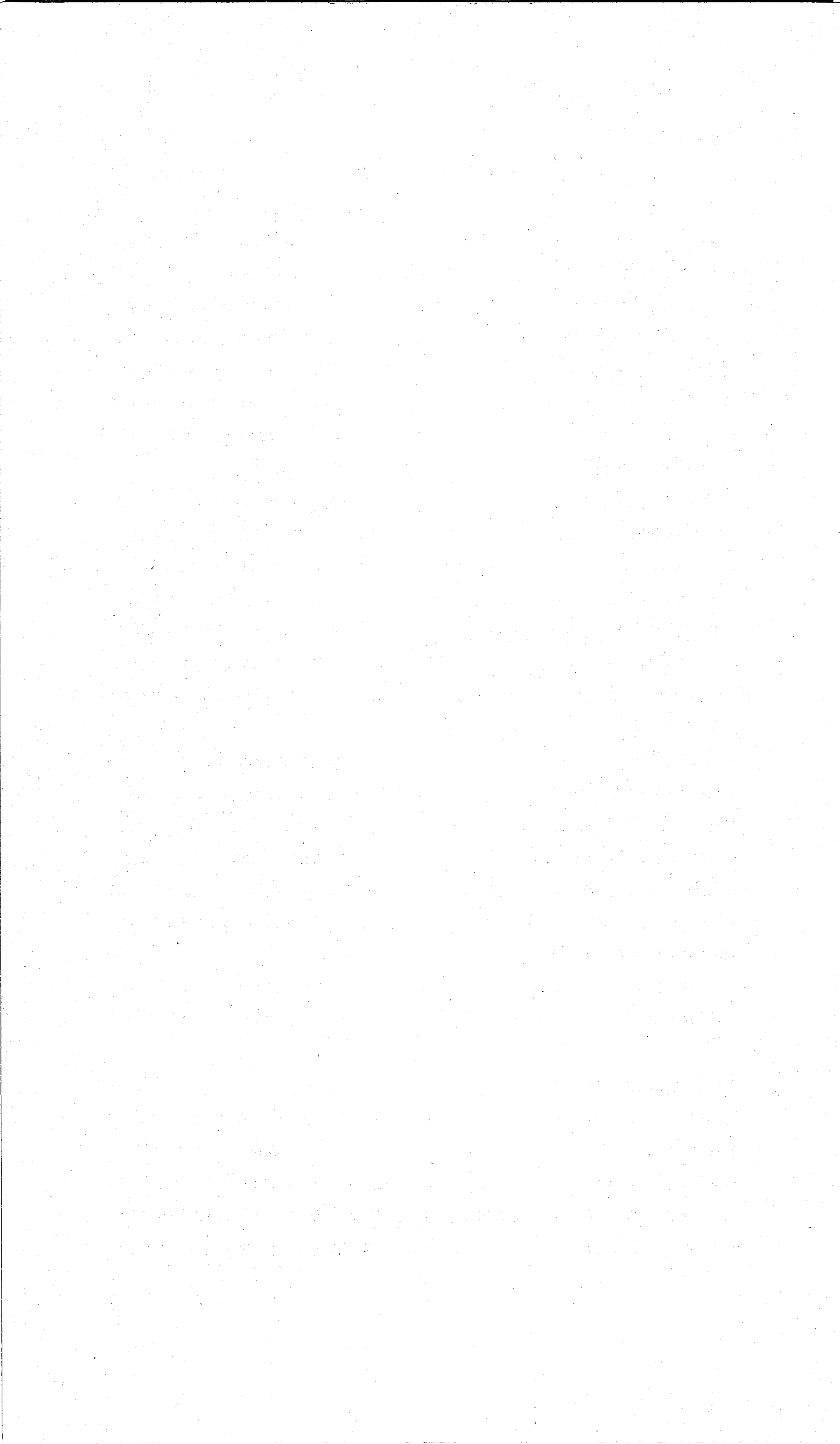
1. Auflage dieser Sonderausgabe
„Unsere Buchempfehlungen für Sie“
AC Distribution & Marketing GmbH
Alexanderstraße 1, 10178 Berlin

Tel.: 018 05 / 30 99 99
Fax: 018 05 / 35 35 42
(0,14 €/Min., Mobil max. 0,42 €/Min.)

Umschlaggestaltung: Nina Kundt, ACDM
Druck und Bindung: CPI Moravia Books GmbH

www.buchredaktion.de

Inhalt



Prolog Nr. I

Nur wenige Wochen nach dem Ende der Kämpfe gegen Hitlerdeutschland kamen die führenden Vertreter der drei großen Siegermächte des II. Weltkrieges auf dem europäischen Kontinent in Potsdam, der alten Residenzstadt preußischer Könige, zu einem letzten gemeinsamen Treffen zusammen. Auf der Tagesordnung standen Beratungen über den Umgang mit dem besiegten Deutschland und der im Verlaufe des II. Weltkrieges neu entstandenen politischen und geografischen Situation in Europa.

Eigentlich war vorgesehen, dass sich die Sieger nach dem Ende der Kämpfe in Berlin, dem einstigen politischen Ausgangspunkt des Krieges zusammensetzten wollten, doch in der schrecklich zerstörten deutschen Hauptstadt hätte sich nur schwer ein für diese Konferenz geeigneter Platz gefunden und außerdem hatten die Siegermächte zu dieser Zeit gerade damit begonnen, die Stadt in Sektoren einzuteilen und ihre Besatzungsbehörden zu installieren.

So fiel ihre Wahl auf das unweit von Berlin liegende Potsdam, was einerseits der Nachkriegsnot geschuldet, zum anderen aber auch wieder kein Zufall war, denn diese Stadt und der sich in ihr einst entwickelte Geist galt bereits seit den Zeiten Friedrich Wilhelms des Ersten und des Großen Friedrichs als Quelle und Herd von Preußentum und Militarismus, welche man nun gemeinsam aus der Welt zu schaffen gedachte.

Auf diese, nicht ganz zufällige Weise erfuhr die Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 einmal mehr an Symbolik.

In den Jahren zuvor, noch während des Krieges, war es an mehreren Punkten der Welt zu einer Reihe ähnlicher Zusammenkünfte zunächst britischer und amerikanischer, später dann auch sowjetischer Politiker und Militärs gekommen, in deren Verlauf Vereinbarungen über die Abstimmung und Koordinierung des alliierten Handelns gegen Hitlerdeutschland und seine Verbün-

deten geschlossen wurden sowie auch erste Absprachen und Abkommen zu einem gemeinsamen Vorgehen nach dem Sieg über die Achsenmächte stattfanden, wobei jedoch zunächst die Niederwerfung des gemeinsamen Feindes Hitlerdeutschland absoluten Vorrang vor allen anderen über das Ende des Krieges hinaus reichenden Fragen genoss.

Auch waren die großen Drei bei ihrem nur ein knappes halbes Jahr zurückliegenden Treffen in Jalta übereingekommen, dass sich die Sowjetunion etwa drei Monate nach dem Ende der Kämpfe in Europa am noch immer anhaltenden Krieg der USA und Englands gegen Japan beteiligen sollte.

Nun, nur etwas mehr als zwei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation des Nazireiches, traf man auf dem Boden des gemeinsam geschlagenen Hitlerdeutschlands zu einem erneuten Treffen zusammen, um sich zum einen über die Behandlung zu einigen, welche dem besiegten Deutschland auferlegt werden sollte.

Und zum anderen hegte man den so überaus löblichen Vorsatz, im gesamten Europa Bedingungen zu schaffen, die ein erneutes Eintreten kriegerischer Auseinandersetzungen fürderhin unmöglich, ja sogar überflüssig machen sollten.

Eine zu diesem Themenkomplex erreichte scheinbare Einigkeit während dieser Konferenz stand jedoch nur auf dem Papier eines gemeinsamen, abschließenden Kommuniques..., weiterreichende Übereinkünfte, wie etwa gemeinsame Beschlüsse, kamen während des Potsdamer Treffens bereits nicht mehr zustande... Die Positionen der einstigen Verbündeten des großen Krieges, insbesondere ihre Vorstellungen über die Gestaltung ihrer nach dem Sieg über Hitlerdeutschland zu betreibenden Nachkriegspolitik, drifteten bereits in der letzten Phase der Kämpfe auf dem europäischen Konti-nent in zunehmenden Maße auseinander. Die alten, im Verlaufe des Krieges unter dem Druck des gemeinsamen Feindes nur notdürftig und oberflächlich kaschierten und verdrängten Gegensätze waren noch immer vorhanden und begannen erneut aufzuleben...

Nicht ohne tieferen Grund lautete die für die Potsdamer Zusammenkunft gewählte Codebezeichnung „Terminal“, soviel wie Endstation.

Auch wenn man dergleichen zuzugeben sich im Sommer 1945, nur wenige Wochen nach dem Ende des blutigsten Krieges der gesamten Geschichte und in einem zu weiten Teilen furchtbar zerstörten und verelendeten Europa, noch etwas zurückhielt...

Von nun an gedachten die Großen Drei wieder auf getrennten Wegen zu wandeln, besonders was den einen von ihnen betraf... Eine reine Zweckgemeinschaft war nun am Endpunkt ihrer sie einmal einigenden Interessen angelangt, denn nun, nachdem hier im schrecklich zerstörten Deutschland der gemeinsame Feind zerschlagen und nur noch der Gnade der Sieger ausgeliefert am Boden lag, war sie ihrer einstigen und für alle Beteiligten so bitteren Notwendigkeit ein für allemal entledigt. Man bedurfte ihrer nicht mehr – so meinte man jedenfalls.

Sechzehnter Juli 1945 - 69 Tage zuvor verstummten in Europa die Waffen, doch um die Inselwelt des pazifischen Kriegsschauplatzes sowie auch auf dem asiatischen Festland, noch immer weit entfernt von den Hauptinseln des japanischen Mutterlandes, tobten unvermindert schwere und opferreiche Kämpfe zwischen amerikanischen und britischen Truppen und den fanatisch und völlig kompromisslos kämpfenden Streitkräften des Reiches der aufgehenden Sonne.

Politiker und Militärs waren durchaus einig in der Ansicht, dass erst eine Landung amerikanischer Heeresverbände auf den Hauptinseln des japanischen Kaiserreiches eine Entscheidung dieser Auseinandersetzung herbeiführen würde, der Zeitpunkt einer groß angelegten Invasion in die Kerngebiete des Reiches des Tenno lag allerdings noch in weiter Ferne. Erste Hochrechnungen der bei den Landungen auf Iwo Shima und Okinawa aufgetretenen Verluste amerikanischer Streitkräfte auf die zu erwartenden Kämpfe während einer Invasion des japanischen

Mutterlandes zeichneten ein überaus ernüchterndes, düsteres Bild militärischer Erwartungen in Bezug auf den Verlauf der Kampfhandlungen um die japanischen Hauptinseln.

Es wagte kaum jemand in Amerika öffentlich einzuschätzen, welche ungeheuren Menschenverluste ein derartiger Angriff fordern und wie viel Zeit noch bis zum Ende auch dieses Krieges verstreichen würde.

Militärische Planer rechneten bei einer Invasion des japanischen Mutterlandes mit einer Dauer des Krieges bis in das Jahr 1947, möglicherweise sogar bis 1948 hinein und dabei mit Opfern an Menschenleben und Material für Amerika, welche die des bisherigen Krieges in Europa und Ostasien noch weit übertreffen würden. Niemand wagte tatsächlich einzuschätzen, wie die Öffentlichkeit der USA auf einen derartig hohen Blutzoll reagieren würde...

An diesem, wie sich im Verlaufe der weiteren Geschichte zeigen sollte, so verhängnisvollen Tag im Juli des Jahres 1945 flammte über einem abgelegenen, menschenleeren Wüstengebiet im Südwesten der Vereinigten Staaten von Amerika ein von Menschenhand verursachter, ungeheurer Blitz von einer bisher noch nie gesehenen Lichtstärke auf, stieg unter furchtbarem Getöse innerhalb weniger Sekunden zu einem, der Sonne gleichenden, gewaltigen feurigen Ball empor und riss Staub, Sand und Geröll des Wüstenbodens in einer auf Erden noch nie da gewesenen Explosion zu einer mehrere Kilometer hohen pilzförmigen Wolke in den klaren, blauen Himmel über der Wüste von New Mexico empor.

Eine ungeheure Druckwelle von bisher niemals erlebter Wucht und Geschwindigkeit fegte verheerend über das ausgedörrte Terrain des Testgeländes, sie war noch in mehreren Kilometer Entfernung vom Zentrum der Detonation deutlich wahrzunehmen.

Die unvorstellbare Hitze des Feuerballs während der ersten Phase der Explosion ließ alles Material im Umkreis von mehr als

einem Kilometer zerschmelzen oder in Flammen aufgehen. Selbst von dem massiven Stahlgittermast und seinem Fundament aus Stahlbeton, auf dem man den Sprengkörper für diesen Test montiert hatte, verblieb nichts als einige krumme und verschlackte Reste. Die Geländeoberfläche im Bereich des Turmes war im Umkreis mehrerer hundert Meter zu einer spröden, glasähnlichen Masse zusammengeschmolzen. Bereits im Augenblick der Explosion wurde radioaktive Strahlung von bisher nicht gekannter Intensität frei. Sie teilte sich der gesamten Umgebung mit und verseuchte mit dem bei der Detonation mehrere Kilometer in die Höhe gerissenen Material eine riesige Fläche mit ihrem tödlichen Hauch.

Die himmelhohe und unheimliche, pilzförmige Wolke, welche gleich einem düsteren Fanal noch lange über dem Epizentrum der Explosion das Firmament verfinsterte, sollte schnell zum weltweiten Synonym einer furchtbaren, bis dahin noch nicht gekannten Bedrohung allen Lebens auf der Erde werden...

Der Beweis für das Funktionieren der entsetzlichsten, je von Menschenhand geschaffenen Waffe war nunmehr, wenige Wochen nach dem Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland, endgültig erbracht.

Allein die Existenz dieser Waffe sollte die Welt verändern – von diesem Tage an war nichts mehr so wie vorher.

Der II. Weltkrieg hatte während der 2077 Tage seiner Dauer in Europa Millionen von Menschen das Leben gekostet, hatte den Erdteil, der sich selbst gern als die Wiege der modernen Zivilisation und einer fortgeschrittenen Kultur ansah, verwüstet wie kein anderer seiner leider so zahlreichen Vorgänger.

Er hatte diejenigen Mächte des alten Europa, die unter Aufbietung aller ihrer Kräfte und Möglichkeiten für nahezu sechs Jahre voller Erbitterung aufeinander eingeschlagen hatten, an die Grenzen all ihrer moralischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gebracht. Unvorstellbare Werte, die Resultate jahrhundertelanger, hingebungsvoller Arbeit ganzer Völker lagen

nunmehr in Staub und Trümmern und der vor diesem Zusammenprall einst erreichte Entwicklungsstand der menschlichen Gesellschaft erwies sich nun um für Jahrzehnte rückversetzt. Die Kämpfe hatten in den meisten Ländern Europas schrecklich gewütet, das Ausmaß der Verluste an Menschen und die angerichteten Zerstörungen übertrafen die während aller vorangegangenen Kriege angerichteten Verheerungen bei Weitem.

Ausgerüstet mit allen Mitteln und Möglichkeiten der hochentwickelten Technik des Industriezeitalters, war Krieg nunmehr in der Lage, allgegenwärtig zu sein. Das war neu gegenüber allen vorangegangenen Kriegen.

Der zweite Weltkrieg spielte sich nicht mehr nur an Fronten und Schlachtenorten innerhalb der doch nur beschränkten Reichweite von Kanonen und Gewehren ab. Dank des rastlosen menschlichen Erfindergeistes war es nun möglich geworden, auch über hunderte und tausende Kilometer hinweg die noch in vorherigen Kriegen so sicheren Industrieanlagen und wirtschaftlichen Zentren sowie auch die Wohnstätten von Kindern, Frauen und Greisen mit einer Wucht und Vernichtungskraft anzugreifen, die noch eine Generation zuvor selbst Phantasten für vollkommen unmöglich gehalten hatten.

Nahezu das gesamte Hinterland der am Kriege beteiligten Staaten wurde so und mit allen schrecklichen Konsequenzen zum Kampfgebiet und mehr als jemals in einem der Kriege zuvor wurde die nicht an den Kämpfen beteiligte Bevölkerung zu seinen Opfern.

Doch trotz der enormen Technisierung von Kriegsmitteln und Kampfhandlungen, wie sie der II. Weltkrieg zum Unglück der Menschen hervorgebracht hat, war es doch bis zu dieser Zeit immer noch so, dass die zum Einsatz kommenden Waffen und Waffensysteme stets nur gegen ein ausgewähltes, relativ eng begrenztes Ziel anzuwenden waren. Geschosse, Fliegerbomben, Minen und Torpedos, oder was auch immer, hatten nur eine räumlich sehr eingeschränkte Wirkung. Trotz all ihrer furchtbaren Leistungs-

fähigkeit konnten sie immer nur Leben oder Material des jeweiligen Zieles zerstören – sie waren nicht in der Lage, sich gegen das Leben selbst, gegen seine Grundlagen und Voraussetzungen zu richten – noch nicht.

Strategie und Taktik aller Heere und Heerführer seit dem frühen Altertum bis zum Ende des II. Weltkrieges hatten sich an diesen Bedingungen, man bezeichnete sie seit der Erfindung von Nuklearwaffen als konventionell, orientiert und danach gehandelt; ein nicht geringer Anteil menschlichen Erfindergeistes wurde Jahrtausende lang vergeudet und verschleudert, um die Leistungsfähigkeit von Waffen und Militärwesen in einem immerwährenden, absurden Wettlauf, selbst um einen minimalen oder auch nur scheinbaren Vorsprung irgendwelchen tatsächlichen oder auch nur angenommenen Feinden gegenüber, zu steigern. Dieser unheilvolle Prozess hat bis in unsere Tage hinein nicht aufgehört – er hat nicht einmal nachgelassen.

Sein Umfang und seine Auswirkungen zum Schaden der Menschen auf unserer Erde verschärften sich mit jedem Schritt zur Vervollkommnung von Waffen und Kriegsmaterial in ständig zunehmender Weise.

Doch selbst wenn bei diesem makabren Wettlauf einseitig gewisse Vorteile erreicht werden konnten, so waren sie zumeist von geringer Bedeutung, und begrenzter Dauer; sie konnten von der jeweils gegnerischen Seite innerhalb kurzer Zeit kompensiert oder auch nur ganz einfach kopiert werden und ihre ohnehin eingeschränkte Vorteilswirkung ging sehr schnell wieder verloren.

Keine Einzelwaffe, kein Waffensystem und auch kein militärisches Verfahren zeigten sich in der allzu langen Geschichte von Kriegen in der Lage, für ihren Besitzer auf auch nur längere Dauer ein solches Übergewicht zu schaffen, dass ihr Einsatz oder auch nur die Androhung ihres Gebrauchs einen Gegner so gefügig machen konnte, dass er sich nicht mehr zur Wehr setzen wollte oder das vermochte ...

Um zu erreichen, dass sich ein Gegner geschlagen gibt, mussten immer noch ganze Armeen in Bewegung gesetzt werden. Und auf diese Weise ist zum Glück für die Völker auch im alten Europa der II. Weltkrieg zu Ende gegangen – ungeachtet all der schrecklichen Verheerungen, die während seines Verlaufes dennoch angerichtet wurden.

Doch fehlte nicht viel und auch hier, auf europäischen Boden, wäre es zum Einsatz von Waffen gekommen, deren Erschaffung im Frühjahr 1945 nahezu abgeschlossen war.

In der Entwicklung der Militärtechnik zeichnete sich während der zweiten Hälfte der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts ein Qualitätssprung ungeheuren Ausmaßes ab.. Zu dieser Zeit waren nur einige wenige Zeitgenossen in der Lage, die Konsequenzen, die Bedeutung und Auswirkungen der sich nun vollziehenden Entwicklung zu erfassen und zu beurteilen, und es waren bezeichnenderweise unter denjenigen, die als erste zu begreifen begannen, welche furchtbaren Möglichkeiten der Menschheit nun in die Hände gegeben waren, am allerwenigsten Politiker und Militärs.

In einer an Irrwitz grenzenden Weise benötigten gerade diejenigen, denen die Hauptverantwortung für Entwicklung und schließlich den Gebrauch dieser entsetzlichen Waffe zukam, eine beängstigend lange Zeit, um zu begreifen, dass ein solches Mittel nicht mehr anwendbar war, und auch das gelang ihnen nur schrittweise und äußerst widerwillig, wie es die Ereignisse der nun folgenden Jahre beweisen sollten.

Zum ersten Male waren nun Entwicklung und Einsatz von Waffen möglich geworden, die nicht nur den erreichten Stand menschlicher Zivilisation, sondern den des irdischen Lebens selbst in Frage zu stellen in der Lage waren.

Die Physiker und Techniker, die sie geschaffen hatten, und erst recht die Militärs und Politiker, die sie anzuwenden bereit waren, benötigten Jahre, um sich darüber bewusst zu werden, dass der Einsatz derartiger Mittel Folgen nach sich ziehen würde, die zur

nahezu gleichzeitigen Vernichtung eines Angreifers wie auch des Angegriffenen führen würden.

Nur wenige Jahre nach der Schaffung und der dann einsetzenden Weiterentwicklung und Verbreitung von Kernwaffen sah sich die Menschheit nunmehr vor dem Paradoxon, eine Waffe geschaffen zu haben, die sich selbst ad absurdum führen sollte, ein Krieg – mit Mitteln, wie sie nun verfügbar waren, – würde keinen Sieger kennen; und er wäre der letzte, den Menschen gegeneinander führen würden.

Prolog Nr. II

Nach einiger Überlegung bin ich zu der Ansicht gelangt, diesem Buch ein weiteres Vorwort voranzustellen.

Dergleichen ist eigentlich nicht üblich, doch soll es dem besseren Verständnis einer mit dem Kriegsende in Deutschland, speziell im seit dem Sommer des Jahres 1945 vollständig zur sowjetischen Besatzungszone gehörenden sächsischen Erzgebirge und auch Thüringen, eingetretenen Situation dienen, über die bis in unsere Zeit hinein nicht wenige Legenden, Vermutungen und Spekulationen existieren...

Mit den kurz vor dem Ende des II. Weltkrieges gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki eingesetzten amerikanischen Nuklearbomben erlebten Militärtechnik und Militärdoktrin gemeinsam mit der Politik den Eintritt in eine neue Qualität: Zum ersten Male in der menschlichen Geschichte wurde eine Waffe zu einem entscheidenden Politikum. Der bis zum Ende des II. Weltkrieges noch gültige Ausspruch Clausewitz', Krieg sei die Fortsetzung von Politik mit nur anderen Mitteln, begann mit der Entwicklung und dem Einsatz von Kernwaffen seinen Inhalt und seinen Sinn zu verlieren.

Die in allen Kriegen auf der Welt bis dahin aufgetretenen Menschenverluste und Zerstörungen wurden von den Verursachern und Betroffenen dieser Kriege in makabrer Weise als unvermeidbarer Nebeneffekt mehr oder weniger billigend in Kauf genommen, da sie letztlich der Durchsetzung oder der Sicherung politischer Ziele dienten, das heißt dem Gegner den eigenen politischen Willen aufzuzwingen und sich mit diesem Vorgehen seiner Reichtümer, seines Territoriums und letztlich auch seiner Menschen zu bemächtigen.

Woraus folgt: Die in einem Kriege angerichteten Verwüstungen und eingetretenen Verluste sowohl auf der eigenen wie auch auf

der gegnerischen Seite waren also selbst für die Verursacher der Auseinandersetzung durchaus nicht willkommen, man hätte sie lieber vermieden, um zum einen auch die infolge der Kämpfe zerstörten Dinge zum einen zu Kriegsbeute werden zu lassen und zum anderen die eigenen Kräfte und Mittel zu schonen. Und auch bei aller gegenüber vorangegangenen Kriegen enorm gewachsenen Zerstörungskraft entsprachen die bis zum Ende des zweiten Weltkrieges auf beiden Seiten eingesetzten militärischen Mittel und Methoden noch immer dieser Herangehensweise. Sie dienten der Zerschlagung von lebendiger und materieller Kraft des Gegners, um ihm mit der dadurch erreichten Überlegenheit dann dem eigenen Willen gefügig zu machen. In einem von beiden Seiten mit Kernwaffen geführten Kriege sind derartige Zielstellungen nicht mehr zu realisieren, da in ihm auf beiden kämpfenden Seiten Menschenverluste und materielle Verwüstungen einträten, die sowohl für einen Aggressor, für einen Verteidiger sowie darüber noch hinaus auch für an einem solchen Konflikt gar nicht beteiligte Staaten nicht mehr tragbar wären. Sie würden einen Umfang annehmen, der weder eine siegreiche Beendigung der Kämpfe noch eine anschließende Nutzung der mit dem Krieg angestrebten Vorteile ermöglichen würde.

Hinzu kommt ferner, dass ein tausendfacher Einsatz von Kernwaffen in einem Kriege die Voraussetzungen und Funktionsprinzipien pflanzlichen und tierischen Lebens auf unserem Planeten vernichten würde, so dass in seiner Folge nicht mehr und nicht weniger als die Existenz menschlichen Lebens ihr Ende finden würde.

Doch um diese, von einigen herausragenden und sich ihrer nun auf ihnen lastenden Riesenverantwortung bewussten Wissenschaftlern bereits in den ersten Jahren der Existenz von Nuklearwaffen erreichte Erkenntnis auch in Kreisen von Politikern und Militärs zu verbreiten und zu verinnerlichen, mussten noch einige Jahrzehnte ins Land gehen... Wobei leider auch bis heute immer

wieder festzustellen ist, das dieser doch so einfach zu begreifende Zusammenhang von der Kaste der Politiker, Wirtschaftsmagnaten und Militärs noch immer nicht mit allen seinen Konsequenzen erkannt und auch begriffen worden ist.

Der Schaffung dieser Waffe ging ein langer, unter Einsatz immenser Mittel geführter wissenschaftlich-technischer Wettlauf voran. Bereits lange vor ihrem ersten Einsatz, ja sogar vor den ersten Erprobungen waren sich diejenigen, welche sie planten, konstruierten und schließlich bauten, darüber im Klaren, welch ungeheure Macht und zugleich Verantwortung allein deren Besitz verkörpern würde.

Der Wettlauf der am Kriege beteiligten Staaten und Staatengruppen um den Besitz dieser Waffe zog sich mit ständig zunehmendem Tempo über die Jahre des zweiten Weltkrieges hin und zeigte sich im Wesentlichen als ein Kräftemessen des wissenschaftlichen und technologischen Leistungsvermögens derjenigen Staaten, die sich den Zugriff auf sie zum Ziel gesetzt hatten. Als sich gegen Ende der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts zeigte, welche ungeheuren militärischen Möglichkeiten die Beherrschung der Nukleartechnologie eröffnete, zeichnete sich zugleich das Schreckensbild des die Welt mit Kernwaffen bedrohenden Hitlerdeutschlands ab.

Die einzig mögliche Reaktion darauf bestand darin, sich in gleicher Weise zu bewaffnen, um diese Drohung gegebenenfalls auf gleichem Niveau erwidern zu können.

Unter dem Mantel strikter Geheimhaltung, nicht nur vor den Kriegsgegnern, sondern auch vor den mit ihnen gemeinsam gegen den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus kämpfenden Verbündeten, trieben die Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam mit England, mit dem ungeheuren Aufwand von mehr als zwei Milliarden Dollar, die Entwicklung der ersten einsatzfähigen Kernwaffe voran.

Eifersüchtig darauf bedacht, zum einen die verbündete Sowjetunion an einer ebensolchen Entwicklung zu hindern, anderer-

seits aber auch die nuklearen Aktivitäten Großbritanniens, des engsten Alliierten, genau zu kontrollieren, um zu verhindern, dass noch während des Krieges auch England in den Besitz derartiger Waffen komme, war man verständlicherweise noch darüber hinaus darauf bedacht, diese Arbeiten schneller zu einem Resultat zu bringen als die Kriegsgegner Hitlerdeutschland und möglicherweise auch Japan.

So legten die Amerikaner einen dichten Vorhang striktester Geheimhaltung über alle ihre Aktivitäten und waren gleichzeitig bemüht, alle für sie auf der Erde nur greifbaren materiellen Voraussetzungen für Entwicklung und Fertigung von Nuklearwaffen in ihre Hände zu bekommen. Betroffen davon waren alle den Amerikanern und Engländern zugänglichen Uranförderstätten der Erde, die, mit teilweise über mehr als zwanzig Jahre reichenden Lieferverträgen, allein an die USA gebunden wurden. Großbritannien hatte sich aus Sicherheitsgründen und letztlich auch auf Drängen der amerikanischen Verbündeten im Jahre 1942 entschlossen, seine Aktivitäten zur Entwicklung von Kernwaffen mit denen der USA zu verbinden und verlegte alle seine im britischen Mutterland befindlichen Kernforschungseinrichtungen in die Vereinigten Staaten.

Ungeachtet seines unübersehbaren Vorsprunges bei der Entwicklung von Nuklearwaffen war Amerika auch nach dem Ende des Krieges in Europa bestrebt, alle wie auch immer gearteten Aktivitäten und Resultate der Kernforschung Hitlerdeutschlands in die eigenen Hände zu bekommen. Es sollte möglichst nichts davon den Russen zufallen. Der einmal gewonnene technologische Vorsprung sollte gewahrt und, wenn möglich, sogar noch ausgebaut werden, um ein möglichst maximales politisches und letztlich militärisches Kapital aus dem Alleinbesitz eines derart gewaltigen Drohpotentials auch über das sich nun endlich abzeichnende Kriegsende hinweg in den Händen zu behalten.

Aller vermeintlichen Sorgfalt und Gründlichkeit der Amerikaner bei diesem Vorgehen zum Trotz ereignete sich dennoch wahrhaft

Erstaunliches an Nachlässigkeiten, Fehleinschätzungen und Absurditäten.

In den letzten Tagen des Krieges drangen Einheiten der amerikanischen Armee von Ostthüringen kommend bis in das westliche Erzgebirge vor, ohne auch nur zu ahnen, das da unter den Gleisketten ihrer Panzer und den dicken Gummisohlen ihrer Militärstiefel in den felsigen Gründen der sächsischen und thüringischen Berge die, wie sich bald zeigen sollte, umfangreichsten Uranvorräte des europäischen Kontinentes lagerten.

Zur großen und auch noch bis in die heutige Zeit anhaltenden Verwunderung von Fachleuten des Bergbaus, der Geologie und der Nuklearforschung sowie auch von Politikern, Historikern und Militärs nahmen sie das in den Tiefen des Erzgebirges lagernde Uran unverständlicherweise nicht zur Kenntnis und verließen diese Gebiete nach mehrwöchigem Aufenthalt wieder, um sie entsprechend der alliierten Vereinbarungen über die Aufteilung von Besatzungsgebieten in Deutschland den dann nachrückenden Russen zu überlassen. In deren Gefolge und Gepäck befanden sich allerdings bereits zum Zeitpunkt ihrer Übernahme dieser Landstriche als Besatzungszone im Juli 1945 Ausrüstungen für Bergbauerschließungsarbeiten sowie auch Geologentrupps und Einrichtungen zur Suche nach Bodenschätzen, wie durch eine ganze Reihe von sehr schnell eintretenden Aktivitäten der russischen Besatzungsmacht bestätigt wird.

Im völligen Gegensatz zu allen amerikanischen Bestrebungen, den zu dieser Zeit immer noch mit ihnen verbündeten Russen jeden auch nur möglichen Zugriff auf Nukleartechnik und das dafür zwingend erforderliche Material unmöglich zu machen, überließ man hier im sächsischen Erzgebirge und im östlichen Thüringer Wald dem bereits damals beargwöhnten östlichen Verbündeten Uranerzlagerstätten die, zu den größten und ergiebigsten der gesamten Erde zählten.

Bereits lange vor Kriegsende in Europa existierte eine ganze Reihe von Hinweisen und Indizien, dass den Russen durchaus bekannt war, dass in den felsigen Gründen des Erzgebirges und der thüringischen Berge der Stoff zu finden war, aus dem die Bombe gebaut werden konnte.

Denn es war schon zu dieser Zeit seit langem bekannt, was da in den Stollen des dort schon seit dem Mittelalter betriebenen Silber- und Zinnbergbaues noch lagerte, so vor allem uranhaltige Pechblende. Es hatte sich nur bisher niemand so recht dafür interessiert; denn über Jahrhunderte hinweg wusste man außer untergeordneten Verwendungen damit nichts rechtes anzufangen...

Darüber hinaus war dieses bei den Bergleuten höchst unbeliebte Gestein auch noch äußerst gefährlich – erst im 20. Jahrhundert wurde endlich zweifelsfrei erkannt, dass es mit seinen radioaktiven Emanationen (Ausstrahlungen) die überall gefürchtete tödliche „Schneeberger Bergkrankheit“, eine Form des Lungen- und Bronchialkrebses, verursachte. Und diese Krankheit raffte bereits seit Jahrhunderten, lange vor der Entdeckung des Urans und der Radioaktivität, erzgebirgische Bergleute hin. Allein das gehäufte Auftreten dieser Krankheit im Erzgebirge, die bereits seit Jahrhunderten unter den dort ansässigen Bergleuten gewütet hatte, bildete bereits einen überaus deutlichen Hinweis auf Lagerstätten radioaktiven Materials in diesen Gebieten; er wurde von den Amerikanern jedoch nicht erkannt, obwohl diese sich während des gesamten Krieges gegen Hitlerdeutschland für alle, auch kleinste Hinweise und Indizien auf nuklearem Gebiet interessierten.

Diesen hier nur zunächst erwähnten Fakten sind auch noch Weitere hinzuzufügen, auf die dann in den folgenden Kapiteln näher eingegangen werden soll.

Mit dem Wissen um all diese Fakten und natürlich auch mit der Kenntnis der Vorgänge der dann folgenden Jahre scheint es heute überaus merkwürdig, wie es denn geschehen konnte, dass die

Amerikaner, die sich während des Krieges und in der darauf folgenden Zeit in dieser Gegend für nahezu drei Monate aufgehalten haben, nichts von diesen Lagerstätten erfahren haben. Allerdings haben sie auch nicht das Geringste unternommen, sich eingehendere Kenntnisse davon zu verschaffen – Anlässe, Gelegenheiten und auch die Zeit dazu waren durchaus vorhanden. Handelte es sich doch zu dieser Zeit bei Uran bereits um einen Rohstoff von herausragender strategischer Bedeutung. Und setzt man diese sich um das Kriegsende und der sich unmittelbar darauf anschließenden Zeit abspielenden Ereignisse mit der langen Geschichte des Bergbaus in Sachsen wie auch nur wenig später in Thüringen zusammen, so drängt sich daraus folgend die zwingende Frage geradezu auf: Haben die Russen bereits vor 1945, bevor sie diese Gebiete Deutschlands erreichten und als ihr Besatzungsgebiet übernahmen, geahnt oder vielleicht sogar gewusst, was da im Boden des sächsischen Erzgebirges und des östlichen Thüringer Waldes ruhte?

Nicht wenige Leute, nicht nur aus dem Erzgebirge, mit denen ich während der Vorbereitung dieses Buches gesprochen habe, sind bis heute dieser Meinung…

Es ist anzunehmen, dass die Russen bereits lange bevor sie das sächsische und böhmische Erzgebirge und auch Thüringen mit ihren Streitkräften erreichten bzw. besetzten, sich Kenntnis von dort lagernden, wesentlich größeren Uranerzvorräten als noch bis in die letzten dreißiger Jahre hinein vermutet, beschafft hatten.

Eine ganze Reihe von zwischen den „Großen Drei“ nach dem Kriegsende und auch schon in der Zeit vor ihrem Sieg über Hitlerdeutschland ausgehandelten Abkommen und Vereinbarungen bekommen, aus diesem Blickwinkel und mit dem Wissen um die sich in den Jahren danach vollziehenden Ereignisse betrachtet, einen völlig neuen Charakter sowie auch ein ganz anderes Gewicht.

All der von Seiten der westlichen Alliierten getriebene Aufwand, den noch immer verbündeten Russen keinerlei Zugriff

auf die damals so neue und geheimnisumwitterte Nukleartechnik und auch die dafür erforderlichen materiellen Voraussetzungen zu überlassen, endete mit der für sie so höchst peinlichen und ernüchternden Situation, die im Süden der späteren russischen Besatzungszone lagernden überaus reichen Uranvorräte infolge einer bis heute unerklärlichen Leichtfertigkeit und Nachlässigkeit nicht zur Kenntnis genommen zu haben.

Obwohl alle Gegner Hitlerdeutschlands, und insbesondere die USA und Großbritannien, über die gesamte Kriegsdauer hinweg eine deutsche Kernwaffenentwicklung und natürlich auch einem Einsatz dieser Waffen befürchteten, unterblieben seitens der westlichen Alliierten offenbar alle weiter reichenden Ermittlungen und Recherchen nach möglichen Bezugsquellen des dafür erforderlichen wichtigsten und unverzichtbaren Rohstoffes; und das sogar in den Gebieten, in denen er, wie schon damals sehr lange bekannt war, im Boden lagerte.

Eine breitgefächerte Vielzahl von Hinweisen, Indizien und Anhaltspunkten für das Vorhandensein von Uranlagerstätten, die zu einem großen Anteil auch noch bis weit in die reiche Historie des sächsischen Bergbaus zurückreichen, ist dabei von Amerikanern und auch Engländern vollkommen ignoriert worden.

Das Experiment

Gegen Ende des vierten Jahrzehntes des 20. Jahrhunderts, die Welt sollte damals nur noch für einige Monate in Frieden leben, kam es durch deutsche Wissenschaftler am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin zu einer epochalen Entdeckung. Im Verlaufe einer Versuchsreihe zur Lösung kernphysikalischer Probleme gelang es Otto Hahn und seinem Mitarbeiter Fritz Strassmann, unter Laborbedingungen eine geringe Menge Uran 235 zu spalten! Atomspaltung sei, so meinte man jedenfalls bis dahin, ein Ding der Unmöglichkeit...

Dennoch, bereits in den Jahren vor Hahns und Strassmanns Entdeckung verdichteten sich erste Ahnungen, dass eine Spaltung „schwerer Kerne" in solche mittlerer Maße unter Abgabe von Energie auf irgendeine, nur bislang noch unbekannte Weise möglich sein könne. Die zwischen den Kernphysikern über diese Frage entstandene Diskussion über die Spaltbarkeit von Atomkernen oder ihre Unteilbarkeit sollte sich noch für einige Jahre, bis zu diesem denkwürdigen Tage im Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut, hinziehen.

Im Verlaufe dieses Vorganges wurde, wie sich tatsächlich zeigte, eine bisher ungeahnte und in ihrer Größenordnung bis dahin noch von niemanden für möglich gehaltene Menge Energie entfesselt...

Nach einem anfänglichen, noch ungläubigen Staunen – Hahn und Strassmann hatten mit diesem Experiment eigentlich ganz andere Ziele verfolgt – ergaben erste Hochrechnungen der bei diesem Versuch freigesetzten Kräfte überaus beeindruckende, ja unheimliche und zugleich wahrhaft bedrohliche Werte...

Ihnen zufolge beliefe sich die Energiefreigabe bei einer vollständigen Spaltung auch nur eines Gramms Uran 235 auf 5 x 10 hoch 23 MeV – oder aber 20 Millionen Kilokalorien! Um eine derartige Energie mit herkömmlichen Mitteln zu erzeugen, müssten 2,5 Tonnen bester, gehaltvollster Steinkohle verbrannt werden!

Bei der Uranspaltung entwickelt sich innerhalb kürzester Zeit eine Energie, welche die bei der Verbrennung von Steinkohle entstehende um das zweieinhalbmillionenfache übertrifft!

Erste, noch sehr vorsichtige Ahnungen ergaben: Hier war das gewaltige Tor zu einer neuen Welt für zunächst nur einen Spalt aufgehebelt worden. Es zeigte sich für einen zunächst kleinen Kreis von Wissenschaftlern ein erster, noch sehr oberflächlicher und unvollkommener Blick auf eine Entwicklung, deren phantastische Möglichkeiten, aber auch deren furchtbare Abgründe in den letzten dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts bestenfalls grob zu überschauen, doch noch in keiner Weise in all ihrer inhaltsschweren Bedeutung einzuschätzen waren.

Die internationale physikalische Fachwelt zeigte sich geradezu elektrisiert von diesem Qualitätssprung und machte sich voller Eifer und wissenschaftlicher Neugier zunächst daran, Otto Hahns und Fritz Strassmanns Experiment in den eigenen Labors nachzuvollziehen und zu überprüfen.

In der Folgezeit tat sich Erstaunliches. Obwohl ein erneuter Krieg auf dem europäischen Kontinent bereits zu dieser Zeit seine düsteren Schatten warf, kam es angesichts dieser Entdeckung zu einem äußerst lebhaften Austausch von Erkenntnissen und Ansichten innerhalb des Kreises der führenden Physiker der damaligen Zeit – ungeachtet aller nationalen oder gar irgendwelcher patriotischen Bindungen...

Für einen kurzen Zeitraum schien es, als hätte dieser Paukenschlag in der Entwicklung der Kernforschung eine internationale Bündelung des geistigen Potentials aller seiner Vertreter, eine Zusammenfassung aller ihrer Möglichkeiten verursacht, die uns bei der heutigen Betrachtung im Nachhinein, mit dem Wissen um all das, was dann innerhalb der wenigen Folgejahre geschehen sollte, eigentlich nur staunen lassen kann.

All die Ahnungen um die sich mit der Spaltung von Uran bietenden Möglichkeiten begannen sich zu festigen und wurden zu erstem Wissen.

Erste Überlegungen zu einer Nutzung der bei diesem Prozess freiwerdenden Kräfte wurden noch im Jahre 1939 angestellt und ohne Beachtung irgendwelcher nationaler Beschränkungen veröffentlicht und zugleich von allen Beteiligten lebhaft diskutiert. Nicht wenige Angehörige der internationalen Physikergemeinde, darunter auch solche mit einem großen Namen, vertraten damals die Meinung, dass wahrscheinlich noch die Arbeit einiger Jahrzehnte notwendig sei, um die Ergebnisse der sich nun eröffnenden Möglichkeiten bis zu einer praktischen Nutzung zu entwickeln.

In jenen Tagen herrschte eine befreiend offene und sachliche Atmosphäre, die uns aus der heutigen Sicht, natürlich wiederum mit dem Wissen und der Erfahrung dessen, was sich während der dann folgenden Jahre ereignen sollte, geradezu bizarr und staunenswert unwirklich erscheint. Im Verlaufe nur weniger Monate erschienen international mehr als einhundert Veröffentlichungen zum Thema Kernforschung. Jeder neue Beitrag, jede neue Erkenntnis wurde von den Fachkollegen in Frankreich, England, den USA, der Sowjetunion und Deutschlands mit Interesse und wissenschaftlicher Neugier aufgenommen, mit eigenen Experimenten nachvollzogen und überprüft und sich dann dabei ergebende weitere neue Erkenntnisse wurden wiederum auf schnellstem Wege publiziert.

Keiner der Beteiligten ließ sich dabei von egoistischen oder sogar nationalen Eifersüchteleien beeinflussen oder gar aufhalten – jeder von ihnen war bestrebt, seinen persönlichen Beitrag zur schnellen Weiterentwicklung dieser so faszinierenden Erkenntnisse zu leisten.

Noch hatten sich Politik, Wirtschaft und Militär dieser sich vorerst nur in einigen Umrissen zeigenden, doch schon damals wahrhaft phantastischen Perspektiven gegenüber uninteressiert gezeigt. Niemand der an den Schaltstellen der Macht Sitzenden wusste sich auch nur in Ansätzen vorzustellen, worum es da eigentlich ging und mit welchen weitreichenden Auswirkungen in die Gebiete von Industrie, Militär und da-

mit schließlich der Politik bei einer Beherrschung der Nukleartechnik zu rechnen war.

Diese Haltung sollte sich jedoch nach nur kurzer Zeit schnell und umfassend ändern. Bereits im Frühjahr 1939 regte sich erstes Interesse von Militär und Politik – vor allen Dingen in Hitlerdeutschland.

Die Folgen

Mit dem Nachvollzug, der Beurteilung und Auswertung von Hahns und Strassmanns Experiment wurde während der ersten Monate des Jahres 1939 einem vorläufig noch kleinen und exklusiven Kreis von Physikern auf der Welt klar, dass mit der Entdeckung dieser phantastischen Energiequelle zunächst zwei Dinge in den Bereich des Möglichen zu rücken begannen:

Zum einen eine Wärme abgebende Uranmaschine, die sich als sauerstoffunabhängiger und hoch leistungsfähiger Energiespender für den Antrieb einer ganzen Reihe technischer Anlagen, Turbinen, Geräten und selbst von Fahrzeugen eignen würde (Zu dem Begriff Atomreaktor kam es erst später).

Und zum anderen für die Herstellung von Explosivkörpern mit einer Wirkung, welche völlig außerhalb jeden menschlichen Vorstellungsvermögens läge, da sie die Brisanz aller bis dahin bekannten Sprengstoffe um mehrere Zehnerpotenzen übertreffen würden.

Aus diesem Grunde horchten als Erste die Militärs auf und meldeten gemeinsam mit skrupellosen Politikern ihr Interesse an, denn hier schien sich die für sie so faszinierende Vision einer absoluten Waffe abzuzeichnen... Einer Waffe mit der alles möglich zu sein schien und von der Macht- und Eroberungsgierige schon immer geträumt hatten.

Und da sich gegen Ende des vierten Dezenniums des 20. Jahrhunderts der Horizont über Europa und auch noch einigen weiteren Teilen der Welt in besorgniserregender Weise verfinstert hatte, war diese Entdeckung so manchen Leuten durchaus willkommen...

Bei nicht wenigen der bis dahin weltweit vielleicht 200 bis 300 Physikern, welche um dieses ebenso gewaltige wie furchterregende Potential dieser Entdeckung wussten, regten sich nun das menschliche Gewissen und das Bewusstsein einer riesigen Ver-

antwortung um die nicht absehbaren Folgen des Missbrauchs ihrer Erkenntnisse.

Das Gefühl der Verantwortung des Wissenschaftlers, ein persönliches Eingestehen derer, welche von da an einen menschlichen Zugriff auf die bislang unzugänglichen Urkräfte der Materie möglich machen konnten, erfuhr nahezu gleichzeitig mit dieser Entdeckung ebenfalls einen ungeheuren Qualitätssprung. Diese Verantwortung erreichte nun ein Niveau und einen Umfang wie noch nie in der bisherigen Geschichte wissenschaftlicher Tätigkeiten – auch das war völlig neu.

Doch bald sollte sich erweisen, dass sich beileibe nicht jeder an diesen epochalen Entdeckungen beteiligte Physiker und Techniker dieser sich nun abzeichnenden, ungeheuren Gewissenslast auch im nun erforderlichen Maße gewachsen zeigte.

Zwar gehörte es schon seit den Anfängen menschlicher Historie zu den Schattenseiten anfangs handwerklicher, später technischer und schließlich auch wissenschaftlicher Entwicklung, dass deren Errungenschaften immer wieder auch zum Schaden von Menschen angewendet werden konnten. Doch mit der Größe und der Komplexität des sich nun abzeichnenden Problems sah sich während der gesamten Geschichte der Menschheit noch niemals ein Erfinder, Entdecker oder Wissenschaftler konfrontiert.

Nun, am Ende des letzten Jahres im vierten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, als bereits die Schatten eines erneuten Krieges auftauchten, tat sich überdies für die noch junge Wissenschaft der Nuklearphysik noch ein zusätzliches, weit beklemmenderes Dilemma auf…

Bereits im Frühjahr 1939 begannen sich in Hitlerdeutschland Politiker und Militärs definitiv für die Ergebnisse und Möglichkeiten der Kernphysik zu interessieren, und es war der damaligen Welt durchaus bekannt, in wessen Hände Deutschland nur wenige Jahre zuvor, im so verhängnisvollen Jahr 1933 geraten war…

Eine der ersten, auf die Entdeckung Otto Hahns und Fritz Strassmanns hin erfolgenden staatlichen Weisungen in Hitler-

deutschland bestand in einem Exportverbot von Uran und Uranverbindungen sowie in der schnellen Unterbindung nicht nur internationaler Publikationen zum Thema Kernspaltung von deutscher Seite.

Noch vor Beginn des II. Weltkrieges in Europa breitete sich Schweigen aus, gegen Otto Hahn und seine Mitarbeiter wurden noch im Nachhinein Vorwürfe erhoben – man verübelte ihnen die, wie man meinte, voreilige und gedankenlose internationale Veröffentlichung der Ergebnisse ihrer großen wissenschaftlichen Leistung.

Dem Wissenschaftler Otto Hahn und auch seinem Kollegen Fritz Strassmann waren die Nazis suspekt – beide hielten nichts vom Staat Hitlers und noch weniger von seinen Repräsentanten und ihrer verbrecherischen Ideologie.

Eine ganze Reihe führender deutscher und in Deutschland arbeitender Kernphysiker hatte sich bereits Jahre zuvor entschlossen, das dritte Reich zu verlassen, um einerseits die Ergebnisse ihrer Arbeit nicht in die Hände einer zu jedem Verbrechen bereiten Clique fallen zu lassen und um andererseits nicht auf Grund einer irrwitzigen Rassenpolitik um Freiheit und Leben fürchten zu müssen. Ihre Namen und was sie leisteten sind der Welt bekannt.

Noch während der Vorbereitungsphase der großen Entdeckung Otto Hahns hatte der Nazistaat seine wichtigste Kollegin, Lise Meitner, aus seinem absurden Rassenwahn heraus aus Deutschland vertrieben. Lise Meitner kommt letztlich für die Entdeckung der Kernspaltung ein ebensolches Verdienst zu wie Otto Hahn, sie war gemeinsam mit ihm an den gesamten langwierigen Arbeiten an den Grundlagen und der Vorbereitung dieser Erkenntnisse maßgeblich und entscheidend beteiligt. Die Nazis haben Lise Meitner mit ihrer Vertreibung aus Deutschland um die Früchte einer langjährigen Forschertätigkeit betrogen.

Noch vor Ausbruch des Krieges begannen die Veröffentlichungen zu kernphysikalischen Problemen und ihren Lösungen aus Deutschland zu versiegen…

Das so urplötzlich eingetretene tiefe Schweigen der deutschen Fraktion der internationalen Physikergemeinde ließ die übrige Welt der Kernphysik noch vor dem Ausbruch des Krieges besorgt und zutiefst erschrocken innehalten. Was deutete sich mit dieser so unvermittelt eingetretenen Stille an?

Nicht wenige der herausragendsten Köpfe der noch so jungen Nuklearphysik stammten aus Europa, viele von ihnen auch aus Deutschland, und sie hatten zu Beginn der dreißiger Jahre mit dem Machtantritt des Hitlerfaschismus ihre Heimat verlassen, weil sich dort eine furchterregende politische Entwicklung abzuzeichnen begann.

Allein die Vorstellung, ein Wahnsinniger wie Hitler könnte sich auf der Uranspaltung basierende Kriegsmittel verschaffen, um mit ihnen die übrige Welt seinen Eroberungsplänen gefügig zu machen, bedeutete eine entsetzliche Drohung.

Denn es bestand kein Zweifel, dass der sich ihrer ohne die geringsten Skrupel bedienen würde... Der hohe Stand, den die deutsche Kernforschung zu dieser Zeit erreicht hatte, berechtigte – ja verpflichtete daher – zu den schlimmsten Befürchtungen. Auch anderswo entschloss man sich daraufhin zu größter Zurückhaltung bei der Publikation neuer Forschungsergebnisse der Nuklearphysik – ein düsteres, unheilschwangeres Schweigen breitete sich aus und verhinderte nunmehr jede gegenseitige Information über die Fortschritte wie auch die Schwierigkeiten der internationalen Physikergemeinde bei der Arbeit an kernphysikalischen Problemen.

In dieser bedrohlichen Situation wurden sich zunächst zwei Wissenschaftler der nunmehr auf der weltweiten Gemeinschaft der Kernphysiker lastenden Riesenverantwortung bewusst, Leo Szilard und Eugen Wigner, die ebenfalls von den Nazis in Deutschland in ihrem absurden Rassenwahn verfolgt wurden und die als verantwortungsbewusste Wissenschaftler bereits bei dessen Machtantritt zu Gegnern Hitlers wurden, aus Deutschland verjagt und in die Vereinigten Staaten von Amerika gegangen waren.

Sie wandten sich in ihrer tiefen Sorge zunächst an ihren berühmten Kollegen Albert Einstein, den die deutschen Nazis aus den gleichen Gründen wie auch sie in die Emigration nach Amerika getrieben hatten. Sie baten ihn, seinen großen Namen und sein weltweites wissenschaftliches und moralisches Ansehen zu nutzen, um die Regierung der USA auf die weitreichenden Konsequenzen einer nun drohenden atomaren Bewaffnung Hitlerdeutschlands aufmerksam zu machen und um gleichzeitig dazu aufzurufen, das gewaltige industrielle und wissenschaftliche Potential der Vereinigten Staaten von Amerika zur Schaffung eines entsprechenden Gegengewichtes zu mobilisieren. Der große Gelehrte und Vater der Relativitätstheorie sicherte seine Mitwirkung zu.

Bereits damals, noch lange vor Lösung der zahlreichen wissenschaftlichen und technischen Probleme, welche bis zur Konstruktion und Herstellung von Kernwaffen zu bewältigen waren, zeichnete sich die absurde Situation ab, dass einer Drohung mit Nuklearwaffen letztlich nur durch die Drohung mit den gleichen Mitteln zu begegnen war...

Ein Umstand, der in den dann folgenden Jahren zum Beginn eines gewaltigen internationalen Wettrüstens führte.

Am 2. August 1939, der Frieden in Europa sollte nur noch für wenige Tage währen, unterzeichnete Albert Einstein ein von ihm, Szilard und Wigner gemeinsam entworfenes Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Franklin Delano Roosevelt mit einer eindringlichen Warnung vor einer Kernwaffenentwicklung Hitlerdeutschlands.

Und es bedurfte noch zweier weiterer deutlicher Warnungen der gleichen Absender sowie einiger alarmierender Berichte über den immer bedrohlicher werdenden Vorsprung der deutschen Kernforschung, bis alle Schranken und Hürden bürokratischen Unverständnisses der damaligen Washingtoner Administration beiseite geräumt waren und die Arbeiten an einer US-amerikanischen Kernwaffe aufgenommen wurden.

Dann aber gerieten die Dinge in Bewegung und entwickelten innerhalb nur weniger Jahre eine ebenso beeindruckende wie zugleich beängstigende Eigendynamik...

Schon nach kurzer Zeit erhielt das zutiefst geheime Projekt die höchste Dringlichkeitsstufe der US- amerikanischen Rüstungsanstrengungen. Dieser(,) inzwischen zu einem wichtigen historischen Dokument gewordene dritte Brief Einsteins, Szilards und Wigners an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde zur Veranlassung und zum Auftakt des US- amerikanischen Kernwaffenprojektes und zum Beginn der Arbeiten zur Kompensation der nuklearen Aktivitäten Hitlerdeutschlands. Gleichzeitig wurde dieses Ansuchen an die amerikanische Regierung ungewollt zu einer sich einige Jahre später abzeichnenden Ursache bitterer Vorwürfe und Selbstvorwürfe für seine drei Verfasser. Denn mit einer von diesen Wissenschaftlern unerwarteten Schnelligkeit begriffen amerikanische Politiker und Militärs noch vor Fertigstellung und Einsatz dieser Bomben, welches furchterregende Machtpotential von dieser Waffe verkörpert wurde.

Ein Weiteres kam noch hinzu und verschärfte die mit dem Beginn des II. Weltkrieges entstandene sehr ernste Situation der Kernphysik noch zusätzlich.

Mit den in Hitlerdeutschland, den USA, Großbritannien und in ersten Anfängen auch in der Sowjetunion gefassten Beschlüssen, die Möglichkeiten und Ergebnisse der Nuklearforschung zunächst militärisch zu nutzen, das heißt Atombomben zu entwickeln und herzustellen, kam es zwangsläufig zu einer starken Verbreiterung von Kenntnissen über die Zusammenhänge, Bedingungen und Voraussetzungen kernphysikalischer Prozesse. Von diesem Zeitpunkt an musste alles bisherige und noch keineswegs vollkommene Grundlagenwissen um die Prozesse der Nuklearphysik einer bis dahin relativ kleinen Gruppe hochrangiger Wissenschaftler an einen um vieles größeren Kreis von Technokraten, Technologen und nicht zuletzt auch an Militärs weitergegeben werden, um die sich aus der nun beginnenden

Umsetzung theoretischen Basiswissens in die technische Praxis ergebenden Probleme überhaupt definieren und lösen zu können.

Und beileibe nicht alle diejenigen, welche sich nun mit der hochkomplizierten Übertragung neuester und zugleich hochbrisanter wissenschaftlicher Erkenntnisse der Kernphysik in praktische, technologische Prozesse und Verfahren zu befassen hatten, waren sich des hohen moralischen Anspruches sowie der Folgen und weitgefächerten Konsequenzen der ihnen nun gestellten Aufgaben auch im nunmehr erforderlichen Umfange bewusst…

Die notgedrungene Weitergabe von Wissen und Kenntnissen um die Zusammenhänge von Prinzip und Konstruktion der fürchterlichsten, je von Menschen geschaffenen Waffe an einen ständig wachsenden Kreis von Eingeweihten barg die große Gefahr, dass dieses so brisante Wissen nunmehr auch in die Hände völlig skrupelloser Verbrecher gelangen konnte, die sich einen Teufel um die aus ihrer Arbeit erwachsenden moralischen Folgen scherten. Denn beileibe nicht alle, die an den Arbeiten zur Schaffung der Bombe beteiligt waren, zeigten sich den daraus erwachsenden Forderungen an ihr humanistisches Empfinden und an ihr wissenschaftliches Verantwortungsbewusstsein auch im nun notwendigen Maße gewachsen.

Voller Begeisterung, mit wissenschaftlichem Elan und zugleich mit dem festen Vorsatz, mit ihrer Arbeit schneller als Hitlers Physiker und Ingenieure zu sein, stürzten sie sich auf die ihnen nun gestellten Aufgaben und konnten beglückt sowie auch voller Staunen feststellen, dass ihnen nun plötzlich Mittel und Möglichkeiten verfügbar waren, von denen sie noch kurze Zeit zuvor nicht einmal zu träumen gewagt hatten.

Der wissenschaftliche Vorstoß in bisher unbekanntes Neuland der Physik faszinierte einen jeden von ihnen. Enrico Fermi, dem es im Jahre 1942 als Erstem gelungen war, einen Kernreaktor zu bauen, mit ihm eine atomare Kettenreaktion zu steuern und aus ihr nutzungsfähige Energie zu gewinnen, hat einmal voller Hingabe und Begeisterung von der „schönen Physik“ gesprochen, die er da

betreiben konnte. Auch er hatte seine Heimat Italien verlassen, weil er fürchten musste, dass seine Erkenntnisse in die Hände skrupelloser und verbrecherischer Politiker fallen konnten...

Wobei er sich durchaus bewusst war, mit dieser Arbeit das „Handwerk des Teufels" zu tun, wie er es gegenüber seinem großen Kollegen Oppenheimer später einmal formulierte...

Oppenheimer wurde zum wissenschaftlichen Leiter des US-amerikanischen „Manhattan Projektes" berufen und damit zum „Vater" der ersten amerikanischen Nuklearbomben. Einerseits widmete er sich dieser Arbeit mit allem ihm verfügbaren Elan, wurde dabei jedoch, je mehr sich ihr Gelingen abzeichnete, von wachsenden Skrupeln und Bedenken über die sich daraus ergebenden Folgen geplagt.

Zu allem Überfluss kam noch die strikte militärische Geheimhaltung und eine raffinierte Verschleierung aller einzelnen Teilprojekte hinzu, die nur einigen der an ihnen Beteiligten einen weitgefächerten Überblick über Zusammenhänge und damit letztlich die ungeheuren Bedeutung seines eigenen Tuns erlaubte.

Nicht wenige von denjenigen, die an den Arbeiten zur Entwicklung und Produktion von Kernwaffen mitgewirkt hatten, erfuhren erst nach dem Einsatz dieser Ungeheuer gegen Hiroshima und Nagasaki, wofür sie ihre Kraft und ihr Können eingesetzt hatten, erst als es zu spät war, wurde ihnen deutlich, zu welch entsetzlichem Resultat all ihre Arbeit geführt hatte. Überall auf der Welt, wo an diesen Waffen gearbeitet wurde, standen hinter den damit befassten Wissenschaftlern und Technikern machtversessene Politiker, geldgierige Vertreter der Wirtschaft und schießwütige Militärs, die, geblendet von den sich nun auftuenden gewaltigen Möglichkeiten, keinen auch noch so geringen Gedanken an die nun auch ihnen zufallende, ungeheure moralische Verantwortung verschwendeten, die Besitz und Anwendung derartiger Mittel erforderten.

Ein wahrhaft teuflischer Prozess nahm nun seinen Lauf. Auch diejenigen Kräfte, welche im technisch fortgeschrittensten Lande der Erde auf politischem und militärischem Gebiet die

Führung in ihren Händen hielten, zeigten sich nicht in der Lage und offenbar auch nicht willens, sich der bösen und unheildrohenden Faszination des sich nun für sie abzeichnenden Alleinbesitzes einer, wie sie meinten, absoluten Waffe zu entziehen...

Ein gewaltiges Verhängnis von bis dahin völlig unbekannten Dimensionen setzte sich nunmehr unwiderruflich in Gang und entwickelte dabei eine sich aller Kontrolle durch menschliche Vernunft und humanes Empfinden entziehende Eigendynamik.

Nach der Überwindung anfänglicher bürokratischer Schwierigkeiten wurde das amerikanische Manhattan-Projekt mit einem gewaltigen finanziellen und materiellen Aufwand und in einer selbst für US-Verhältnisse frappierenden Geschwindigkeit in die Tat umgesetzt.

Im Jahre 1942 fassten Großbritannien und die USA ihre Bemühungen zur Entwicklung von Kernwaffen zusammen und arbeiteten von da an gemeinsam unter größter Geheimhaltung und von aller Öffentlichkeit völlig abgeschirmt in den Weiten des Südwestens der USA an der Konstruktion der fürchterlichsten Waffe seit dem Bestehen des Menschengeschlechts auf unserer Erde.

Die dabei vereinbarte und geübte tiefe Geheimhaltung beschränkte sich bei allen diesen äußerst umfangreichen Aktivitäten keineswegs allein auf diejenigen Staaten, mit welchen sich Amerika und England im Kriege befanden...

Auch dem dritten großen Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition verschwieg man mit aller Konsequenz, woran hier mit einem derart gewaltigen Aufwand gearbeitet wurde. Im Hinblick auf Planungen und Vorstellungen englischer und amerikanischer Politik nach dem Sieg über Hitlerdeutschland und das militaristische Japan war man bereits lange vor dem Ende des II. Weltkrieges entschlossen, sich von den Russen keinesfalls in alle Karten schauen zu lassen.

Vor allen Dingen die Vereinigten Staaten von Amerika zeigten sich nicht geneigt, Wissen und Kenntnisse, welche eine derartige

Macht verkörperten, mit irgend jemanden zu teilen – selbst die Briten, die sich im Jahre 1942 aus Sicherheitserwägungen, die sich aus dem Krieg mit Hitlerdeutschland ergaben, entschlossen hatten, ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Kernwaffenforschung mit denen der Amerikaner zu bündeln, bekamen das nach dem Ende des Krieges völlig unerwarteterweise zu spüren. Selbst dem nächsten Kriegsverbündeten gegenüber hielten sich die Vereinigten Staaten von Amerika nach Kriegsende noch für mehrere Jahre äußerst bedeckt, wenn es um das so streng gehütete (vermeintliche) Atomgeheimnis ging.

Als sich Großbritannien in Jahre 1947 entschloss, die bereits im II. Weltkrieg begonnene eigene Entwicklung von Kernwaffen wiederaufzunehmen, verweigerten die Amerikaner selbst ihrem, ihnen am nächsten stehenden Verbündeten die Herausgabe von Berechnungen, Dokumentationen und Konstruktionsunterlagen von Nuklearwaffen, an denen britische Physiker im Zuge des „Manhattan-Projektes" selbst mitgearbeitet hatten...

Der so faszinierenden Versuchung, nunmehr als einziger Staat der Erde über den „großen Knüppel" zu verfügen, wollten und konnten sie sich nicht entziehen. Das Bombenprojekt der Vereinigten Staaten von Amerika verschlang innerhalb der Jahre bis zum Ende des Krieges die riesige Summe von zwei Milliarden Dollar.

Getrieben von der Furcht vor der durchaus realen Möglichkeit, Hitlerdeutschland könne die Bombe vor den USA in die Hände bekommen, wurden alle Aktivitäten mit größtem Nachdruck vorangetrieben.

Im Jahre 1942 waren Churchill und Roosevelt nach ihrer Einigung über die Zusammenfassung amerikanischer und britischer Anstrengungen zur Schaffung von Kernwaffen zu dem Entschluss gekommen, alle deren Entwicklung betreffende Aktivitäten in das schon damals vor einem deutschen Zugriff sichere Territorium der USA zu verlegen. Und als sich im Laufe des Jahres 1944 der Zeitraum des für die Alliierten siegreichen Kriegsendes in Europa abzuzeichnen begann, kamen Groß-

britannien und die Vereinigten Staaten gemäß eines zur gemeinsamen Entwicklung von Kernwaffen abgeschlossenen Vertrages überein, diese Waffe zuerst gegen das hartnäckig und verbissen um seine in Asien und der Inselwelt des Pazifik geraubten Positionen kämpfende Japan einzusetzen.

Als jedoch der Krieg in Europa seine Endphase erreichte, schienen Agentenmeldungen aus dem Machtbereich Hitlers und sich immer mehr häufende öffentliche Verlautbarungen seitens der Führung Nazideutschlands anzudeuten, dass Hitlers Kernforschung einen Stand erreicht hatte, der eine kurz bevor stehende Anwendung von deutschen Nuklearwaffen im Kriege gegen die Alliierten befürchten ließ...

In immer schnellerer Folge und bereits schon unter Andeutungen von Einzelheiten ihrer grauenhaften Wirkung drohten Hitler und auch noch andere Naziführer mit einem bald zu erwartenden Einsatz von „Wunderwaffen", und auch einige selbst im Kriege noch immer in Deutschland publizierte Veröffentlichungen zur Tätigkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ließen Schlimmes befürchten.

Und je weiter sich für Hitlerdeutschland die Kriegslage verschlechterte, umso häufiger und detaillierter wurden diese Äußerungen...

Die Einsätze sogenannter V-Waffen, erster gelenkter Fliegerabwehrraketen, das Auftauchen von hoch leistungsfähigen strahlgetriebenen Flugzeugen und ferngesteuerten Fliegerbomben von deutscher Seite zeigten anschaulich, zu welchen technischen Leistungen die Deutschen fähig waren und unterstrichen damit die dunklen Drohungen der Nazis mit geheimen Wunderwaffen von verheerender Wirkung nur noch um so mehr.

Vor allem England und Amerika waren höchst alarmiert, als gegen Ende des Jahres 1944 im süddeutschen Hechingen, wohin man nun die deutsche Atomforschung aus Sorge vor Fliegerangriffen der Alliierten verlagert hatte, anhand von Luftaufklärung eine schnell anwachsende Bautätigkeit festgestellt wurde...

Entstanden hier etwa die Produktionszentren für deutsche Kernwaffen?

Tatsächlich wurde im Oktober 1944 auf dem Bug, einem abgelegenen und unbewohnten Gebiet im Nordwesten der Insel Rügen, ein gewaltiger Sprengsatz erprobt, über dessen Funktionsprinzip und Auswirkungen die alliierte Aufklärung keine schlüssigen Angaben machen konnte. Zeugen dieser Explosion sprachen danach von einem ungeheuren, bisher noch nie gesehenen starken Lichtblitz und einer gewaltigen Druckwelle...

Auch im mitteldeutschen Thüringen, auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe von Ohrdruf, wurde bei zunächst nur routinemäßiger Luftaufklärung eine merkwürdige Bautätigkeit festgestellt, die ebenfalls auf Zusammenhänge mit den von den Nazis immer wieder beschworenen „Wunderwaffen" hinwies

Anfang März 1945, bis zum Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland blieben nur noch wenige Wochen, detonierte eines Nachts auf diesem Truppenübungsgelände in der Nähe Ohrdrufs ein Sprengkörper von bis dahin noch nicht erreichter Wirkung und riss einige hundert Kriegsgefangene und Häftlinge sowie eine unbekannte Anzahl von SS-Bewachern einer dort installierten Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald in den Tod.

Obwohl bei den Explosionen auf Rügen und auch in Thüringen, wie allerdings erst später festgestellt wurde, auch nicht annähernd eine so vernichtende Leistung wie bei den späteren amerikanischen Kernwaffen freigesetzt wurde, handelte es sich jedoch bei diesen Ereignissen auf Rügen sowie auch bei Ohrdruf zweifelsfrei um die ersten deutschen Tests von Nuklearladungen...

Der bei dem Versuch von Ohrdruf verursachte gewaltige Lichtblitz wurde wiederum auch weit außerhalb des abgeriegelten Testgeländes wahrgenommen, noch lange nach dem Ende des Krieges erinnerten sich Augenzeugen sowohl dieses Ereignisses als auch der Riesenexplosion auf dem Bug, in der Boddenlandschaft des Nordwestens der Ostseeinsel Rügen...

Nicht wenige Menschen, Zivilisten und Militärangehörige in den Ohrdruf benachbarten Territorien, klagten danach über gesundheitliche Beschwerden, deren Symptome bei Befragungen und Untersuchungen lange nach Kriegsende eindeutig als die der Strahlenkrankheit identifiziert wurden…

Bei einer, unerklärlicherweise erst Jahrzehnte nach dem Kriege vorgenommenen offiziellen Überprüfung der einstigen Testgelände, sowohl auf Rügen als auch in Thüringen, wurden Spuren gefunden, die keinen Zweifel an diesen dort stattgefundenen nuklearen Ereignissen zuließen.

Nur einige Tage darauf erfolgte auf dem Testgelände des Ohrdrufer Truppenübungsplatzes eine weitere, ähnliche Explosion, auch sie wurde von Zeugen bestätigt.

Bis heute ist nicht bekannt, ob es sich bei den Kernexplosionen in Thüringen um die Tests von Kernwaffen oder um Unfälle bei an ihnen vorgenommenen Arbeiten handelte.

Möglicherweise stellte sich bei diesen Versuchsexplosionen auch heraus, dass die erprobten Systeme nicht die von ihnen erhoffte Wirkung zustande brachten. Eine Reihe von höchst resignierten und von Ernüchterung geprägten Kommentaren hoher Nazis über den dann noch folgenden Verlauf des Krieges in der Zeit unmittelbar nach den Ereignissen im thüringischen Ohrdruf lässt derartige Schlussfolgerungen durchaus zu …

Fest stand nun allerdings damit, dass Hitler dem Besitz von Atomwaffen wesentlich näher war als bis dahin von den Alliierten angenommen…

Doch was immer da in Thüringen und auch auf der Insel Rügen explodiert sein mag – Atombomben im Sinne derjenigen Sprengkörper, die nur wenige Monate darauf Hiroshima und Nagasaki vernichteten, waren das nicht. Eine derartig verheerende Wirkung, wie sie die beiden amerikanischen Bomben verursachten, wurde von ihnen auch nicht annähernd erreicht.

Und doch ist, trotz des Entschlusses der westlichen Alliierten, die in den USA entwickelte Bombe zuerst gegen Japan einzusetzen, mit einiger Sicherheit anzunehmen, dass man diese Waffe

ebenso gegen Hitlers Deutschland anzuwenden bereit gewesen war, hätte der II. Weltkrieg zum Unglück Europas nur um einige Wochen länger gedauert.

Verwunderlich ist ferner, dass all diese Erkenntnisse über den hohen Stand der deutschen Nuklearwaffenentwicklung in der Endphase des Krieges während der folgenden ersten Jahrzehnte einem Kreis von deutschen als auch alliierten Wissenschaftlern, Historikern und Militärs auf jeden Fall bekannt gewesen sein müssen, jedoch in den Jahren und Jahrzehnten der Nachkriegszeit dann so gut wie totgeschwiegen wurden.

Über die Gründe derartigen Verhaltens kann man heute nur spekulieren...

Auch die Truppenführung der Amerikaner muss über diese Versuche Bescheid gewusst haben, das Erprobungsgelände mit dem Konzentrationslager von Ohrdruf wurde im April 1945 durch amerikanische Truppen befreit. Da alle diese Vorgänge im April 1945 erst wenige Wochen zurücklagen, ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass von ihnen sowohl noch Augenzeugen als auch frische und überaus eindeutige Spuren dieser Ereignisse am Ort des Geschehens zu finden waren. Über Untersuchungen und Auswertungen der im Frühjahr 1945 noch frischen und nicht zu übersehenden Spuren und Hinterlassenschaften dieser Tests durch zunächst die Amerikaner und nur einige Monate darauf die Russen ist bisher nichts bekannt geworden. Wobei nicht anzunehmen ist, dass derartige Ermittlungen sowohl von Russen als auch Amerikanern unterlassen worden sind. Erst Jahrzehnte nach Kriegsende wurde mit der historischen Aufarbeitung dieses Geschehens begonnen, wobei davon auszugehen ist, dass auch bis heute eine ganze Reihe von Zusammenhängen noch immer nicht völlig geklärt ist. Und das ferner auch von den Alliierten, die bestimmt von diesen Tests Kenntnis erhalten hatten, als der Krieg noch im Gange war, und die außerdem nach ihrem Sieg die Gelegenheit und natürlich auch allen Anlass hatten, diese für sie so wichtigen

Dinge auf das Gründlichste zu überprüfen, zu diesen Ereignissen keine oder sogar völlig andere Angaben gemacht wurden, ist schon etwas verwunderlich...

Für eine sehr lange Zeit nach dem Ende des Krieges in Europa galt es unter Historikern und Militärfachleuten sowohl in Ost wie auch in West als eine gesicherte Annahme, dass die deutsche Kernwaffenentwicklung weit abgeschlagen hinter der der USA herhinkte und die tiefe Sorge der Alliierten vor deutschen Atomwaffen sich als letztlich unbegründet erwiesen hat...

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 trafen sich die Vertreter der „Großen Drei“, der Siegermächte des II. Weltkrieges in Europa, zu ihren abschließenden Beratungen über die Behandlung des nur wenige Wochen zuvor gemeinsam besiegten Hitlerdeutschlands sowie die Gestaltung des Nachkriegseuropas in Potsdam.

Wie bereits erwähnt, war eigentlich geplant, diese Konferenz in Berlin, in der einstigen Hauptstadt von Hitlers Reich, stattfinden zu lassen, doch hatte man sich angesichts der schrecklichen Zerstörungen in der deutschen Hauptstadt infolge der Kämpfe während der letzten Tage des Krieges sowie auch der zahlreichen alliierten Luftangriffe in den Jahren zuvor, noch während der Vorbereitungen zu diesem Treffen entschieden, aus praktischen Gründen in das nahe gelegene Potsdam auszuweichen, da dort bessere Bedingungen für den Verlauf der Konferenz sowie die Unterbringung und die Sicherheit der zahlreichen Teilnehmer und Begleiter dieser Zusammenkunft vorzufinden waren.

Die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 stand von vorn herein unter keinem glücklichen Stern. US Präsident Roosevelt als der wohl einflussreichste Architekt der Antihitlerkoalition war im April 1945, kaum vier Wochen vor dem Sieg der Alliierten in Europa, im Amt verstorben und sein Nachfolger, Vizepräsident Harry, S. Truman, war bis dahin politisch kaum in Erscheinung getreten, er galt zudem auch noch als nur wenig erfahren in der so überaus komplizierten Problematik der Zusammenarbeit der drei großen Sieger. Die Potsdamer Konferenz sollte Trumans erster großer außenpolitischer Auftritt werden.

Noch zusätzlich erschwerend kam hinzu, dass Englands Premierminister Winston Churchill ausgerechnet im Verlaufe der Konferenz von Potsdam eine völlig unerwartete Wahlnieder-

lage hinnehmen musste, die durch die dann folgende Machtübernahme der Labourpartei zu einem politischen Kurswechsel Großbritanniens führte, in deren Folge Winston Churchill noch mitten in den Potsdamer Beratungen durch den außenpolitisch bis dahin ebenso wenig wie Truman in Erscheinung getretenen Clement Attlee ersetzt wurde...

So blieb in der zweiten Phase der Verhandlungen nur Stalin als langjähriger und zweifellos höchst erfahrener und überaus gerissener Angehöriger der großen Drei am Konferenztisch im Potsdamer Schloss Cecilienhof zurück.

Mit der Erfahrung eines wechselvollen und schweren Krieges, aus dem er schließlich als einer der beiden großen Sieger hervorgegangen war, betrachtete er seine beiden neuen Verhandlungspartner mit einem gewissen Misstrauen, was deren Fähigkeiten bei einer alle Teilnehmer der Konferenz befriedigenden Lösung der nun anstehenden und zu beratenden Problemen betraf. Im Bewusstsein des Sieges über Hitler, zu dem er mit seinem Land und seinem Volke mit einem wesentlich höheren Anteil als seine amerikanischen und englischen Waffenbrüder beigetragen hatte, gedachte er sich die im Verlauf des Krieges eingetretene großräumige Ausdehnung seines politischen Einflussbereiches von niemandem streitig machen zu lassen.

Stalin wies in Potsdam alle Versuche, vor allen Dingen Churchills und Attlees, in den von seinen Armeen befreiten Staaten und Gebieten Osteuropas wieder zur Vorkriegsordnung zurückzukehren, weit von sich und hatte zum wachsenden Entsetzen des englischen Premiers bereits damit begonnen, die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen dieser Länder von Grund auf zu verändern. Er machte seinen westlichen Verhandlungspartnern während der Potsdamer Gespräche auch unmissverständlich deutlich, sich bei diesem Vorhaben in keiner Weise beeinflussen zu lassen.

Gleichzeitig forderte Stalin während der Potsdamer Konferenz im Hinblick auf die von den Deutschen in seinem Lande angerichteten ungeheuren Schäden und Verluste

Reparationsleistungen, welche die Möglichkeiten und das Aufkommen des ihm zugestandenen Besatzungsgebietes Deutschlands bei weitem übertrafen. Er erhob zugleich damit Anspruch auf Entnahme von Wiedergutmachungen auch aus den Gebieten der westlichen Besatzungszonen – was ihm jedoch von Truman und Churchill/Attlee in zähen Verhandlungen und unter Hinweis auf seine, von ihnen unerwünschte und überaus beargwöhnte politische Einflussnahme auf die Staaten Osteuropas und des Balkans schließlich verweigert wurde.

Gegen Ende der Potsdamer Gespräche entschloss man sich, um die Verhandlungen nicht zum völligen Scheitern zu bringen, zu einer Kompromisslösung, die sich letztlich zu einer der Ursachen der Spaltung Deutschlands entwickelte.

US-Außenminister Byrnes schlug vor, dass jede der Siegermächte ihre Reparationsleistungen dem Gebiet der eigenen Besatzungszone entnehmen sollte. In die Praxis übertragen, bedeutete ein derartiges Vorgehen allerdings schon zu diesem noch sehr frühen Zeitpunkt, dass Deutschland dann nicht, wie ursprünglich von den Großen Drei beabsichtigt, als eine ökonomische Einheit funktionieren konnte, von einem politischen Ganzen gar nicht erst zu reden... Woraus zu ersehen ist, dass die grundlegenden Elemente und Voraussetzungen der deutschen Spaltung bereits während der Potsdamer Konferenz durch die Siegermächte geschaffen wurden.

Bei einem Einverständnis der sowjetischen Seite mit diesem Vorschlag werde die westliche Seite Stalins großräumige Verschiebung der westlichen Grenzen seines Landes und Polens sowie auch seine politische Einflussnahme auf die staatliche und gesellschaftliche Ordnung Rumäniens, Bulgariens und Ungarns billigend in Kauf nehmen... Von den drei selbständigen Staaten und den dort ansässigen Völkern, die bis kurz vor Kriegsbeginn zwischen dem deutschen Einflussgebiet und der Sowjetunion im Baltikum existierten und von Stalin noch kurz vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion ohne langes Federlesen

okkupiert wurden, haben die Großen Drei in Potsdam gar nicht erst gesprochen...

Dieser Handel wurde abgeschlossen.

Der im Verlauf der Potsdamer Konferenz nun immer deutlicher werdende Interessengegensatz zwischen der Sowjetunion und ihren westlichen Verbündeten legte einen der Grundsteine für den bald darauf einsetzenden Kalten Krieg zwischen West und Ost, die Spaltung Deutschlands und schließlich auch Europas.

Trumans Mitteilung an Stalin

Am 16. Juli 1945, am Tage vor Beginn der Potsdamer Konferenz, explodierte auf einem abgelegenen, menschenleeren Testgelände in der Wüste von New Mexico mit ungeheurer Wucht ein nuklearer Sprengsatz – die jahrelangen, mit äußerster Konzentration und gewaltigen materiellen Mitteln vorangetriebenen Arbeiten zur Schaffung eines solchen Ungeheuers hatten sich gelohnt...

So meinten jedenfalls diejenigen in den Vereinigten Staaten, welche diesen so riesigen Aufwand zu verantworten und letztlich zu rechtfertigen hatten.

Und sie waren einig in ihrer Entschlossenheit, von dieser neuen und furchtbaren Waffe nicht nur militärisch gegen den noch immer verzweifelt kämpfenden Kriegsgegner Japan, sondern auch politisch Gebrauch zu machen; und zwar gegen alle diejenigen, welche sich nun fürderhin dem weltweiten Hegemonialanspruch der Vereinigten Staaten von Amerika auch nur gedachten zu widersetzen...

Dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sich am Tage dieses Testes bereits in Deutschland aufhielt, um an der Potsdamer Konferenz teilzunehmen, wurde umgehend Meldung davon gemacht; und fünf Tage darauf wurde ihm in einem ersten, zusammenfassenden Bericht mitgeteilt, dass sich diese Bombe schon bei ihrem ersten Test als weit gewaltiger und mächtiger als von ihren Konstrukteuren und Erbauern erwartet erwiesen habe und dass sie nun für einen Kriegseinsatz zur Verfügung stehe.

Truman und wohl auch Churchill begriffen augenblicklich, dass sich mit dem alleinigen Besitz dieser Waffe die politische Lage der Vereinigten Staaten grundlegend verändert hatte, das betraf zum einen den Krieg mit Japan und zum anderen die sich nun auftuende Möglichkeit einer völligen Neukonzipierung der

dem II. Weltkrieg folgenden Politik der Vereinigten Staaten von Amerika sowohl in Europa wie auch in aller übrigen Welt. Bereits zu dieser Zeit arbeiteten amerikanische Militärs an der Invasionsplanung des japanischen Mutterlandes. Es war vorgesehen, sie in den kommenden Herbst- und Wintermonaten durchzuführen.

Eine Streitmacht von zwei Millionen Mann sollte für einen Endkampf auf japanischem Boden eingesetzt werden, und aus den bösen Erfahrungen der bisherigen Auseinandersetzungen mit den bis zu fanatischer Selbstaufopferung kämpfenden Soldaten des fernöstlichen Inselstaates erwarteten die Planer dieser Operation einen äußerst langwierigen Krieg auf Japans Boden mit schrecklichen Verlusten der amerikanischen Streitkräfte und eine mögliche Dauer des Krieges bis in das Jahr 1948 hinein.

Die Planer dieser Operation rechneten mit riesigen Menschenverlusten in bisher nicht erreichtem Umfang auf amerikanischer Seite und waren sich gleichzeitig der enormen Schwierigkeiten, derartige Einbußen vor dem amerikanischen Volke verantworten zu müssen, durchaus bewusst. Die von den Planungsstäben vorläufig nur vermuteten Personalverluste der amerikanischen Streitkräfte, welche der Krieg nach einer Landung auf den japanischen Mutterinseln fordern würde, lägen diesen Erhebungen zufolge wesentlich höher als diejenigen der gesamten bisherigen Kämpfe auf allen Schauplätzen des II. Weltkrieges...

Auf Grund dieser so wenig aussichtsvollen Erwägungen kam man auf der nur fünf Monate zurückliegenden Konferenz von Jalta mit der Sowjetunion endgültig überein, dass sich russische Streitkräfte an der Seite Amerikas und Großbritanniens drei Monate nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa auf dem asiatischen Festland an den Kämpfen gegen Japan beteiligen würden. Erste Absprachen zu einem solchen Vorgehen fanden bereits im Verlaufe der Teheraner Konferenz der großen Drei im November 1943 statt.

Japanische Streitkräfte sollten durch russische Armeen auf dem nordchinesischen Festland gebunden und vernichtet wer-

den, um die amerikanische Invasion des Inselreiches zu unterstützen und zu erleichtern.

Bei diesem Übereinkommen verfolgte man seitens der USA nicht nur das Ziel der schnellen und zügigen Vernichtung von Japans Militärmacht, sondern war gleichzeitig auch bestrebt, Stalins Truppen von einer Teilnahme an den Kämpfen und einer etwaigen anschließenden Besetzung des japanischen Mutterlandes fern zu halten...

Auch das Angebot Großbritanniens, sich mit seinen Streitkräften an den Kämpfen auf japanischen Boden zu beteiligen, wurde von den Vereinigten Staaten dankend abgelehnt... Die aus dem gemeinsamen Kampf der Großen Drei gegen Hitlerdeutschland in Europa erwachsenen Probleme wollten die Vereinigten Staaten von Amerika nun nicht auch noch in den Fernen Osten übertragen...

Stalin ging in Jalta nur allzu gern auf das Ansuchen der Vereinigten Staaten ein; Japan war für die Russen zu dieser Zeit bereits kein ernster Gegner mehr und bei dem mit Sicherheit zu erwartenden Sieg über die Truppen des Tenno winkte für die Sowjetunion auch im Fernen Osten ein Zugewinn an Einfluss und Territorium.

Bereits im April 1945, noch vor dem Sieg seiner Truppen über Hitlerdeutschland, kündigte die Sowjetunion zum Entsetzen der japanischen Führung ihren mit dem Reich des Tenno bestehenden Nichtangriffsvertrag.

Nach Stalins Ansicht waren über all das hinaus zwischen Japan und Russland auch noch einige bislang offen gebliebene Rechnungen zu begleichen, die noch aus dem für das damalige Zarenreich so desaströs verlaufenen Krieg des Jahres 1905 herrührten...

Außerdem hegte Amerikas Führung zur Zeit der Konferenz von Jalta noch die Hoffnung, dass allein schon der Kriegseintritt der Russen in Ostasien die Japaner friedenswillig machen würde, denn das Reich der aufgehenden Sonne kämpfte zu dieser Zeit schon mit dem Rücken zur Wand. Japan war bereits zu Beginn

des Jahres 1945 von nahezu allen seinen Rohstoffquellen abgeschnitten, seine Industrie und die Bevölkerung seiner Großstädte litt entsetzlich unter dem erbarmungslosen Bombardement der US-Air-Force und vor allen Dingen die Versorgung mit Treibstoffen für seine Flotte und der Fliegerkräfte war völlig unzureichend.

Obwohl sich im Februar 1945 die Einsatzreife der ersten amerikanischen Kernwaffen für den Sommer bereits abzeichnete, waren zu dieser Zeit nur einige wenige führende Persönlichkeiten der USA vom Stand, den zu erwartenden Ergebnissen sowie den sich daraus ergebenden militärischen und politischen Möglichkeiten des Manhattan-Projektes unterrichtet.

Selbst hohe Militärs wussten nichts davon und die Stäbe der im Pazifik operierenden US- Truppen kalkulierten bei ihren das japanische Mutterland betreffenden Invasionsplanungen noch immer nur den Einsatz konventioneller Kriegsmittel.

Im Übrigen war ja bis zu diesem ersten Test im Juli 1945 auch noch kein Beweis für das Funktionieren einer Kernspaltungsbombe erbracht und nicht wenige derer, die von den Arbeiten zum Bau der Bombe wussten, hegten immer noch ernste Zweifel über das Gelingen dieser Entwicklung.

Kein Geringerer als der amerikanische Militärexperte Admiral Leahy hatte einmal angesichts des riesigen finanziellen und materiellen Aufwandes für das Manhattanprojekt geäußert, er sei überzeugt, dass dieses „Ding" nie funktionieren – sprich: Explodieren werde...

Und er sei sicher, dies auch beurteilen zu können, fügte er hinzu, denn schließlich sei er ein Experte für Explosivstoffe... Der Preis für einen Eintritt von Stalins Streitkräften in den nunmehr zu Ende gehenden ostasiatischen Krieg wäre, wie bereits angedeutet, eine entsprechende Beteiligung der Russen an der dann folgenden Besetzung japanischen Bodens gewesen – und das allerdings wollten die Vereinigten Staaten von Amerika, wenn irgend möglich, unbedingt vermeiden...

So bestanden die Amerikaner darauf, dass Stalins Truppen nur auf dem asiatischen Festland gegen die Armeen des Tenno vorgehen sollten, wobei man hoffte, sie damit ausreichend beschäftigt zu sehen, so dass eine Invasion und anschließende Besetzung der japanischen Inseln ausschließlich durch amerikanisches Militär erfolgen konnte.

Selbst britische Truppen sollten, so die Absicht der Amerikaner, von den zu erwartenden Kämpfen um das Reich der aufgehenden Sonne und einer dann folgenden Besetzung japanischen Territoriums ferngehalten werden...

Bis in den Sommer des Jahres 1945 standen die Vereinigten Staaten vor einem Dilemma, einerseits wollte man bei einem sich vermutlich noch sehr lange hinziehenden Endkampf um die japanischen Inseln nicht auf die Hilfe der Russen verzichten, um das Blut eigener Truppen zu schonen.

Andererseits war man seitens der Vereinigten Staaten von Amerika sehr daran interessiert, sie von der dann folgenden Besetzung und einer daraus folgenden politischen Einflussnahme auf das fernöstliche Reich vollkommen auszuschließen, um sich die komplizierten politischen Probleme, vor denen man nun, gemeinsam mit dem britischen Empire, in Europa stand, nicht auch noch nach Ostasien und auf die japanischen Inseln zu holen...

Mit anderen Worten ausgedrückt: Amerika hatte durchaus Interesse daran, die Russen für seine Interessen kämpfen und bluten zu lassen, war jedoch nicht geneigt, die dann anfallende politische Kriegsbeute mit ihnen zu teilen.

Was das Territorium der japanischen Inseln betrifft, so erfüllte sich dieses Kalkül, jedoch in keiner Weise in Bezug auf die sich nur wenige Jahre später vollendende politische und gesellschaftliche Entwicklung im bedeutend größeren China, welche sich in der Abschlussphase des II. Weltkrieges in Ostasien bereits unmissverständlich abzuzeichnen begann.

Der erfolgreiche Test einer ersten Kernwaffe am 16. Juli 1945 in der Wüste von New Mexico warf alle diese für die USA so lästigen Überlegungen mit einem Schlag über den Haufen und

schuf völlig neue Positionen – die USA gelangten zu der Meinung, die Hilfe der Sowjetunion und letztlich auch die Großbritanniens nun nicht mehr zu benötigen und sahen sich nunmehr in der unerwartet günstigen Lage, den Krieg gegen Japan allein, sozusagen auf eigene Rechnung zu beenden.

Allerdings, zu verhindern war die Teilnahme von Stalins Truppen am Kampf gegen Japan zu dieser Zeit bereits nicht mehr, Stalin sah die noch in Jalta dazu geschlossenen Vereinbarungen als bindend an und machte das auch seinen Verhandlungspartnern von Jalta und Potsdam ohne weitere Umschweife klar: Am 8. August 1945 erklärten die Russen dem Reich der aufgehenden Sonne den Krieg, drangen schnell in die Mandschurei ein und standen wenige Tage darauf auch in Korea.

Der japanische Widerstand auf dem Territorium Chinas und der Koreanischen Halbinsel brach mit einer sowohl von den Russen als auch den Amerikanern völlig unvermuteten Schnelligkeit binnen nur weniger Tage zusammen – das Ende des II. Weltkrieges, nun endlich auch in Fernost, zeichnete sich nunmehr unübersehbar ab.

Am 24. Juli 1945, während einer gemeinsam von Truman, Churchill und Stalin im Park des Schlosses Cäcilienhof verbrachten Konferenzpause trat der Präsident der Vereinigten Staaten an Stalin heran und teilte ihm in einem eher beiläufigen Tone mit, dass die USA nunmehr über eine völlig neuartige Waffe von einer gewaltigen, bisher unvorstellbaren Zerstörungskraft verfügten...

Während dieser aus nur wenigen Worten bestehenden Mitteilung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, so wird von mehreren Zeugen dieser Szene berichtet, habe Churchill nur einige Schritte beiseite gestanden und habe Stalin auf diese knappen Worte Trumans hin aufmerksam und voller Neugier auf irgendeine, womöglich sorgenvolle oder erschreckte Reaktion beobachtet...

Doch ein so erfahrener, alter und mit allen Wassern gewaschener Fuchs wie Stalin ließ sich zu keiner auch nur bemerkbaren

Reaktion hinreißen, er blieb gelassen – obwohl ihm diese Nachricht ohne jeden Zweifel große Sorge bereitete.

Rückblickend kann man heute sagen, dass mit dieser inhaltsschweren, nur wenige Worte umfassenden Mitteilung des US-Präsidenten an Stalin das Wettrüsten der beiden Supermächte während des kalten Krieges seinen Anfang genommen hat.

Zumindest wurde dieser Tag zu einem der Schlüsselpunkte für eine lange Jahre währende Konfrontation der beiden Supermächte Sowjetunion und USA.

Denn von diesem Zeitpunkte an wusste Stalin mit aller Sicherheit, dass die Amerikaner über funktionierende Kernwaffen verfügten, und er setzte nun seinerseits alle nur verfügbaren Mittel daran, diesen Vorsprung innerhalb kürzester Frist aufzuholen

Auch der gewaltige Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus hatte es nicht vermocht, sein tiefverwurzeltes Misstrauen gegenüber seinen Kriegsverbündeten sowie ihren beiden obersten Vertretern, mit denen er nun hier in Potsdam über die deutsche und europäische Zukunft zu verhandeln hatte, auch nur im geringsten zu vermindern – im Gegenteil.

Und dieses Misstrauen Stalins besaß gute und handfeste Gründe. Nur kurz nach der Revolution vom Oktober 1917, während des dann beginnenden Bürgerkrieges in Russland hatte kein Geringerer als Winston Churchill den Ausspruch getan, dass es am Besten sei, den Kommunismus noch in seiner Wiege zu erwürgen... Und die britischen Invasoren sowie auch die von England großzügig unterstützten russischen Konterrevolutionäre unterließen im während der ersten Jahre der Sowjetmacht ausgebrochenen Bürgerkrieg tatsächlich so gut wie nichts, um diese düstere Empfehlung auch in die Tat umzusetzen.

Und auch Harry S. Truman, der Nachfolger des großen Franklin Delano Roosevelt vertrat eine alles andere als freundlich zu nennende Position gegenüber Sowjetrussland.

Von ihm, damals noch als wenig einflussreicher Politiker der USA, stammt der zu Beginn des Krieges zwischen Russland und Hitlerdeutschland bekannt gewordene Spruch, dass Amerika –

sollten die Deutschen zu unterliegen drohen, Deutschland helfen sollte – und, sollten die Russen zu unterliegen drohen, den Russen helfen möge ... Damit sich, so erklärte er, auf diese Weise möglichst viele Deutsche und Russen gegenseitig umzubringen vermochten.

Wie er freilich eine solche Haltung gegenüber dem nur wenige Monate später wichtigsten Kriegsverbündeten Amerikas, nämlich England, welches schon zu dieser Zeit mit eben diesen Deutschen in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt war, zu vertreten und zu begründen beabsichtigte, blieb indessen bis in die heutige Zeit hinein vollkommen unklar... Von einer wie auch immer gearteten Reaktion oder auch nur eines Kommentars Churchills auf dieses so überaus gelungenes politisches Bonmot des späteren US-Präsidenten ist im Verlaufe des Krieges und auch danach in der westlichen Welt nie etwas bekannt geworden...

Soviel sei hier nur als Zwischenbemerkung zu einer näheren Betrachtung und Beurteilung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses der Großen Drei während des großen Krieges und in der ihm nachfolgenden Zeit konstatiert... Nach dem nun endlich erreichten gemeinsamen Sieg über Hitlerdeutschland näherten sich die einstigen Verbündeten nun mit im Grunde wenig überraschender Schnelligkeit wieder den von ihnen beharrten Positionen der Vorkriegszeit.

Höflich gratulierte Stalin dem Präsidenten der USA und entgegnete im gleichen Tonfall: „Fein, ich hoffe, die Vereinigten Staaten werden sie auch einsetzen, um den Krieg schnell zu beenden..." Truman, Byrnes und Churchill kamen in einem auf diese Szene folgenden Gespräch zu der einhelligen Meinung, dass Stalin wohl gar nicht verstanden habe, wovon da eigentlich die Rede gewesen ist... Doch der hatte sehr wohl nicht nur verstanden, sondern auch begriffen.

Nur wenig darauf erklärte er gegenüber Molotow und Berija: „Man muss mit Kurtschatow sprechen, damit er die Sache beschleunigt..."

Als sich um die Jahreswende 1944 zu 1945 der Zeitpunkt des Endes der Kämpfe in Europa abzuzeichnen begann, wurde der englische Premier von immer größerer Sorge über die nun erfolgende Ausdehnung von Stalins Einflussgebieten ergriffen.

Eine ganze Reihe eindeutiger Hinweise deuteten bereits sehr früh darauf hin, dass in den Staaten Osteuropas nach dem Einzug der russischen Armeen nichts mehr so sein würde wie vor dem Ausbruch des Krieges. Die Ereignisse in Polen, Stalins Nichtanerkennung der polnischen Exilregierung in London und seine Einsetzung einer prokommunistischen polnischen Übergangsregierung im bereits 1944 befreiten Lublin standen Churchills Vorstellungen über die Nachkriegsgestaltung nicht nur Polens, sondern des ganzen osteuropäischen Raumes völlig entgegen...

Wobei man sich doch einmal verdeutlichen sollte, was Winston Churchill da eigentlich von Stalin erwartete... Nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Wiederherstellung des vor Beginn des Krieges bestehenden Status quo im gesamten Ost- und Südosteuropa!

Die Wiederherstellung einer solchen Lage hätte eine Fortsetzung der antisowjetischen Politik aller dieser Staaten unter der Hegemonie Großbritanniens erlaubt und damit die britische Position nicht nur gegenüber der UdSSR im Nachkriegseuropa entscheidend verstärkt; und das nicht nur bei politischen Auseinandersetzungen.

Doch bereits bei der gedanklichen Vorbereitung derartiger Forderungen muss ihm als dem politischen und militärischen Realisten, der er sein Leben lang war, doch schon von vorn herein klar gewesen sein, dass keinerlei Chance bestand, sie jemals umzusetzen. Dafür waren die Russen ganz einfach zu mächtig geworden, sie würden nicht wieder zulassen, dass es in Europa an ihren Grenzen zu einem erneuten Cordon sanitaire kommen würde – das lag bereits lange vor dem Ende der Kämpfe eindeutig auf der Hand.

Und außerdem – die gleiche Politik, nur mit umgekehrten Vorzeichen, wurde von England und den USA bei der Befreiung

Westeuropas von den Truppen Hitlerdeutschlands verfolgt, wo man allen sozialistisch/kommunistisch orientierten Befreiungsbewegungen in den von Hitlerdeutschland okkupierten Ländern die Unterstützung entzog oder sie, noch während die deutsche Besetzung anhielt, gar nicht erst gewährte, um im Hinblick auf die zu erwartende Nachkriegspolitik dieser Staaten den Eintritt von Machtverhältnissen zu verhindern, welche von Anfang an den Vorstellungen Großbritanniens und auch Amerikas widersprachen.

Zusammengefasst ausgedrückt erwartete Churchill von Stalin also politische Zugeständnisse, welche er, bezogen auf seine eigene Lage, selbst niemals zu geben bereit war.

Analog eines seit Jahrhunderten verfolgten Prinzips britischer Europapolitik im Sinne ausgeglichener Machtverhältnisse zwischen den Staaten der alten Welt versuchte Churchill mit allen Mitteln, einen Einflussgewinn der Russen auf Osteuropa und den Balkan zu verhindern und sowohl eine bürgerliche wie auch zugleich eine probritische politische Orientierung der Staaten in diesen Gebieten zu erreichen.

Angesichts der durch den II. Weltkrieg verursachten Schwäche des britischen Empires sah er jedoch die Möglichkeiten, derartige Vorstellungen auch durchzusetzen, mehr und mehr dahinschwinden...

Der nun eingetretene Erfolg des amerikanischen Manhattan-Projektes, an welchem auch britische Wissenschaftler beteiligt waren, gab ihm nun neue Hoffnungen, diese von ihm wohl schon so gut wie abgeschriebenen Vorstellungen jetzt vielleicht doch noch durchsetzen zu können – und sei es mit der Drohung eines weiteren, noch viel schrecklicheren Krieges...

Die neu entwickelte amerikanische Atombombe schien ihm ein dafür gut geeignetes Druckmittel zu sein und er erwartete von den Amerikanern in diesem Sinne Verständnis und Unterstützung.

Doch die schienen zu dieser Zeit noch nicht geneigt, seinen Vorstellungen zu folgen – nach Ende des II. Weltkrieges sollten

noch sieben Jahre verstreichen, bis diese Waffe auch in britische Hände gelangte... Trotz der engen britischen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten während des Krieges bei der Entwicklung der ersten Kernwaffen.

Bis gegen Ende der vierziger Jahre hüteten die Amerikaner auch gegenüber eng verbündeten Mächten eifersüchtig ihr, wie sie sagten, Atomgeheimnis.

Als Großbritannien Anfang der fünfziger Jahre dann ebenfalls zur Atommacht aufstieg, existierte das amerikanische Atommonopol bereits seit Jahren nicht mehr..., die Welt hatte sich grundlegend gewandelt und das noch immer weltumspannende britische Empire begann unwiderruflich aus seinem einmal so fest und unverrückbar scheinenden Gefüge zu driften. Nicht zuletzt infolge der im Ergebnis des II. Weltkrieges eingetretenen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf der Erde. Noch über das Ende des II. Weltkrieges in Europa hinaus hat Churchill immer wieder versucht, seine amerikanischen Verbündeten zur Nichtbeachtung und Verletzung der bereits vor Kriegsende in Europa vereinbarten Besatzungszonen und Einflussgebiete zu veranlassen und warnte in diesem Zusammenhang in seiner drastischen und bildhaften Sprache immer wieder vor einem „Eisernen Vorhang" entlang des nun deutlich größer gewordenen Einflussgebietes der Sowjetunion. Und von seiner Position aus sollte er Recht behalten.

Die Amerikaner verfolgten unmittelbar nach dem Kriegsende in Europa jedoch zunächst andere Ziele und schienen noch bis in die erste Nachkriegszeit hinein gewillt, ihren militärischen Einfluss in Westeuropa gering zu halten. Der schwierige und noch immer anhaltende Krieg mit dem japanischen Imperium dürfte einer der Hauptgründe dieser Haltung gewesen sein.

Winston Churchills so überraschende Abwahl als Regierungschef Großbritanniens noch während des Verlaufes der Potsdamer Konferenz hat diese für ihn und seine europapoli-

tischen Ambitionen so ungünstige Entwicklung nur noch beschleunigt.

Zwei noch von der Politik Sir Winston Churchills geprägte Termini sollten schon kurze Zeit darauf zu den die Nachkriegsjahre Europas und der Welt kennzeichnenden Begriffen werden: Der „Kalte Krieg“ und der „Eiserne Vorhang“.

Und die Zeit drängte nun auch die Amerikaner, neigte sich doch auch in Ostasien der Krieg überraschend schnell seinem für die Alliierten siegreichen Ende zu.

Trotz aller düsteren Befürchtungen amerikanischer Militärplaner und Politiker zeigte sich mehr und mehr, dass Japan im Sommer 1945 mit dem Rücken am Abgrund kämpfte, alle seine Ressourcen waren erschöpft und sein militärischer Zusammenbruch nun auch über kurze Zeit absehbar.

Die USA entschlossen sich noch in Potsdam zu einer letzten politischen Warnung an die Führung Japans, in der das fernöstliche Kaiserreich ultimativ aufgefordert wurde, die Kämpfe zu beenden, da es sonst mit schwersten Konsequenzen zu rechnen habe.

Diese Aufforderung führte zwar zu heftigen Diskussionen innerhalb der kaiserlichen Regierung sowie auch der japanischen Armeeführung über eine Beendigung des Krieges – doch zu dem Entschluss, die Waffen niederzulegen, konnte man sich in Tokio nicht durchringen.

Das Reich der aufgehenden Sonne wurde in seiner langen Geschichte noch nie auf seinem eigenen Boden militärisch besiegt, und vor allen Dingen der einer unheilvollen Tradition verpflichteten kaiserlichen Militärkaste schien eine kampflose Übergabe japanischen Bodens an einen Kriegsgegner schlechthin unvorstellbar. Zudem existierten innerhalb der militärischen und politischen Führung Japans eine ganze Reihe unterschiedliche Ansichten bei Beurteilung der nun entstandenen Lage, die von einer bedingungslosen Weiterführung des Krieges bis zur Neigung

zu einem schnellen Friedensschluss reichten, wobei sich keine der jeweiligen Parteien anderen gegenüber durchzusetzen vermochte.

Japans Führung richtete angesichts ihrer verzweifelten Lage sogar ein Ansuchen an die Sowjetunion, bei der Anbahnung von Verhandlungen mit Amerika und Großbritannien zu vermitteln. Allerdings ohne dabei auch nur zu ahnen, dass nunmehr auch Stalins Kriegserklärung an das Reich des Tenno nur noch eine Frage weniger Stunden war...

In aller Eile bereiteten die US-Streitkräfte den Abwurf zweier Kernbomben gegen zwei Städte des japanischen Kaiserreichs vor, wohl nicht zuletzt auch aus der Überlegung heraus, damit einer nun immerhin denkbaren, überraschend eintretenden Kapitulation des Reiches der aufgehenden Sonne noch zuvor zu kommen.

Der so unheilvollen Versuchung, diese Monsterwaffe nun noch unter realistischen militärischen Bedingungen anzuwenden, was letztlich hieß, sie an menschlichen Zielen erproben zu können, vermochten sich allen eindringlichen Bitten und Warnungen eines guten Teiles derjenigen, welche die Bombe entwickelt und konstruiert hatten zum Trotz, die politisch und militärisch Verantwortlichen der, wie sie sich selbst nannte, größten Demokratie der Erde nicht zu entziehen...

Die beiden mit aller Hast über den Stillen Ozean auf die erst kürzlich errichtete Air Force Base der Pazifikinsel Tinian transportierten Bomben waren die vorläufig einzigen, über welche die Vereinigte Staaten von Amerika seinerzeit verfügen konnten. Die sich im Juli 1945 ungeachtet aller gegenteiligen Annahmen US- amerikanischer Militärs und Politiker nun unübersehbar abzeichnende Niederlage Japans verminderte mit jedem nun noch verstreichenden Tage die Möglichkeit, nicht nur dem Kriegsgegner Japan, sondern gleichzeitig auch der übrigen Welt einschließlich auch der eigenen Verbündeten die alles vernichtende Wirkung dieser Superwaffe bei einem scharfen Einsatz zu präsentieren; sie musste schnell und konsequent genutzt werden,

die Zeit für Überlegungen – welcher Art auch immer - wurde immer knapper.

Nur auf diese menschenverachtende Weise, und das heißt nicht weniger als: Um den Preis abertausender Menschenleben, so meinte die Führung der USA, war das dem II. Weltkriege nun nachfolgende, gewaltige Drohpotential des Alleinbesitzes dieser Waffe in politischen Einfluss umzusetzen...

Nur wenige Tage nach dem Ende der Potsdamer Konferenz, am 6. und am 9. August 1945, verglühten mit den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki hunderttausende von Menschen im Feuerball der beiden ersten in einem Kriege eingesetzten Nuklearbomben.

Die Führung der Vereinigten Staaten hatte es sich nicht nehmen lassen, sich dieser nach ihrer Meinung unbegrenzte militärische Möglichkeiten verkörpernden Waffen auch zu bedienen, um einer darüber zutiefst schockiert innehaltenden Welt auf die drastischste nur mögliche Weise ihren weltweiten Machtanspruch nach dem Sieg über Japan und Hitlerdeutschland deutlich zu machen.

Eine militärische Notwendigkeit für diese Untat hat Anfang August 1945 bereits nicht mehr bestanden – auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird.

Die nach dem epochalen Experiment Otto Hahns nun auch in der Sowjetunion aufgenommenen Arbeiten zur Kernforschung im Sinne ihrer militärischen Nutzung wurden lange verzögert und verschleppt und litten nicht nur unter bürokratischen Hemmnissen...

Sie beschränkten sich im Wesentlichen auf theoretische, der Grundlagenforschung dienende Arbeiten. Die Schaffung einer Nuklearindustrie lag für die Sowjetunion damals noch in weiter Zukunft, denn in Stalins Land mussten zu dieser Zeit noch eine ganze Reihe technischer und technologischer Voraussetzungen entwickelt werden, um Derartiges in Angriff nehmen zu können. Außerdem kam noch hinzu, dass der von Hitlerdeutschland im September 1939 ausgelöste II. Weltkrieg, auch wenn die Sowjetunion in seiner ersten Phase noch nicht von ihm betroffen war, einen großen Anteil ihrer industriellen und ökonomischen Ressourcen beanspruchte, um auf militärtechnischen Gebiet Anschluss an die übrigen europäischen Mächte zu erlangen. Sie wurden in ihren Anfängen beileibe nicht mit dem Nachdruck betrieben, der sich dann im weiteren Verlaufe des Krieges in Europa als notwendig erwies, als der deutsche und letztlich auch der bald festgestellte Entwicklungsstand Amerikas auf diesem Gebiet einen gefährlichen Rückstand der eigenen Aktivitäten offen legte.

Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 löste man unter den Zwängen der für die UdSSR äußerst bedrohlichen ersten Kriegsphase die entsprechenden Forschungseinrichtungen sogar zeitweilig auf und setzte deren Angestellte zwar ebenfalls in militärischen Fachgebieten ein, doch keineswegs mit der Aufgabe, Kernspaltungsprozesse waffenfähig und militärisch anwendbar zu machen.

Erst als sich gegen Ende des Jahres 1942 die militärische und wirtschaftliche Lage der Sowjetunion wieder soweit stabilisiert

hatte, dass über den Ausgang des Krieges mit Hitlerdeutschland keine Zweifel mehr bestanden, entschloss man sich Mittel freizugeben, um diese Arbeiten wieder aufzunehmen.

Und wohl nicht zuletzt auch, weil sich inzwischen ebenso eindeutige wie auch äußerst bedrohliche Hinweise und Indizien für intensive Maßnahmen zur Erlangung von Kernwaffen in Hitlerdeutschland wie auch in den USA und Großbritannien in Besorgnis erregender Weise zu häufen begannen. Wobei mit großer Sorge festgestellt werden musste, dass man nun sowohl gegenüber dem feindlichen Deutschland als auch gegenüber den eigenen Verbündeten infolge des Krieges noch weiter an Boden verloren hatte.

Eine der ersten Methoden, diesen unbestreitbaren Nachholbedarf schnell zu kompensieren, bestand nicht zuletzt darin, allen denjenigen, die es auf diesem Gebiet schon um Vieles weiter gebracht hatten, ungeachtet deren eifersüchtiger Geheimhaltung, möglichst intensiv in die Karten zu schauen... Wobei vom NKWD keinerlei Unterschiede zwischen Freund und Feind gemacht wurden; hier zählten einzig und allein die neuesten Informationen zum Know How der Bombe.

Schnell stellten auch Stalins Atomforscher fest, dass auf legalem Wege selbst bei den verbündeten Briten und Amerikanern auf diesem Gebiet kaum etwas zu erwarten oder gar zu holen war. Ein dichter Mantel strikter Geheimhaltung verhinderte nicht nur jede Erlangung von In-formationen über theoretische Erkenntnisse und technologische Voraussetzungen, sondern unterband gleichzeitig auch jede Beschaffung von für diese Arbeiten dringend erforderlichen Materialien und wissenschaftlich-technischen Ausrüstungen.

So hatten es zum Beispiel die Amerikaner gemeinsam mit den Engländern in kürzester Frist erreicht, dass sämtliche im für die Vereinigten Staaten zugänglichen weltweiten Einflussbereich vorhandenen Uranerzproduzenten mit äußerst lukrativen Verträgen veranlasst wurden, ihre Förderung ausschließlich an die USA abzugeben..., und das auf mehrere Jahrzehnte hinaus.

Und die Russen mussten außerdem feststellen, dass die Amerikaner im Bezug auf den Verkauf von Uran und Uranverbindungen, durchaus entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten bei der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Kampf mit dem gemeinsamen Feind, einen ebenso extremen wie auch nicht im geringsten miss zu verstehenden Geiz an den Tag legten...

Eine von der Sowjetunion noch während des Krieges geäußerte Bitte um Lieferung von etwa einer Tonne angereicherten Urans zu, wie man angab, Forschungszwecken wurde von den Amerikanern nach langen und schwierigen Verhandlungen abschlägig beschieden.

Lediglich einige Kubikzentimeter des so begehrten Materials bekamen die Russen zur Verfügung gestellt – eine Bombe war daraus nicht zu bauen, diese geringe Menge eignete sich im besten Falle zu Laborzwecken...

Die Russen sahen sich also noch während des Krieges gezwungen, innerhalb des ihnen zur Verfügung stehenden Territoriums nach dem so überaus begehrten Rohstoff zu suchen.

Damit hatten also zunächst die Geologen und Bergbaufachleute das Wort. Einige in Mittelasien gelegene Uranlagerstätten, allerdings sehr geringen Umfanges, waren bereits bekannt, sie zeigten sich jedoch kaum in der Lage, den sich nun abzeichnenden riesigen Bedarf auch nur annähernd zu befriedigen. Selbst bei einer massiven Forcierung der Förderung wären Jahre notwendig gewesen, auch nur die für Inbetriebnahme eines Kernreaktors notwendige Uranmenge zu erhalten.

Doch es ist kaum anzunehmen, dass den Verantwortlichen dieser Umstand ernste Sorge bereitete. Stalins Reich war von so gewaltiger Ausdehnung, dass in ihm die Sonne nicht unterging, mit Sicherheit war in diesen Weiten auch das nun so begehrte Uran zu finden.

Das eigentliche Problem bestand darin, dass mit Blick auf die bedrohliche Entwicklung in Hitlerdeutschland sowie auch die nicht weniger Argwohn erregenden Arbeiten bei den eigenen

Verbündeten die Zeit für langwierige und aufwendige geologische Erkundung fehlte.

Russland war zwar riesengroß und von einem gewaltigen Reichtum an Bodenschätzen aller Art, doch das Land war noch viel zu wenig erschlossen und die meisten seiner Ressourcen lagen noch irgendwo im Unbekannten; zumeist fernab jeder Zivilisation. Denn selbst wenn man in den Weiten Sibiriens oder auch den Gebirgen Mittelasiens schnell fündig geworden wäre, blieb immer noch das große Problem, diese dann möglicherweise tausende Kilometer von allen anderen Industrien, Versorgungseinrichtungen und Verkehrswegen entfernten Lagerstätten auch zu erschließen, sie zugänglich zu machen und die Produktion von Erzen aufzunehmen.

Gar nicht zu reden von der Entwicklung und Errichtung von komplizierten und höchst aufwendigen Industrieanlagen zur Gewinnung von hochreinem, bombenfähigem Uran 235.

Ein solcher Prozess ist zwar nicht unmöglich, doch er erfordert neben sehr viel Zeit auch noch immense Mittel – und die Sowjetunion befand sich mitten in einem schweren Krieg, der das gesamte verfügbare Potential des Landes beanspruchte.

Es dürfte aus all diesen Gründen kaum verwundern, dass die Russen bereits nach kurzer Zeit die intensive Suche nach Uranlagerstätten auch auf die ost- und mitteleuropäischen Gebiete und Territorien ausdehnten, welche von Stalins Heeren bei der Verfolgung der sich in der zweiten Kriegsphase immer eiliger nach Westen zurückziehenden deutschen Truppen befreit wurden. In diesen Gebieten befanden sich, zum Teil schon von Alters her, traditionelle Bergbaugebiete, die in Bezug auf Industrie, Energieversorgung, technischer Infrastruktur und Verkehrswegen bereits voll erschlossen waren und wo man nicht, wie im eigenen Land, erst noch in jeder Hinsicht aufwändige, schwierige Erkundungen und Erschließungsarbeiten einleiten und durchführen musste.

Und mit einiger Sicherheit darf in diesem Zusammenhang auch angenommen werden, dass man bei der Suche nach Uran-

lagerstätten sowohl konkreten als auch indirekten Hinweisen aller nur denkbaren Art nachging sowie auch Gebiete außerhalb der Sowjetunion einbezog, die von russischen Truppen bei ihrer Verfolgung von Hitlers Armeen erobert wurden beziehungsweise in absehbarer Zeit noch zu besetzen waren...

In diesem Zusammenhange interessierte sich die Wissenschaftlergruppe um Professor Kurtschatow bereits in einem noch relativ frühen Stadium des Krieges gegen Hitlerdeutschland für die Radium- und Uranlagerstätten des Westerzgebirges, wie aus nach dem Kriege veröffentlichten Angaben und Unterlagen eindeutig hervorgeht.

Und da eine ganze Reihe von Russen nicht nur während der Jahre zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg an der Freiberger Bergakademie ein Studium der Montanwissenschaften absolviert hatte, ist durchaus denkbar, dass auch von diesen ehemaligen Auslandsstudenten Hinweise und Angaben über im sächsischen Erzgebirge zu erwartende Uranlagerstätten aufgezeigt wurden.

Doch die Auffindung und Prospektierung von Uranlagerstätten war nur ein erster und vergleichsweise noch einfacher Schritt bis hin zur Lösung des Gesamtproblems.

Stalins Augen und Ohren

Stalins Spionage besaß schon während des Krieges Kontakte zur geheimen Kernwaffenentwicklung; sowohl zur amerikanisch-britischen, als auch zu den entsprechenden, ebenfalls streng gehüteten Aktivitäten Hitlerdeutschlands.

Die Russen waren erstaunlich gut über alle diese Dinge informiert. Noch kurz vor dem Kriegsende in Europa konnten sie erleichtert feststellen, dass auch während der nun bevorstehenden letzten Kämpfe von deutscher Seite nicht mehr mit einem, von Militärs und Geheimdienstlern immerhin für möglich gehaltenen, Einsatz von Kernwaffen gerechnet werden musste. Trotzdem mussten sie besorgt feststellen, dass die Deutschen auf ihrem Wege zu einer Nuklearwaffe bereits beängstigend weit vorgedrungen waren.

Bewiesen wird das unter anderem durch eine vom 30. März 1945 datierte Stellungnahme und Einschätzung Professor Igor Kurtschatows über eine am 3. März 1945 stattgefundene Kernexplosion auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf im mitteldeutschen Thüringen.

Diese Detonation erreichte auch nicht annähernd eine von Kernphysikern für denkbar und erreichbar gehaltene Stärke und entsprach keineswegs der vernichtenden Leistung der nur wenige Monate darauf erprobten und noch im Sommer 1945 gegen Japan eingesetzten amerikanischen Kernwaffen – dennoch aber handelte es sich um eine Nuklearladung.

Zudem ist bis heute nicht bis in alle Einzelheiten bekannt, ob diese Explosion unter Einhaltung aller erforderlichen technischen Voraussetzungen gezielt stattfand oder etwa durch einen Unfall, möglicherweise versehentlich, zu früh ausgelöst wurde und dann dabei nicht unter Kontrolle gehalten werden konnte. Einige von erst Jahrzehnte danach bekannt gewordenen Indizien lassen derartige Schlussfolgerungen durchaus zu.

Die damals bei Ohrdruf gezündete Kernladung entsprach in ihrer Wirkungsweise sowie auch in ihrer Leistung nicht den we-

nig später von den amerikanischen Streitkräften gegen die beiden japanischen Städten eingesetzten Nuklearwaffen – soviel konnte der russische Geheimdienst in Zusammenarbeit mit Physikern der Atomkommission auf jeden Fall feststellen. Möglicherweise verfolgten die Verantwortlichen der deutschen Nuklearwaffenentwicklung auch einen anderen, damals noch unbekannten Weg zur Schaffung einer Kernwaffe als Amerikaner und Engländer...

Dennoch musste festgestellt werden: Offenbar wussten die an der Entwicklung deutscher Kernwaffen beteiligten Physiker und Ingenieure über die Konstruktion und Wirkungsweise eines atomaren Sprengsatzes Bescheid und sie entwickelten sogar mehrere Prinzipien und Varianten davon; eine Reihe nach dem Kriege aufgefundene Unterlagen hat davon Zeugnis gegeben. Und das beweist auch der schon während der Nachkriegszeit in den USA erfolgte Vergleich amerikanischer und deutscher Projekte zu Implosionsbomben, bei deren Vergleich mit den von Hitlerdeutschland verfolgten Projekten sich erhebliche Ähnlichkeiten ergaben. Das hauptsächliche Problem auf deutscher Seite bestand nicht im Fehlen der erforderlichen Mengen von uranhaltigen Materialien, sondern darin, Uran 235 in der für eine Kernladung erforderlichen Maße so hoch anzureichern, dass eine sich selbst tragende nukleare Kettenreaktion ausgelöst werden konnte.

Allerdings, die riesigen, für die Gewinnung bombenfähigen Urans erforderlichen Industrieanlagen wären in der zweiten Hälfte des Krieges in Deutschland kaum mehr zu errichten gewesen, dafür fehlten Hitlerdeutschland zu dieser Zeit bereits die entsprechenden Mittel und Voraussetzungen, sie hätten außerdem die sofortige Aufmerksamkeit der damals weit überlegenen alliierten Fliegerkräfte auf sich gezogen und wären aus der Luft angegriffen und zerstört worden.

Zur Gewinnung ausreichender Mengen spaltfähiger Uranisotope mittels des Gasdiffusionsprinzips und eines elektromagnetischen Verfahrens hatte man in den damals vor Luftangriffen völlig sicheren USA Fabrikanlagen von riesenhaften, Quadrat-

kilometer großen Ausmaßen errichten müssen. So entschied man sich auf deutscher Seite offenbar zur Entwicklung von Verfahren, nukleare Sprengkörper auch mit weniger stark angereichertem Spaltmaterial zu konstruieren.

Mögliche weitere Verfahren zur Gewinnung hochreiner Spaltstoffe waren in Nazideutschland zwar in ihren Grundzügen bekannt und bereits geplant, doch steckten diese noch in einem frühen Entwicklungsstadium und der im Frühjahr 1945 eintretende alliierte Sieg verhinderte die Fortführung dieser Vorhaben.

Offensichtlich bestand in der Sorge vor deutschen Luftangriffen auch einer der Gründe, aus denen sich die englischen Atomforscher entschlossen hatten, ihre gesamten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen von den britischen Inseln auf die andere Seite des Atlantik, in die Vereinigten Staaten zu verlagern und ihre Anstrengungen mit denen der Amerikaner zu verbinden. Nur dort, weit außerhalb der Reichweite damaliger Fliegerkräfte, schienen diese Anlagen und Laboratorien sicher genug.

Die eingangs dieses Kapitels erwähnten Unterlagen zu einem, möglicherweise auch mehreren Tests von in Hitlerdeutschland entwickelten Kernwaffen, einschließlich einer Konstruktionsbeschreibung und einer Erläuterung der Funktion des Sprengkörpers, müssen innerhalb nur weniger Tage und dabei noch während des Krieges zunächst in die Hände des sowjetischen Geheimdienstes gefallen und später zur Kenntnisnahme und Beurteilung auf den Schreibtisch von führenden russischen Atomforschern und Militärs gelangt sein... Darüber besteht heute kein Zweifel mehr.

Zwischen der Explosion in der Nähe des thüringischen Ohrdrufs und Professor Kurtschatows Stellungnahme zur Beurteilung dieses Ereignisses vergingen lediglich 27 Tage, während derer diese Unterlagen und Dokumente zunächst in den Besitz eines Angehörigen der sowjetischen Spionage und dann auch

noch über die deutsch-russische Front hinweg in die Hände russischer Wissenschaftler gelangt sein mussten!

Bis heute ist unbekannt geblieben, welchem Agenten und auf welche Weise eine derartige Glanzleistung der Spionage geglückt ist – gleichzeitig ist davon auszugehen, dass derjenige, welcher dies fertig brachte, einen gewichtigen Spitzenplatz in der deutschen Kernwaffenentwicklung eingenommen haben muss und dabei auch über Zugang zu streng gehüteten Geheimunterlagen verfügen konnte. Auch in der Hierarchie des Nazireiches muss er einen hohen Rang besessen haben, sonst wären diese Dokumente für ihn nicht erreichbar und ein solches Husarenstück der Spionage wohl nicht einmal denkbar gewesen!

Um in einer so kurzen Zeit an derart geheime Unterlagen heranzukommen, sie zu stehlen und zu kopieren und dabei auch noch Wichtiges gegenüber Unwichtigerem einschätzen und auswählen zu können, setzt über all das hinaus auch noch einige solide, zu dieser Zeit noch sehr wenig verbreitete Kenntnisse in der Kernphysik sowie auch von Konstruktion und Funktionsweise eines Nuklearsprengkörpers voraus.

Die Einschätzung und Beurteilung des Ohrdrufer Kernwaffenversuches durch den Leiter des russischen Nuklearprojektes Prof. Kurtschatow noch einige Monate vor dem ersten Test einer ersten amerikanischen Kernwaffe in der Wüste von New Mexiko lässt zudem auch noch einige weitere und hochinteressante Rückschlüsse auf den bereits damals erreichten Stand der russischen Arbeiten an einer Atomwaffe zu.

Kurtschatow erklärt in seiner Stellungnahme, dass es sich beim Test von Ohrdruf zwar ohne Zweifel um eine Kernexplosion gehandelt habe, jedoch deren Leistung beileibe nicht den Umfang erreicht habe, der bei einer spontanen Kettenreaktion zweier unterkritischer Uran-235-Körper freiwerden müsse. Er folgerte, dass es sich dabei um die Erprobung einer Bombenkonstruktion ohne Einsatz von Uran 235 gehandelt habe, welcher der Vorbereitung eines Bombentests gedient haben könnte. In Auswertung dieser Unterlagen kam er zu dem Schluss, dass bei dieser

Testexplosion möglicherweise ein unbekanntes, bisher noch nicht in Erwägung gezogenes Zündverfahren zur Anwendung kam.

Aus der von Kurtschatow Ende März 1945 verfassten Stellungnahme ergibt sich, dass die Russen bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine überraschend genaue Kenntnis über das Zündprinzip und die Wirkungsweise einer Uran-235-Bombe besaßen, das heißt mit einem eigenen Bombenprojekt bereits weiter vorangeschritten waren, als von aller Welt (nicht nur) damals angenommen...

Am Ende dieser Stellungnahme erscheint eine Bitte Kurtschatows um ein Gespräch mit der Person, welche diese Unterlagen für den russischen Militärgeheimdienst beschafft hat, da aus den ihm vorliegenden Unterlagen nicht alle Einzelheiten über Prinzip und Funktionsweise der in Thüringen erprobten Nuklearladung hervorgehen...

Doch auch die so eifersüchtig gehüteten amerikanisch-britischen Arbeiten zur Entwicklung von Atomwaffen blieben vor einem Eindringen von Stalins Emissären nicht sicher.

Mit der Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Atomforschungsarbeiten im Jahre 1942 gelangte Klaus Fuchs, ein hervorragender deutscher Physiker, der wie eine ganze Reihe seiner Fachkollegen bereits in den frühen dreißiger Jahren das Deutschland Hitlers aus politischen Gründen verlassen musste, nach Großbritannien. Bei Ausbruch des Krieges zunächst interniert, gelangte er auf Grund seiner Kenntnisse nur kurze Zeit später in den Kreis derjenigen britischen Physiker und Ingenieure, welche am „Tube Alloys"-Vor-haben, dem britischen Kerwaffenprojekt arbeiteten.

Bei der im Jahre 1942 erfolgten Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Nuklearprojekte geriet er mitten hinein in die mit allem Nachdruck vorangetriebenen Arbeiten am Manhattan-Projekt in Los Alamos.

Etwa einen Monat vor der ersten Testexplosion in der Wüste von New Mexico gelangten durch ihn Unterlagen zur Konstruk-

tion eines Plutoniumsprengkörpers und dessen Zündprinzips sowie die dazu gehörenden Berechnungen in die Hände von Stalins Geheimdienst...

Auf Grund seiner kommunistischen Überzeugung festigte sich bei Fuchs bereits sehr früh der logische Gedanke, dass sich ein nur einseitiger Besitz derartiger Waffen äußerst negativ auf ein friedenssicherndes Kräftegleichgewicht auf der Welt auswirken würde.

Und da sich die Gestaltung der dem Kriege folgenden Weltpolitik der Großmächte bereits während der zweiten Phase des II. Weltkrieges unmissverständlich ankündigte, entschloss er sich daher, sein Wissen über die Konstruktion von Kernwaffen den Russen zukommen zu lassen, um sie in die Lage zu versetzen, sich so schnell als möglich in der gleichen Weise auszustatten wie die Amerikaner.

Ferner ist von den ab der Jahreswende 1944/45 in deutsches Gebiet vorrückenden Einheiten der Roten Armee sicherlich mit der gleichen Intensität nach theoretischen und praktischen Hinterlassenschaften und natürlich auch nach den Beteiligten der deutschen Kernwaffenentwicklung gefahndet worden, wie das, nur von Westen her, auch die Amerikaner und Engländer getrieben haben.

Und auch eine intensive Suche nach Lagerstätten von Uranerz wurde von den in westliche Richtung vorrückenden russischen Streitkräften zugeordneten, aus Bergbaufachleuten und Geologen bestehenden Spezialistentrupps sowohl in den von russischen Armeen befreiten Gebieten Osteuropas und natürlich später auch Deutschlands mit allem Nachdruck vorangetrieben... Wobei noch lange vor dem Ende der letzten Kämpfe auf deutschem und tschechischem Boden das sächsische und böhmische Erzgebirge zu einem der Brennpunkte des russischen Interesses wurde.

Und eine ganze Reihe von Anhaltspunkten und Indizien deutet darauf hin, dass den ab dem Frühjahr 1945 in die östlichen

Teile Deutschlands vordringenden Russen zumindest in Umrissen bekannt gewesen sein musste, dass in mehreren Gebieten des sächsischen und des böhmischen Erzgebirges Uranlagerstätten zu finden waren.

Merkwürdigerweise wurde die Suche und Ermittlung von Uranerzlagerstätten von den in westeuropäisches und später deutsches Gebiet vordringenden amerikanischen und englischen Truppen, bzw. von den ihnen zugeteilten Angehörigen der ALSOS-Mission vollkommen vernachlässigt.

Obwohl von Seiten der westlichen Alliierten, die während der letzten Kriegswochen bis tief in mitteldeutsches Gebiet hinein vorgestoßen waren, jeder nur festgestellten Regung der deutschen Kernwaffenentwicklung auf das Intensivste und mit großem Interesse nachgegangen wurde.

Über die Gründe solch unerklärlichen Verhaltens, die allen übrigen Gepflogenheiten der Amerikaner und Engländer bei der Fahndung nach Hinterlassenschaften sowie Ergebnissen und Beteiligten der deutschen Kernforschung völlig entgegenstanden, ist bis in die heutige Zeit hinein nichts bekannt geworden. Offenbar begnügte man sich mit der Feststellung, dass von deutscher Seite keine Aktivitäten zur Gewinnung auf dem eigenen Territorium vorhandenen Urans unternommen wurden und schloss daraus, dass es sich bei den im Erzgebirge lagernden Vorräten um solche nur sehr geringen Umfanges handelte. Und noch ein Weiteres kommt hinzu.

Bei allem Interesse von Stalins Geheimdienst bei der Beobachtung sowohl amerikanischer wie auch der deutschen Aktivitäten zur Entwicklung von Nuklearwaffen dürfte ein beträchtlicher Teil der russischen Aufmerksamkeit den im südlichen Mitteldeutschland zu vermutenden Uranerzvorräten gegolten haben. Bereits im Jahre 1943, als man von Seiten der Alliierten in Ost und West noch in großer Sorge vor einer deutschen Kernwaffenentwicklung war, richtete sich der Blick des russischen Geheimdienstes auf die Gewinnung von Uranerzen auf deutschem Boden sowie auch seinen damals noch vorhandenen Einflussge-

bieten, um anhand zu ermittelnder Förderquoten Rückschlüsse auf Stand und Fortschritte der deutschen Nuklearentwicklung ziehen zu können.

Als sich dann im Weiteren und bei Überprüfung der gesammelten Angaben erwies, dass keine Forcierung der Uranförderung durch die Deutschen vorgenommen wurde, blieb unabhängig davon das Interesse der Russen an den im Erzgebirge vermuteten Vorräten erhalten, da der Verlauf des Krieges zu dieser Zeit bereits absehbar war. Und dieses Interesse hatte mit Sicherheit gute Gründe.

Die russische Aufmerksamkeit verlagerte sich dabei schnell dahingehend, dass alles nur Mögliche unternommen werden sollte, diese Gebiete bei der nun bald eintretenden Eroberung und Besetzung Deutschlands als erste in die Hände zu bekommen. Eine Reihe von Indizien deutet auch darauf hin, dass die Russen durch ihren Geheimdienst über die Unkenntnis der Amerikaner und wohl auch die der Engländer über die im sächsischen Erzgebirge vermuteten Uranlagerstätten durchaus Bescheid wussten und dass sie gleichzeitig alles unternahmen, um daran nichts zu ändern...

Bestimmt haben sie diese Nachlässigkeit ihrer damaligen Verbündeten mit Erstaunen aber auch gleichzeitigem Misstrauen konstatiert und entschlossen sich aus diesem Grunde zu größter Vorsicht und Verschwiegenheit bei all ihrem weiteren Vorgehen, weil sie sich ein derartig ignorantes Vorgehen offenbar nicht recht vorstellen konnten, da es in keiner Weise ihren bisherigen Erfahrungen beim Umgang mit den Amerikanern auf kerntechnischem Gebiet ihnen gegenüber entsprach. Vielleicht vermuteten sie sogar ein ebenso begründetes Interesse der Amerikaner am sächsischen Erzgebirge, wie sie es selbst hegten, und deuteten deren tiefes Schweigen um das im Boden Sachsens vermutete Uran in einem völlig anderen Sinne...

Denn noch vor dem Ende des Krieges mit Hitlerdeutschland war den Russen anhand des Verhaltens ihrer westlichen Partner vollkommen klar geworden, dass ihre westlichen Verbündeten

alles unternehmen würden, um ihnen eine eigene Nuklearwaffenentwicklung soweit wie nur irgend möglich zu erschweren, und in diesem Zusammenhang erschien es ihnen als nicht so recht glaubhaft, dass die Amerikaner den im sächsischen und böhmischen Erzgebirge ruhenden Uranlagerstätten nicht die geringste Aufmerksamkeit zukommen ließen.

Als es dann bei Ende des Krieges zu einem Zusammentreffen alliierter Truppen mit Stalins Streitkräften in ebendiesem Gebiet kam und die Amerikaner auch während ihres mehrwöchigen Aufenthaltes dort, allem Anscheine nach noch immer keine Notiz vom erzgebirgischen Uran genommen hatten, dürfte sich ihre Verwunderung und zugleich auch ihr Misstrauen diesem für sie vollkommen unerklärlichen wie natürlich auch sehr willkommenen Verhalten gegenüber nur noch um ein weiteres Mal verstärkt haben...

Nichtsdestoweniger entschlossen sie sich zunächst zu allergrößter Zurückhaltung, um keinerlei Aufmerksamkeit ihrer „Noch-Verbündeten" für die dort lagernden Uranvorräte zu provozieren, bevor dann im Sommer 1945 durch die Truppen der Alliierten die vereinbarten deutschen Besatzungsgebiete bezogen wurden und den Russen dann diejenigen Territorien Sachsens und später auch Thüringens, in denen sie Uran zu finden hofften, endgültig zufielen.

Ein in einem kleinen Ort, einige Dutzend Kilometer südlich von Berlin, bei Gottow auf dem Gelände des sich weit ausdehnenden Truppenübungsplatzes von Kummersdorf erbauter Kernreaktor des deutschen Heereswaffenamtes zur Gewinnung spaltbaren Materials wurde im späten Herbst des Jahres 1944 in Betrieb genommen.

Jedoch infolge des Fehlens von geeigneten Steuervorrichtungen zur Regelung des Neutronenflusses geriet er bereits nach kurzer Laufzeit außer Kontrolle und man entfernte aus Angst vor einem verheerenden nuklearen Unfall in aller Hast den Reaktorkessel aus seinem mit Wasser als Neutronenbremse gefüllten Becken.

Während dieses Versuches und seinem schnellen Abbruch trat ein den damaligen Physikern und Technikern noch völlig unbekannter Effekt auf: Ohne das Wasserbad fehlte zum einen die Kühlung des Gefäßes und zum anderen die Bremswirkung des Wassers für den Neutronenfluss.

Dieser stieg im Verlaufe einiger Stunden infolge der im Reaktor ungeachtet des Testabbruches noch immer in großer Zahl freiwerdenden Spaltprodukte weiter an und führt zur so genannten Xenon-135-Vergiftung, in deren Folge sich dessen Kessel immer stärker erhitzte und schließlich geplatzt ist.

Dabei kam es zum Austreten stark radioaktiven Materials, wobei mehrere an diesem Versuch beteiligte Techniker und Ingenieure schwer verstrahlt wurden...

Von diesem Reaktorunglück sind in Deutschland keine Berichte und Unterlagen erhalten geblieben, und auch die Spuren und Hinterlassenschaften dieses Unfalls wurden sind nicht bzw. kaum auffindbar.

Möglicherweise noch vor dem Ende der letzten Kämpfe um Berlin wurde die in Gottow im Auftrage des Heereswaffenamtes unter der Leitung Diebners getestete Anlage oder vielmehr, was von ihr nach dem Unfall geblieben war, im Frühjahr 1945 von Spezialeinheiten der Roten Armee aufgefunden, abmontiert und zu weiteren Untersuchungen nach Osten verbracht, wobei nahe liegt, dass auch alle Protokolle und Dokumentationen dieses fehlgegangenen Reaktortests, soweit sie noch vorhanden waren, auf den gleichen Weg gegangen sind.

Anzumerken ist, dass es sich bei diesem allerdings noch unvollkommenen Reaktor keineswegs um eine zur Energiegewinnung vorgesehene Anlage handelte, sondern um einen der ersten Versuche, einen Brutreaktor zu errichten mit dem Ziel, aus der Spaltung von Uran-238 Plutonium als Spaltmaterial für eine Nuklearbombe zu gewinnen...

Bei der ersten, nur wenig mehr als vier Jahre später gezündeten russischen Kernwaffe handelte es sich um eine Plutoniumbombe...

Durch die Russen wurde auf alle an diesen Arbeiten des Heereswaffenamtes in Gottow beteiligten Wissenschaftler und Techniker auf das gründlichste Jagd gemacht. Dieser fehlgegangene Versuch, Plutonium zu erhalten und es an Stelle von Uran-235 als Spaltmaterial zu verwenden, bestätigt letztlich auch die Schwierigkeiten der deutschen Kernwaffenentwicklung bei der Gewinnung bombenfähigen Spaltmaterials auf Uranbasis.

Spätere Schätzungen sprachen von etwa einhundert deutschen Wissenschaftlern und Technikern aus dem Bereich der Kernforschung, die teils mehr, teils auch weniger freiwillig in die Arbeiten an Stalins Atomwaffen einbezogen wurden. Ein Umstand übrigens, der noch für Jahre danach zu einer Vielzahl von Spekulationen und sogar Behauptungen geführt hat, die Kernwaffenentwicklung der Sowjetunion habe einzig und allein mithilfe internierter deutscher Wissenschaftler einen so schnellen und günstigen Verlauf genommen. Dieser Vorwurf ist nicht haltbar. Im Übrigen ist ja auch die amerikanische Kernwaffenentwicklung keineswegs allein von Amerikanern vorangetrieben worden...

So stellte sich die Lage von Stalins Kernwaffenprojekt bis kurz vor Ende des II. Weltkrieges in Europa dar.

Stalins Probleme

Die Russen waren im Frühjahr und Sommer 1945 unter einen entsetzlichen Druck geraten, auch ungeachtet ihres Triumphes über Hitlerdeutschland...

Unter Aufbietung aller ihrer Kräfte hatten sie nach einem nahezu vier Jahre währenden Kampf einen schrecklichen Gegner, der tief in ihr Land eingedrungen war, endlich vernichtet. Große Teile ihres Landes, wo sich einst ihre wichtigsten industriellen Basen, wirtschaftlichen Zentren und Ressourcen befanden, waren ausgeraubt und zerstört. Russlands Verluste an Menschen erreichten hohe zweistellige Millionenwerte und wurden durch die Regierung in Moskau selbst vor der eigenen Bevölkerung streng geheim gehalten.

Alle nur verfügbaren Kräfte Russlands waren in den Kampf mit Hitlers Armeen geflossen, um sie zu schlagen. Und jetzt, nachdem dieser Sieg endlich erreicht war und die vom Kriege müden Russen glaubten, nun endlich wieder aufatmen und neue Kräfte sammeln zu können, sahen sie sich erneut einer massiven Bedrohung gegenüber...

Die einige Jahre zuvor von Hitlers Deutschland ausgehende Gefahr für ihr Land war von Russlands Führung sträflich unterschätzt worden und für diese Fehlbewertung musste das ganze Volk der Sowjetunion einen unvorstellbar hohen Preis zahlen. Nun, um diese schreckliche und leidvolle Erfahrung reicher, waren die Russen fest entschlossen, fürderhin stets auf der Hut zu bleiben.

Dass die nunmehr entstandene erneute Bedrohung von denjenigen herrührte, mit denen gemeinsam sie Hitlerdeutschland besiegt hatten, änderte nichts an der für sie nun eingetretenen, wiederum schwierigen Lage...

Noch immer traumatisiert von den erst kurz zurückliegenden schrecklichen Ereignissen des Jahres 1941, als sie von einem überlegenen Gegner überrascht und in den ersten Kriegsmonaten

buchstäblich überrollt wurden, sahen sie sich nun, nur kurze Zeit nach ihrem so schwer erkämpften Sieg über Hitlerdeutschland, einer wiederholten und noch viel nachhaltigeren Bedrohung ausgesetzt. Auf das Höchste sensibilisiert durch die Erfahrung des nur vier Jahre zurückliegenden Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion fürchteten sie nun, von den einstigen Verbündeten um die Früchte ihres so schwer erkämpften Sieges gebracht zu werden. Und diesmal waren sie einzig auf sich allein gestellt.

Nur kurze Zeit nach dem Abschluss der Beratungen der Großen Drei in Potsdam wurde in Moskau der Entschluss gefasst, das Problem der Bombe, so schwierig es auch zu lösen war, mit der Mobilisierung aller Kräfte in Angriff zu nehmen.

Keinesfalls konnte zugelassen werden, dass man sich der Drohung eines amerikanischen Atombombenmonopols aussetzte und gefügig zeigte.

Nur kurze Zeit nach dem Ende des schrecklichsten Krieges, unter dem die Menschheit je zu leiden hatte, geriet der verderbliche Prozess des Wettrüstens erneut und mit einer ungleich höheren Quantität und Qualität als nur wenige Jahre zuvor in Gang.

Zu Beginn der Anstrengungen Russlands zum Aufbau einer nuklearen Streitmacht stand wohl zunächst eine Bestandsaufnahme, aus der sich dann die Abfolge aller nun zu unternehmenden Schritte und Arbeiten ergab.

Ihre ersten Anfänge setzten bereits gegen Ende des Jahres 1942 ein, wurden während der dann folgenden Kriegsjahre angesichts der deutschen und amerikanisch-englischen Aktivitäten zur Schaffung von Nuklearwaffen forciert und erfuhren mit der Fertigstellung und dem Einsatz der ersten amerikanischen Kernwaffen gegen Japan im Sommer 1945 eine weitere Steigerung.

Zunächst waren da die von der deutschen Kernforschung hinterlassenen und als Kriegsbeute übernommenen Arbeiten

und ihre Ergebnisse zu sammeln, zu erfassen und zu beurteilen, um aus ihnen Nutzen ziehen zu können.

Zu einem guten Teil begannen diese Aktivitäten bereits vor dem Ende der Kämpfe in Deutschland. Die bei Gottow in den ausgedehnten Wäldern südlich Berlins aufgefundene „Uranmaschine" (Kernreaktor) wurde demontiert und rollte nach Osten, die noch auffindbaren Uranvorräte sowie Anlagen und Ausrüstungen der Oranienburger AUER-Werke wurden, soweit sie der Zerstörung dieses Betriebes durch amerikanische Bomber nur wenige Wochen vor Kriegsende entgangen waren, eingesammelt und ebenfalls in die Sowjetunion gebracht.

Außerdem wurde intensiv nach allen Wissenschaftlern, Technikern und Fachleuten, die in irgendeiner Weise mit den deutschen Anstrengungen zur Entwicklung von Nukleartechnik zu tun hatten, gefahndet und alle diese Leute, soweit man ihrer habhaft werden konnte, zunächst in Deutschland interniert und später zur Weiterführung ihrer Arbeiten mitsamt ihren Angehörigen in die Sowjetunion verbracht.

Bei all diesen Unternehmungen standen die Russen in einem erbitterten Konkurrenzkampf mit ähnlichen Jagdkommandos der amerikanischen Truppen, die ebenfalls höchst interessiert waren, sich der Köpfe sowie auch der Arbeitsergebnisse und Projekte der deutschen Hochtechnologie und dabei natürlich auch der Nuklearforschung nebst aller ihrer Unterlagen und Dokumentationen zu bemächtigen...

Letztere benötigte man zwar in den USA kaum noch, da die eigenen Arbeiten an Kernwaffen ja schon soweit vorangeschritten waren, dass man dort schon kurz vor deren Abschluss stand. Doch für sie galt es ja nun in erster Linie, die Russen mit allen Mitteln daran zu hindern, ebenfalls hinter das sogenannte „Atomgeheimnis" zu kommen.

Während Stalins Beutespezialisten verstärkt und mit großem Vorrang auf alles Jagd machten, was nur irgend mit deutscher Nukleartechnologie zusammenhing, bei dieser Suche allerdings durchaus auch nicht verschmähten, was an weiteren äußerst

modernen Technologien in deutschen Labors, Forschungsinstituten und geheimen Fabriken ausgebrütet, erprobt und zum Teil auch schon produziert und von deutschen Streitkräften eingesetzt wurde, konzentrierten sich Amerikas Technologiespürtrupps mit großer Neugier auf deutsche Raketen- und Strahlflugzeugentwicklungen.

Die amerikanischen Truppen hatten während des Krieges mit der weit fortgeschrittenen Technik der Deutschen auf diesem Gebiet, vor allen Dingen während der alliierten Luftangriffe auf das Reichsgebiet in der letzten Kriegsphase, eine ganze Reihe höchst übler Erfahrungen hinnehmen müssen.

Die neuesten Erzeugnisse der deutschen Flugzeug- und Raketentechnik hatten sich als eine nicht zu unterschätzende Gefährdung für die Luftoperationen amerikanischer Bomberverbände erwiesen.

Außerdem wurden amerikanische Truppen während ihres Aufenthaltes auf den britischen Inseln in der zweiten Phase des Krieges zu Zeugen der sogenannten V-Waffenangriffe auf englische Städte und konnten sich durch eigene Anschauung von ihrer tödlichen Wirkung und zugleich von den großen Schwierigkeiten der englischen Streitkräfte bei ihrer Abwehr überzeugen. Wobei gegen die ballistische Fernrakete des Typs A 4 damals überhaupt keine Abwehrmöglichkeit bestand.

Bei den US-Streitkräften in Europa existierte eine Spezialeinheit, die sogenannte ALSOS-Mission, deren Angehörige entsprechend ihres jeweiligen Fachgebietes hoch gebildet sowie bestens geschult waren und deren einzige Aufgabe darin bestand, sich möglichst umfassende Kenntnisse über neueste deutsche Waffenkonstruktionen aller Art, speziell natürlich von Kernwaffenentwicklungen, zu verschaffen. Unter der Codebezeichnung „Paperclip“, einem Bestandteil der ALSOS-Unternehmungen, beschäftigten sich ihre Beauftragten auch damit, sich aller nur irgendwie erreichbaren Raketen- und Strahltriebwerksspezialisten und Konstrukteure dieser Fachgebiete zu be-

mächtigen mitsamt all ihren theoretischen und wenn irgend möglich auch praktischen Arbeitsergebnissen.

Bereits während des Krieges begann sich abzuzeichnen, dass die Aufgaben der erst kürzlich aufgestellten großen Bomberflotten von den nun entwickelten Nuklearwaffenträgern und in nicht mehr ferner Zeit in Kombination mit Raketen und Strahlflugzeugen übernommen würden. Mit dem Aufkommen und der schnellen Weiterentwicklung dieser Waffen leitete sich bereits kurz nach dem Ende des II. Weltkrieges auf dem Gebiet der Militärtechnik im Allgemeinen und der Fliegerkräfte im Besonderen ein tiefgreifender Umschwung ein.

Angesichts des verlorenen Krieges und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zutiefst erschreckt und nicht zuletzt auch aus Angst und Sorge vor einer Verfolgung als Kriegsverbrecher durch die Alliierten auf das Höchste verstört und verwirrt, versuchten die von den Siegern nun genau genommen zur Kriegsbeute erklärten und zur Jagd freigegebenen deutschen Kernwaffenspezialisten sowie auch die Raketen- und Strahltriebwerksfachleute im unübersichtlichen Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst in die Anonymität abzutauchen und auf eine möglichst bald eintretende Besserung der für sie einstweilen völlig verfahrenen Situation zu hoffen…

Hinzu kommt noch, dass der militärische und politische Zusammenbruch Deutschlands für die meisten dieser Wissenschaftler und Techniker auch das (vermeintliche) Ende ihrer überaus interessanten Arbeit an den verschiedensten Projekten bedeutete. Wohl nur die wenigsten von ihnen nahmen in den Wirren der Katastrophe vom Frühjahr 1945 an, ihre Vorhaben einmal weiterführen und zu Ende bringen zu können. Beileibe nicht alles, womit sie sich in der Zeit der Naziherrschaft befassten, hatte unmittelbar dem Kriege gedient – was übrigens durchaus nicht allein auf die in Nazideutschland betriebene Atomforschung zutraf.

Allerdings, einige Angehörige der einstigen wissenschaftlich-technischen Elite Hitlerdeutschlands besaßen tatsächlich allen Grund zur Sorge in anfangs erwähnter Hinsicht…

Hatten doch die meisten der einstigen Arbeiten an so genannten Wunderwaffen unter der Oberhoheit von Himmlers SS stattgefunden und tausenden von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern das Leben, die Freiheit und ihre Gesundheit gekostet!

Truppen der Alliierten waren auf ihrem Wege durch Hitlerdeutschland auf nicht wenige Konzentrationslager gestoßen, deren Häftlinge zur Arbeit an sogenannten „Wunderwaffen" gezwungen wurden, und hatten starr vor Entsetzen feststellen müssen, auf welch furchtbare und menschenverachtende Weise die Nazis jede Humanität mit Füßen getreten hatten…

Doch selbst die erheblich verschmutzte Weste einiger an der Arbeit an sogenannten Wunderwaffen, auch an der Errichtung und Unterhaltung von Konzentrationslagern Beteiligter aus diesen Fachbereichen wog bereits bei den ersten Verhören beileibe nicht so schwer wie ihre sowohl bei den Amerikanern wie auch bei den Russen hoch begehrten Kenntnisse, so dass die Sieger im Westen wie auch im Osten bemerkenswert schnell die Bereitschaft zu einer von den Betroffenen völlig unerwarteten Großmut entwickelten…

Aus allen diesen Zusammenhängen heraus ist es bis heute recht schwierig, von reinen Zwangsmaßnahmen der Alliierten gegenüber diesen Leuten zu sprechen, als diese sich nach Kriegsende der deutschen Wissenschaftler und Ingenieure bemächtigten, die an der Entwicklung sowohl kriegerisch als auch friedlich nutzbarer deutscher Hochtechnologie gearbeitet hatten. Ein Teil der deutschen wissenschaftlichen Elite ist sogar aus freien Stücken in den Dienst der einstigen Kriegsgegner übergewechselt. Anderen wurden Möglichkeiten geboten, die von ihnen bereits begonnenen und durch die deutsche Niederlage abgebrochenen Arbeiten ohne großen Verzug fortzusetzen… Wobei ihnen entgegen all ihren Erwartungen, sowohl von

Russen wie auch Amerikanern, für ihre weitere Arbeit beste Bedingungen geboten wurden, die gewiss nicht ohne Einfluss auf ihre damaligen Entschlüsse und Motivationen blieben..., eine Handlungsweise, die oberflächlich betrachtet zumindest fragwürdig erscheint, bei genauerem Herangehen jedoch durchaus verständlich wird.

Man versetze sich in Wissenschaftler und Ingenieure hinein, die durch von ihnen nicht beeinflussbaren Umständen gezwungen wurden, ihre vielversprechenden Arbeiten abzubrechen, und die dann auch noch kaum eine Möglichkeit sahen, sie jemals wieder aufzunehmen... Was würden diese Leute wohl tun, wenn ihnen entgegen allen ihren Erwartungen und eingetretenen Umständen auf einmal angeboten wird, sie nun im neuen Auftrag weiter zu verfolgen und doch noch zu Ende bringen zu können...?

Zumal sich sehr schnell zeigte, dass die Sieger ein ebenso großes Interesse an den Resultaten ihrer Arbeiten bekundeten wie ihre vormaligen Auftraggeber und ihnen zudem auch noch die gleichen oder sogar noch bessere materielle Bedingungen anbieten konnten... Und letztlich trug auch die ihnen zugesicherte Gewissheit, nun im Dienste der einstigen Gegner ein wesentlich besseres Leben führen zu können als im geschlagenen und zerstörten Deutschland, zu derartigen Entschlüssen bei...

Von dieser Warte aus betrachtet, erfährt die Übernahme einer ganzen Reihe mit Entwicklung von Hochtechnologie aller Art beschäftigten deutschen Wissenschaftlern und Technikern durch die Sieger des II. Weltkrieges eine etwas andere, wesentlich differenziertere Betrachtungsweise...

Von Zwang und daraus folgenden Gewaltmaßnahmen der Siegermächte gegenüber den an der Entwicklung von militärischer Hochtechnologie aller Art beteiligten deutschen Fachleuten kann da wohl eher weniger gesprochen werden, eine solche Vorgehensweise der Sieger blieb denjenigen Angehörigen des deutschen Volkes vorbehalten, die niemals Einblick in die technologischen Teufeleien des Nazireiches bekommen hatten...!

Das Maß der Nachsicht in der Art und Weise des Umganges sowohl der östlichen wie auch der westlichen Sieger des II. Weltkrieges mit den von der totalen Niederlage betroffenen einstigen Kriegsgegnern erwies sich als direkt proportional zu deren wissenschaftlichen und technologischen Wissen und Können.

In der deutschen Hauptstadt stießen Stalins Leute bereits am Tage der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte auf das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin Dahlem, und schon am 10. Mai 1945 in Lichterfelde auf das zum größten Teil noch vollkommen intakte Institut Manfred von Ardennes und fanden dort für sie hochinteressante Dinge vor.

Manfred von Ardenne hatte sich neben einer Reihe anderer wissenschaftlicher Arbeiten mit der Entwicklung von leistungsfähigen Verfahren und Apparaturen zur Gewinnung hochreiner, spaltfähiger Uranisotope beschäftigt und auf diesem Gebiet bereits im Jahre 1945 Ergebnisse erreicht, welche die Fachwelt höchst interessiert aufhorchen ließen.

Noch im Mai 1945 stellte sich Manfred von Ardenne, ohne von den Siegern lange zu einem solchen Schritt gedrängt werden zu müssen, mit seinem Privatinstitut, seinem Wissen und seinem Know How für eine schnelle Weiterführung seiner Forschungen in der Sowjetunion zur Verfügung.

Nach einem Gespräch mit dem sowjetischen NKWD-General Machnew setzte er ein Schreiben auf, in dessen letzten Zeilen er sich nur wenige Stunden nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands mitsamt seinem Institut sowie auch allen dort zusammengetragenen Kenntnissen der sowjetischen Regierung zur Verfügung stellte.

Eine seiner für die Russen interessantesten Arbeiten bestand in der Entwicklung eines von ihm entwickelten Gaszentrifugenverfahrens zur Gewinnung hochreinen Spaltmaterials – einer damals völlig neuen Methode der Gewinnung absolut reiner

Stoffe, für die bei seinen neuen Auftraggebern natürlich ein überaus großes und denkbar dringendes Interesse bestand.

Als gegen Ende 1942 die Arbeiten an einer russischen Kernwaffe wieder aufgenommen wurden, zeichnete sich neben einer langen Reihe anderer Schwierigkeiten auch das Problem ab, dass die russischen Luftstreitkräfte über kein Flugzeug verfügten, welches in der Lage war, eine nukleare Bombe zu transportieren und sie unter Gefechtsbedingungen über einem gegnerischem Ziel abzuwerfen.

Die gesamten Aufwendungen zur Reorganisation und Neuausrüstung der russischen Fliegerkräfte nach den verheerenden Niederlagen der Roten Armee während der ersten Kriegsphase waren in die Verlegung der entsprechenden Industrien in die Tiefe des Landes und in den schnellen Aufbau leistungsfähiger Frontfliegerkräfte zur unmittelbaren Unterstützung der Bodentruppen geflossen.

Ein derartiges Vorgehen hatte zunächst absoluten Vorrang, um die schwer kämpfenden Verbände der Roten Armee wieder mit neuen, schlagkräftigen Fliegereinheiten auszurüsten, welche die drückende Luftüberlegenheit der deutschen Luftwaffenverbände zu kompensieren in der Lage waren.

Weitreichende strategische Fliegerverbände sowie deren Aufgabenbereichen entsprechende leistungsfähige Flugzeugtypen waren kaum vorhanden, und offenbar scheute man sich seitens der Sowjetunion für gewisse Zeit auch, sie zu entwickeln und auszubauen.

Die dafür aufzubringenden Mittel wären riesig gewesen, und ihre Freigabe hätte sich zudem auch noch negativ auf die laufende Produktion und Modernisierung der im Kampf mit den deutschen Streitkräften hoch beanspruchten Frontfliegerkräfte ausgewirkt.

Dieses politisch und militärisch so wenig weitsichtige Verhalten erstaunt um so mehr, da in Russland bereits in den frühen dreißiger Jahren erhebliche und zu dieser Zeit sehr erfolg-

reiche Anstrengungen zur Schaffung einer weitreichenden strategischen Bomberstreitmacht und einer Reihe für ihre Ausrüstung erforderlicher Flugzeuge unternommen worden sind.

Diese Anstrengungen wurden noch vor Beginn des Krieges zwischen Hitlerdeutschland und Russland aus kaum nachvollziehbaren Gründen weitgehend aufgegeben. Für die während der dreißiger Jahre entwickelten strategischen Bombertypen wurden keine Nachfolgemuster geplant und entworfen, die den gestiegenen fliegerischen Anforderungen und einer im Laufe des Krieges sich unerwartet rasant weiter entwickelnden elektronischen Navigations- und Ortungstechnik Rechnung getragen hätten.

Die tieferen Ursachen für ein derart unverständliches, ja angesichts des damals heraufziehenden II. Weltkrieges auch fahrlässig zu nennenden Verhalten liegen nicht zuletzt im Wahnsinn der Stalinschen Säuberungsaktionen während der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, denen modern denkende Militärs, Intellektuelle und Wissenschaftler, Künstler und leider auch mehrere talentierte Konstrukteure von Flugzeugen und Waffensystemen zum Opfer fielen.

Im Verlaufe dieser inquisitorischen Hexenjagd Stalins wurde auch der wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Sowjetunion schwerer und nur unter extremsten Aufwendungen wieder aufzuholender Schaden zugefügt. Die in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre eingeleitete gnadenlose Verfolgung und Vernichtung der führenden Köpfe des Landes auf politischem, militärischem und wissenschaftlichem Gebiet sollte sich nur kurze Zeit später auf das Bitterste rächen.

In einer absurden, jeder Vernunft und Menschlichkeit hohnsprechenden Hetzjagd wurden große Teile der intellektuellen Elite Russlands vernichtet oder eingekerkert, der Bannstrahl Stalins machte weder vor den eigenen Vertrauten und Parteigängern, ja nicht einmal vor seinem wichtigsten Flugzeug- und Waffenkonstrukteuren halt, obwohl sich zur gleichen Zeit bereits unübersehbar abzeichnete, dass ihr Können und ihre

Fähigkeiten nur kurze Zeit darauf bitter notwendig gebraucht werden sollten.

Auch Andrej Nikolajewitsch Tupolew, einer der fähigsten Konstrukteure von Flugzeugen, die das 20. Jahrhundert hervorgebracht hatte, geriet unverständlicherweise in die Mühlen des Stalinschen Verfolgungswahnes. Tupolews Laufbahn hatte bereits in den zwanziger Jahren begonnen und er hatte seinem Land und dessen Streitkräften eine Reihe von Flugzeugen geschenkt, deren Konstruktionen auch von ausländischen Fachkollegen als richtungweisend anerkannt wurden; noch während der dreißiger Jahre verfügte die Rote Armee über respekteinflößende strategische Fliegerverbände.

Dieser große Vorteil wurde im Soge politischer und ideologischer Wahnvorstellungen Stalins verspielt, statt ihn zu nutzen und konsequent weiter zu entwickeln. Erst die Notlage des in seiner Anfangsphase für die Russen so ungünstig verlaufenden Krieges veranlasste Stalin, seinen besten Konstrukteur sowie auch noch eine ganze Reihe weiterer Fachleute aus Gefängnissen und Lagerhaft zurückzuholen und ihnen zu erlauben (!), wieder zum Nutzen ihres Landes zu arbeiten. Unter den seinerzeit Inhaftierten und unter dem Druck des Krieges Freigelassenen befand sich auch Sergej Koroljow, der nur wenige Jahre darauf als Konstrukteur von Weltraumraketen und einer ganzen Reihe militärischer Flugkörper von sich reden machen sollte.

Neben dem Auftrag zur Entwicklung eines zweimotorigen Bombers bekam Tupolew den Befehl, einen völlig neuen, viermotorigen Langstreckenbomber zu projektieren, der genug Kapazität haben sollte, in der erforderlichen großen Höhe, mit hoher Geschwindigkeit und über weite Distanz auch eine Kernwaffe ins Ziel zu bringen.

Tupolew machte sich umgehend an die Arbeit, doch die Planung, der Entwurf und die Konstruktion einer solchen Maschine beanspruchten naturgemäß Zeit und einen hohen Aufwand.

Auch die hochqualifizierten Ingenieure der Firma Boeing in den USA, die zudem noch auf umfangreiche Erfahrungen bei

der Entwicklung, dem Serienbau und dem Einsatz der B-17 zurückgreifen konnten, haben etwa vier Jahre intensiver Arbeit benötigt, um den technisch fortschrittlichsten Bomber des II. Weltkrieges, die B-29, den ersten Kernwaffenträger der Welt, von seinem Entwurf bis zur Truppenreife und zum Einsatz zu bringen.

Stalin hatte im Jahre 1943 von diesem Flugzeug, welches zum leistungsfähigsten Bomber des Krieges werden sollte erfahren, dass es kurz vor der Aufnahme in den Truppendienst stand und um seine Lieferung an russische Verbände gebeten – er wollte wohl nicht erst abwarten, bis Tupolews Konstruktion fertig war... Sein Ansuchen wurde von den Amerikanern höflich, aber bestimmt abgelehnt.

Dieses Spitzenprodukt, so meinte man in den Vereinigten Staaten, sollte zunächst nur den eigenen Streitkräften vorbehalten bleiben, wohl auch nicht zuletzt, weil es als eines der ersten Flugzeuge in der Lage war, Kernwaffen zu transportieren. Enttäuscht über die Ablehnung wies Stalin seinen Geheimdienst an, über diese Maschine alle für einen Nachbau erforderlichen Informationen zusammenzutragen, was übrigens den interessanten Schluss zulässt, dass der russische Geheimdienst ungeachtet aller naturgemäß durch den Krieg hervorgerufenen Gegenmaßnahmen der amerikanischen Spionageabwehr sowohl in den Werken und Konstruktionsbüros von Boeing wie auch in den Erprobungszentren der US Air Force eine ganze Reihe von für seine Spionage arbeitenden Gewährsleuten installiert hatte. Sonst wäre wohl nicht einmal daran zu denken gewesen, in aller Heimlichkeit die äußerst umfangreichen Konstruktions- und Betriebsdokumente eines Flugzeuges dieser Größe und Spezifikation zusammenzutragen.

Trotzdem, auch im Nachhinein betrachtet wäre die heimliche Beschaffung der umfangreichen Konstruktionsunterlagen für dieses Flugzeug ein nur schwer zu realisierendes Unterfangen gewesen. Doch einer der unberechenbaren Zufälle des Krieges kam Stalin zu Hilfe.

Als die amerikanischen Luftstreitkräfte im Jahre 1944 mit den ersten in die Ausrüstung gelangten Serien der B-29 begannen, Japans Städte und dessen Kriegsindustrie anzugreifen, kam es zu Notlandungen von mehreren durch die japanische Abwehr beschädigten B-29im fernöstlichen Küstengebiet der UdSSR im Raum von Wladiwostok und Chabarowsk.

Die Besatzungen dieser Flugzeuge hatten sich nach Bombenangriffen auf japanische Städte entschieden, mit den bei ihren Einsätzen von der Luftabwehr angeschlagenen Maschinen lieber beim russischen Verbündeten im in unmittelbarer Nachbarschaft Japans liegenden Ostsibirien niederzugehen, als den weit risikovolleren Rückflug über einige tausend Kilometer pazifischen Ozean bis zu einer der zu Bomberbasen ausgebauten Pazifikinseln auf sich zu nehmen.

Da die Sowjetunion mit Japan zu dieser Zeit noch nicht im Kriege stand, wurden die Besatzungen gemäß der Genfer Konvention zunächst offiziell sowie auch in aller Form interniert und nicht lange darauf in aller Stille sowie ohne jedes Aufsehen über Persien in die USA zurück geschickt; wobei man bei der ganzen Prozedur allerdings die Rückgabe der notgelandeten und nur unwesentlich beschädigten Flugzeuge „vergaß"...

Die ihnen durch diese Zufälligkeiten des Krieges nun so unerwartet doch noch in die Hände gefallenen Flugzeuge, und nicht zuletzt deren hochmoderne Ausrüstung, wurden von russischen Fachleuten auf das Gründlichste studiert, bis in ihre kleinsten Einzelteile auseinander genommen sowie mit äußerster Akribie vermessen und dann auch noch sorgfältig dokumentiert und alle diese Ergebnisse in einer aufwendigen Prozedur dann auch noch auf das in der Sowjetunion übliche metrische System übertragen...

Die immer wieder unwägbaren Wechselfälle des Krieges hatten den Russen einen sehr umfassenden Einblick in die Konstruktion und vor allen Dingen in die sehr neue und hochleistungsfähige Avionik des modernsten und leistungsfähigsten Bombers der damaligen Zeit möglich gemacht.

Tupolew wurde nach Auswertung dieser Untersuchungen kurz entschlossen angewiesen, seinen bisherigen Auftrag – das Bomberprojekt Nr. 64, an dem er bereits seit einiger Zeit arbeitete – zunächst beiseite zu legen. Man entschied sich, die B-29, so wie sie stand, flog und Bomben werfen konnte, kurzerhand nachzubauen – und zwar bis in beinahe letzte Einzelheiten hinein.

Die Konstruktion der amerikanischen B-29 erwies sich als ebenso durchdacht wie auch ausgereift und bei einem Nachbau konnte man sich nicht nur die bei einer eigenen Neukonstruktion so komplizierte und zeitaufwändige Erprobungsphase weitestgehend ersparen.

Das darüber hinaus immerhin denkbare Risiko eines Fehlschlages von Tupolews Konstruktion wurde dabei auch noch ausgeschlossen, die B-29 hatte zu dieser Zeit ihre große Leistungsfähigkeit bereits bei tausenden von Einsätzen auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz bewiesen.

Als anlässlich einer Luftparade im Jahre 1947 eine kleine Gruppe amerikanischer Militärattaches den Vorführungen beiwohnte, staunten diese Offiziere nicht schlecht, als – der kalte Krieg zwischen den einstigen Kriegsverbündeten war bereits angelaufen – ein Verband viermotoriger Bomber in geringer Höhe an ihnen vorüberdonnerte, dessen Maschinen ihnen bis in Einzelheiten hinein merkwürdig bekannt vorkamen, auch wenn diese nun an Leitwerk und Tragflächen rote Sterne trugen…

Den Programmunterlagen für die Parade war einzig die Typenbezeichnung der Flugzeuge zu entnehmen – sie wurde lakonisch mit TU-4 angegeben.

Der unverfrorene und von den Amerikanern nie genehmigte Nachbau der Boeing B-29 wurde in den Händen von Andrej Tupolew zum Stammvater und zur Grundlage einer ganzen Reihe in den Folgejahren auf ihrer Basis entwickelter, sehr leistungsfähiger Flugzeuge – bis hin zur mächtigen TU-95, deren Nachfolgevarianten noch heute im Einsatz sind.

Das nicht unwesentliche Problem eines ersten Kernwaffenträgers für Stalins Luftstreitkräfte war damit gelöst – noch bevor

eine russische Nuklearbombe zur Verfügung stand; doch es war beileibe nicht das einzige und auch nicht das größte Problem.

Ein weiteres, nicht weniger wichtiges, bestand in der Entwicklung moderner und effektiver Verfahren von Führung und Navigation dieser Bomberverbände, um deren Schlagkraft auch ins Ziel bringen zu können. Die für den Bau solcher Geräte erforderlichen Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten waren in der Sowjetunion auch nach dem Ende des Krieges nicht oder bestenfalls rudimentär vorhanden. So wurde auch die äußerst moderne und leistungsfähige Ausrüstung der B-29 für die Russen zu einem überaus interessanten und wichtigen Studienobjekt und nicht zuletzt zu Anstoß und Grundlage eigener Weiterentwicklungen in diesem Bereich...

Der empfindliche Rückstand der Sowjetunion auf dem so wichtigen Gebiet elektronischer Ortungs- und Navigationstechnik war wohl auch einer der Gründe, weshalb während des Krieges von russischer Seite kein strategischer Luftkrieg gegen Deutschland und vor allen Dingen auch nicht gegen die doch äußerst anfälligen Verbindungslinien im Rücken der an der Ostfront kämpfenden Wehrmacht geführt worden ist, obwohl der Roten Luftflotte im Jahre 1941 zu Beginn des Krieges mit der TB-7 (auch als Pe-8 bezeichnet) ein für damalige Zeit recht leistungsfähiger viermotoriger Langstreckenbomber zur Verfügung stand.

Doch ohne die für einen effektiven Einsatz strategischer Fliegerkräfte unabdingbaren Funknavigationsmittel und erster elektronischer Ortungstechnik, die, wie sich erst im Verlaufe des Krieges zeigen sollte, allein die notwendige präzise Führung von Bomberverbänden zu ihren Zielen erst ermöglichten, hielt sich der zu erwartende militärische Nutzen solcher Flugzeuge in engen Grenzen; die Produktionsraten wie auch die Einsätze dieses von seiner Leistung her recht guten Bombers blieben daher nur gering.

Ein weiteres Problem für die Herstellung von Atomwaffen bestand in der Schaffung einer hochentwickelten Sonder-

metallurgie, die sich keineswegs nur auf die Gewinnung von hochreinen, spaltbaren Materialien erstreckte; allein für das sichere Funktionieren der Mechanismen eines nuklearen Sprengsatzes sind Materialien aus einer ganzen Reihe höchst seltener und natürlich sehr aufwendig zu gewinnender Metalle erforderlich.

Auch der Betrieb und die sichere Steuerung von Kernreaktoren und anderen Einrichtungen zur Herstellung spaltbarer Stoffe, sowie Aufbewahrung, Transport und nicht zuletzt die Bewahrung von Menschen und Anlagen vor radioaktiver Strahlung verlangten verschiedenste, teilweise sehr seltene und teure Materialien, deren Gewinnungstechnologien zunächst erst einmal erarbeitet werden mussten.

Nukleartechnologie erforderte das Zusammenwirken einer Vielzahl unterschiedlichster, zum Teil nicht oder nur wenig mit eigentlicher Kernphysik zusammenhängender wissenschaftlicher und technischer Disziplinen und ihre exakte gegenseitige Abstimmung auf dieses Ziel. Das alles war gleichbedeutend mit einem Vordringen in bis dahin unbekannte Bereiche der Technik auf einer zu Anfang noch nicht völlig zu übersehenden Palette neuer technologischer und wissenschaftlicher Gebiete. Die gleichen Schwierigkeiten ergaben sich parallel dazu auch im Bereich der für alle diese Arbeiten erforderlichen hochentwickelten Mess- und Kontrolltechnik, im Geräte- und Anlagenbau und darauf basierend wiederum für die entsprechend leistungsfähige Rechentechnik.

Alle diese Dinge mussten binnen kürzester Fristen in einem vom Kriege zerstörten und ausgesogenen Land aus dessen eigenem Aufkommen heraus geschaffen werden. Die einzige von außen kommende Hilfe dabei bestand in der (mehr oder auch weniger freiwilligen) Mitarbeit der als „Kriegsbeute“ internierten deutschen Wissenschaftler und Techniker, die jedoch in der Hauptsache an den erforderlichen theoretischen Problemlösungen beteiligt waren.

Doch in dieser Hinsicht war man in der Sowjetunion durchaus nicht allein, auch an der Entwicklung und der Konstruktion

der amerikanischen Nuklearwaffen sowie an der Schaffung der technologischen Voraussetzungen für ihren Bau waren nur einige Wissenschaftler aus dem eigenen Lande beteiligt. Der überwiegende Anteil der an dieser Aufgabe beteiligten Physiker und Ingenieure kam aus fast aller Herren Länder, darunter waren – wie in der Sowjetunion – auch Deutsche...

Bei solcherart näherer Betrachtung der immensen Schwierigkeiten von Stalins Atomprojekt während seiner Anfangsphase verwundert es wohl selbst im Nachhinein niemanden, dass dieser riesige Komplex, allein schon auf Grund seiner äußersten Geheimhaltung bereits seit dem Beginn seiner Entwicklung in den Händen des NKWD ruhte. Nur dieser, bereits vor Kriegsende zu einem riesigen krakenhaften Gebilde entwickelte Apparat zeigte sich in der Lage, eine derart weitgefächerte Aufgabe in Angriff zu nehmen und zu lösen...

Etwas wie ein Lichtblick für das sowjetische Kernwaffenprojekt ergab sich bereits kurz nach dem Ende der Kämpfe in Europa, etwa Mitte Mai 1945, als die in den von russischen Truppen eroberten Gebieten vorgefundene vielfältige deutsche Kriegsbeute gesichtet und aufgerechnet werden konnte.

Zunächst konnte man zufrieden sein, wenngleich dabei jedoch keinerlei Anlass zu größerem Optimismus zu konstatieren war.

Ein von Stalin unterzeichneter Beschluss des obersten Verteidigungsrates der UdSSR sah die Übernahme von Anlagen und Ausrüstungen, Materialvorräten, Personal, ganzen Fabriken und Instituten, die in irgend einer Weise mit Kernforschung sowie mit der Produktion von reinem Uran und Uranprodukten zu tun hatten, aus den bis dahin durch russische Truppen besetzten Gebieten Deutschlands vor.

Es handelte sich dabei um nicht mehr und nicht weniger als das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin-Dahlem, Manfred von Ardennes Institut in Berlin-Lichterfelde, das Institut der Deutschen Reichspost in Zeuthen, Gustav Hertz'

Forschungslabor bei Siemens und die, allerdings zum größten Teil schwer zerstörten Anlagen und Magazine der AUER-Werke in Oranienburg, Berlin-Grünau, Charlottenburg und Zechlin. Den Sowjets fielen dabei mehrere hundert Tonnen Uranverbindungen sowie auch noch einige Tonnen metallisches Uran, einige Vorräte schweren Wassers und seltener, für die Nuklearforschung notwendiger Sondermetalle sowie geringe Mengen Radium zu.

Der vom Leiter des sowjetischen Uranprojektes Igor Kurtschatow immer wieder beklagte Uranengpass bestand zunächst nicht mehr – der Bau eines Uran-Graphitreaktors konnte jetzt in Angriff genommen werden. Der bei Kriegsende in Deutschland erbeutete Bestand am dafür notwendigen Brennstoff war nunmehr ausreichend und eines der schwierigsten Hindernisse auf dem Wege zu Stalins Bombe war aus dem Wege geräumt.

Der ungeachtet dieser so umfangreichen Beute für eine spätere Nuklearwaffenproduktion der Sowjetunion noch immer bestehende gravierende Mangel an Uran sollte sich darüber hinaus nur kurze Zeit darauf als vollkommen gegenstandslos erweisen...

Und es existieren bis in unsere Tage hinein nicht wenige Annahmen und Vermutungen, dass die Russen von dem ihnen mit der Einteilung der alliierten Besatzungsgebiete in Deutschland auf dem Territorium Sachsens und Thüringens zugefallene bedeutendste und für sie unter den damaligen Bedingungen ohne jeden Zweifel hochwichtigste Beutestück des II. Weltkrieges bereits einige Zeit vor Kriegsende durchaus Kenntnis besaßen; sie haben es allerdings verstanden, sowohl dieses Wissen, wie auch ihr überaus großes Interesse daran so gut zu verschleiern, dass ihren beiden westlichen Verbündeten während aller Verhandlungen über den alliierten Umgang mit dem geschlagenen Hitlerdeutschland und seine Einteilung in Besatzungszonen niemals dessen wahre Gründe auffielen...

Und es scheint angesichts einer ganzen Reihe von Indizien und eindeutigen Hinweisen bis heute durchaus denkbar, dass

nicht wenigstens einige derjenigen russischen Fachleute, welche sich im Mai 1945, in den ersten Tagen des Friedens in Europa und mit dem Recht des Siegers der Hinterlassenschaften der deutschen Nukleartechnik bemächtigten, davon bereits geahnt, wenn nicht sogar gewusst haben...

Zumindest dürften die Russen, wenn auch zunächst nur in einigen vorläufig wenig exakten Umrissen vermutet haben, welch ein hochkarätiger Schatz im Boden des sächsischen Erzgebirges und der thüringischen Berge ihres Zugriffes harrte.

Doch bis dieser Zugriff in aller Ungestörtheit erfolgen konnte, war zunächst das Ende des Krieges in Europa herbeizuführen. Auch die Erfüllung einiger von der Sowjetunion mit Amerikanern und Engländern abgesprochener und festgelegter Bedingungen und Voraussetzungen durch die von Marschall Stalin mit immer größer werdenden Misstrauen betrachteten Verbündeten von jenseits des Ärmelkanals und des Atlantik blieb abzuwarten.

Für einige Wochen noch, bis sich das von den Großen Drei gemeinsam für Deutschland beschlossene Besatzungsregime innerhalb der im Frühjahr 1945 schon seit einiger Zeit vereinbarten Grenzen etabliert haben würde, schien es den Russen auf jeden Fall dringend geboten, das nicht nur für sie so hochsensible Thema – Uranlagerstätten unter deutschem Boden – günstigerweise gar nicht erst zum Inhalt irgendwelcher, von wem auch immer geäußerten Vermutungen oder gar konkreter Gespräche werden zu lassen...

Bei Betrachtung des damaligen Sachstandes lag für die Russen ohne jeden Zweifel auf der Hand, dass es wohl am allerbesten sei, wenn Amerikaner und Engländer vom Uran des Erzgebirges erst gar nichts erfahren würden, jedenfalls um gar keinen Preis, solange US- Truppen sich dort noch aufhielten... und das würde ja nur noch für einige Wochen so sein. Diese nur noch kurze Zeit war also noch mit aller gebotenen Geduld und Schweigsamkeit auszuharren. Wobei – wie schon

bemerkt – anzunehmen ist, dass die Russen sich anfangs offenbar gar nicht so recht vorzustellen vermochten, dass die Amerikaner und Engländer von den im sächsischen Erzgebirge vermuteten Uranlagerstätten keinerlei Ahnung hatten und dass sie von ihrer Warte das so merkwürdig erscheinende unverständliche Gebaren in den von ihnen besetzten Gebieten äußerst gespannt, sowie natürlich zugleich mit dem allergrößten Argwohn betrachteten.

So entschlossen sie sich zur Wahrung absoluter Stille und vermieden sorgfältig jede Aktivität, die zu irgendwelchen, von ihnen verständlicherweise unerwünschten Schlussfolgerungen seitens der Amerikaner oder auch der Engländer führen konnte – eine Verhaltensweise, die letztlich durch einen vollen Erfolg rechtfertigt werden sollte.

Die Gefahr, dass sich, sollten die westlichen Alliierten von den Uranlagerstätten des sächsischen und böhmischen Erzgebirges erfahren, nicht zu überschauende Kontroversen um die endgültige territoriale Gestaltung der alliierten Besatzungszonen und Einflussgebiete sowie auch die dann folgende Übernahme dieser Territorien durch die Sowjets entwickeln könnten, war unübersehbar und allgegenwärtig...

Und auch bei einer nun im Nachhinein erfolgenden Betrachtung der damaligen Situation, rückblickend über nun schon mehrere Jahrzehnte, ist wohl als sicher anzunehmen, dass es bis zur endgültigen Inbesitznahme des sächsischen und böhmischen Erzgebirges sowie auch Thüringens durch russische Besatzungstruppen bei einer ganzen Reihe Verantwortlicher auf sowjetischer Seite zu nicht nur einigen schlaflosen Nächten gekommen ist...

Doch das ist schon ein anderes, ein neues Kapitel.

Berggeschrey

Die Geschichte des Bergbaus in Sachsen reicht bis ins europäische Hochmittelalter zurück. Nicht ohne Grund trägt es seit dieser Zeit den schon auf einen ersten Blick so viel versprechenden Namen Erzgebirge...

Keine Bezeichnung eines Gebirges in Europa und auf der Welt trägt so schon in seinem Namen den klaren und eindeutigen Hinweis auf Bergbau und reiche, in seinem Schosse zu findende Schätze.

Für eine lange Zeit, bis in das zu Ende gehende Mittelalter hinein, war diese damals von dichten und undurchdringlichen Wäldern bedeckte Gegend kaum besiedelt, nur einige wenige Handelswege, zumeist entlang von wilden und tief eingeschnittenen Flusstälern, zogen sich von Nord nach Süd durch die urwüchsige, raue und undurchdringliche Berglandschaft.

Schon die Römer hatten einst von ihren Niederlassungen an Rhein, Main und Donau zur Vorbereitung weiterer Expansionen schwierige und anstrengende Forschungszüge bis in diese Gegenden unternommen, hatten jedoch nichts gefunden, was ihnen Mühe und Aufwand eines Kriegszuges wert war. Das vorgefundene Land war nur dünn besiedelt, zeigte sich schroff und abweisend, war bedeckt von undurchdringlichen, kaum zu durchquerenden Urwäldern, in denen hauptsächlich wilde Tiere zu hausen schienen, und war darüber hinaus auch noch von einem alles andere als einladenden Klima.

Welche auch damals schon begehrten Schätze sich in den Felsklüften dieser rauen Berge verbargen, blieb ihnen bei ihren gelegentlichen und kurzen Visiten unbekannt und so begnügten sie sich mit den wenigen, bei diesen so beschwerlichen Unternehmen gesammelten geografischen Erkenntnissen; und selbst davon sollten sich nicht wenige bei späteren und genauerem Hinsehen als Irrtum erweisen...

Die Römer stießen bei ihren Expeditionen auf den diese beiden wilden und urwüchsigen Waldgebirge durchschneidenden Oberlauf der Saale und hielten ihn über einige Zeit hinweg für den der Elbe, auf die sie schon zuvor bei mehreren ihrer Raubzüge in den Tiefebenen des nördlichen Germaniens getroffen waren. Erst als sie bei späteren Unternehmungen den Gebirgsdurchbruch der Elbe nordwestlich des böhmischen Tieflandes entdeckten, klärte sich dieser Fehlschluss.

Die wilde und unwirtliche Gebirgskette nördlich des Böhmischen Beckens und nördlich des Mains (das heutige Erzgebirge und der Thüringer Wald) bekam von den Römern den Namen „Herzynischer Wald", und da ihnen auch bei mehreren weiteren schwierigen und kräftezehrenden Forschungszügen in diesen Landstrichen nichts Nützliches oder auch nur Brauchbares in die Hände fiel, hielt sich ihr Interesse an diesen neu entdeckten Territorien verständlicherweise in recht engen Grenzen.

In den der römischen Besetzung Süddeutschlands dann folgenden Jahrhunderten, nun schon einige hundert Jahre nach der Zeitenwende, kam es bestenfalls entlang der wenigen, diese noch unerschlossenen und wilden Landstriche in Nord-Südrichtung durchquerender Strassen und Handelswege noch lange vor den ersten Erzfunden im Gebirge zu vereinzelten Gründungen von kleinen Siedlungen, die vom Verkehr auf diesen Wegen, einer schwierigen und schmalen Landwirtschaft und von dem lebten, was die riesigen Wälder dieser Gebiete hergaben.

Bis in das 12. Jahrhundert hinein war es wohl hauptsächlich der Reichtum an Wild und an Holz, der hin und wieder einige Menschen veranlasste, sich dort niederzulassen und der übermächtigen Natur das eine oder andere Brauchbare abzutrotzen. Weiter abseits der wenigen Handelsstrassen und Siedlungen sowie mit zunehmender Höhenlage war dieser Landstrich in dieser Zeit noch kaum besiedelt und niemand ahnte auch nur, welche wertvollen und begehrenswerten Dinge in seinen felsigen Tiefen ihrer Entdeckung harrten.

Dies sollte sich jedoch eines Tages ändern. Der Legende nach sollen Fuhrknechte aus dem Harz, die durch das wilde Erzgebirge nach Böhmen unterwegs waren, in den Spuren ihrer Wagenräder auf einige Brocken überaus reichhaltigen Bleiglanzes gestoßen sein.

In den Bergen des Harzes wurde zu dieser Zeit schon lange erfolgreich nach mancherlei Erzen geschürft und gegraben und es hatte sich dort ein erstes wichtiges Zentrum des mittelalterlichen Bergbaues in Deutschland entwickelt.

Der Zufall wollte es zudem noch, dass diese Fuhrleute einiges von Erzen und Bergbau verstanden und daher sofort erkannten, dass es sich bei dieser Entdeckung keineswegs nur um einen Zufallsfund, sondern um den außergewöhnlichen Glücksfall der Auffindung eines ganzen Erzlagers handelte.

Die wenigen Brocken waren von einem überaus hohen Metallgehalt und man hatte schnell festgestellt, dass davon in dieser wilden und kaum bewohnten Gegend noch viel mehr zu holen war.

Als sich dann bei genauerer Überprüfung herausstellte, dass in ihnen nicht nur Blei, sondern auch noch hohe Anteile von Silber enthalten waren, kannte die Begeisterung keine Grenzen mehr. Die Nachrichten von den reichen Erzvorkommen verbreiteten sich schnell über das ganze Land und siegerländische Bergleute aus dem Westen Deutschlands waren die Ersten, die mit dem Vorsatz, ihr Glück zu machen, ihre Sachen und ihr Gezähe (Bergmannswerkzeuge) packten, um in die sächsischen Waldgebirge aufzubrechen. Mit ihren Erfahrungen und ihrem Können bedurfte es nur kurzer Zeit, bis sie auf noch weitere zu Tage tretende Erzgänge gestoßen waren und mit Begeisterung begannen, die ersten Pingen und Schächte abzuteufen.

Noch bis in unsere Zeit hinein sind die Spuren ihrer Arbeit zu sehen. Ist man im Erzgebirge unterwegs, so fallen bei genauerem Hinsehen rechts und links von Strassen und Wegen immer wieder längst von Wald und Gebüsch überwachsene Kleinhalden und muldenförmige Bodenvertiefungen ins Auge; sie

zählen zu den ersten und ältesten Zeugnissen bergmännischer Arbeit im Erzgebirge und sie reichen bis weit in die Geschichte dieser Landstriche zurück.

Mit den zugereisten Bergleuten aus dem Siegerland und aus dem Harz, mit ihrer Arbeit und ihren Kenntnissen nahm der sächsische Bergbau vor mehr als 800 Jahren einen ersten, bereits in seinen ersten Jahren viel versprechenden Anfang.

Das in der Folge dann von den sächsischen Bergen bis weit in die damalige Welt hinein hallende „Berggeschrey" veranlasste eine Vielzahl von Menschen, die zunächst von Bergbau gar keine Ahnung hatten, zum Aufbruch in diese damals noch so raue und unwirtliche Gegend, welche nun endlich zu dem Namen kam, den sie noch heute trägt – Erzgebirge.

Die ebenso lockende wie abenteuerliche Vorstellung, dort einen Fund zu machen, der sie ihrer materiellen Sorgen für alle Zeit entheben würde, erwies sich als eine überaus starke Triebkraft...

Bereits um das Jahr 1200 kam es zur Gründung Freibergs und schon im Jahr 1218 wurde die neu gegründete Stadt zur „Freien Bergstadt" erhoben. Die ersten Schächte, die ein gutes und ergiebiges Silbererz lieferten, wurden der Überlieferung nach am späteren Standort des Freiberger Rathauses niedergebracht.

Neben Silber und Blei wurden im Erzgebirge bald auch noch Zinn, Kupfer, Eisen, Kobalt und noch Manches andere gefunden, so dass es im gesamten Gebiet des sächsischen Erzgebirges zum Bau von Strassen und Verkehrswegen und zur Gründung von Dörfern und Städten kam. Die bis dahin so einsame Gegend begann sich zu bevölkern und erfuhr einen wirtschaftlichen und technischen Aufschwung, wie er seinesgleichen in Mitteleuropa noch nicht erlebt wurde.

Der im Laufe der Jahre immer intensiver und damit auch technologisch komplizierter werdende Bergbau erforderte eine lange Reihe von sich schnell entwickelnden Neben- und Nachfolgegewerken, die von der Zimmerei für die Errichtung der

zahlreichen hölzernen Bauten und Einrichtungen über die Herstellung von widerstandfähigen, stählernen Werkzeugen bis hin zum Bau von steinernen Erzaufbereitungs- und Hüttenanlagen reichte.

Mit der bald schon planmäßigen Gründung von immer neuen Städten und Siedlungen, nun schon durch das an den erzgebirgischen Schätzen ebenfalls hochinteressierte sächsische Herrscherhaus, expandierten auch Bauwesen und letztlich auch die Landwirtschaft gewaltig, die neu gegründeten Städte und Siedlungen wollten ernährt werden und gehörten schon nach kurzer Zeit zu den wichtigsten, bevölkerungsreichsten und zugleich wirtschaftlich stärksten des sächsischen Herrschaftsgebietes.

Darüber hinaus wurde bereits nach einer ersten, und sehr wahrscheinlich noch wenig geordneten Phase der bergmännischen Erschließung dieser Landstriche für eine schnelle administrative Erfassung der nun entstehenden zahlreichen Gewerbe gesorgt. Bergordnungen, Regelwerke und Zunftgesetze wurden erlassen und mit fester Hand durchgesetzt. Das bis dahin recht unbedeutende sächsische Fürstentum wurde von den dabei eingetriebenen Abgaben und Steuern reich und mächtig.

Der vom Silber, aber auch von Eisen, Zinn und Kobalt des Erzgebirges herrührende Wirtschaftsboom im damaligen Sachsen ließ das Land aufblühen, nicht allein Freiberg als die heimliche Hauptstadt des Bergbaus in Sachsen profitierte davon. Auch die Städte Leipzig, Dresden, Zwickau, Chemnitz und Altenburg blühten auf und verdienten nicht schlecht am Handel mit dem, was fleißige Hände in Schneeberg, Annaberg, Schlema und Joachimsthal dem felsigen Boden abgerungen und abgelistet hatten.

Außerdem zog die rasche Besiedelung dieser Gebiete schnell auch eigentlich bergbaufremde Händler und Handwerker aller Art in die neu gegründeten Siedlungen. Die Bedürfnisse und Wünsche der dort Ansässigen wuchsen mit dem von ihnen geschaffenen Reichtum, den allerdings nur einige wenige von denen tatsächlich anhäufen konnten, die einst dem aufgekom-

menen „Berggeschrey“ gefolgt und ins wilde Erzgebirge gezogen waren.

Nicht wenige der im Gefolge des sich schnell ausbreitenden Bergbaues neu gegründeten Siedlungen wuchsen in kürzester Frist zu reichen Städten von respektabler Größe heran, ihre Einwohnerzahl übertraf für eine Zeit lang selbst die Leipzigs und Dresdens.

Innerhalb nur weniger Jahre erfolgten die Gründungen der Städte Schneeberg 1471, Annaberg 1497, St. Joachimsthal 1520 und Marienberg 1521, um nur die Bedeutendsten zu nennen; sie zählten bald und über einige Jahrhunderte hinweg zu den wichtigsten und wirtschaftlich aktivsten Städten Sachsens

Keine zehn Jahre nach der Verleihung des Stadtrechtes entwickelte sich Schneeberg ebenso wie Freiberg zur freien Bergstadt – neue und sehr ergiebige Silberfunde verhalfen der Stadt und dem sächsischen Staat zu erheblichem Reichtum.

Die Aufbereitung und Verarbeitung der dem Berg entrissenen Erze sowie die Errichtung von Hüttenbetrieben erforderten die Entwicklung und den Bau komplizierter technischer Anlagen, für deren Betrieb menschliche und tierische Arbeitskraft bald nicht mehr ausreichten.

In rascher Folge entstanden Poch- und Hammerwerke, teils zum Zerkleinern und Aufbereiten von Erzen, teils auch zum Schmieden und Weiterverarbeiten der in Hüttenwerken gewonnenen Metalle, für deren Antrieb die in den sächsischen Bergen reichlich vorhandene Wasser-kraft genutzt wurde.

Für eine lange Zeit war der weithin zu vernehmende harte, metallische Klang der Fall- und Schmiedehämmer ein charakteristisches Geräusch in den Tälern des Erzgebirges und zeugte von einer rasanten technischen Entwicklung, die das Land Sachsen vom ausgehenden Mittelalter bis in den Beginn der Neuzeit hinein zu einem der wirtschaftlich und technologisch fortgeschrittensten Gebiete Europas werden ließen.

Die im Laufe dieses Prozesses entstandenen technischen Anlagen zur Aufbereitung und Weiterverarbeitung von Erzen

aller Art, zur Entwässerung und Bewetterung von Schächten sowie auch zum Betreiben von Schmelzhütten gehörten zu den absoluten Spitzenleistungen damaligen technischen Erfindergeistes und wurden zu Maßstab und Vorbild für nicht wenige weitere Bergbaugebiete – sogar über das alte Europa hinaus.

Das sächsische Erzgebirge gehörte in der Zeit des ausgehenden Mittelalters und der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland zu den technisch am besten ausgerüsteten Gebieten der in dieser Zeit bekannten Welt.

Und außerdem forderten der hohe Organisationsgrad, die Vielzahl der Arbeitskräfte, das breite Spektrum der einzelnen und voneinander abhängigen Arbeitsgänge und Verarbeitungsschritte, welche für einen Betrieb von Bergbau- und Hüttenanlagen unabdingbar waren, eine Anpassung der sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen an diese Produktionsweise.

Eine rein handwerkliche Art der Erzgewinnung- und Verarbeitung, die sich dann möglicherweise auch noch den damaligen, noch mittelalterlichen Zunftordnungen zu unterwerfen hatte, wäre niemals in der Lage gewesen, die komplizierten Arbeitsgänge von Erschließung, Gewinnung, Aufbereitung und schließlich der Verarbeitung und des Absatzes mit der dafür erforderlichen Effektivität zu sichern.

Mit sich daraus ergebender, zwingend notwendiger Entstehung einer freien Lohnarbeiterschaft kam es auch seitens der Bergarbeiterschaft zum Zusammenschluss in Knappschaften, die neben ihrer Funktion, kranken und in Notlagen geratenen Mitgliedern Hilfe und Unterstützung zu leisten, auch Forderungen der Bergleute nach Verbesserung und Weiterentwicklung von Arbeits- und Lebensbedingungen formulieren und gegenüber Staat und Minenbesitzern auch durchsetzen konnten.

In den Bergbaurevieren kam es damit schon wesentlich früher als in anderen Gebieten Sachsens und auch seiner benachbarten Staaten zum Aufkommen bürgerlicher Produktionsweisen und damit auch der ersten Vorformen eines Industrieproletariats mit allen daraus folgenden Auswirkungen auf

soziale und gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungstendenzen...

Nicht wenige dieser noch im ausgehenden Mittelalter errichteten Erzverarbeitungsanlagen und nicht zuletzt die für ihren Betrieb erforderlichen, erstaunlich präzisen und effektiven Wasserbaumaßnahmen haben die Zeiten bis hinein in unsere Tage überdauert, ihre Funktionsfähigkeit blieb erhalten oder wurde von traditionsbewussten erzgebirgischen Bergleuten in liebevoller Arbeit wieder hergestellt. Wir können sie bis in unsere Tage hinein noch immer voller Hochachtung vor dem Können unserer Altvorderen bestaunen.

Sie waren damals ihrer Zeit weit voraus und stellten für sehr lange einen technischen Höchststand dar. Was uns Heutigen bleibt, ist die Bewunderung, mit welchem großen Geschick man sich in damaliger Zeit die allein von der Natur gebotenen Möglichkeiten ohne die uns heute verfügbaren Mittel und Messgeräte dienstbar machen konnte.

Erst die Jahrhunderte später folgende Einführung von Dampfmaschinen und noch später der Elektroenergie konnte die Leistungsfähigkeit dieser allein vom Wasser angetriebenen Anlagen übertreffen.

Die vom Mittelalter bis in die Neuzeit hinein in mehreren Phasen, mit schweren Rückschlägen aber auch immer wieder auftretenden Glanzzeiten verlaufende Entwicklung des Erzgebirges als Bergbaugebiet ging in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Ende. Die im Schoße des Erzgebirges lagernden Schätze waren nunmehr ausgebeutet..., so meinte man allerorten.

Mit dem beginnenden 20. Jahrhundert war nur noch der, im Vergleich mit anderen in- und ausländischen Fördergebieten, eher sporadische, kaum noch wirtschaftliche Abbau von Zinn, Eisen, Wolfram, Kobalt und einigen Nickellagerstätten zu verzeichnen.

Der auf einer mehr als acht Jahrhunderte langen Tradition beruhende Bergbau im einst so reichen sächsischen Erzgebirge neigte sich seinem Ende zu..., so schien es jedenfalls zu dieser Zeit.

Im Laufe all der schon im 18. Jahrhundert über nahezu ein halbes Jahrtausend hinweg gesammelten vielfältigen Kenntnisse und reichen Erfahrungen konnte es nicht ausbleiben, dass sich der sächsische Bergbau von ursprünglich einem Handwerk zur technischen Wissenschaft entwickelte und auf Grund seiner Erfolge zum Vorbild für alle diejenigen wurde, die sich gleichfalls entschlossen hatten, dem Boden ihrer Länder die dort vermuteten oder tatsächlich verborgenen Schätze zu entreißen. Der vorbildliche und so erfolgreiche Bergbau des Erzgebirges wurde zur Schule nicht nur deutscher Bergleute.

In Sachsen entwickelte und erprobte Verfahren und Methoden, im Berg verborgene Schätze zu finden und sie zu heben, verbreiteten sich auf der ganzen Welt.

Wissenschaftlicher Bergbau

Im Jahre 1765 wurde im sächsischen Freiberg eine Bergakademie gegründet. Und es war dies die erste Hochschule zur Ausbildung von Bergbau- und Montanfachleuten, die es auf der Welt gab. Das kleine Land Sachsen verfügte von da an über eine einzigartige Stätte von Forschung und Bildung, wie es über lange Zeit auf der Erde keine weitere gab.

Auch ein internationales Interesse an einem Studium im sächsischen Freiberg war von Beginn an vorhanden und stieg von Jahr zu Jahr, und bis in die heutigen Tage zählt die Freiberger Bergakademie zu den führenden und gefragtesten Bildungsstätten der Welt auf dem Gebiet der Montanwissenschaften.

Während der nun nahezu zweieinhalb Jahrhunderte des Bestehens und Wirkens der Freiberger Bergakademie wurde das sächsische Erzgebirge, ihr unmittelbares Umfeld, durch ihre Maßnahmen und Arbeiten in Forschung und Lehre zu einem der geologisch am besten erforschten und dokumentierten Territorien auf der Erde. Ganze Generationen von Studenten und Wissenschaftlern haben im Zuge ihrer praktischen Lern- und Lehrtätigkeit den Boden des Erzgebirges auf der Suche nach Erzen und Mineralien abgetastet und untersucht, ihn vielfach vermessen und alle von ihnen gesammelten Angaben nicht nur über deren Lage und Vorhandensein, sondern auch dabei erworbene Erkenntnisse über die erdgeschichtliche Entstehung von deren Lagerstätten gesammelt und dokumentiert wie kaum jemals in irgend einem anderen Gebiet der Erde, in dem Bergbau getrieben wurde. Im Zuge aller dieser Arbeiten wurden auch Vorkommen von Gesteinen, Erzen und Mineralien erfasst, für die zur Zeit ihrer Aufnahme in geologische Unterlagen noch keine oder nur nachrangige Verwendungsmöglichkeiten bestanden, und sicherlich wurden dabei auch Fundorte von Pechblendegängen, die häufig gemeinsam mit Silbererzen auftraten, registriert.

Diese Unterlagen, Ergebnisse und Proben ihrer langjährigen Arbeit befanden und befinden sich noch heute in den Archiven, Sammlungen und Bibliotheken der Freiberger Akademie sowie in den gewissenhaft geführten, traditionsreichen Annalen und Unterlagen der staatlichen sächsischen Bergbehörden. Sie waren für die Bergbaufachleute und Studierenden nicht nur aus dem eigenen Lande, sondern auch für Interessierte aus aller Welt jederzeit zugänglich...

Seit Gründung dieser Bildungseinrichtung im Jahre 1765, im Jahrhundert der Aufklärung und des endgültigen Beginns der wissenschaftlichen Erforschung unserer Erde, waren zum Beispiel mehr als 30 % der ausländischen Studenten an der Sächsischen Bergakademie Russen und seit Gründung der Sowjetunion nach dem ersten Weltkriege haben während der zwanziger und dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts 54 ihrer Bürger dort ein Studium der Montanwissenschaften absolviert.

Im Verlaufe ihres Aufenthaltes in Freiberg dürften sie sich auch über die normalen Studiengänge hinaus durchaus auch profunde Kenntnisse der geologischen Struktur des Sächsischen Erzgebirges und natürlich auch der dazugehörigen Lagerstättenkunde angeeignet haben – Kenntnisse, die dann in ihre wie auch immer gearteten Examensarbeiten einflossen, welche sie natürlich wieder mit in ihre Heimat genommen haben und auf die sie selbst sowie auch ihre dortige Fachkollegenschaft jederzeit zurückzugreifen in der Lage waren.

Womit der Kette von Indizien und Hinweisen auf ein bereits länger herrührendes Wissen der Russen um die im Erzgebirge lagernden Uranvorräte ein weiteres Glied hinzugefügt wäre...

Auch die schon jahrhundertelange Geschichte des sächsischen Bergbaues vor der Gründung der Bergakademie ergab bereits ein sehr reiches und überaus umfassendes Bild über die Geologie des Erzgebirges. Alle dort unternommenen Maßnahmen und Arbeiten wurden bereits in den frühen Zeiten des erzgebirgischen

Bergbaus gewissenhaft dokumentiert und in den Archiven der sächsischen Bergämter aufbewahrt.

Jede neu begonnene bergmännische Unternehmung konnte daher zum einen auf eine stetig anwachsende Sammlung von geologischen und markscheiderischen Unterlagen zurückgreifen und sorgte zum anderen ihrerseits erneut für einen Zuwachs der archivierten Bergunterlagen, der dann wiederum allen weiteren darauffolgenden, wie auch immer gearteten Arbeiten zugute kam.

Die ersten wissenschaftlichen Erhebungen zum erzgebirgischen Bergbau gehen erstaunlich weit in die Geschichte zurück und wurden bereits lange vor der Gründung der sächsischen Bergakademie veröffentlicht.

Sie sind das Ergebnis des Wirkens von Georgius Agricola, der schon im 16. Jahrhundert damit begonnen hat, den Bergbau, und nicht nur den erzgebirgischen, auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen.

Als Stadtarzt von St. Joachimsthal befasste er sich mit der Erforschung mineralischer Heilmittel- und Methoden für eine ganze Reihe von Krankheiten und Leiden und er schuf darüber hinaus wichtige und wesentliche Grundlagen der Bergbaukunde, der Mineralogie und Geologie. Letztlich bildeten seine Arbeiten auch die Basis für einen bereits seit dem 17. Jahrhundert aufgenommenen Betrieb verschiedener Kurbäder des Erzgebirges und Thüringens.

Sein im Jahre 1546 erschienenes Werk „De natura Fossilium“ stellte das erste Handbuch der Mineralogie dar, in seinem weiteren Werk „De re Metallica“ beschrieb und kommentierte er das erzgebirgische Berg- und Hüttenwesen und regte zugleich Maßnahmen zu dessen Weiterentwicklung und Modernisierung an.

Georgius Agricola gilt bis heute als der Begründer der modernen Montanwissenschaften. Darüber hinaus erwarb er sich als Mediziner bei Erforschung und Behandlung bergbauspezifischer Berufskrankheiten bereits sehr früh hohe Verdienste.

Die Schneeberger Krankheit

Schneeberger Chronisten beschrieben bereits im 15. Jahrhundert eine schreckliche Krankheit, sie schien nur Bergleute zu befallen, setzte bereits während der jungen Jahre von Betroffenen ein und nahm unter schlimmen Husten und Atemnot bereits wenige Jahre darauf einen stets tödlichen Ausgang.

Ein großer Teil dieser Bergleute starb noch vor Erreichen des 40. Lebensjahres einen qualvollen und elenden Tod. Der Verlauf dieser Erkrankung und ihr nur regional auf die Berufsgruppe der Schneeberger und Joachimsthaler Bergleute begrenztes Auftreten ließen bereits mit den damaligen, noch höchst unzureichenden medizinischen Kenntnissen die zutreffende Schlussfolgerung zu, dass „der Berg" diese Männer krank gemacht und letztlich auch getötet hatte …

Agricola erkannte zunächst, ohne jedoch um die tatsächlichen Ursachen wissen zu können, dass dieses schreckliche Leiden durch die unsaubere Luft und den Staub während der Arbeit in den Gruben und Erzaufbereitungsanlangen hervorgerufen wurde und setzte sich vehement für eine bessere Belüftung und für Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Stäuben in den Schächten und auch in den über Tage liegenden Erzverarbeitungsanlagen ein.

Die schon in der Frühzeit des sächsischen Bergbaus erstmalig beschriebene Erkrankung der Lungen und Atemwege sollte zum einen noch für Jahrhunderte der Schrecken von erzgebirgischen Bergmännern und ihren Angehörigen bleiben.

Zum anderen sollte sie noch für eine ebenso lange Zeit Mediziner und Bergbaufachleute in aller Welt beschäftigen, bis man ihre wahren Ursachen zu erkennen vermochte. Über eine lange Zeit hinweg setzte man sie irrtümlicherweise mit der – ebenfalls tödlichen und in ihren Symptomen ähnlichen – Silikose, der Staublunge, gleich, die auch in anderen Bergbaugebieten der Welt die Bergarbeiter dahinraffte.

Nicht wenige Ärzte haben sich bereits seit dem 16. Jahrhundert mit diesem Phänomen auseinandergesetzt, haben ihre Vermutungen, Meinungen und Erkenntnisse zum Teil international veröffentlicht und sie mit Fachkollegen aus aller Welt diskutiert, wobei letztlich auch die freilich erst in jüngster Zeit erlangte vollständige Kenntnis der tatsächlichen Ursachen dieser Krankheit ebenso weit verbreitet wurde...

Einen weiteren Impuls für die sich seit dieser Zeit entwickelnde wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Ursachen der „Schneeberger Krankheit" kam von keinem Geringeren als Theophrast Bombast von Hohenheim, genannt Paracelsus, dem berühmtesten Arzt des ausgehenden Mittelalters in Mitteleuropa. Sein in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts veröffentlichtes Werk zu Ursachen und Folgen der Schneeberger Bergmannskrankheit wurde zur Grundlage von Forschungen und Untersuchungen aller späteren Generationen von Ärzten, Arbeitsmedizinern und nicht zuletzt auch von Bergbaufachleuten, die sich über die Jahrhunderte hinweg mit der Entwicklung und dem Bau technischer Vorkehrungen und Methoden zu Vermeidung und Prävention dieser Erkrankung zu befassen hatten.

Und es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, dass sich auch russische Montanfachleute und Mediziner mit der Erforschung von Ursachen und der Prävention dieser bergbauspezifischen Erkrankungen beschäftigten und darüber Fachpublikationen ihrer deutschen Fachkollegen studiert haben.

Die Ähnlichkeit der Schneeberger Krankheit mit der unter Bergleuten in aller Welt auftretenden Silikose sorgte dafür, dass sich auch Mediziner in aller Welt mit der Erforschung von Ursachen und Schutzmaßnahmen vor ihrem Auftreten beschäftigten und sich dabei über die Ergebnisse ihrer Arbeiten austauschten; auch auf internationaler Ebene.

Doch es musste noch sehr viel Zeit vergehen, bis man gegen Ende des 19. Jahrhunderts endlich die tatsächlichen Auslöser der „Schneeberger Krankheit" zu erkennen in der Lage war.

Dieser tödlichen Erkrankung vollkommen abzuhelfen ist man bis heute nicht wirklich in der Lage – man konnte nur die Prävention vor dem nun als Folge radioaktiver Emanationen der Pechblende erkannten Lungen- und Bronchialkrebs immer wieder verbessern; und dabei ist es bis heute geblieben.

Der Schneeberger Bergarzt Härting und der Schwarzenberger Amtsarzt Hesse identfizierten diese Krankheit im Jahre 1879 schließlich zweifelsfrei als einen Krebs der Atmungsorgane und wiederum fanden ihre sich über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren erstreckenden Untersuchungen, Forschungen und Schlussfolgerungen beileibe nicht nur in medizinischen Fachkreisen weltweite Beachtung und Aufmerksamkeit. Damit war eine lang anhaltende Diskussion zwischen Medizinern eröffnet, da ein großer Teil der Ärzteschaft die Entstehung der „Schneeberger Krankheit" noch immer auf die Silikose, das heißt allein auf die Aufnahme von bei der Arbeit der Bergleute entstandenen siliziumhaltigen Stäuben zurückführte.

Besitzer und Betreiber von Bergbaugesellschaften und Minenbetrieben auf der ganzen Welt widmeten diesen Erkenntnissen ihre Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt, weil das Krankheitsbild der Silikose bei Bergleuten in aller Welt auftrat, sie zu jahrelangem Siechtum und letzlich zu einem frühen Tod verurteilte.

Ungeachtet dieses auch im 19. Jahrhundert noch nicht vollkommen entschiedenen medizinischen Streites, ob nun Silikose oder „Schneeberger Krankheit", wurde Letztere in Sachsen bereits im Jahre 1881 in einem Handbuch des öffentlichen Gesundheitswesens als Berufskrankeit identifiziert. Das bedeutete freilich noch nicht, dass diese Krankheit nun auch vor dem Gesetz als Berufserkrankung galt, anerkannt und durch die entsprechenden sozialen Leistungen begleitet wurde.

Auch damit und nun schon zum wiederholten Male gerieten sich aus dem sächsischen Bergbau ergebende Erkenntnisse und Empfehlungen in das Blickfeld der internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit.

Und es dürfte mit einiger Sicherheit anzunehmen sein, dass diese Erkenntnisse auch bis in das ferne Russland weitergereicht wurden, da auch dort in großem Maßstab Bergbau getrieben wurde... Alle diese Angaben zu den Ursachen dieser Krankheiten und die in ihrem Umfeld geführten, zum Teil recht kontroversen Diskussionen zwischen den Medizinern spiegelten sich in zahlreichen Dokumenten, in Statistiken und Niederschriften, die dann archiviert wurden und auf die auch noch nach Jahren jederzeit zurückgegriffen werden konnte. Vor allen Dingen dann, wenn sich in ihrem Zusammenhang im Laufe weiterer Jahre wiederum neue Erkenntnisse gesammelt hatten.

Leider bewegte sich selbst gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Diskussion über die eigentlichen Auslöser dieser Krankheit noch für eine relativ lange Zeit immer wieder in falscher Richtung, nicht wenige Mediziner hielten diese Krankheit trotz sich immer mehr ansammelnder gegenteiliger Erkenntnisse für eine lange Reihe von Jahren noch immer für eine Erscheinungsform der Silikose.

Denn noch für eine sehr lange Zeit wusste man überhaupt nichts von Radioaktivität und ihrer großen Gefährlichkeit für alles Lebende, und selbst nach der Entdeckung dieser Strahlen gegen Ende des 19. Jahrhunderts bedurfte es noch einer geraumen Zeit, bis man sich der extremen Gefährlichkeit ihres Auftretens bewusst wurde.

Erst um die Mitte des 20. Jahrhunderts stand dann zweifelsfrei fest, dass der Schneeberger Lungen- und Bronchialkrebs durch verschiedene radioaktive Radonfolgeprodukte, die wiederum gemeinsam mit der Pechblende, einem radioaktiven Uranerz, auftreten, hervorgerufen wird. Das Auftreten dieser Krankheit hatte nichts mit einer weiteren tödlichen Bergmannserkrankung, der Silikose, zu tun – soviel galt nun ebenfalls als gesichert.

Nicht zuletzt die Häufigkeit dieser tödlichen Erkrankung wies bereits seit den Anfängen des erzgebirgischen Bergbaus auf eine weite Verbreitung radioaktiver Erze in den Schächten und Minen des Erzgebirges hin. Doch erst mit dem Erkennen ihrer

wahren Ursachen konnte es im Zusammenhang mit ihrem Auftreten zu Rückschlüssen auf das Vorhandensein radioaktiv strahlender Erze kommen…

Während der so langen Jahre bis zu dieser Erkenntnis wandte man der so überaus gefährlichen Pechblende nur eine geringe Aufmerksamkeit zu, da sie von keiner oder nur untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung war. Erst bei Überprüfung auch von zum Teil jahrhundertealten Statistiken zu Auftreten, Verlauf und nicht zuletzt der dieser Krankheit zuzurechnenden Todesraten unter den Bergleuten ergaben sich daraus für Geologen und Bergbaufachleute auch mögliche Schlussfolgerungen und Indizien über die Häufigkeiten von Uranlagerstätten im sächsischen wie auch im böhmischen Erzgebirge.

Da nicht nur im Erzgebirge Bergbau getrieben wird, traten diese oder ähnlich gelagerte Probleme mit berufsspezifischen, dem arbeitsbedingten Auftreten von Stäuben zuzuordnende Erkrankungen der Bergleute auch in den Bergbaurevieren der ganzen Welt auf und es darf daher angenommen werden, dass alle die dazu veröffentlichten medizinischen und technischen Publikationen überall auf der Welt sowohl von Bergbaufachleuten als auch Arbeitsmedizinern mit Interesse zur Kenntnis genommen worden sind; demzufolge auch im fernen Russland.

Auch die während der ersten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts dann endgültig gesicherte Feststellung, dass die Ursachen der „Schneeberger Krankheit“ auf radioaktive Einflüsse der beim Zerfall von Uran-235 freiwerdenden Folgeprodukte sowie auch des in der Pechblende ebenfalls vorhandenen Radiums zurückgehen, dürfte nicht nur in der internationalen medizinischen Fachwelt Interesse hervorgerufen haben…

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist es über das Krankheitsbild des Schneeberger Krebses der Atemorgane, seine Anerkennung als bergmännische Berufskrankheit sowie natürlich auch über Methoden zu seiner Vermeidung, Behandlung und Heilung auf internationaler Ebene zu lebhaften medizinischen Diskussionen gekommen.

Vor allen Dingen deutsche und tschechische Arbeitsmediziner und Bergbaufachleute haben sich da verdient gemacht und ihre Erkenntnisse und Vorschläge zu Präventionsmaßnahmen im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre weltweit publiziert; nicht zuletzt, um sie in den Schächten und Aufbereitungsanlagen zu gesetzlich verbindlichen Arbeitssicherheitsbestimmungen werden zu lassen. Leider sind diese damals nicht oder nur zum Teil in die Tat umgesetzt worden.

Alle diese, zum Teil schon sehr lange vorhandenen Anhaltspunkte und Indizien weisen ein weiteres Mal auf eine weitere Verbreitung radioaktiver Gesteine und Mineralien im Gebiet des westlichen und mittleren Erzgebirges hin als bis dahin auch von gestandenen Montanfachleuten angenommen. Es verwundert einmal mehr, dass sie während des zu Ende gehenden II. Weltkrieges von den zu dieser Zeit in deutsches Gebiet eindringenden Amerikanern und Engländern vollkommen ignoriert wurden – völlig ungeachtet einer zur gleichen Zeit stattfindenden überaus intensiven Jagd, vor allem der Amerikaner, auf alles, was da auch nur in entferntester Weise mit der Entwicklung und den Voraussetzungen von Nukleartechnologie und des Baues von Kernwaffen zusammenhängen könnte.

Bei ihrem Eindringen in die Gebiete des westlichen Erzgebirges im Frühjahr 1945 fanden amerikanische Truppen keinerlei Hinweise auf eine Gewinnung von Uranerzen durch deutsche Bergbauunternehmen vor, einzig die geringe Förderung verschiedener rüstungswichtiger Buntmetalle war noch in Betrieb …

Auch daraus dürfte sich einer der Gründe ergeben haben, weshalb sie sich während ihrer etwa dreimonatigen Anwesenheit im südwestlichen Sachsen für (aus ihrer Sicht) etwaige Uranlagerstätten gar nicht erst interessiert haben, sie sahen ganz einfach keinerlei Ursache, sich damit zu befassen.

Über die gesamte zweite Hälfte des Krieges hinweg unterzogen die Amerikaner aus Sorge vor einer noch vor dem Kriegs-

ende einsatzfähigen deutschen Kernwaffenentwicklung alle Regungen der Nuklearforschung Hitlerdeutschlands einer äußerst intensiven Beobachtung.

Doch im Verlaufe der zweiten Kriegshälfte und insbesondere seit der Invasion Westeuropas gab sich für sie auch nicht der geringste Hinweis auf einen Anstieg der Förderung von Uranerzen in den unter Hitlers Einfluss stehenden Territorien sowie auch in deutschen Kerngebieten, woraus durch Amerikaner und Engländer dann offenbar geschlossen wurde, dass keine Uranlagerstätten vorhanden waren – zumindest keine von nennenswertem Umfang.

Mit dieser oberflächlichen Erkenntnis gab man sich auf Seiten der Amerikaner zufrieden und verfolgte diesen Sachverhalt nicht weiter. Offensichtlich haben sich die Amerikaner auch noch auf einige höchst unzureichend geführte Untersuchungen im Auftrage der Freiberger Bergakademie und der sächsischen Bergbehörden betreffs des Vorhandenseins von Uranlagerstätten im westlichen Erzgebirge und deren Einschätzungen verlassen, die lediglich von einem nur wenig Erfolg versprechenden Abbau einiger verstreuter und kaum ergiebiger Einzellagerstätten sprachen ...

Die bei diesen Erhebungen durch einige durchaus renommierte Fachleute der Freiberger Bergakademie und der sächsischen Bergbehörden ermittelten Pechblendevorräte beliefen sich auf nur ein paar Dutzend Tonnen Uranerz bei zudem noch höchst schwierigen und damit auch noch äußerst kostenaufwendigen Abbau- und Gewinnungsbedingungen, wie man zu dieser Zeit meinte...

Wobei gerechterweise aus der heutigen Sicht erklärend und entlastend hinzugefügt werden muss, dass man sich bei der noch im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts stattgefundenen Ermittelung und Beurteilung der im sächsischen Erzgebirge vermuteten und lagernden Uranerzvorräte auch noch nicht einmal im Geringsten über die sich schon nach nur wenigen Jahren ergebende Bedeutung des Urans bewusst sein konnte...

Trotzdem, auch im Nachhinein betrachtet kann man ein derartiges Verhalten der Amerikaner und das von ihnen hier vorgeführte Desinteresse nicht so recht begreifen.

Pechblende

Eine der Hauptursachen für das Auftreten der „Schneeberger Krankheit" lag in der in vielen Schächten der Schneeberger, Schlemaer und Joachimsthaler Bergbaureviere anstehenden „Pechblende", einem grünlich-schwarzen, schweren und harten Gestein mit muscheliger, blasiger Oberfläche, welches immer wieder im Bereich der so gesuchten Silbererzgänge, aber auch im Gefolge und in der unmittelbaren Nachbarschaft anderer begehrter Erze auftrat und von den Bergleuten über lange Zeit als nutzloses, taubes Gestein betrachtet wurde.

Wo die Pechblende den Zugriff auf begehrtes Fördergut versperrte oder behinderte, musste sie abgebaut und beseitigt werden, man transportierte sie aus den Schächten und warf sie auf Halde, wie der Bergmann sagt.

Und diese Vorgehensweise wurde bereits in der Frühzeit bergmännischen Tuns im Erzgebirge geübt, nicht wenige Halden vermeintlich tauben Gesteins, mitunter schon seit Jahrhunderten von Gras, Gestrüpp und Bäumen überwachsen und längst vergessen, enthielten zu einem nicht geringen Anteil Uranerz und strahlten, ohne dass sich auch nur jemand dessen bewusst war, von niemanden bemerkt über die Jahrhunderte vor sich hin...

All das wurde erst bei späteren Untersuchungen von zum Teil sehr alten, noch aus den Jahrhunderten der Frühzeit des erzgebirgischen Bergbaues stammenden Abraumhalden bei der nach Kriegsende einsetzenden intensiven Suche nach Uran festgestellt. Schon der Name, den die Bergleute diesem Gestein gegeben hatten, drückte Geringschätzung; Ablehnung und zugleich eine gewisse Enttäuschung aus...

Ob sich nun der Name „Pech" aus der dunklen, an seinen Brüchen glänzend schwarzen Farbe dieses Gesteins erklärte, oder ob der Begriff „Pech" im Sinne von Unglück und enttäuschter Hoffnung dieses über mehrere Jahrhunderte hinweg

als völlig nutzlos angesehenen Erzes zum Namensgeber dieses darüber hinaus auch noch äußerst harten und schwer aus dem Berg zu brechenden Materials wurde, man weiß es nicht so genau, denn beide Erklärungen scheinen uns bis heute schlüssig.

Als Blende bezeichnet der Bergmann Gesteine, die durch ihr Aussehen und ihr hohes Gewicht zunächst den Eindruck hervorriefen, erzhaltig zu sein. Bei ihrer Arbeit unter Tage stießen Bergleute nicht selten auf solche scheinbar erzhöffige Materialien, die sich dann nach näherer Betrachtung und Untersuchung als nicht, oder aber, wie sich am Beispiel der Pechblende zeigen sollte, als noch nicht brauchbar und verwendbar erweisen sollten.

Härte und Widerstandsfähigkeit der Pechblende machen es dem Häuer auch mit heutiger, moderner Technik schwer, sie aus dem Berg zu brechen und bei der Weiterverarbeitung und Aufbereitung von anderen Erzen und tauben Gesteinen zu trennen.

Seit dem nun schon einige Jahrhunderte zurückliegenden Beginn des Bergbaus im sächsischen und böhmischen Erzgebirge wusste man mit der in den in den Schächten der Reviere von Schneeberg, Schlema, Joachimsthal und Johanngeorgenstadt recht häufig anstehenden Pechblende nichts Rechtes anzufangen, man baute sie aus diesem Grunde auch nur dann ab, wenn sie den Zugriff auf andere, erwünschte Mineralien oder Erze versperrte und wenn man sie nicht zum Verfüllen ausgeerzter Förderorte verwenden konnte; dann brachte man sie mühselig über Tage und warf sie achtlos auf Halde.

Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts kamen findige böhmische Glasmacher auf die Idee, fein gemahlene Pechblende der Glasschmelze zu zusetzen – das so gewonnene Glas erhielt eine hübsche, zart lichtgrüne Farbe und wurde während dieser Jahre zu einem recht begehrten Verkaufschlager…

Allerdings, das so behandelte Glas wurde durch dieses Verfahren, je nach Menge der zugesetzten Pechblende, auf jeden Fall radioaktiv… mehr oder auch weniger. Aber davon wusste damals noch niemand, die Radioaktivität als physikalisches

Phänomen wurde erst einige Jahre später durch Becquerel entdeckt und es musste selbst danach noch einiges an Zeit vergehen, bis man sich deren extremen Gefährlichkeit für den Menschen und überhaupt für alles Lebendige bewusst wurde...

In einer kleinen Informationsschau über die Historie des erzgebirgischen Bergbaus, in Freiberg gar nicht weit vom Dom entfernt, werden in heutiger Zeit einige Exponate wie Bücher, Werkzeuge, Gesteinsproben und auch noch allerlei andere Erinnerungsstücke zum Thema des nun schon jahrhundertealten sächsischen Bergbaus präsentiert.

Unter vielen anderen interessanten, seltenen und mitunter recht merkwürdigen Dingen auch ein recht hübsch anzusehendes, etwas altmodisch wirkendes Likörservice, bestehend aus sechs Gläsern und einer kleinen Karaffe von leuchtend grünem Glas...

Nähert man sich diesen Trinkgefäßen, die bestimmt einmal für Jahrzehnte einen Ehrenplatz irgendwo in einem gläsernen Wohnzimmerschrank innehatten und nur an hohen Feiertagen auch einmal benutzt wurden, mit dem dort vorhandenen Geiger-Müllerzähler, so konnte man schnell feststellen, dass von dem so schön anzusehenden grünen Geschirr eine durchaus messbare Radioaktivität ausging ...

Und wie bereits angedeutet: Dieses kleine Service und auch noch viele andere solche Geschirre haben, über eine wer weiß wie lange Zeit, vielleicht in den Vitrinen eines gutbürgerlichen Wohnzimmers still und unmerklich für ihre Inhaber vor sich hin gestrahlt. Bleibt für die einstigen stolzen Besitzer nur zu hoffen, dass wenigstens die Scheiben der Vitrine aus Bleiglas waren...

In der heutigen Zeit, mit dem Wissen um den erst vor wenigen Jahrzehnten erkannten Wert und zugleich auch die Gefährlichkeit des Urans erstaunt es ein wenig, dass bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert, im Jahr 1789, in der Pechblende ein neues chemisches Element entdeckt wurde. Der Chemiker Martin Heinrich Klaproth nannte es als Referenz an den im

Jahr 1781 entdeckten Planeten Uranus zunächst Uranit und erst im Jahre1790 einigte man sich in den Kreisen der Wissenschaftler auf die Bezeichnung Uranium. Das Ausgangsmaterial für Klaproths Untersuchungen stammte übrigens aus einer erzgebirgischen Mine, aus Johanngeorgenstadt...

Uran kommt in der Natur nicht gediegen, das heißt als Metall vor, sondern in Gestalt verschiedener Oxide und anderer Verbindungen, bei der Pechblende des Erzgebirges handelt es sich UO 2. Bis heute hat man mehr als 200 uranhaltige Gesteine und Mineralien festgestellt.

Das Element Uran kommt in der Erdkruste nicht häufig vor, es ist mit ganzen 2,3 ppm am Aufbau der äußeren Erdrinde beteiligt. Wichtigstes Uranerz ist die Pechblende, außerdem kommt Uran noch in den Mineralen Zeunerit, Autunit sowie einer ganzen Reihe weiterer Gesteine vor. Natürliches Uran ist ein Gemisch der Isotope U 234, U 235 und U 238, das letztgenannte Isotop stellt den bei weitem überwiegenden Anteil (99,3%).

Die weltweit größten und wichtigsten Lagerstätten befinden sich neben dem sächsischen Erzgebirge und dem östlichen Thüringer Wald in Kanada, im US-Staat Colorado, im hohen Norden Russlands und in seinen zentralasiatischen Gebieten, in der Ukraine und im Fernen Osten bei Wladiwostok, der Republik Zaire in Afrika, in Südafrika, China und Australien.

Nicht alle Abbaugebiete auf unserer Erde sind auch bekannt da Uran als ein strategischer Rohstoff gilt, hüllen sich nicht wenige Förderländer über die in ihrem Territorium lagernden Vorräte in Schweigen...

Auch der so phantasievolle Begriff „Pechblende" – er war nur im deutschen Sprachraum gebräuchlich –, der noch aus der reichen und bildhaften Sprache der alten Bergleute des Erzgebirges stammte, wurde nach und nach durch den wissenschaftlichen Namen verdrängt – in der Fachterminologie spricht man heute nur noch von Uranerz.

Erst mit der bereits erwähnten Verwendung von Uranerz zum Färben von Glas bekam die über so lange Zeit hinweg vollkom-

men geschmähte, weil unverwendbare Pechblende eine gewisse, allerdings nur untergeordnete wirtschaftliche Bedeutung und es entstanden Gewerke für die Produktion dieser Farbengrundstoffe.

In den Joachimsthaler Minen, doch auch in Sachsen, in alten, längst stillgelegten Silberschächten im Raum Schneeberg und Johanngeorgenstadt, kam es ab etwa der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Grund entstehender Nachfrage des Glasmachergewerbes nach diesem Glasfärbemittel zu einer gezielten, wenn auch schwachen und vereinzelten Förderung von Uranerz. Für mehrere Jahrzehnte lang beschränkte sich jedoch eine industrielle Anwendung einzig und allein auf die Gewinnung dieses Farbstoffes.

Die daraufhin geförderten Mengen an Pechblende hielten sich demzufolge in recht engen Grenzen und erreichten niemals auch nur annähernd den Umfang und die Bedeutung anderer im Erzgebirge abgebauter Erze und Mineralien.

Der hauptsächliche Grund für die nur schwache Förderung von Uranerzen dürfte im nur geringen Bedarf der Glas- und Keramikindustrie bestanden haben, zum Färben von Glasschmelze und Steinzeug waren nur kleine Mengen fein zermahlener Pechblende erforderlich. Dies sollte sich jedoch bald ändern.

Mit den Arbeiten Becquerels und des polnisch-französischen Physikerehepaares Curie kam es zur Entdeckung der Radioaktivität, wobei Letzteren neben einer Reihe weiterer bahnbrechender wissenschaftlicher Leistungen der Verdienst zukommt, den Begriff der Radioaktivität in die Terminologie der Physik eingeführt zu haben.

Gemeinsam mit ihrem Gatten Pierre Curie beschrieb Marie Curie die vom Uranerz ausgehende Strahlung und im Jahre 1898 identifizierte das Forscherehepaar in der erzgebirgischen Pechblende ein bis dahin unbekanntes chemisches Element – das darin nur in Spuren vorhandene Radium, welches allerdings eine um mehrere Zehnerpotenzen höhere Radioaktivität als das Uran aufwies.

Die Eheleute Curie und Henry Becquerel erhielten für ihre Arbeiten bei der Entdeckung der Radioaktivität im Jahre 1903 den Nobelpreis für Physik.

Zu Ehren Henry Becquerels, dem das Verdienst zukommt, die Radioaktivität als erster entdeckt zu haben, wurde die Zahl der pro Sekunde zerfallenden Atome als einer Maßeinheit von Radioaktivität mit seinem Namen belegt.

Die erfolgreichen Forschungen zur Radioaktivität erregten ein ungeahntes Aufsehen und breite Aufmerksamkeit. Nicht nur bei ihren Fachkollegen, den Physikern, stieg weltweit das Interesse. Auch die medizinischen Wissenschaften begannen sich mit dem Phänomen radioaktiver Strahlung zu beschäftigen.

Die so spektakuläre Neuentdeckung zog auch eine illustere Reihe von Pseudowissenschaftlern und schlichten Scharlatanen in ihren Bann, die nichts anderes im Sinn hatten, als mit dem für so viele noch ebenso rätselhaften wie interessanten Phänomen der gerade erst entdeckten Radioaktivität den nun neugierig gewordenen Menschen möglichst viel Geld aus der Tasche zu ziehen...

Erst nach und nach wurde man sich der tödlichen Gefährlichkeit dieser nun entdeckten Strahlung bewusst, und einer der ersten Menschen, welcher der heimtückischen Strahlenkrankheit zum Opfer fallen sollte, war Pierre Curie selbst, einer der Entdecker der Radioaktivität.

Im Verlaufe des Prozesses der medizinischen Nutzung und Anwendung von Radioaktivität spielte auch die Entdeckung natürlicher Strahlung in den Quellen verschiedener Kurbäder, deren Heilwirkung bei einer Reihe von Erkrankungen schon seit langer Zeit bekannt war, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Radioaktive Quellen gibt es im sächsischen und böhmischen Erzgebirge sowie auch in den Bergen des Thüringer Waldes bereits seit langer Zeit, sie haben noch in unserer Zeit einen guten Ruf in medizinischen Kreisen und sie sind gar nicht so selten. Ihre Nutzung reicht weit in die Geschichte des Bergbaus in den sächsisch-böhmischen und thüringischen Gebirgen zurück.

Bereits im 17. Jahrhundert wurde eine radioaktive Mineralquelle in der Nähe Ronneburgs entdeckt, mit deren Wasser an Gicht und Rheuma Erkrankte Linderung für ihre Leiden finden konnten und die sich im Laufe der Jahre dann zu beliebten und stark besuchten Badeorten entwickelten. Auch in Joachimsthal nutzten die Silberbergleute schon in den frühen Jahren der Erzfunde das Wasser einzelner örtlicher Quellen, um ihren vom Rheuma malträtierten, schmerzenden Gliedern Linderung zu verschaffen. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts ließ sich sogar der habsburgische Kaiser Quellwasser von dort bis nach Wien an seinen Hof schaffen, um seinen rheumatischen Beschwerden abzuhelfen.

Mit der Entdeckung des Radiums kam es kurz nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einer erneuten und recht schwungvollen Entwicklung des Kur- und Heilbetriebes in einer ganzen Reihe von Orten des sächsischen und böhmischen Erzgebirges. Den dortigen Brunnen und Quellen wurden regelrechte Wunderleistungen nachgesagt. Die „Neue Quelle" im vogtländischen Brambach erwies sich mit mehr als 30.000 Bq/l als die bis dahin weltweit stärkste „Radiumquelle" und wurde binnen weniger Jahre zur Grundlage eines florierenden und höchst einträglichen Kurbetriebes in diesem Ort.

In, wie sich später herausstellte, völliger Verkennung möglicher Beeinträchtigungen der Gesundheit durch die Nutzung dieser Quellen trug die kleine Stadt von 1922 bis hinein in die sechziger Jahre sogar den offiziellen Titel „Radiumbad Brambach" und warb allerorten damit, stärkstes Radiumbad der Welt zu sein…

Auch in Schneeberg-Oberschlema stieß man im zweiten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende auf einige Quellen radioaktiven Wassers und setzte ungeachtet des inzwischen ausgebrochenen I. Weltkrieges alles daran, auch Schlema zu einem lukrativen Kurort zu entwickeln. Nur ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches, im Mai 1918, kam es zur Aufnahme des Kurbetriebes in Schlema.

Schon im Jahr 1908 erging vom sächsischen Finanzministerium ein Auftrag an den Leiter des hüttentechnischen Instituts der Freiberger Bergakademie, Prof. C. Schiffner, Zusammenhänge zwischen Lagerstätten von Uranerz und Bodenwässern zu ermitteln und zu untersuchen. Diese Arbeiten zogen sich über mehrere Jahre hin und ihre Ergebnisse sind mit Sicherheit in die Unterlagen und Archive der sächsischen Bergakademie sowie auch der sächsischen Bergbehörden eingegangen, wo sie zur Grundlage sowohl weiterer Forschungen auf medizinischem Gebiet als auch zu späteren Anhaltspunkten für noch weiter reichende, allerdings völlig anders gearteten Nachforschungen werden konnten...

Vor allen Dingen in der Zeit kurz nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands... Doch nicht genug damit. Eine breite und vielfältige Anzahl weiterer, auf der Radioaktivität von Pechblende, Uran und Radium basierender Gewerbezweige entstand.

Nicht wenige Hersteller verlegten sich in geschäftstüchtiger Hoffnung auf Herstellung und Vertrieb eines weiten Spektrums von radioaktiven Präparaten und Produkten.

Und beileibe nicht alle von ihnen wahrten dabei die entsprechende und durchaus gebotene Seriosität; der so geheimnisvolle und überaus werbeträchtige Begriff „Radium“ musste für eine lange Reihe mitunter recht zweifelhafter Erzeugnisse herhalten...

Eine wahre Schwemme radiumhaltiger Kosmetika, ja sogar von Nahrungsmitteln setzte nun ein, nicht wenige von ihnen wurden sogar weltweit exportiert... Bier, Schokolade, Backwaren, Mineralwasser. Die Aufzählung ließe sich durchaus noch fortsetzen – alles das sollte nun, tatsächlich oder auch nur angeblich mit Spuren von Radium versetzt, der Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit dienen!

Der Slogan eines amerikanischen Herstellers von radiumhaltiger Hautcreme, die Kundschaft würde sich mit der Benutzung ihres Produktes die Energie der Sonne unmittelbar auf ihre Haut holen, entbehrte dabei durchaus nicht eines gewissen ma-

kaberen Wahrheitsgehaltes…, natürlich aus heutigem Wissen heraus betrachtet.

Zu ungewollt zweifelhaften Ruhm gelangte in dieser Zeit ein amerikanisches „Heilmittel“ der besonderen Art. Es wurde unter der Bezeichnung „Radiathor“ gehandelt und sollte zur Gesunderhaltung dem Trinkwasser beigemengt werden. Es enthielt Anteile von Radium und Thorium und der regelmäßige Genuss dieses Elaborates kostete im Jahre 1932 einem bekannten amerikanischen Golfchampion das Leben; er verstarb, nachdem er über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren hinweg circa 1400 Dosen dieses Zeugs eingenommen hatte, qualvoll an einer Radiumvergiftung…

Mit unserem heutigen, aus einer Vielzahl böser Erfahrungen herrührenden Wissen sind wir geneigt, über die noch vor wenigen Jahrzehnten scheinbar so kindliche Naivität und völlige Unbedenklichkeit unserer Väter und Großväter beim Umgang mit diesen Stoffen zu lächeln und unseren Kopf zu schütteln.

Doch man muss den Menschen jener Jahre auf jeden Fall zugute halten, dass man sich damals in keiner Weise der heimtückischen Gefährlichkeit von Radioaktivität bewusst war…

Über schädigende Wirkungen war noch nichts bekannt geworden und das zumindest im Erzgebirge bekannte Erscheinungsbild der Schneeberger Krankheit wurde von noch Niemanden in diesen Zusammenhang einbezogen.

Selbst Wissenschaftler der damaligen Zeit, die sich mit der Erforschung radioaktiver Elemente und Mineralien befassten, erlegten sich keinerlei Zwänge und Rücksichten beim mitunter täglichen Umgang mit diesem überaus gefährlichen Teufelszeug auf.

Kein Geringerer als Otto Hahn zum Beispiel hantierte im Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut gemeinsam mit Lise Meitner und Fritz Strassmann über Jahre hinweg mit einer ganzen Reihe radioaktiver Materialien und bewahrte seine Laborproben im hölzernen Schubfach seines Arbeitstisches auf… Dessen ungeachtet erreichte er ein Lebensalter von mehr als 80 Jahren und hat nie über gesundheitliche Beeinträchtigungen infolge seines

jahrelangen Umganges mit radioaktiven Stoffen geklagt. Doch nicht wenigen seiner Fachkollegen blieb ein solches Glück versagt.

Schutz vor radioaktiven Strahlen war eine Sache, die in der Frühzeit der Nuklearforschung einfach noch keine Rolle spielte, und es bedurfte erst einiger böser Ereignisse und tödlicher Erkrankungen, bis er sich durchzusetzen begann. Auch die bitteren und traurigen Erfahrungen mit der Schneeberger Krankheit wurden noch immer nicht oder nur teilweise im Zusammenhang mit den so geheimnisvollen, von Uran, Radium und Radon ausgehenden Strahlen gesehen.

So kam es unter mit Radium und Uran arbeitenden Wissenschaftlern, Laborangestellten sowie Technikern und Arbeitern in der Radiumindustrie immer wieder zu rätselhaften, bis dahin unbekannten Krankheiten und sogar zu Todesfällen, über deren Ursachen sich wiederum die internationale medizinische Fachwelt den Kopf zerbrach und die in der Folge dann in allerlei Fachpublikationen heftig diskutiert wurden, auch in internationalen Veröffentlichungen, so dass es in der medizinischen und physikalischen Fachwelt wiederum zu einer weiten Verbreitung von Kenntnissen über Ursachen und Quellen dieser Erkrankungen kam.

Ein sicherer Umgang mit diesem Teufelszeug musste erst noch erlernt werden.

Hinzuzufügen wäre noch, dass sich mit der Entwicklung von selbst leuchtenden Farben ein zusätzliches und auch noch wichtigeres Anwendungsgebiet von Radiumpräparaten auftat, welches von der Uhren- und Messgeräteindustrie schnell und mit großem Interesse angenommen wurde. Selbstleuchtende Zifferblätter von Uhren und Messinstrumenten fanden nun eine breite Anwendung.

Die scheinbare Abschweifung vom eigentlichen Thema dieses Buches auf den vorangegangenen Seiten und auch in einigen der übrigen Kapitel erklärt sich daraus, dass ich bei den umfangreichen Recherchen, die der Vorbereitung dieses Buches

dienten, und beim Studium der damit zusammenhängenden Unterlagen sowie einer langen Reihe von Fakten und Begebenheiten, die auf einen ersten Blick gar nicht das Thema dieses Buches zu berühren scheinen, zu der Überzeugung gelangt bin, dass sich spätestens im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts das Wissen über einen zu vermutenden Reichtum des sächsischen und böhmischen Erzgebirges sowie auch von Teilen der thüringischen Berge an radioaktiven Mineralien abzuzeichnen begann.

Bereits über lange, zum Teil bis weit in die Historie zurückreichende Zeit ist es immer wieder zu Indizien und Anhaltspunkten zum Vorhandensein radioaktiver Gesteine in diesen Territorien gekommen, auch wenn diese erst mit dem Wissen und den Kenntnissen des 20. Jahrhunderts zu deuten und zu erklären waren.

Wenngleich auch die Bedeutung, welche diese Erze einmal erlangen sollten, über viele hundert Jahre hinweg mangels entsprechenden Wissens gar nicht erfasst werden konnte, so wiesen doch die augenscheinlichen, einst rein empirisch erworbenen Kenntnisse von ihren Wirkungen auf das Vorhandensein radioaktiver Gesteinsformationen in den Gründen des westsächsischen Erzgebirges und in Ostthüringen hin.

Und erst als man sich aus zunächst wissenschaftlichen, später militärischen und wirtschaftlichen Erwägungen für diese radioaktiven Erze zu interessieren begann, wurden alle diese einst als seltsam und unerklärlich festgestellten und für lange Zeiten einfach hingenommenen Erscheinungen dann im Nachhinein zu Indizien und Anhaltspunkten für Lagerstätten radioaktiver Materialien...

Man musste alle diese, im Laufe von Jahrhunderten angesammelten Hinweise nur erneut aufnehmen, ordnen und mit dem nun endlich erworbenen Wissen bewerten, um ihre tatsächliche Bedeutung zu verstehen und zu erfassen.

Das Auftreten dieser Hinweise und Indizien beschränkt sich keineswegs nur auf die Erfahrungen und Kenntnisse erzgebirgischer, böhmischer sowie auch thüringischer Bergleute und

Montanfachleute, sie sind auch in den Annalen der medizinischen Wissenschaften, von Kurbädern und nicht zuletzt in den Archiven und Dokumenten der regionalen Bergbaugeschichte niedergelegt.

Die hier niedergeschriebenen Begebenheiten und Ereignisse sollten nur anhand einiger konkreter Beispiele verdeutlichen, dass bereits lange Zeit vor dem Beginn der Uranerzförderung zumindest ein unterschwelliges Bewusstsein von der Existenz radioaktiven Materials in den Felsgründen des sächsischen und böhmischen Erzgebirges vorhanden gewesen sein muss, auch wenn sich während dieser langen Zeit aus noch nicht vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnissen und ökonomischen Gründen kaum jemand für den dann später festgestellten tatsächlichen Umfang, den Wert und die Lokalisierung dieser Lagerstätten interessierte.

Der Anlass, sich intensiv mit Lagerstätten von Uran zu befassen, ergab sich ja erst mit den Ende der dreißiger Jahre erlangten ersten Kenntnissen um die Spaltung von Atomen und er verstärkte sich schnell um ein Vielfaches in der darauf folgenden Zeit des II. Weltkrieges, als innerhalb kürzester Zeit deutlich wurde, welche fürchterlichen und zugleich faszinierenden Möglichkeiten von der äußerlich eigentlich so unscheinbaren Pechblende verkörpert wurden.

Der Rückstand ist aufzuholen – findet Uran!

Wie bereits in vorangegangenen Kapiteln erwähnt, bestand das gravierendste Problem der Sowjetunion auch nach dem Kriegsende in Europa im Nichtbesitz ausreichender und sofort greifbarer Uranvorräte.

Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland hatte man zwar eine recht ansehnliche Menge unterschiedlichster Uranverbindungen, ja sogar beträchtliche Mengen an metallischem Uran erbeutet. Was die Russen nach ihrem Sieg über Hitlerdeutschland an Material in ihren Händen hielten, reichte nun endlich für weiterführendere Experimente und Untersuchungen als bisher, wie der Errichtung eines ersten Versuchsreaktors und dem Beginn der Entwicklung von Verfahren und Anlagen zur Abscheidung und Gewinnung hochreinen, spaltfähigen Materials und damit nicht zuletzt – bombenfähigen Urans.

Für den Beginn einer Grundlagenforschung verfügte man nun über ausreichende Bestände an Material. Zur Erfüllung sich daraus ergebender, noch wesentlich weiter reichender Vorhaben erwiesen sich jedoch diese Vorräte als bei weitem zu gering.

Eines der brennendsten Probleme für Stalins Kernwaffenprogramm bestand also darin, die Erkundung, die Erschließung und schließlich den Abbau von Uranlagerstätten mit allem Nachdruck voranzutreiben.

Lediglich in den mittelasiatischen Unionsrepubliken Usbekistan und Kirgisien waren auf sowjetischem Boden zu dieser Zeit einige unbedeutende Uranerzminen in Betrieb, die zudem auch nur ein sehr wenig gehaltvolles Erz lieferten. Die Kapazität dieser Fundstätten war derart gering, dass, wäre man allein auf deren magere Ausbeute angewiesen, Jahre vergangen wären, um auch nur die für die Inbetriebnahme eines Reaktors notwendige Uranmenge zusammenzubringen.

Aus der langen Erfahrung bei der Entwicklung des Bergbaus und der noch lange nicht abgeschlossenen geologischen Erforschung ihres Riesenlandes heraus waren sich die Russen jedoch durchaus sicher, in den gewaltigen, unerschlossenen Weiten Mittelasiens und Sibiriens irgendwo auch auf noch weitere und reichere Lagerstätten von Uran zu stoßen...

Doch diese Lagerstätten harrten im Jahre 1945 noch ihrer Entdeckung und Erschließung – die Zeit und das Wissen um das nunmehr eingetretene amerikanische Kernwaffenmonopol drängten jedoch unerbittlich.

Und außerdem: Bis zu einer Aufnahme der Förderung und schließlich auch der Produktion von Uranerz würden dann wohl noch einige Jahre intensivster, hoch komplizierter und sehr kostspieliger Vorbereitungsarbeiten erforderlich sein; musste man doch damit rechnen, die gesamte für eine Förderung notwendige technische und zivile Infrastruktur in irgendwelchen, wahrscheinlich sehr weit abgelegenen Gebieten aus dem Boden zu stampfen.

Zum einen hatte man nicht die dafür erforderliche Zeit und zum anderen würden die dann notwendigen, riesigen Mittel an anderer Stelle des Wiederaufbaus der durch den Krieg schwer geschädigten russischen Wirtschaft fehlen. Erst einige Jahre darauf, als das Kernwaffenprogramm der Sowjetunion bereits voll angelaufen war, tauchten in vereinzelten Veröffentlichungen Namen und Bezeichnungen weiterer Förderstätten im Inneren der UdSSR auf, über deren Kapazitäten jedoch keinerlei Angaben gemacht wurden.

Bereits im Sommer 1943 veranlasste die Akademie der Wissenschaften der UdSSR einige Studien über weltweit vorhandene Uran- und Radiumvorräte sowie deren Standorte und die geologischen Gegebenheiten und Begleiterscheinungen ihres Auftretens und begann, sie mit den im eigenen Lande vorzufindenden geologischen Bedingungen zu vergleichen, um anhand dieser Anhaltspunkte zunächst mit der Suche im eigenen Lande zu beginnen.

Darüber hinaus dürfte man sich in diesem Zusammenhang auch für Lagerstätten interessiert haben, welche nicht im Staatsgebiet der UdSSR lagen …

Der Krieg der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland hatte seinen Wendepunkt inzwischen überschritten und der Zeitraum eines Vordringens russischer Truppen bis nach Deutschland hinein war für Politiker und Militärs durchaus einschätzbar… Anhand der Angaben Igor Kurtschatows, welcher zum Leiter des sowjetischen Atomprojektes ernannt war, ist ohne jeden Zweifel davon auszugehen, dass man sich bei diesen Erhebungen auch für die Lagerstätten des westlichen Erzgebirges interessierte – und das heißt wiederum: Deren Existenz war also auch den Russen zu dieser Zeit schon lange bekannt.

Die Auswertung der zusammengetragenen Unterlagen und Angaben machte unmissverständlich deutlich, wie weit man bei der Prospektierung und in der Förderung von Uranmineralien sowie auch in der Gewinnung von Radium hinter der übrigen Welt zurückgeblieben war. Die ersten drei Plätze wurden von den USA, Belgien und Deutschland belegt und das Mutterland Belgien, dessen damals schon beträchtliche Uranförderung im Kongo, seiner afrikanischen Kolonie, stattfand, war seit 1940 von den Deutschen besetzt, die dabei einen riesigen Vorrat nach Europa transportierten und bereits aufgearbeiteten Uranerzes erbeutet hatten.

Doch zeichnete sich bereits im Jahre 1943 ab, dass Belgien im zu erwartenden Verlaufe des Krieges mit größter Sicherheit einmal von amerikanischen und britischen Truppen besetzt würde…

Eine Förderung von Uranerzen sowie geeignete Anlagen für die Gewinnung von größeren Mengen angereicherter Uranverbindungen, mit denen man zunächst erst einmal zu experimentieren in der Lage sein würde, existierten in der Sowjetunion nicht oder befanden sich auf einem alles andere als modernen und leistungsfähigen Niveau.

Die Untersuchung zeitigte damit ein alles in allem höchst ernüchterndes, um nicht zu sagen alarmierendes Resultat, bestand doch der Anlass, sich mit der Entwicklung von Kernwaffen zu befassen, in der tiefen Sorge, den Anschluss an eine sowohl von den feindlichen Deutschen, wie auch den (noch) verbündeten Amerikanern und Engländern verfolgte Waffenentwicklung zu verlieren.

Als sich dann auch noch während des Krieges begonnene Versuche, Uranmaterial und die für einen Umgang damit erforderlichen technischen Ausrüstungen in den USA oder auch in England zu kaufen, als fruchtlos erwiesen, stand man vor der schwierigen und ernüchternden Aufgabe, sich selbst helfen zu müssen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Stalin unterzeichnete Ende 1944 einen zu 30 Punkten gegliederten Plan zur Forcierung der Suche nach Uranlagerstätten, sowohl im eigenen Land als auch in den westlich der Grenzen der Sowjetunion schon eroberten und im weiteren Verlaufe des Krieges noch einzunehmenden Territorien in Mittel- und Südosteuropa.

Wie bereits erwähnt: Mit einiger Sicherheit ist dabei anzunehmen, dass auch die schon lange existierende, wenn auch nur sporadische Uranförderung im Gebiet des sächsisch-böhmische Erzgebirges sowie auch einige im Riesengebirge und ferner im Gebiet von Bulgarien gelegene Uranminen ins Blickfeld der dazu eingeleiteten Ermittlungen und Recherchen geraten sind...

Selbst das im II. Weltkriege neutrale Schweden geriet mit in den Lichtkegel des Interesses der russischen Atomkommission; man hatte festgestellt, dass in dem skandinavischen Land Vorräte von Uransalzen lagerten und es wurde zeitweise darüber nachgedacht, entsprechende Handelsabkommen zum Bezug dieser Mineralien anzubahnen.

Natürlich forcierte man auch die Suche nach Uranlagerstätten innerhalb des eigenen Landes, ungeachtet des damit verbundenen hohen Aufwandes bei ihrer dann folgenden Erschließung und Ausbeutung.

Die Förderquoten der eigenen, mitteasiatischen Minen sollte gesteigert werden und unter Leitung des NKWD erfolgte die Bildung eines Institutes für Spezialmetalle, dem die beschleunigte Entwicklung von Verfahren zur Gewinnung und Herstellung spaltfähigen Urans sowie auch noch anderer, für die Nukleartechnologie erforderlicher Metalle und Legierungen übertragen wurden.

Für die Realisierung dieser Vorhaben wurden Fachleute aus dem gesamten Land zusammengefasst und zum Teil sogar von der Front abgezogen sowie alle nur möglichen Mittel und Voraussetzungen mobilisiert.

Den dann ab 1944 immer schneller vorrückenden russischen Armeen wurden dem NKWD unterstellte und mit weit reichenden Vollmachten ausgestattete Spezialeinheiten zugeteilt, deren Aufgaben in der Ermittlung sowie der Sicherung und Übernahme von Uranerzlagerstätten, bereits angehäuften Uranvorräten und insgesamt jeder Art Nukleartechnologie auch einschließlich aller damit beschäftigten Wissenschaftler und Techniker bestanden.

Noch vor dem Ende des Krieges in Europa kam es zwischen der Sowjetunion und der gerade erst gegründeten Bulgarischen Volksrepublik zu Verhandlungen über Gründung einer sowjetisch-bulgarischen Aktiengesellschaft zu Erkundung, Erschließung und Abbau von Uranerzvorkommen in den Gebirgen des Balkanlandes, welche im Oktober 1945 in der Gründung einer sowjetisch-bulgarischen Bergbaugesellschaft gipfelten.

Bereits lange bevor sich Stalins Truppen den damaligen Kerngebieten Deutschlands auch nur angenähert hatten, in der Mitte des Jahres 1944, wurde Kurtschatow, der Leiter des russischen Kernwaffenprojektes, anhand von durch den Auslandsgeheimdienst beschafften Angaben um eine Beurteilung über den Stand kerntechnischer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den USA und England ersucht. Ferner wurde er über den ebenfalls vom Geheimdienst ermittelten Stand dieser

Arbeiten in Deutschland informiert und um seine Meinung zur nun vorliegenden Sachlage gebeten.

Kurtschatow verlangte für die von ihm geforderte Beurteilung zusätzliche und weiterreichende Informationen vor allen Dingen über das bisher in Deutschland Erreichte, da man ja mit Hitlers Reich noch immer im Kriege war und deshalb seitens der Sowjetunion erhebliche Befürchtungen bestanden, dass sich die Nazis noch vor ihrer endgültigen Zerschlagung nuklear bewaffnen könnten.

Um all die in den vorangegangenen Sätzen erwähnten Fakten noch einmal zu unterstreichen: In diesem Zusammenhang regte Kurtschatow als erstes die Ermittlung von Uranförderquoten der Joachimsthaler Minen während der Jahre ab 1942 bis Mitte 1944 an und erbat ferner Angaben und Informationen über noch weitere im Gebiet des sächsischen und böhmischen Erzgebirges vorhandene Uranlagerstätten.

Man wusste in der Sowjetunion also bereits eine gute Zeit vor der Besetzung deutscher Gebiete durch russische Truppen von den Uranlagerstätten des sächsischen und böhmischen Erzgebirges...

Man kann davon ausgehen, dass der höchst effektive und leistungsfähige Geheimdienst der Sowjetunion diese Angaben schnell sowie auch in der erforderlichen Präzision zusammen getragen und an seine Auftraggeber übermittelt hat. Dabei wurden auch Ermittlungen über alle nur erreichbaren Einrichtungen, Betriebe, Bergbauunternehmen und wohl nicht zuletzt auch über an diesen Arbeiten beteiligte Wissenschaftler und Techniker angestellt.

Da während der letzten Kriegsphase in Deutschland in nahezu allen Wirtschaftszweigen und demzufolge auch in Bergbau- und Industrieunternehmen des sächsischen Erzgebirges Fremdarbeiter und Kriegsgefangene aus der Sowjetunion arbeiten mussten, ist mit einiger Bestimmtheit anzunehmen, dass auch von dort Informationen und Hinweise, vor allen Dingen über vermutete und vorhandene Lagerstätten von Uranerz, in die Hände von Stalins Geheimdiensten gelangten.

Wobei um ein weiters Mal anzumerken ist, dass sich der Inhalt von daraufhin eingegangenen Meldungen aus dem sächsischen und böhmischen Erzgebirge mit zum Teil bis weit in die Geschichte zurück reichenden Informationen und Indizien wie zum Beispiel über die rätselhafte und heimtückische „Schneeberger Krankheit“ sowie auch über das Vorhandensein und die Lage radioaktiver Quellen in einigen Teilen dieser Landstriche in kaum zu übersehender Weise deckten... Ferner kann man davon ausgehen, dass sich die Aufmerksamkeit während dieser Recherchen auch auf die seit schon Jahrhunderten geführten Archive, Dokumentationen und Sammlungen der Freiberger Bergakademie richtete. Außerdem dürften auch Arbeiten, Veröffentlichungen und Unterlagen einstiger russischer Absolventen der Freiberger Bergakademie für diese Untersuchungen herangezogen worden sein.

Bei rein theoretischer Betrachtung der Sachlage waren die Russen damit bereits lange vor der Übernahme des sächsischen Erzgebirges durch russische Streitkräfte in der Lage, sich ein in seinen Grundzügen recht aussagefähiges Bild von all den dort im Schosse der Berge ruhenden Dingen zusammenzusetzen. Zumindest dürfte bei der Überprüfung dieser Unterlagen schnell klar geworden sein, dass nicht nur in Joachimsthal, sondern auch in den Schneeberger, Schlemaer, Annaberger, Marienberger und Schwarzenberger Revieren Uran lagerte.

Dabei ist natürlich davon auszugehen, dass in Auswertung der damals angestellten Recherchen noch nicht auf die sich erst später zeigende Größenordnung dieser Lagerstätten zurückzuschließen war. Doch angesichts des damals so empfindlichen Mangels an Uran in russischen Händen war man mit einiger Wahrscheinlichkeit auch an geringen und wenig ergiebigen Quellen interessiert.

Und im Hinblick auf das mit eifersüchtiger Geheimhaltung vorangetriebene Atomprojekt der Amerikaner sahen die Russen nun ebenfalls nicht den kleinsten Anlass, sich in irgendeiner Weise zu ihren aus komplizierten Nachforschungen und schwierigen Er-

mittlungen in noch von ihren Feinden besetzten Gebieten gewonnenen Erkenntnissen und Schlussfolgerungen zu äußern – im Gegenteil: Sie taten und unterließen mit Gewissheit alles nur denkbare, um ihre britischen und amerikanischen Verbündeten gar nicht erst auf die Idee kommen zu lassen, nähere Untersuchungen über die Uranvorkommen in den von ihnen während der letzten Kriegsphase zu besetzenden Teilen Deutschlands und dabei natürlich auch des Erzgebirges aufzunehmen.

Und da auch während der letzten beiden Kriegsjahre von deutscher Seite nichts unternommen wurde, um die im sächsischen und böhmischen Erzgebirge ruhenden Uranlager auszubeuten, hielt sich das Interesse der westlichen Alliierten an diesen Gebieten in nur engen Grenzen. Wesentlich größere Aufmerksamkeit jedoch erfuhren alle übrigen wie auch immer gearteten Aktivitäten Hitlerdeutschlands zur Entwicklung und Konstruktion von Kernwaffen; sie wurden nicht nur von den Amerikanern und Engländern genauestens beobachtet.

Im Übrigen begann sich im Laufe der bereits lange vor Kriegsende zwischen den drei Alliierten stattfindenden Absprachen und Verhandlungen im Jahre 1944 abzuzeichnen, dass die Erzgebirgsregion sowie auch das thüringische Mittelgebirge nach dem Kriegsende zum sowjetischen Einflussgebiet gehören sollten...

Auch war all dessen ungeachtet noch bis in die letzte Kriegsphase hinein keineswegs klar, von wessen Truppen die Teile Deutschlands, in denen (von den Russen) Uranerze vermutet wurden, einmal als erste erreicht wurden.

Auch deutsche Widerstandskämpfer aus der Gegend von Aue, Schwarzenberg und Schneeberg waren offenbar gemeinsam mit russischen Fremdarbeitern und dort internierten Kriegsgefangenen an diesen Aktionen beteiligt und sorgten mit ihrer Kenntnis von vielen Details der jahrhunderte langen Bergbaugeschichte nicht nur der Schneeberger und Schwarzenberger Bergbaureviere für mancherlei wertvolle und hochwillkommene Informationen ...

In einigen zur Geschichte der WISMUT im sächsischen Erzgebirge erschienenen Veröffentlichungen sind mehrere solcher Fälle ausdrücklich erwähnt worden.

Und auch unter nun schon älteren Bergleuten und Einwohnern des westlichen Erzgebirges, die dann zu Augenzeugen und Beteiligten der in dieser Gegend bereits kurz nach Kriegsende einsetzenden Entwicklung wurden, ist bis heute die Meinung, dass „die Russen schon von Anfang an genau wussten, was hier zu holen war“ sehr weit verbreitet …

In welchem Maße der deutsche Widerstand gegen das Hitlerregime in Zusammenarbeit mit dem russischen Geheimdienst an der Ermittlung von Uranlagerstätten im sächsischen Erzgebirge beteiligt war und welchen Stellenwert die dabei gewonnenen Erkenntnisse bei deren späterer Erschließung und Ausbeutung erlangten, ist nach dem Ende des Krieges und in den dann folgenden Jahrzehnten zu weiten Teilen unbekannt geblieben und von der Geheimhaltung um die sich schnell entwickelnde Uranerzförderung im westlichen Erzgebirge und danach auch im östlichen Thüringer Wald bis heute im Dunkeln gehalten worden.

Sicherlich wäre es eine dankbare Aufgabe, diesem so überaus interessanten Teil der Historie des Uranbergbaues in der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR einmal bis in die auch heute noch nicht bekannten Einzelheiten seiner Vorgeschichte sowie auch denen seiner frühen Jahre nachzugehen. Es ist dabei auch noch alle Eile geboten, denn diejenigen Leute, welche sich noch der ersten Vorbereitungs- und Anfangszeiten der Uranförderung im sächsischen Erzgebirge persönlich erinnern können, sind nun schon hochbetagt und viele von ihnen sind bereits nicht mehr.

Alle diese Dinge sind, ob man das nun wahrhaben will oder nicht, Bestandteil nicht nur der jüngeren Geschichte Sachsens und Thüringens, sondern hatten durch die von und mit ihnen ausgelösten Wirkungen letztlich auch einen erheblichen Einfluss auf den Verlauf der Weltpolitik während der dem II. Weltkrieg folgenden Jahrzehnte.

Dass nicht nur diese Ermittlungen trotz des Krieges zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland mit so erstaunlicher Schnelligkeit vorangetrieben wurden, zeigt sich nicht zuletzt anhand der so verblüffend genauen Kenntnisse des russischen Geheimdienstes über einen der ersten Kernwaffenversuche der Nazis zu Anfang März 1945 auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe Ohrdrufs in Thüringen, dessen Dokumentationen mitsamt einer Konstruktionsbeschreibung des dabei getesteten Sprengsatzes bereits vier Wochen später und dabei auch noch über die Fronten des Krieges hinweg in die Hände von Professor Kurtschatow.

In Auswertung und Einschätzung dieser Unterlagen stellte Kurtschatow fest, dass es sich bei diesem Sprengsatz zwar um eine Kernladung gehandelt haben müsse, keinesfalls aber um eine Bombe von derart vernichtender Gewalt wie sie bei der eintretenden Kettenreaktion zweier unterkritischer reiner Uran-235 Mengen auftreten würde – dazu sei die in den beigefügten Unterlagen beschriebene Vernichtungswirkung bei weitem zu gering gewesen.

Man wusste also seitens der Russen bereits damals, noch Monate vor dem ersten amerikanischen Kernwaffentest – dem, wie bis heute behauptet wird, Allerersten, der auf der Welt stattfand – erstaunlich genau und exakt über die zu erwartenden Wirkungen einer solchen Explosion Bescheid, was einerseits höchst interessante Einblicke in den bereits damals erreichten Stand ihrer eigenen Arbeit zur Entwicklung der Bombe zulässt, andererseits aber auch ebenso interessante Rückschlüsse über das sich inzwischen durch den russischen Geheimdienst verschaffte Wissen über Dimensionen und Wirkungsweise des amerikanischen Manhattan-Projektes.

Darüber hinaus dürfte diese Einschätzung, soviel ist sicher, im Frühjahr 1945 für einige führende sowjetische Politiker und Militärs Anlass zu einem sehr erleichterten Aufatmen gewesen sein, denn der Krieg mit Hitlerdeutschland war zu dieser Zeit noch nicht beendet und die Gefahr eines Kernwaffeneinsatzes von deutscher Seite noch immer latent.

Allerdings ist nichts darüber bekannt geworden, dass die Russen ihre im Zusammenhang mit dem Waffentest von Ohrdruf erlangten Erkenntnisse mit den (noch immer) verbündeten Amerikanern und Engländern geteilt haben, auch nicht andeutungsweise.

Denn es finden sich in amerikanischen und englischen Veröffentlichungen über die letzten Wochen und Monate des Krieges gegen Hitlerdeutschland erstaunlicherweise kaum Hinweise auf den tatsächlich erreichten und durchaus beängstigenden Stand der deutschen Kernwaffenentwicklung, der, wie sich mit der oben genannten Testexplosion zeigen sollte, gegen Ende des Krieges bereits bis zu ersten Waffenversuchen fortgeschritten war.

Noch im ausgehenden Winter des Jahres 1945 waren die westlichen Alliierten zu der, wie auch in aller Öffentlichkeit erklärt wurde, beruhigenden Erkenntnis gekommen, die deutsche Nuklearentwicklung sei, allen bisherigen Befürchtungen der Kriegsgegner Hitlerdeutschlands zum Trotz, soweit hinter den amerikanischen Aktivitäten zurückgeblieben, dass im Verlaufe des Krieges in Europa nun nicht mehr mit einem Kernwaffeneinsatz seitens deutscher Streitkräfte zu rechnen wäre.

Das Ergebnis dieser Recherchen wurde auch den verbündeten Russen mitgeteilt ...

Wobei sich die Frage stellt: Wussten Amerikaner und Engländer tatsächlich nichts von allen diesen Dingen oder wollte man die Russen nur beruhigen, sie ablenken und gleichzeitig verhindern, dass sie sich allzu intensiv für die zu diesem Zeitpunkt bereits erreichten Ergebnisse und nicht zuletzt auch für die geistigen Väter der Kernwaffenentwicklung Hitlerdeutschlands interessierten.

Das Gerangel der großen Drei um die Resultate und nicht zuletzt um die Köpfe der deutschen Nuklearforschung schwoll bereits vor dem Ende der Kämpfe mit Hitlerdeutschland zu ungeahnten Dimensionen an...

Bereits vor ihrem Eindringen in die Kerngebiete Hitlerdeutschlands ab der Jahreswende 1944/45 stießen die Truppen der

Alliierten immer wieder auf Hinterlassenschaften und Spuren deutscher Waffenentwicklungen, die sich als überaus fortgeschritten und damit als höchst gefährlich erwiesen; es handelte sich dabei nicht allein um die verzweifelten deutschen Bestrebungen, sich noch in der letzten Phase des Krieges atomar zu bewaffnen.

Stalin hatte bereits zu dieser Zeit längst Klarheit darüber, womit sich nicht nur seine Kriegsgegner, sondern auch seine Verbündeten insgeheim beschäftigten und schon geraume Zeit zuvor Vorkehrungen treffen lassen, sich in den Besitz deutscher wie auch westalliierter Hochtechnologie, ihrer theoretischen Unterlagen und nicht zuletzt auch ihrer geistigen Väter zu bringen...

Zudem eroberten Amerikaner als erste Truppen der Alliierten im April 1945, nur wenige Wochen nach dem bewussten Waffentest (möglicherweise sogar noch einem weiteren), den Bereich Thüringens um Ohrdruf.

Und auch noch darüber hinaus scheint es schon etwas verwunderlich, dass die zu dieser Zeit nahezu allgegenwärtigen und so gut wie ungestört über Deutschland operierenden amerikanischen und englischen Luftstreitkräfte von diesem Ereignis, seiner gewiss aufwendigen Vorbereitung sowie auch von den durch diese Tests hinterlassenen und auch aus der Luft zweifelsfrei zu identifizierenden Spuren nichts mitbekommen haben sollten..., oder vielleicht auch wollten.

Haben amerikanische Truppen dort, wo sie bei ihrem Einmarsch übrigens auch ein Nebenlager des Konzentrationslagers Buchenwald befreiten, in welchem unvorstellbare Zustände herrschten, nichts festgestellt, oder wollten sie nichts festgestellt haben...?

Von Augenzeugen dieses Ereignisses, das heißt sowohl von überlebenden Häftlingen des bereits erwähnten und nun endlich befreiten Konzentrationslagers als auch der im Raume Ohrdrufs ansässigen zivilen deutschen Bevölkerung gar nicht erst zu reden.

Alles Schweigen um diese rätselhafte Explosion, sowohl das der Amerikaner wie auch das der ihnen nur wenige Wochen

darauf nachfolgenden Russen erscheint uns aus heutiger Sicht recht merkwürdig.

Es dürfte außer jedem Zweifel stehen, dass sie sich für dieses Geschehen im höchsten Maße interessiert haben, doch bis in die heutige Zeit hinein sind kaum Spuren oder gar Dokumente dieses Interesses vorhanden beziehungsweise zugänglich.

Auch eine zu Zeiten der DDR zu Anfang der sechziger Jahre betriebene Nachforschungskampagne der Stasi in Zusammenarbeit mit zivilen Behörden des Kreises Arnstadt, zu der es auf Grund von nicht nachlassenden Gerüchten über diese Ereignisse unter der Bevölkerung des Raumes Ohrdruf gekommen war, verlief letztlich unter nicht bekannt gewordenen Umständen im Sande und erbrachte kaum irgendwelche signifikante Ergebnisse ...

Das Gleiche gilt übrigens auch für einen bereits im Oktober 1944 im Nordwesten der Insel Rügen, auf der Halbinsel Bug, vorgenommenen Test einer Kernwaffe, auch der schien gar nicht stattgefunden zu haben. Das deutsche Marinewaffenamt arbeitete unabhängig vom Uranverein und dem Heereswaffenamt ebenfalls an der Entwicklung einer Nuklearwaffe. Auch dieser Test fand unter den Augen der dort ansässigen Bevölkerung statt und noch lange nach Kriegsende gab es Augenzeugen, die sich seiner erinnern konnten... Und auch auf Rügen ist es erst Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges, nach dem Zusammenbruch der DDR, zu einer Untersuchung dieses Ereignisses gekommen.

Sowohl die Russen wie auch die westlichen Alliierten versuchten diese Versuche kurzerhand totzuschweigen, und über die Gründe solchen Verhaltens kann man heute, nun schon fast ein Menschenalter darauf, nur noch Vermutungen anstellen... Allerdings ist durchaus anzunehmen, dass sie weder den Russen noch den Amerikanern entgangen sind und ihre Auswertung in der politischen und militärischen Führung der Alliierten einige Sorgen im Bezug auf den weiteren Verlauf des damals noch nicht zu Ende gegangenen Krieges ausgelöst haben dürfte...

Noch Jahrzehnte nach dem Kriege erinnerten sich Thüringer Einwohner des Tests auf dem Truppenübungsplatz von Ohrdruf und gaben ihre Beobachtungen zu Protokoll.

Selbst die gefürchteten Symptome der heimtückischen Strahlenkrankheit sind damals bei einem Teil der dort wohnenden und von den Folgen der Explosion betroffenen Menschen beobachtet worden ...

Über die hier genannten Ereignisse lag für die dem II. Weltkrieg folgenden Jahrzehnte ein dichter Mantel des Schweigens – Angaben darüber wurden weder von den Russen noch von westlichen Alliierten veröffentlicht und über die tatsächlichen, tieferen Gründe dieser noch im Nachhinein geübten Geheimnistuerei kann man heute, nach dem Ende des kalten Krieges, wohl nur noch Spekulationen anstellen.

Und es ist nun, mehr als ein halbes Jahrhundert nach Ende des zweiten Weltkrieges, wohl endlich an der Zeit, die um diese Ereignisse aufgerichteten Wände des Schweigens abzureißen. Immerhin wurden diese Tests in verantwortungslosester Weise inmitten besiedelter Gebiete vorgenommen und es ist sicher, dass dabei auch die nichtsahnende Bevölkerung der umliegenden Territorien unkalkulierbaren Gefährdungen durch nukleare Rest- und Folgeprodukte ausgesetzt war.

Bei der, nun nachträglichen, Beurteilung und Bewertung dieser eindeutig als Kernwaffentests identifizierten Versuche sollte dieser verbrecherische Aspekt nicht unberücksichtigt bleiben: Diese Erprobungen nuklearer Sprengsätze fanden in relativ dicht besiedelten Gegenden Deutschlands statt, das heißt, die Nazis scheuten nicht davor zurück, diesen Tests und allen mit ihnen auftretenden Folgewirkungen nicht nur Häftlinge und Kriegsgefangene des Ohrdrufer Konzentrationslagers, sondern mit der gleichen Skrupellosigkeit auch die in der Umgegend beheimatete eigene Bevölkerung auszusetzen...

Im Bestreben, ihren Untergang auch nur hinauszuzögern, scheuten sie auch nicht vor einer atomaren Gefährdung der eigenen, an den Kämpfen nicht beteiligten Bevölkerung zurück...

Bei erst Jahrzehnte später, nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit, vorgenommenen Ermittlungen und Nachforschungen durch Historiker und Experten für Strahlenschutz stieß man auf dem Ohrdrufer Truppenübungsplatz wie auch auf der Halbinsel Bug im Nordwesten Rügens auf noch immer im Boden vorhandene Hinweise und Indizien zu dort stattgefundenen nuklearen Explosionen.

Die sehr lange nach Kriegsende, erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands vorgenommene Untersuchungen beider Territorien durch Fachleute des Bundesamtes für Strahlenschutz ergaben zweifelsfrei, dass es in den genannten Gegenden zu so genannten „nuklearen Ereignissen" gekommen sei. Mit der Nachbetrachtung dieser nun schon mehrere Jahrzehnte zurückliegenden Begebenheiten stellt sich die Frage nach den Gründen dieses Schweigens der östlichen wie auch der westlichen Alliierten zu all diesen Dingen noch immer...

Um all diese Dinge ranken sich seit dem Kriegsende zahlreiche Legenden, denen einmal bis in letzte Einzelheiten nachzugehen sich ganz gewiss lohnen würde, um dabei endlich Erdichtetes und nachträglich Hinzugefügtes von historischer Wahrheit trennen zu können.

Man sollte das aber bald tun, denn diejenigen welche sich dieser Ereignisse noch persönlich erinnern können, gehören nun schon zum ältesten Teil der dort ansässigen Bevölkerung.

Diejenigen, welche einst die Voraussetzungen für diese gefährlichen Experimente schufen und sie auch auslösten, haben über ihr damaliges Tun auch über das Ende des Krieges hinaus geschwiegen oder sie wurden zum Schweigen gebracht...

Möglicherweise würden dann einige äußerst interessante Details der jüngeren Geschichte nicht nur Deutschlands, sondern auch des sich an den zweiten Weltkrieg anschließenden kalten Krieges unter ganz anderen Blickwinkeln beurteilt werden können.

Stefan Heyms Roman „Schwarzenberg" lässt im Bezug auf in den Tiefen des Erzgebirges lagernde Uranvorkommen zwischen

den Zeilen seines Buches einige mehr oder weniger versteckte Ahnungen anklingen, dass russische Nuklear- und Bergbaufachleute bereits einige Zeit vor dem Kriegsende, ja sogar schon vor dem Beginn des II. Weltkrieges Kenntnis, zumindest aber gewisse Vermutungen von Uranlagerstätten im sächsischen Erzgebirge besaßen – leider jedoch ohne sie in seinem überaus interessanten und lesenswerten Buch auf ihren realen Kern und ihre Ursachen hin rückzuverfolgen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1944, zeichnete sich außerdem bereits ab, dass ganz Sachsen einmal in der von Stalins Truppen zu besetzenden Zone Deutschlands liegen würde.

Wenngleich sich ausgerechnet zur Einhaltung der zwischen den Großen Drei bereits vor ihrem Sieg über Hitlerdeutschland vereinbarten Aufteilung der Besatzungszonen vor allen Dingen zwischen Briten und Amerikanern noch vor dem Ende des Krieges einige Kontroversen abzeichnen sollten.

Vor allen Dingen der britische Premierminister Churchill zeigte sich höchst interessiert an einer Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse in den nun von Stalins Truppen besetzten Staaten Ost-und Südosteuropas und bemühte sich bei der Durchsetzung dieses Vorhabens bereits einige Zeit vor Kriegsende um die Hilfe und Unterstützung seiner amerikanischen Verbündeten – allerdings ergebnislos.

Für die Amerikaner rückte bereits im Frühjahr 1945, noch vor der endgültigen Zerschlagung Hitlerdeutschlands, eine siegreiche und möglichst schnelle Beendigung des Krieges in Ostasien ins Zentrum ihrer Interessen; und ein Sieg der USA gegen Japan schien im Frühjahr 1945 beileibe noch nicht so nahe zu liegen wie die Niederlage Deutschlands.

Eine Invasion des japanischen Kaiserreiches lag im Frühjahr 1945 noch in weiter Ferne, im fernöstlichen Krieg wurde noch immer um die zahlreichen, von Japan eroberten und von dessen Mutterland noch weit entfernten Gebiete der pazifischen Inseln und des asiatischen Festlandes gekämpft.

Im Hinblick auf den von den Vereinigten Staaten gewünschten und von Stalin während der Konferenz von Jalta auch verbindlich zugesagten Eintritt der UdSSR in den Krieg im Fernen Osten zeigten sie sich entschlossen, alle ihre für den Krieg gegen Hitlerdeutschland mit der Sowjetunion getroffenen Vereinbarungen auch gewissenhaft einzuhalten, um diese Zusage nicht zu gefährden.

Doch auch Stalin – von jeher misstrauisch gegenüber seinen Verbündeten – war sich keineswegs sicher, dass die Vereinbarungen mit England und den USA zur Zoneneinteilung nach dem Ende der Kämpfe auch verifiziert würden...

Und aus diesen Erwägungen heraus erklärt sich wohl auch sein Einverständnis damit, die allein von seinen Truppen eroberte deutsche Hauptstadt nach dem Kriegsende mit seinen westlichen Alliierten gemeinsam zu besetzen und zu verwalten.

Auch wusste im Herbst des Jahres1944 noch niemand genau anzugeben, wo sich in Deutschland einmal die Fronten einerseits der Amerikaner und Engländer und andererseits der Truppen Stalins tatsächlich treffen und ihr Vorrücken gegen die Verbände der deutschen Wehrmacht zum Stillstand kommen würde...

Bereits zu Beginn des Jahres 1944 kam es zu Verhandlungen der Großen Drei über Zuschnitt und Ausdehnung der nach der Niederlage Hitlerdeutschlands einzuteilenden Besatzungszonen zunächst auf der Basis der einstigen deutschen Grenzen von 1937, was sich allerdings nicht lange darauf, zumindest was die einstigen und durch Stalin nunmehr neufestgelegten östlichen Grenzen Deutschlands betraf, noch tiefgreifend ändern sollte...

Alle drei der späteren Siegermächte stellten im Verlaufe dieser Absprachen in einer speziell dafür gegründeten Kommission zunächst ihre eigenen Vorstellungen zur Debatte, in deren Zuge die Trennlinien der späteren Einflussgebiete auf dem Boden des besiegten Deutschlands zunächst beraten wurden und die dann, nach dem Ende der Kämpfe im Frühjahr 1945, noch eine Reihe von geringen Korrekturen erfuhren.

In der Anfangsphase dieser Verhandlungen beschäftigte man sich auch noch nicht mit der exakten Einteilung späterer Besatzungszonen, sondern zunächst mit der Festlegung von recht grob gezogenen und von der militärischen Praxis diktierten Demarkationslinien, um versehentliche Kämpfe zwischen verbündeten Truppen auszuschließen.

Während der ersten Phase dieser alliierten Absprachen existierten Vorstellungen zu einer völligen Zerstückelung des einstigen Territoriums Deutschlands in eine Anzahl unabhängiger und deindustrialisierter Kleinstaaten, um zu verhindern, dass es zu erneuter, von Deutschland ausgehender Kriegsgefahr käme. Diese Vorstellungen wurden jedoch noch im Laufe dieser Verhandlungen fallengelassen.

Erst nach Eintritt des Kriegsendes mit Hitlerdeutschland sollte dann Lage und Ausdehnung der von amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen zu übernehmenden Territorien anhand im weiteren Verlauf der Verhandlungen vereinbarter Demarkationslinien präzisiert und endgültig festgelegt werden.

Im Zuge der Potsdamer Konferenz einigten sich die „Großen Drei“ auch noch auf die Einführung eines französischen Besatzungsgebietes sowohl in Berlin als auch in Südwestdeutschland.

Ein zu Beginn des Jahres 1944 vorbereiteter, doch zunächst zurückgehaltener sowjetischer Antrag beanspruchte mit den Gebieten der wichtigen Hafenstädte Kiel und Hamburg sogar den Nord-Ostseekanal, wobei den Russen wahrscheinlich bereits von vorn herein klar gewesen sein dürfte, dass ein solches Ansinnen den heftigsten Widerspruch der Engländer und wohl auch der Amerikaner hervor gerufen hätte und ein derartiges Vorhaben wohl kaum zu realisieren gewesen wäre.

Man versetze sich in die geografische und politische Lage Großbritanniens sowie auch in dessen politische Vorstellungen eines friedenssichernden Kräftegleichgewichtes der Staaten Europas: Der westliche Ausgang der baltischen See in russischen Händen, sozusagen nur einige Schritte vor der Haustür des britischen Mutterlandes!

Ein solcher Vorschlag, soviel war von vorn herein absehbar, würde den heftigsten Widerstand der Engländer provozieren, er war schlechthin nicht durchsetzbar, das dürfte auch den Russen von vorn herein klar gewesen sein. Es sei denn, man geht davon aus, dass er von Anfang an als ein reines Verhandlungsmaterial konzipiert war, wobei im Verlaufe der dann zu erwartenden Diskussionen bewusst als Möglichkeit eines bereits im Vorhinein kalkulierten Kompromisses ins Auge gefasst wurde, statt des Gebietes Schleswig-Holsteins und Hamburgs mitsamt der Elbmündung als Ausgleich dann das gesamte Thüringen sowie die westlichen Teile von Sachsen und noch weitere Territorien zu erhalten.

Denn die westliche Hälfte Sachsens und ganz Thüringen hätten bei einer sowjetischen Besetzung Schleswig-Holsteins interessanterweise nicht innerhalb russischen Einflussgebietes gelegen, doch wäre dabei auch Berlin, die von den Truppen Stalins allein eroberte deutsche Hauptstadt, mit deren Fall dann das Ende des Krieges eintrat und an deren Teilbesitz die westlichen Alliierten ein überaus großes Interesse bekundeten, zum russischen Alleinbesitz geworden...

Ein während dieser Verhandlungen ebenfalls nicht zur Debatte gestellter zweiter, den amerikanischen und englischen Vorstellungen um Vieles mehr entgegen kommender Vorschlag der Russen legte Wismar zum nördlichen Ausgangspunkt der späteren Grenzlinie zwischen Ost und West fest, die dann der Elbe bis zur Einmündung der Saale folgen sollte und dann aber ganz Sachsen dem russischen Gebiet zugeschlagen hätte; doch eine Besetzung Berlins gemeinsam mit britischen und amerikanischen Truppen war auch in diesem Vorschlag noch nicht vorgesehen.

Beide Unterlagen blieben zunächst in der Schublade – Stalin wollte sich erst einen Überblick und ein Gesamtbild von den amerikanischen und britischen Vorstellungen verschaffen, bevor er seine Vorschläge unterbreitete.

Die Schlussfolgerung, dass es sich zumindest bei der erstgenannten dieser Konzeptionen um ein reines Spielmaterial han-

delte, welches zur Disposition stehen sollte, um eventuell auftretende westalliierte Interessen an den um einige hundert Kilometer südlich liegenden Gebieten Sachsens und Thüringens möglichst schon in ihren Ansätzen zu beseitigen, liegt dabei durchaus im Bereich des Denkbaren…

Die westlichen Verbündeten sollten mit einer ihnen scheinbar entgegenkommenden Rücknahme der russischen Forderung nach einem immerhin strategisch und ökonomisch höchst wichtigen und lukrativen Zugang zu Nordsee und Atlantik von einem von den Russen durchaus für möglich gehaltenen Interesse an den Territorien Sachsens und Thüringens abgelenkt werden…

Im gleichen Zuge sollten die Ursachen für das immer stärker anwachsende russische Interesse an den Mittelgebirgsregionen des südlichen Mitteldeutschlands so gut wie nur irgend möglich verborgen werden; zumindest bis zum Abschluss dieser Verhandlungen.

Als sich dann zur nicht geringen Überraschung und Zufriedenheit der Russen zeigte, dass die britischen und amerikanischen Vorstellungen über die Gestaltung der späteren Einflussbereiche den russischen Wünschen nicht nur recht nahe kamen, sondern ihnen bis fast in alle erwünschten Details hinein entsprachen, gab Stalin entgegen allen seinen Gewohnheiten bei bisherigen Verhandlungen mit seinen Verbündeten sogar noch eins drauf, indem er sich zu wiederum deren Überraschung ohne langes Hin und Her mit einer geteilten Besetzung Berlins durch die Truppen der Großen Drei und im Nachhinein schließlich sogar noch der Franzosen endgültig und ohne daran weitere Forderungen zu knüpfen, bereit erklärte.

Berlin, die dann von vier Siegermächten besetzte und verwaltete deutsche Hauptstadt, sollte einen exterritorialen Sonderstatus erhalten und zum Sitz eines alliierten Kontrollrates zur Verwaltung des besetzten Deutschlands werden, welcher sich um die Belange der gesamten alliierten deutschen Besatzungsgebiete zu kümmern hatte.

Tatsächlich teilte man die deutsche Hauptstadt zunächst in drei und noch im Jahre 1945 sogar vier Einflussgebiete auf und vereinbarte verbindliche Regelungen betreffs Zufahrten und Überflugrechte der nunmehr drei westlichen Alliierten über von den Russen besetztes Gebiet nach Berlin.

Die letztlich doch nur symbolische Anwesenheit einiger durchaus überschaubarer Kontingente westlicher Truppen in Berlin schien Stalin seinerzeit nicht von so großer Bedeutung zu sein, da von der Sowjetunion kurz nach Kriegsende ohnehin beabsichtigt war, auf eine vorläufig nicht abzusehende Zeit eine überaus respektable Anzahl russischer Truppen auf dem Gebiet ihrer deutschen Besatzungszone zu stationieren.

Ein politischer und psychologischer Entschluss Stalins von nur geringer Weitsicht, welcher in der dann folgenden Entwicklung nicht mehr in seinem Sinne zu korrigieren war, wie sich während der dann folgenden Jahre und Jahrzehnte sehr deutlich zeigen sollte.

Als Ausgleich für die Bereitschaft zur Teilung Berlins wurde ganz Thüringen der sowjetischen Besatzungszone zugeschlagen. Auch die Gebiete Sachsens, in deren Boden die Sowjets Uranerze zu finden hofften, lagen nunmehr auf Grund dieser Übereinkünfte der Großen Drei beruhigend tief in der russischen Zone.

Wahrscheinlich waren die Russen über die so schnelle Bereitschaft der Amerikaner und Engländer, ihnen die Territorien Sachsens und Thüringens so ohne weiteres zu überlassen, ebenso zufrieden wie auch auf das Höchste erstaunt.

Stalins Diplomaten hatten mehr erreicht, als sie zu Anfang der Absprachen zu hoffen gewagt hatten und es war ihnen im Verlauf der Verhandlungen auch gelungen, die tatsächlichen Gründe des verstärkten Interesses der Sowjetunion am westlichen Erzgebirge so gut zu verschleiern, dass Amerikaner und Briten zunächst nichts von deren eigentlicher Ursache wahrnehmen konnten.

Um so unangenehmer traf diese dann die nur wenig später eintretende Ernüchterung, als sie feststellen mussten, dass man

aus selbst verschuldeter Unkenntnis Stalin die reichsten und größten auf dem europäischen Kontinent zu findenden Uranerzvorräte überlassen hatte.

Nicht zuletzt infolge dieser eklatanten politischen Fehlleistung der Westmächte bekam die Sowjetunion eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Schaffung und Produktion derjenigen Waffen in die Hände, an deren Besitz sie die Vereinigten Staaten und England mit allen verfügbaren Mitteln zu hindern suchten.

Bezeichnenderweise hat man seitens der westlichen Alliierten bis hinein in die heutige Zeit von keiner wie auch immer gearteten Stellungnahme über diesen, aus der Sicht von Amerikanern und Engländern, so außerordentlichen politischen Lapsus erfahren. Man schwieg sich aus durchaus verständlichen Gründen in London und Washington darüber lieber aus – und es bestand dazu wohl auch aller Anlass.

Erstaunlicherweise ist bisher auch keinem Journalisten oder Historiker der westlichen Seite aufgefallen, dass ein einziger Blick in Unterlagen zur Geschichte des Bergbaus in Sachsen sowie auch in eine wirtschaftspolitische Landkarte Deutschlands aus der Zeit des zu Ende gehenden Krieges in Europa die so einfache Feststellung ermöglicht hätte, dass man die Gebiete, in deren Boden der Stoff, aus dem die Bombe zu bauen war, lagerte, Stalin sozusagen auf einem silbernen Tablett serviert hatte.

Mit einer von westlicher Seite in keiner Weise zu erklärenden Kurzsichtigkeit hatte man dafür gesorgt, dass dem amerikanischen Kernwaffenmonopol eine nur äußerst kurze Lebensdauer beschieden sein sollte.

Um so größer und nachhaltiger allerdings erwies sich das nach 1949 angestimmte jammervolle Geschrei, die Russen hätten Amerika das so eifersüchtig gehütete Atomgeheimnis durch infame Spionage gestohlen und seien einzig auf diese Weise in einer derart kurzen Zeit in der Lage gewesen, die Bombe ebenfalls zu entwickeln und zu bauen.

Bei aufmerksamer Betrachtung von all diesem Propagandalärm drängt sich der Verdacht geradezu auf, dass die USA mit

dieser Kampagne vom bereits im Jahre 1945 erfolgten Versagen ihrer damals verantwortlichen Politiker und Militärs bei der dann folgenden, ebenso anstandslosen wie auch gedankenlosen Übergabe von durch eigene Truppen erkämpften sächsischen und thüringischen Uranrevieren an die Russen nur ablenken wollten.

Wären die Folgen dieses aus westlichen Verständnis heraus nur als eklatante Fehlhandlung zu bezeichnenden Rückzuges aus Thüringen und Sachsen der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten und in England mit all ihrer Bedeutung bewusst geworden, so hätte das für die dafür Verantwortlichen gewiss zu einer Reihe von höchst unangenehmen Fragen auch aus den eigenen Reihen geführt, deren Beantwortung man aus nahe liegenden Gründen wohl lieber vermeiden wollte...

Allerdings hatte sich, wie sich nur wenige Jahre darauf zeigen sollte, auch Stalin in seinem Kalkül um Berlin verrechnet, als er im Jahre 1948 annahm, die westlichen Alliierten mit der Landblockade ihrer Sektoren von Berlin zum Aufgeben ihrer Besatzungsrechte an der ehemaligen deutschen Hauptstadt zu veranlassen.

Die Berlinkrise von 1948–49 entwickelte sich politisch und moralisch zu seinen Ungunsten, er musste die Blockade Westberlins, ohne sein Ziel erreicht zu haben, abbrechen. Die drei Westsektoren der deutschen Hauptstadt erwiesen sich in den nun folgenden Jahrzehnten für die Russen zu einem folgenschweren Übel im Verlaufe des Kalten Krieges.

Am 12. September 1944, das Ende des Krieges in Europa lag noch in einiger Ferne, wurde das gemeinsam erarbeitete Protokoll über die Einteilung der Besatzungszonen Deutschlands im gegenseitigen Einvernehmen der Großen Drei zunächst unterzeichnet und wanderte erst einmal in die Schubladen der drei Vertragspartner; bis zum alliierten Sieg über Hitlerdeutschland sollte noch fast ein Dreivierteljahr überaus schwerer und verlustreicher Kämpfe für die Alliierten verstreichen.

Und im September 1944 vermochte noch niemand zu sagen, wann und wo die letzten Schüsse dieses Krieges fallen würden...

Bemerkenswert dabei ist, dass während der sich fast ein Jahr lang hinziehenden Verhandlungen über die Lage und die Ausdehnung der späteren alliierten Besatzungszonen in Deutschland Stalins Interesse an Uran, an der Nuklearforschung und ihrer militärischen Dimension auffallend zunahm – die Berichte und Nachrichten über den rasanten und beängstigenden Fortgang der deutschen und nicht zuletzt auch der amerikanischen Arbeiten zur Entwicklung der Bombe dürften den Ausschlag dafür gegeben haben. Er hatte schnell begriffen, wie weit die Aktivitäten seines eigenen Landes auf diesem so überaus wichtigen Gebiet hinter denen der Deutschen und der Amerikaner zurück geblieben waren.

Die Russen freilich konnten mit den zunächst noch rein theoretischen Resultaten der Verhandlungen um die späteren deutschen Besatzungszonen mehr als zufrieden sein: Nicht nur das gesamte sächsische Erzgebirge, sondern auch der Thüringer Wald würden nach Kriegsende in sowjetische Hände geraten.

Was sich dann nur wenige Jahre darauf als ein weiterer, zusätzlicher Glücksfall für die Russen erweisen sollte, denn auch der Boden Ostthüringens zeigte sich als reich gesegnet mit dem so begehrten Stoff, aus dem die Bombe zu bauen war ...

Angesichts des bereits während der ersten Kriegsjahre einsetzenden Bestrebens seiner westlichen Verbündeten, sich sämtlicher für sie auch nur erreichbaren Uranressourcen auf der Welt zu bemächtigen, um ihr streng geheim gehaltenes Kernwaffenprojekt von Anfang an und für eine möglichst lange Zeit zu einem weltbeherrschenden Monopol auszubauen, dürfte Stalin keinerlei Veranlassung gesehen haben, seinen Griff nach vermuteten Uranerzvorkommen im Bereich seiner zukünftigen deutschen Besatzungszone in irgend einer Weise auch nur ruchbar werden zu lassen.

Trotzdem dürften seitens der Russen noch bis über das Kriegsende in Deutschland hinaus erhebliche Zweifel über eine

tatsächliche Unkenntnis von Amerikanern und Briten von den Uranlagerstätten des sächsischen Erzgebirges bestanden haben. In diesem so sensiblen Punkte überschätzten sie ihre westlichen Verbündeten allerdings und waren geneigt, ihnen Interessen und Aktivitäten zu unterstellen, welche diese aus einer ihnen, den Russen völlig unverständlichen Gleichgültigkeit und Unkenntnis heraus gar nicht entwickelten.

Und noch mehr: Stalin sah Anlass genug, seinen „Verbündeten“, die ihn offensichtlich mit allen Mitteln am Aufbau einer eigenen Nuklearentwicklung hindern wollten, im Bezug auf deren Einhaltung der bereits vereinbarten Grenzen der Besatzungszonen auf das Äußerste zu misstrauen, denn noch befanden sich diese Gebiete Deutschlands nicht in den Händen sowjetischer Streitkräfte.

Eine sich hinter den Kulissen der damaligen Politik abzeichnende Entwicklung während der letzten Monate und Wochen des Krieges, als sich die Kämpfe nach Deutschland verlagerten, hat ihn in dieser seiner argwöhnischen Haltung nur noch bestärkt.

Denn kein Geringerer als Winston Churchill rief während der letzten Kriegsphase, als alliierte Truppen bereits auf deutschem Boden kämpften, wiederholt dazu auf, ungeachtet aller vorherigen gemeinsamen Vereinbarungen und Beschlüsse der „Großen Drei“, mit britischen und amerikanischen Streitkräften soweit wie nur irgend möglich nach Osten vorzustoßen und dann dort entgegen allen zuvor geschlossenen alliierten Abkommen dauerhaft zu verharren, um einen sowjetischen Einfluss im mittleren Europa mit allen Mitteln einzuschränken, ihm am Besten gar keinen Raum zu geben.

Und noch mehr: Churchill drang in der letzten Phase des Krieges immer heftiger auf seine amerikanischen Verbündeten ein, die bereits vor dem Ende der Kämpfe getroffenen gemeinsamen Abmachungen mit der Sowjetunion zu Lage und Verlauf der während der Konferenz von Quebec auch von Großbritannien mit abgestimmten Grenzen der Besatzungszonen zu

ignorieren und westalliierte Truppen in den Grenzen der von ihnen im Verlaufe des Krieges eroberten Positionen dauerhaft zu stationieren.

Churchill wollte um jeden Preis den Einfluss der Sowjetunion im mittleren und östlichen Europa einschränken. Das Vorgehen Stalins während der Befreiung erster polnischer Gebiete sowie auch auf dem Balkan bereitete ihm tiefe Sorge, da keinerlei Anzeichen darauf hindeuteten, dass es auf dem Boden Polens und den von der Roten Armee befreiten Ländern des Balkans zur Wiederaufrichtung der vor dem Angriff Hitlerdeutschlands bestehenden politischen Verhältnisse kommen würde. Die sich noch immer in London aufhaltende polnische Exilregierung wurde von der Sowjetunion nicht anerkannt, Moskau ignorierte sie und verwehrte ihr noch vor dem Kriegsende die Rückkehr in die nun von den Deutschen befreiten ersten Territorien Polens.

Der militärisch sinnlose und mit den russischen Streitkräften bewusst nicht abgestimmte Warschauer Aufstand vom Sommer 1944, der Polens Hauptstadt noch vor dem Einzuge der Roten Armee befreien sollte, wurde von russischer Seite eher behindert als unterstützt und von den Truppen der Wehrmacht und der SS schließlich brutal niedergeschlagen.

Angesichts des bereits exerzierten Modellfalles Polens hegte Churchill große und durchaus begründete Ängste vor einem ebensolchen Vorgehen Stalins in allen übrigen osteuropäischen Staaten, die am Wege der russischen Truppen in Richtung Westen lagen...

Seine Befürchtungen vor einem völligen Zusammenbruch jeglicher britischer Einflussnahme auf diese Staaten in der dem II. Weltkriege folgenden Zeit sollten sich dann auch in vollem Maße bewahrheiten.

Diese bereits sehr früh allen Vereinbarungen und Verträgen der großen Drei völlig widersprechenden Absichten des britischen Premiers hatten jedoch, wie sich bei näherer Betrachtung zeigen sollte, allein geopolitische Gründe.

Denn trotz seines Sieges über Hitlerdeutschland war das britische Weltreich nicht nur im alten Europa nachhaltig geschwächt. Churchills Sorgen vor einem weiteren Verlust von politischem und ökonomischen Einfluss auf europäischem Gebiet wuchsen daher mit jedem Schritt, den Stalins Armeen in Richtung Westen vordrangen.

Der Kalte Krieg begann bereits während der Schlussphase des zweiten Weltkrieges seine langen Schatten zu werfen ...

An das im Süden der späteren russischen Zone Deutschlands und im böhmischen Erzgebirge lagernde Uran hat er während all dieser Erwägungen nicht gedacht, dazu existieren keinerlei auch noch so geringen Hinweise, auch nicht in Churchills eigenen Memoiren – woraus wiederum zu schließen ist, dass auch er zu dieser Zeit wahrscheinlich davon noch nichts gewusst oder auch nur geahnt hat.

Amerikanischen und englischen Truppen folgten bei ihrem Vordringen nach Deutschland Spezialkommandos in deren Interesse eine ganze Reihe weiterer, in Hitlerdeutschland betriebener technischer Entwicklungen stand.

Da die Arbeiten am amerikanischen Atomwaffenprojekt zu dieser Zeit bereits soweit fortgeschritten waren, dass man kurz vor deren erfolgreichem Abschluss stand und zu seiner Vollendung keinerlei fremde Hilfe mehr notwendig war, kann man dem Vorgehen nur schlussfolgern, dass Briten und Amerikaner alle mit der befürchteten Entwicklung deutscher Kernwaffen zusammenhängenden Dinge einzig aus der sich dem Kriege bereits anschließenden Politik orientierten Erwägungen heraus verfolgten. Das heißt, um jeden Preis zu verhindern, dass das Know How auch den mit ihnen noch immer gemeinsam gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Russen in die Hände geriet.

Eine Ausgewogenheit der militärischen Möglichkeiten von Ost und West war in den Augen der westlichen Alliierten der größte anzunehmende Störfaktor bei Gestaltung der dem II. Weltkriege folgenden globalen Politik Amerikas und Großbritanniens.

Am 15. März 1945 fielen die in Oranienburg, einige Kilometer nördlich Berlins, gelegenen Auer-Werke einem der konzentriertesten Luftangriffe des II. Weltkrieges zum Opfer; innerhalb von etwa 30 Minuten warfen 612 Fliegende Festungen fast 1700 Tonnen Bomben auf ein Ziel von vergleichsweise nur geringen Ausmaßen ab und erreichten dessen nahezu vollständige Zerstörung.

Anhand von Bilanzangaben des Jahres 1944 errechnete die Direktion der Auer-Werke noch vor Ende des Krieges einen bei diesem Angriff angerichteten Gesamtschaden von 61 Millionen Reichsmark.

Die Auer-Werke befassten sich im Auftrage der deutschen Kernwaffenforschung unter anderem auch mit der Entwicklung, Erprobung und Ausführung von Verfahren zur Gewinnung von Reinstmaterialien für nukleare Prozesse...

Nur einige Wochen darauf, im Verlauf der Kämpfe um Berlin, fiel Oranienburg in die Hände der Roten Armee. Am 21. April 1945, während im nur einige Kilometer südlich Oranienburgs liegenden Berlin noch letzte, schwere Kämpfe mit den sich verzweifelt wehrenden deutschen Streitkräften tobten, untersuchte eine erste Gruppe sowjetischer Spezialisten die Reste der zerschlagenen Auer-Werke. Verantwortliche Mitarbeiter wurden verhört, noch vorhandene Anlagen und Ausrüstungen beschlagnahmt und demontiert.

Auch wurden alle noch greifbaren Unterlagen, Dokumentationen sowie noch auffindbare Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigprodukte, die der Wirkung des Luftangriffes entgangen waren, sorgfältig eingesammelt und kommentarlos konfisziert.

Außerdem stießen die Sowjets in Kagar, einem kleinen märkischen Dorf in der Nähe von Rheinsberg, wohin die Auer-Gesellschaft aus Sorge vor Luftangriffen einige wichtige Anlagen ausgelagert hatte, auf Nikolaus Riehl, einen der leitenden Physiker der Auer-Werke, und konnten von ihm für sie äußerst wichtige und interessante Dinge erfahren.

Nikolaus Riehl gehörte dann auch zu den Angehörigen einer Gruppe deutscher Wissenschaftler, die in der Sowjet-

union ihre noch im Auftrage Hitlerdeutschlands begonnenen Arbeiten zur Gewinnung von Reinstmaterialien unter der Aufsicht des NKWD nach dem Kriegsende mehr oder auch weniger freiwillig fortsetzten und schließlich zum Abschluss brachten.

Bereits während der ersten Untersuchungen der zerstörten Anlagen des Oranienburger Auer-Werkes wurde den russischen Spezialisten sehr schnell deutlich, dass dieser Bombenangriff der Amerikaner zwar diese Industrieanlage schwer getroffen, letztlich aber schon nicht mehr den Deutschen gegolten hatte, sondern einzig und allein verhindern sollte, dass Hochtechnologie für die Vorbereitung und den Betrieb nuklearer Prozesse in die Hände der Russen geraten konnte.

Die Kämpfe um Berlin und das Restterritorium von Hitlerdeutschland waren noch in vollem Gange, als der Kalte Krieg die zu dieser Zeit noch gemeinsam kämpfenden Verbündeten zu entzweien begann.

Wenn nicht bereits schon lange zuvor, so hatten die Russen doch angesichts dieses Luftangriffes noch einmal mehr begriffen, was sie von ihren westlichen „Verbündeten" zu halten hatten, und überprüften ihre Schlussfolgerungen betreffs zukünftigen Verhaltens ihnen gegenüber nur noch um ein weiteres Mal.

Ende April 1945 informierte General Eisenhower, Oberkommandierender der westalliierten Streitkräfte, die sowjetische Armeeführung, dass ihm unterstellte britische und amerikanische Truppen im Norden Deutschlands bis etwa zur Linie Wismar – Schwerin – Domnitz, dann entlang dem linken Elbufer bis zur Mündung der vereinigten Mulde, und wieder entlang deren linken Ufer bis zur Einmündung der westlichen, der Zwickauer Mulde bis ins Vogtland und das westliche Erzgebirge hinein vorrücken werden.

Südlich des Erzgebirges sollte General Patton mit seinen Verbänden in die Tschechoslowakei eindringen, um dort noch vorhandene, im Verlauf der Kämpfe an Oder und Neiße nach

Süden abgedrängte Kontingente von Hitlers Wehrmacht endgültig zu zerschlagen.

Während der letzten Tage des II. Weltkrieges in Europa besetzte damit die amerikanische Armee das gesamte Gebiet des Thüringer Waldes sowie auch einen wesentlichen Teil des sächsischen Erzgebirges und Vogtlandes, unter dessen Boden die, wie sich allerdings erst einige Zeit später endgültig herausstellen sollte, umfangreichsten in Europa zu findenden Uranerzvorräte lagerten... Keinem der Amerikaner, ganz gleich, ob Stabsoffizier, Truppenoffizier oder einfacher GI, die sich für die Zeit von Mitte April bis in den Juli 1945 hinein in diesen Gebieten aufhielten, war auch nur andeutungsweise bewusst, worauf sie mit den dicken Gummisohlen ihrer Armeestiefel eigentlich herumstapften – ein paradoxer Umstand, der auch Jahrzehnte nach dem Ende dieses Krieges immer wieder Anlass zu Spekulationen und mehr oder weniger gewagten Vermutungen gegeben hat.

Ein letztlich nicht zu erklärendes Verhalten, welches nicht erst bei nachträglicher Betrachtung Erstaunen auslöst, waren den Amerikanern doch mit einiger Sicherheit die Schwierigkeiten der Russen, sich Uran für ihr Kernwaffenprogramm zu verschaffen, zumindest in ihren Grundzügen bekannt, sie selbst hatten sich ja noch während des Krieges auf deren Ansuchen hin geweigert, ihnen größere Mengen davon zu überlassen.

Das Kriegsende

Im Vorgehen westallierter Truppen, vor allen Dingen der Amerikaner, bei ihrem Umgang einerseits mit der Gefahr einer noch im Kriege zum Einsatz kommenden deutschen Kernwaffe und andererseits mit ihren eigenen Aktivitäten zur Schaffung dieser fürchterlichen Waffe, zeigten sich während des zu Ende gehenden Krieges in Europa merkwürdige Widersprüche.

Einerseits sammelten die den Kampftruppen auf dem Fuße folgenden Spezialeinheiten der ALSOS- Mission und der Aktion „Paperclip" mit großer Akribie alles ein, was ihnen an Hochtechnologie in deutschen Betrieben, Instituten und Laboratorien aller Art nur in die Hände fiel, wobei sich Amerikaner vorrangig für die Ergebnisse und Erzeugnisse deutscher Raketen- und Strahlflugzeugtechnik interessierten.

Trotz ihrer hohen industriellen und technologischen Leistungsfähigkeit waren sie auf diesem Gebiet ein gutes Stück hinter der in Deutschland stattgefundenen Entwicklung zurückgeblieben und hofften jetzt mit der Übernahme und Untersuchung der ihnen zufallenden Kriegsbeute die eingetretenen Rückstände schnell aufholen zu können.

Die letztgenannte Einschätzung trifft übrigens in weit breiterem Maße auch auf die Haltung der an aller Art deutscher Hochtechnologie äußerst interessierten Russen zu.

Bei ihrem Vormarsch auf deutschem Boden von amerikanischen Truppen vorgefundene Entwicklungen der Nazis in der Kernwaffentechnik behielten jedoch dabei immer noch einen Sonderstatus, sie interessierten die Amerikaner dabei hauptsächlich, um beurteilen und einschätzen zu können, ob es im europäischen Krieg von Hitlers Seite noch zu einem immerhin zu befürchtenden Einsatz von Kernwaffen gegen die Verbündeten kommen könnte – eine Besorgnis, die sich zum großen Glück sowohl für die alliierten Streitkräfte wie natürlich auch für die Bevölkerung Europas und Deutschlands nicht erfüllt hat und

die mit dem Ende des Krieges in Europa dann auch noch völlig gegenstandslos wurde.

Die dabei in den von westalliierten Truppen besetzten Gebieten Deutschlands vorgefundenen Einrichtungen und Anlagen, Materialien und Dokumente der Nuklearforschung wurden schnell konfisziert und man bemächtigte sich dabei auch gleich aller darin und damit beschäftigten Wissenschaftler und Techniker, soweit man ihrer habhaft werden konnte. Deren führende, zum Teil international bekannte und berühmte Männer, wurden zunächst in England an geheimer Stelle interniert.

Trotzdem ergeben sich bei nachträglicher und näherer Betrachtung der Übernahme deutscher technologischer Entwicklungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse, betreffend vor allen Dingen die Bewertung und Beurteilung von Hinterlassenschaften der deutschen Flugzeug- und Raketentechnik durch amerikanische Beutespezialisten, eine Reihe von merkwürdigen und nicht nur aus heutiger Sicht recht unverständlichen Unterlassungen.

So wurde von amerikanischen Truppen im April 1945 das berüchtigte Konzentrationslager DORA bei Nordhausen befreit, wo unter Aufsicht von Himmlers SS von dort internierten KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen unter jeder Menschlichkeit hohnsprechenden, mörderischen Bedingungen in mehreren in die Berge des Harzes getriebenen Tunnels Strahlflugzeuge und Raketen gebaut wurden.

Die Amerikaner beschlagnahmten einige der dort vorgefundenen fertigen und halbfertigen Flugzeuge und Flugkörper, Pläne, Zeichnungen und Dokumentationen und sandten sie über den Atlantik nach Hause, wo sie eingehend untersucht, nachgebaut, erprobt und schließlich bis zum heutigen Stand weiterentwickelt wurden, wobei nicht nur während der Anfangsphase deutsche Fachleute tatkräftig mithalfen – man hatte eine ganze Reihe von ihnen eingesammelt und gleich mitgeschickt.

Bei genauerer Untersuchung der damaligen Geschehnisse im Nachhinein ergeben sich Hinweise auf einige, aus Sicht der sich

bereits damals deutlich abzeichnenden politischen Entwicklung zwischen den Staaten der einstigen Antihitler-Koalition, völlig unverständlich erscheinende Unterlassungen, die sich nicht oder nur wenig mit den dann in der unmittelbaren Nachkriegszeit verbreiteten Ansichten und Haltungen alliierter Kriegsführung deckten.

Die Produktionsanlagen für diese Raketen sowie auch eine ganze Reihe von für ihren Bau bestimmten Vorräten und Materialien blieben nach dem Abzuge der Amerikaner in Nordhausen intakt zurück und ermöglichten so den dann im Juli 1945 dort einziehenden Russen nach kurzer Zeit sogar die Wiederaufnahme der Produktion von Raketen des Typs A 4 – auch unter der Bezeichnung V 2 bekannt.

Ein Verhalten, welches die Russen zumindest erstaunt haben dürfte, verärgert waren sie gewiss nicht darüber. Auf diese, uns heute so bizarr erscheinende Weise wurde Wernher von Brauns Raketenentwicklung, die erste ballistische Fernrakete der Welt sowie auch noch einige von ihr abgeleiteten Varianten und Nachfolgetypen, im Verlaufe des sich nur kurze Zeit später entwickelnden Wettrüstens der beiden Supermächte zu Stammvätern und Grundlagen sowohl der russischen wie auch der amerikanischen Raketentechnik.

Ebenfalls in dieser Gegend Deutschlands, im von Nordhausen nicht weit entfernt gelegenen Stassfurt, veranlassten Mitte April 1945 amerikanische Spezialkommandos allerdings ohne irgendwelches langes Hin-und Her den schnellsten Abtransport von etwa 1100 Tonnen Uranoxid, ebenfalls auf die andere Seite des Atlantiks. Was Nuklearmaterial betraf, war man auf amerikanischer Seite eben doch um Einiges gründlicher und durchaus bestrebt, sich vor Nachlässigkeiten aller Art zu hüten...

Die dort vorgefundenen Bestände waren noch vom deutschen Raub der belgischen und französischen Uranerzvorräte im Jahre 1940 verblieben.

Mit dieser Maßnahme sollte verhindert werden, dass dieses als so wichtig eingeschätzte Material bei der nur einige Wochen

später erfolgenden endgültigen Aufteilung der deutschen Besatzungszonen in die Hände der Russen fiel.

Die Verhaltens- und Vorgehensweise der Amerikaner bei Untersuchung und Einschätzung von Beutematerial aller nur denkbaren Art unterschied sich wesentlich von der Weise des Herangehens der Russen, die in allen Dingen, welche deutsche Hochtechnologie und Nuklearforschung betrafen, wesentlich planvoller, gründlicher und vor allem besser informiert und vorbereitet vorgingen als amerikanische Beutekommandos.

Alles von US-Truppen Vorgefundene, was in irgendeiner Weise mit Nukleartechnologie zusammenhing, erfuhr sofortige und maximale Aufmerksamkeit und es wurde schnellstens dafür gesorgt, dass die östlichen Verbündeten möglichst gar nichts davon erfuhren.

Mit allen übrigen Dingen verfuhr man seitens der Amerikaner nicht ganz so geheimnisbewusst, so dass dann bei der endgültigen Inbesitznahme der Besatzungszonen durch Truppen der Alliierten im Juli 1945 auch von den nachrückenden Russen noch einige, für sie überaus wichtige und interessante Dinge aufgefunden wurden.

Als ein Beispiel dafür mögen die noch kurz vor Kriegsende zerbombten Siebelschen Flugzeugwerke in Schkeuditz in der Nähe von Halle und Leipzig gelten.

Die Gegend von Leipzig und Halle war bereits im April 1945 von amerikanischen Truppen besetzt worden und es ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, dass auch die zerstörten Schkeuditzer Flugzeugwerke von amerikanischen Beutekommandos im Rahmen der ALSOS-Mission und der Action „Paperclip" unter die Lupe genommen wurden. Doch mit irgendwelchen Nuklearentwicklungen hatte dieses Werk nicht zu tun und anscheinend aus diesem Grunde war das Interesse der Amerikaner da wohl nicht ganz so groß.

Bei ihren Untersuchungen der zertrümmerten Produktionsanlagen der Schkeuditzer Siebel-Werke nach dem Abzug der US-Truppen, einige Wochen darauf, stießen russische Beute-

spezialisten dann im Sommer 1945 auf den bei der Zerstörung des Werkes nahezu unversehrt gebliebenen Prototyp eines äußerst fortschrittlich konstruierten Raketenflugzeuges vom Typ DFS 346, welches ihr lebhaftes Interesse erweckte und das einige Zeit später, mit einem Roten Sowjetstern versehen, in den Jahren 1947/1948 bei Hochgeschwindigkeitsversuchen als erstes russisches Flugzeug die Schallmauer im Horizontalflug durchbrach.

Anscheinend haben für das so überaus interessante wie auch sensible Gebiet des Beutemachens in der wissenschaftlich – technischen Hinterlassenschaft des geschlagenen Kriegsgegners auch keinerlei bilaterale Absprachen oder gar Abstimmungen der auch in jener Zeit zumindest offiziell immer noch verbündeten drei Siegermächte existiert. Jeder der Sieger sammelte voller Eifersucht auf die weiteren Verbündeten sowie auch in aller Hast und Eile alles ein, was ihm an interessanten Dingen in die Hände fiel und zog es vor, zunächst über alle seine Funde zu schweigen, sie fort zu schaffen und um alles Erbeutete erst einmal in aller Ruhe sichten und auswerten zu können.

Dabei konnte es anscheinend geschehen, dass von den Beutekommandos der ALSOS-Mission und auch der Aktion „Paperclip" im Chaos der Trümmer des zu Ende gegangenen Krieges und der daraus resultierenden völligen Unübersichtlichkeiten das eine oder auch andere wertvolle und interessante Stück in der mit dem ganzen Geschäft verbundenen Eile und Hast geringgeschätzt oder auch buchstäblich übersehen wurde.

Die den Kampfverbänden der Roten Armee auf dem Fuße folgenden russischen Beutespezialisten zeigten bei ihrem Durchsuchen von Hinterlassenschaften deutscher Spitzentechnologie, wie bereits bemerkt, eine wesentlich größere Sorgfalt und Gründlichkeit als ihre amerikanischen und englischen Kollegen... Und zumindest eine der Ursachen dafür bestand wohl in ihrem bereits im Vorhinein erlangten wesentlich besseren Stand von Informationen und Kenntnissen über alle diese Dinge.

Im Frühjahr 1945 ergab sich im westlichen Erzgebirge einer der merkwürdigsten Sonderfälle in den Wirren des zu Ende gehenden Krieges in Deutschland.

Russische Truppen stießen nördlich der tschechischen Grenze durch schwieriges Gelände quer zu den Tälern des Erzgebirges nach Westen vor, ihnen entgegen kommend verfolgten amerikanische Verbände unter General Patton von Westen her letzte, demoralisiert fliehende Reste von Wehrmachtsverbänden, die kriegsmüde und verzweifelt versuchten, in das zu dieser Zeit noch nicht von russischen oder amerikanischen Truppen erreichte Böhmische Becken zu entkommen. Es kam in dieser Gegend nur noch zu wenigen Kämpfen zwischen Alliierten und den Soldaten der Wehrmacht.

Darüber hinaus ergaben sich Wehrmachtsverbände in diesen Tagen während des endgültigen Zusammenbruches der großdeutschen Wehrmacht in großer Zahl lieber den von Westen her schnell nachrückenden Amerikanern oder auch englischen Truppen und trachteten verzweifelt danach, keinesfalls den wütenden und rachedurstigen Russen in die Hände zu fallen...

Und sie hatten auch allen Grund zu solchem Verhalten. Ein Teil ihrer Angehörigen konnte sich noch allzu gut darauf besinnen, wie man sich nur wenige Jahre zuvor im Lande der Russen aufgeführt hatte, und sah rückblickend auf das dabei Angerichtete allen Anlass, einem erneuten Zusammentreffen mit ihnen unter den nunmehr vollkommen geänderten Bedingungen und Voraussetzungen möglichst aus dem Wege zu gehen...

Und außerdem, nicht nur die Deutschen sondern alle Beteiligten, auch die Russen, Amerikaner und Engländer waren im Frühjahr 1945 des jahrelangen gegenseitigen Abschlachtens müde und sehnten ein schnelles Ende dieses Wahnsinns herbei.

Beim endlich erfolgten Eintritt der Waffenruhe auf allen europäischen Kriegsschauplätzen in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 verhielten mit dem Erreichen des westlichen Erzgebirges nördlich der Grenze zur Tschechoslowakei sowohl amerikanische als auch russische Truppen und stellten mit der

Bekanntgabe des Waffenstillstandes jeden weiteren Vormarsch ein, obwohl die von den Stäben ihrer Armeen vereinbarte Demarkationslinie ihres jeweiligen Vordringens beziehungsweise Zusammentreffens entlang der Zwickauer Mulde zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen nur von den amerikanischen Streitkräften erreicht war. Die durch die zahlreichen und schwierig zu passierenden Quertäler des oberen Erzgebirges nördlich der tschechischen Grenze nach Westen vordringenden russische Verbände standen da noch einige Kilometer weiter östlich.

Unendlich erleichtert, voller Freude und Genugtuung über das nach schrecklichen und so verlustreichen Kämpfen endlich erreichte siegreiche Ende eines mörderischen Krieges, setzten sich die Amerikaner entlang der von ihnen erreichten Linie zur Ruhe und begnügten sich mit der Sicherung und Bewachung des von ihnen eroberten Territoriums.

Jeder der beteiligten Soldaten war glücklich und zufrieden, diesen gesegneten und von all ihnen so lange ersehnten Tag gesund und unversehrt erlebt zu haben. Und so sahen sie nun keine weitere Veranlassung mehr, auch fürderhin noch ihre Gesundheit oder sogar das Leben zu riskieren.

Und wohl nicht nur für diejenigen russischen Soldaten, die nur einige Kilometer entfernt von den amerikanischen Linien ebenfalls in dieser Gegend standen, kann man mit Fug und Recht davon ausgehen, dass sie nicht anders als ihre, einige Dutzend Kilometer westlich von ihnen, froh und erleichtert verharrenden amerikanischen Kollegen dachten...

Zumal der von den Russen bis nach Deutschland hinein zurückgelegte Kampfweg noch um Einiges länger, schwerer und um Vieles blutiger war als jener, den die Amerikaner seit ihrer Landung in der Normandie hinter sich gebracht hatten.

Trotzdem dürfte nicht wenigen der russischen Soldaten der Befehl, hier in den Tälern und Höhen des sächsischen Erzgebirges auf einmal stehen zu bleiben und einen mehrere hundert Quadratkilometer umfassenden Teil des Landes, welches einen mörderischen Krieg gegen Russland ausgelöst und geführt

hatte, kurzerhand unbesetzt zu lassen, ein wenig seltsam und unverständlich erschienen sein. Dergleichen Tun widersprach ganz einfach all dem, was man während des gesamten Krieges von ihnen immer wieder gefordert und erwartet hatte.

Doch Befehl ist nun einmal Befehl und man hat sich, ohne irgendwelche Fragen zu stellen, an ihn zu halten. Das hielt man weder in der russischen, noch in der amerikanischen Armee anders – also hieß es auf beiden Seiten: Panzer – halt!

Das Territorium des Kreises Schwarzenberg, im westlichen Teil des sächsischen Erzgebirges gelegen, ein reizvolles Gebiet von großer landschaftlicher Schönheit und zum Glück seiner Bewohner vom Kriege beileibe nicht so schrecklich misshandelt und betroffen wie so manche andere Gegend Deutschlands, blieb vom Schluss der Kämpfe gegen Ende April 1945 bis hinein in den Monat Juli 1945 zum Erstaunen amerikanischer wie auch russischer Soldaten von alliierten Truppen vollkommen unbesetzt...

Noch in einigen weiteren Gebieten nördlich des Erzgebirges bis hinein in den Raum von Colditz und Rochlitz, vor allen Dingen entlang des Laufes der Zwickauer Mulde, kam es bei Eintritt der Waffenruhe in der so denkwürdigen Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 noch zu einer Reihe bis dahin von alliierten Truppen unbesetzten Gebieten von größerer Ausdehnung, in die jedoch dann schon während der folgenden Stunden und Tage umgehend russische bzw. amerikanische Streitkräfte einrückten.

Somit befand sich innerhalb kürzester Zeit nach Eintritt des Kriegsendes das gesamte Territorium des einstigen Hitlerdeutschlands unter unmittelbarer Kontrolle alliierter Streitkräfte, welche zugleich die administrative Gewalt übernahmen. Auch die der zerschlagenen Berliner Reichsführung nachfolgende deutsche Regierung unter Admiral Dönitz im norddeutschen Flensburg bestand unter Aufsicht (und Duldung) englischer Truppen nur wenige Tage über das Ende des Krieges hinaus. Und doch gab es eine Ausnahme: Das Kreisgebiet von Schwarzenberg in

Sachsen blieb über mehrere Wochen bis hinein in den Monat Juli 1945 unbesetzt von alliierten Streitkräften...

Auch die Einwohnerschaft dieses Landstriches zeigte sich zunächst auf das Höchste verwundert über ein derartig unerwartetes, ja unter dem Eindruck allen übrigen Geschehens in Deutschland völlig unverständliches Verhalten der Russen und Amerikaner...

Doch trotz all des Staunens hielten sich die dort Ansässigen wie auch im gesamten übrigen Deutschland aus einer ganzen Reihe guter Gründe lieber zurück.

Die nun über sie hereingebrochene endgültige und totale Niederlage führte zu Ernüchterung und Verzweiflung zugleich, nur wenige Menschen konnten sich trotz zweifellos vorhandener allgemeiner Erleichterung über das nun endlich eingetretene Kriegsende vorstellen, wie sich die Dinge von da an für sie weiter entwickeln sollten.

Denn dem dumpfen und quälenden Bewusstsein, diesen schrecklichen Krieg einst begonnen und ihn nun eindeutig und gründlich verloren zu haben, konnten sich die meisten von ihnen nicht entziehen – auch wenn wiederum nur die wenigsten von ihnen bereit waren, das auch offen zuzugeben...

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 unterzeichneten in Berlin Vertreter aller drei Wehrmachtsteile die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte und überließen damit das entsetzlich zerstörte und ausgeblutete Deutschland, nachdem es fast sechs Jahre zuvor den verheerendsten Krieg der menschlichen Geschichte ausgelöst hatte, auf Gnade und Ungnade den Siegern aus Ost und West.

Eine Reihe kleinere Gebiete des nördlichen Erzgebirges und auch noch einer Reihe von anderen Gegenden Deutschlands, die zu diesem Zeitpunkt infolge des Verlaufes der letzten Kriegshandlungen noch frei von Truppen der Alliierten und von Kämpfen unberührt geblieben waren, wurden innerhalb weniger Tage umgehend von Russen oder Amerikanern besetzt. Mit einer einzigen Ausnahme: Das Territorium des Kreises

Schwarzenberg im westlichen Erzgebirge blieb noch für mehrere Wochen nach Kriegsende frei von Truppen der Alliierten.

Ich halte es für durchaus lohnend, über die Hintergründe und Motive dieses merkwürdigen und auf einen ersten Blick höchst unlogisch anmutenden Verhaltens sowohl der Russen wie auch der Amerikaner nachzudenken..., auch nach nun schon mehr als sechzig Jahren, die seither mit allen ihren Ereignissen ins Land gezogen sind.

Da ist zum einen überaus interessant, was sich in dieser Gegend und unter ihren Einwohnern bis zu ihrer endgültigen Übernahme durch Besatzungstruppen der Roten Armee vor allem auf politischem Gebiet alles zugetragen hat – doch über die Dinge, welche sich seinerzeit dort abgespielt haben, hat bereits Stefan Heym ein ebenso hochinteressantes wie auch sehr lesenswertes und weithin bekanntes Buch veröffentlicht...

Und genau genommen nur zwischen dessen Zeilen lässt er dem aufmerksamen Leser eine Ahnung davon anklingen, welche noch bis heute sorgfältig verschleierten Gründe wohl dazu geführt haben mochten, diesen kleinen Landkreis im sächsischen Erzgebirge über eine unter den damals herrschenden Bedingungen so erstaunlich lange Zeit vom Militär der siegreichen alliierten Mächte unbesetzt zu lassen...

Zum Anderen wäre nicht weniger interessant zu erfahren, wie es denn kommen konnte, dass amerikanische Truppen, die von ihrer militärischen und politischen Führung gehalten waren, alle Dinge, welche in irgend einer Weise mit Nuklearforschung oder Materialien, die zu Entwicklung und dem Bau von Kernwaffen auch nur in zweiter Linie notwendig waren, auf jeden Fall in Besitz zu nehmen und gleichzeitig mit aller Aufmerksamkeit dafür zu sorgen, dass die damals jedenfalls auf dem Papier einiger Verträge mit ihnen noch verbündeten Russen nichts davon in die Hände bekamen.

Im Frühjahr 1945 stand das Manhattan-Projekt der Amerikaner kurz vor seinem erfolgreichen Abschluss und die USA hatten sich gemeinsam mit Großbritannien, wie bereits er-

wähnt, zu dieser Zeit einen alleinigen, monopolartigen Zugriff auf sämtliche damals bekannte und von ihnen erreichbare Uranerzlagerstätten der Erde gesichert. Sie waren darüber hinaus bestrebt, sich aller auch noch in Zukunft bekannt werdenden Fundstätten zu bemächtigen – soweit diese in ihrem Einflussgebiet liegen würden, um ihr (vermeintliches) Kernwaffenmonopol erhalten zu können.

Wie sich nur kurze Zeit später endgültig und in bis dahin unvermutet großem Umfange zeigen sollte, lagerten ausgerechnet im Gebiet um Schwarzenberg sowie auch unter den Bergen und Hügeln des von dort nicht weit entfernten Ostthüringens die größten Uranerzvorräte, welche in Europa zu finden waren.

In Gegenden also, die zu ihrem überwiegenden Teil von amerikanischen Truppen während des Krieges mit Deutschland erobert und die nach dem Ende der Kämpfe, zumindest zeitweilig, von US-Streitkräften besetzt waren.

Bei nachträglicher Betrachtung und Beurteilung dieser Ereignisse verwundert es zutiefst, dass die Amerikaner, während sie kämpfend zunächst nach und später in Deutschland vordrangen, mit aller Akribie darauf achteten, sich aller auch nur entfernt mit Nukleartechnologie zusammenhängenden Dinge sofort zu bemächtigen, es ganz offensichtlich versäumt hatten, auch einmal unter dem Boden, den sie im Zuge ihres Vordringens betraten, nachzuschauen; oder, wenn dergleichen nicht ohne weiteres möglich war, wenigstens die entsprechenden Erkundigungen einzuziehen.

Ein Unternehmen übrigens, welches ihnen kaum irgendwelche Umstände, große Aufwendungen oder gar hohe Kosten verursacht hätte – es war seit langer Zeit schon allgemein bekannt, dass in den felsigen Gründen des sächsischen und auch des böhmischen Erzgebirges die Mittel lagerten, mit deren Hilfe man sich die Energie der Sonne auf die Erde holen und in die eigenen Hände nehmen konnte – mit allen sich daraus ergebenden positiven und negativen Ereignissen und Folgen.

Keinem der dorthin gelangten amerikanischen Soldaten, ganz gleich welchen Ranges, ist auch nur die Idee gekommen, nach Pechblende, das heißt nach Uranerz auch nur zu fragen...

Die Minen von Joachimsthal, von Schlema und Johanngeorgenstadt, ganz gleich zur Gewinnung welcher Erze sie auch angelegt waren, bargen seit Jahren schon Pechblende – Uranerz – das war weithin bekannt. Mehr als einhundertfünfzig Jahre zuvor wurde in der von einer Johanngeorgenstädter Mine geförderten Pechblende das chemische Element Uran entdeckt, ein Umstand, der wohl auch in amerikanischer Fachliteratur, ja selbst in populärwissenschaftlichen Abhandlungen und schlichten Schubüchern Eingang und Erwähnung gefunden haben dürfte.

Und noch mehr: Die zahlreichen Radiumquellen, verteilt über weite Strecken des Erzgebirges und auch der Berge des Thüringer Waldes, waren ein noch zusätzlicher Hinweis auf radioaktive Mineralien in ihrem Untergrund. Sie versorgten nicht wenige Kurbäder, von denen einige wiederum Weltruf genossen, und man hatte von ihnen bestimmt in ganz Europa und auch schon jenseits des Atlantiks gehört...

Als Letztes, aber keineswegs zuletzt wäre da noch die ebenfalls weltbekannte Freiberger Bergakademie zu benennen, in deren Archiven, Sammlungen und Bibliotheken schon seit der Mitte des 18. Jahrhunderts alles Wissen um die in den Klüften und Gründen des Erzgebirges verborgenen Schätze und Merkwürdigkeiten zusammengetragen war und die bis zum Ausbruch des Krieges jedem bergbauinteressierten Fachmann auf der Welt, also auch Amerikanern und Briten, offen gestanden hatten.

Die ehrwürdige sächsische Bergstadt Freiberg mit ihrer berühmten Bildungseinrichtung sowie auch allen ihren Archiven, Bibliotheken, Sammlungen und Dokumentationen befand sich allerdings zur Zeit des Kriegsendes und des Bestehens der „Freien Republik Schwarzenberg" schon in den Händen der Roten Armee, die bereits in den ersten Tagen nach ihrem Einzuge dort im Gegensatz zu den nur einige Dutzend Kilometer weiter westlich angelangten Amerikanern

eine ganze Reihe sorgfältig geplanter und überaus eindeutiger Aktivitäten entfaltete...

Und sie, die Amerikaner, haben während des nun zu Ende gegangenen Krieges offenbar nichts getan, um sich auch nur Kenntnis von auf dem Kampfwege ihrer Truppen zu erwartenden Uranlagerstätten zu verschaffen, während sie im gleichen Zuge mit größter Aufmerksamkeit und aller Sorgfalt darüber wachten, dass nichts, was auch nur indirekt mit Nukleartechnologie zusammenhing, ihrem Zugriff entgehen konnte... Eine kaum erklärbare Unverständlichkeit.

Sie, die Amerikaner und die eng mit ihnen zusammenarbeitenden Engländer, waren zur Zeit des Kriegsendes in Europa diejenigen, welche auf dem so schwierigen Wege zur Bombe am weitesten vorgedrungen waren. In ihren Händen hatte sich das bislang meiste Wissen um die hochkomplizierten wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen für deren Bau gesammelt.

Und die von ihnen aus diesem Wissensvorsprung abgeleitete, wohl bereits damals schon etwas voreilige Annahme, als einzige über dieses Know How verfügen zu können, verführte sie möglicherweise nun zu einer gewissen Arroganz...

Liegt darin vielleicht eine Erklärung für diese merkwürdige, schon an Ignoranz grenzende Nachlässigkeit, der Grund für eine gewisse Überheblichkeit allen anderen gegenüber?

War es vielleicht das während dieser schwierigen Arbeit erlangte Bewusstsein, sich die ungeheuren Kräfte der Materie nun „dienstbar" machen zu können und damit weiter als alle anderen in bisher Unbekanntes vorgedrungen zu sein, das sie verleitete, nun in ihrer Sorge und Aufmerksamkeit nachzulassen?

Über die Schwierigkeiten der Amerikaner, der Deutschen wie auch der Russen, die Bombe zu entwickeln und herzustellen, ist im Nachhinein auf der ganzen Welt viel geschrieben und geredet worden. Beileibe nicht alles davon hält einer ernsthaften Überprüfung auf seinen Wahrheitsgehalt und seine historische Richtigkeit stand und man tut bei so manchen Veröffentlichungen bis in die heutige Zeit gut daran, sie mit kritischem Abstand zu hinterfragen.

Doch auch in den zahlreichen ernst zu nehmenden Dokumenten und Beiträgen ist so gut wie nichts über die merkwürdigen Ursachen und Umstände zu erfahren, unter denen es von den Amerikanern zu einer vollkommen unwissentlichen und arglosen Übergabe des überwiegen-den Teiles der, wie sich nur kurze Zeit später zeigen sollte, größten Uranerzvorräte Europas an die Sowjetunion kommen konnte.

Und dieses aus westlicher Sicht so paradoxe, völlig unverständliche Vorgehen wird noch einmal mehr unterstrichen, wenn man sich mit dem heutigen Wissen um den Verlauf der Geschichte vor Augen hält, mit welcher verbissenen Akribie und Geheimniskrämerei man in jener Zeit seitens Amerikas und Großbritanniens die Russen von einer eigenen Kernwaffenentwicklung fernzuhalten bestrebt war.

Doch diese Erwägungen und Gedankengänge beleuchten nur einen Teil dieser so facettenreichen und auf einen ersten Blick nicht zu übersehenden Begebenheiten.

Möglicherweise erklärt sich sogar ausgerechnet aus der strikten und geradezu krampfhaften Geheimhaltung um alle das amerikanischen Manhattan-Projekt betreffenden Dinge eine der Ursachen dieser Fehlbeurteilung. Denn denjenigen amerikanischen Soldaten, welche die Gebiete Thüringens und Sachsens, in deren Boden Uranerz lagerte, eroberten, war nicht im geringsten bekannt, was da in den Labors, Forschungszentren und Fabriken von Alamogordo, Oak Ridge und wo sonst noch überall entwickelt wurde, und welche Dinge die wichtigsten Voraussetzungen dafür bildeten...

Gemeint sind hier nicht einfache GIs und Truppenoffiziere, welche ihr Leben und ihre Gesundheit bei der Befreiung Hitlerdeutschlands riskierten und hingaben, sondern deren höhere Kommandeure, die mit ihren militärischen Entscheidungen schließlich auch politische Fakten schufen. Auch von ihnen, bis zu ihrem Oberkommandierenden hinauf, hatte keiner auch nur eine geringfügige Ahnung vom Inhalt und natürlich auch von den Voraussetzungen des Manhattan-Projektes; man hatte sie davon nicht informiert.

Wohl keiner der während des Krieges bis ins sächsische Erzgebirge vorgedrungenen Soldaten und Offiziere der amerikanischen Streitkräfte hatte auch nur einen vagen Begriff von der Bombe und noch viel weniger davon, dass der so begehrte Stoff, aus dem diese Bombe gemacht wurde, gewissermaßen unter ihren Füßen lag – woher auch, sie alle ahnten ja noch gar nichts von ihr...

Der Kreis derer, welche um die ungeheure Bedeutung der Arbeit an der amerikanischen Kernwaffe auch nur eine Ahnung besaßen, war äußerst gering – selbst hohe, maßgeblich an den Kämpfen in Europa und im pazifischen Raum beteiligte amerikanische Militärs hatten davon keine Kenntnis; die Geheimhaltung war allumfassend.

Einzig die Angehörigen und Spezialisten der ALSOS-Mission verfügten damals über die zu einer Beurteilung und Einschätzung des dort lagernden Urans erforderlichen Kenntnisse und Informationen, doch offensichtlich waren sie wohl auf andere Weise beschäftigt. Es ist nie etwas darüber bekannt geworden, dass sie auf die im Erzgebirge vermuteten Uranvorräte auch nur aufmerksam geworden sind.

Doch sollte man der amerikanischen Truppenführung und auch den Mitgliedern der ALSOS- Mission auch im Nachhinein keinen Vorwurf machen, die Geheimhaltung des amerikanischen Kernwaffenprojekts erstreckte sich bis in höchste Ebenen.

Selbst der amerikanische Vizepräsident Truman, Roosevelts Stellvertreter, wurde erst nach dessen Tode, wenige Tage vor dem Kriegsende in Europa, in die Zusammenhänge und die enorme militärische und politische Bedeutung des Manhattan-Projektes eingeweiht – und das bedeutet nicht mehr und auch nicht weniger: Bis in die Mitte April 1945 hinein hatte also nicht einmal der zweite Mann der Vereinigten Staaten von Amerika auch nur eine leise Ahnung davon, woran einige tausend Wissenschaftler und Techniker in zahlreichen Labors, Forschungseinrichtungen und Fabriken auf dem gesamten

Territorium der USA mit aller Kraft sowie dem damals so gewaltigen Kontingent von zwei Milliarden Dollar arbeiteten...

Allein schon aus den vorgenannten Umständen könnte abgeleitet werden, dass die so akribische Sammlung aller Hinterlassenschaften der deutschen Nuklearentwicklungen und ihrer Forschungseinrichtungen durch Spezialkommandos der US-Streitkräfte einzig und allein auf den dazu verfügten Befehlen basierend durchgeführt wurde, da auch hohen amerikanischen Truppenkommandeuren in Europa und in Deutschland der eigentliche Hintergrund des ganzen Unternehmens unklar geblieben ist und sie ihn, wie das für Militärs nun einmal üblich ist, korrekt und gehorsam, doch eben nur seinen Buchstaben gemäß ausgeführt haben, ohne sich weiterreichende Gedanken über dessen Sinn und Inhalt hinaus zu machen.

Dabei unterblieb, wie das wohl bei allem Militär der Welt Brauch ist, jede Aktivität über den Rahmen dieser, den eigentlichen Befehl umfassenden Forderungen hinaus. Auf eine solche Weise könnte es durchaus gekommen sein, dass die im Erzgebirge und im Thüringer Wald lagernden Vorräte an Uranerz von den sich für einige Wochen dort aufhaltenden US-Streitkräften ganz einfach nicht zur Kenntnis genommen worden sind, weil sie weder Order hatten, sich um dergleichen zu kümmern, noch in irgendeiner Weise ahnten oder gar wussten, welch überragende Bedeutung das so seltene Uran während der wenigen Jahre seit der Entdeckung Otto Hahns und Fritz Strassmanns und des kurze Zeit später ausgebrochenen Krieges inzwischen gewonnen hatte.

Und die Paradoxie dieser Haltung im Rahmen des gesamten Vorgehens der Amerikaner wird noch unterstrichen, wenn man sich, wie bereits wiederholt erwähnt, vor Augen hält, mit welcher Sorgfalt seitens amerikanischer Spezialkommandos auf alles Jagd gemacht wurde, was auch nur indirekt mit deutscher Nukleartechnologie zu tun hatte – während gleichzeitig mit diesem Vorgehen eine ihrer hauptsächlichsten Voraussetzungen vollkommen außer Acht gelassen wurde.

Wobei dem allerdings wiederum entgegensteht, dass sich unverständlicherweise sogar die zu einem großen Teil aus wissenschaftlich gebildeten Offizieren bestehende ALSOS-Mission bei ihren Recherchen zum Stand der deutschen Kernwaffenentwicklungen ebenso wenig um Uranerzlagerstätten gekümmert hat wie alle übrigen höheren Kommandeure der damals in Deutschland eingesetzten US-Truppen.

Denn zumindest einige Angehörige der ALSOS-Mission dürften von den Zielen und der Bedeutung des Manhattan-Projektes informiert gewesen sein und sie hätten daraus folgernd durchaus die große Wichtigkeit von Uranlagerstätten einschätzen können.

Doch deren ebenfalls so merkwürdiges Vorgehen wiederum ist im Hinblick auf die tiefe Sorge der Amerikaner vor einem noch in der Endphase des Krieges erfolgenden Einsatz deutscher Kernwaffen zu erklären, welche offenbar alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahm.

Solange der Krieg in Europa noch nicht beendet war, fürchteten die Alliierten noch immer eine Anwendung von Nuklearwaffen durch die in die Verzweiflung getriebenen Deutschen, und ein großer Teil ihrer Recherchen konzentrierte sich auf die Erlangung von Kenntnissen vom Entwicklungsstand des deutschen Atomwaffenprogrammes, welches sich dann während der letzten Phase des Krieges glücklicherweise als noch nicht so weit gediehen zeigte, dass der Einsatz von Kernwaffen (welcher Art auch immer) gegen die Streitkräfte der Alliierten zu befürchten stand.

Auch war man in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands seitens der US-amerikanischen Militärführung bestrebt, die im nun endlich besiegten und gemeinsam besetzten Deutschland in unmittelbarer Nachbarschaft sitzenden Russen zu mindestens vorläufig nicht zu verärgern, man brauchte sie noch.

Zum einen, um den von Stalin inzwischen zugesagten Teil der deutschen Hauptstadt in die Hände zu bekommen – zum

anderen wollte man das von Stalin während der Konferenz von Jalta im Februar 1945 noch gegenüber US-Präsident Roosevelt geleistete Versprechen, sich drei Monate nach Abschluss der Kämpfe in Europa auf dem asiatischen Festland am Krieg gegen Japan zu beteiligen, nicht gefährden.

Das kaiserliche Japan war in der zweiten Phase des Krieges in Ostasien und im pazifischen Raum zwar von einer Niederlage in die andere getaumelt, doch beileibe noch nicht in einer derart aussichtslosen militärischen Lage wie Hitlerdeutschland im Jahre 1945; und zu dieser Zeit war für die militärische und politische Führung der Vereinigten Staaten noch in keiner Weise abzusehen, wie lange sich die Kämpfe gegen das fernöstliche Inselreich noch hinziehen würden.

Die Führung der amerikanischen Streitkräfte im pazifischen Raum vermutete im Jahre 1945 eine noch nicht einschätzbare Kriegsdauer in Ostasien und rechnete dabei fest mit der Hilfe der Sowjetunion bei der endgültigen Zerschlagung des japanischen Widerstandes; vor allen Dingen auf dem chinesischen Territorium.

Noch wusste kaum einer der politisch und militärisch Verantwortlichen der USA, ob und wann die Bombe zu einem Einsatz kommen konnte – Wirkungsweise und Leistungsvermögen dieser Waffe waren einem nur kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt, und auch das nur theoretisch. Eine erste Erprobung dieses Monsters stand zu dieser Zeit noch aus.

Die im Frühjahr 1945 scheinbar so düsteren Aussichten und Konsequenzen eines sich noch lang hinziehenden, verlustreichen Krieges gegen das Inselreich Japan beschäftigte die politische und militärische Führung Amerikas offenbar mehr, als sie ihren europäischen Verbündeten gegenüber zuzugeben bereit war – auch ungeachtet des in Europa nun endlich wieder eingetretenen Friedens. Doch das ist eine andere Geschichte, auf die noch einzugehen ist. Ein Weiteres kommt zur Erklärung der damals bestehenden Situation noch hinzu.

Bereits vor dem Ende der Kämpfe in Deutschland und Europa war der amerikanischen Truppenführung bekannt, dass

die Gebiete ganz Thüringens sowie auch die des westlichen Erzgebirges, welche bei Eintritt der deutschen Kapitulation in ihren Händen waren, nach nur kurzer Zeit gemäß bereits getroffener politischer Vereinbarungen den russischen Streitkräften zu übergeben waren. Die Grenzen der späteren alliierten Besatzungsgebiete auf deutschem Boden waren zu dieser Zeit bereits festgelegt und die Truppenführungen der westlichen Alliierten darüber informiert.

Und wohl keiner der amerikanischen Kommandeure in diesen durch die US-Streitkräfte bald wieder aufzugebenden Territorien sah irgendeinen Grund, über seine nur noch kurzfristigen Kompetenzen im von ihnen zu verantwortenden Bereichen hinaus zu handeln.

Jeder von ihnen war froh und zufrieden, diesen Krieg hinter sich zu wissen und sehnte sich nur noch danach, wieder nach Hause zu kommen – die Arbeit der Streitkräfte in Europa war vollbracht, Hitlers Reich war vernichtet und um all die Dinge, die in Deutschland und Europa nun nach dem endlich erkämpften Sieg noch zu tun waren, hatte sich jetzt – bitteschön – die Politik zu kümmern; und Basta.

Denn nun stand für Amerikas Streitkräfte das noch im Frühjahr 1945 scheinbar so schwer zu lösende Problem des noch nicht zu Ende geführten Krieges gegen das japanische Kaiserreich. Das alte Europa hatte nach nahezu sechs schrecklichen Jahren endlich zurück zum Frieden gefunden, doch Amerika befand sich noch immer in einem zwar siegreichen, doch immer noch sehr schwierigen und keineswegs völlig zu überschauenden Krieg mit Japan.

Die Aufmerksamkeit, welche seitens der USA den sich jetzt abzeichnenden Nachkriegsproblemen der Staaten des europäischen Kontinents und Deutschland entgegen gebracht wurde, war daher vorläufig noch geteilt.

Der Krieg in Ostasien war noch lange nicht bis zu einer amerikanischen Invasion des japanischen Mutterlandes fortgeschritten und erforderte, so meinten Militärs und Politiker noch im

Frühjahr 1945, auch ungeachtet fortgesetzter japanischer Niederlagen noch immer einen erheblichen Anteil amerikanischer Anstrengungen. Die von kompromissloser und bis zu fanatischer Selbstaufopferung gekennzeichnete Kriegführung der Japaner würde sich bei einer Landung amerikanischer Streitkräfte auf den Hauptinseln des Reiches der aufgehenden Sonne mit Sicherheit noch einmal mehr verstärken.

Interne Einschätzungen von Militärs und Politikern in Bezug auf die Dauer des Krieges in Ostasien bewegten sich zum Teil bis in die Jahre 1947 und 1948 hinein, und die sich daraus ergebenden Vermutungen hinsichtlich der dabei eintretenden Menschenverluste der amerikanischen Streitkräfte bereiteten den Regierenden wie auch den Militärs der USA bereits im Vorhinein erhebliches Kopfzerbrechen.

Der von Stalin während der Konferenz von Jalta zugesagte Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen das Reich des Tenno war daher bis hinein in den Sommer des Jahres 1945 für Amerika hochwillkommen.

Was nun die Russen betrifft, die am östlichen Rande des Schwarzenberger Kreises ihre Panzer und Geschütze angehalten hatten, so waren sie gewiss nicht weniger froh als die Amerikaner, diesen schrecklichen Krieg endlich hinter sich zu wissen.

Auch sie sehnten sich danach, ihre Waffen an den Nagel zu hängen und wieder zu friedlicher Arbeit und vor allen Dingen nach Hause zurück zu kehren – wie sollte es auch anders sein.

Auch ihre Kommandeure werden sich zunächst erstaunt gefragt haben, was es denn nun zu bedeuten habe, als man sie anwies, einige Quadratkilometer deutschen Gebietes unbesetzt zu lassen, obwohl sich dort in schlecht zugänglichen Bergen und Waldgebieten untergetauchte Nazibonzen und sogar einige Reste noch Waffen führender und nun marodierender Wehrmachtsteile aufhielten und sowohl die dort ansässige Bevöl-

kerung als auch aus dem unbesetzt gebliebenen Gebiet heraus alliierte Soldaten terrorisierten...

Wie sich nicht lange nach dem deutschen Zusammenbruch herausstellen sollte, war sogar Hitlers sächsischer Gauleiter Mutschmann unter ihnen, ein Erznazi, der an unzähligen Verbrechen seiner braunen Gesinnungsgenossen maßgeblich beteiligt war.

In der, wie sich für ihn bald zeigen sollte, trügerischen Hoffnung, sich der Verantwortung für seine zahlreichen Untaten entziehen zu können, versuchte er zunächst im Erzgebirge, im Fichtelberggebiet, unterzutauchen, um erst einmal abzuwarten, wie sich die Dinge zwischen den Amerikanern und den Russen entwickeln würden.

Dass er dabei auf von Truppen der Alliierten unbesetztes Gebiet geraten war, dürfte ihn zunächst erstaunt haben, doch im Hinblick auf seine weiteren Fluchtpläne durchaus nicht ungelegen gekommen sein.

Allerdings kam es dann doch um einiges anders als er kalkuliert hatte.

Vertreter und bewaffnete Kräfte der inzwischen auf dem unbesetzten Territorium gegründeten „Freien Republik Schwarzenberg" nahmen ihn gemeinsam mit Einheiten der Roten Armee fest und führten ihn seiner lange verdienten Bestrafung zu. Seine verbrecherische Spur verlor sich dann in der Moskauer Lubjanka, man hat nie wieder etwas von ihm gehört.

Das Land Sachsen ist damit das einzige deutsche Land, in welchem ein Nazigauleiter und Reichsstatthalter auch durch Mitwirkung der eigenen Bevölkerung zur Strecke gebracht und seiner verdienten Strafe zugeführt wurde.

Nur wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Nazireiches fanden sich Bürger des Kreises Schwarzenberg zusammen und übernahmen die vollziehende Macht in diesem nun so unvermutet entstandenen, seltsamen politischen und militärischen Vakuum – ein im besiegten Deutschland einmaliger, bizarrer Vorgang unter der stillschweigenden Duldung sowohl der Russen wie auch der Amerikaner, obwohl er allen von den

Alliierten getroffenen Vereinbarungen wie auch aller von ihnen bis dahin konsequent und unnachsichtig geübten Praxis beim Umgang mit den besetzten Gebieten Nazideutschlands vollkommen widersprach.

In jedem anderen Teil Deutschlands rückten alliierte Truppen sowohl von Ost als auch von West bis zu ihrer unmittelbaren, persönlichen Kontaktaufnahme entlang der festgelegten Demarkationslinien aufeinander zu und ließen so kein unbesetztes Fleckchen deutschen Bodens übrig – was nach Lage der Dinge und Umstände zu dieser Zeit ja auch völlig logisch und verständlich scheint.

Und ausgerechnet im westlichen Erzgebirge war das nun plötzlich ganz anders; es stellt sich also geradezu zwingend die Frage nach Ursachen und Motiven solchen Handelns.

Der Erklärungsversuche hat es in den Jahren seit dem Kriegsende viele gegeben, doch hundertprozentig überzeugend war keiner von ihnen. Und nicht genug damit, auch die über fast ein Vierteljahr währende Existenz dieses Gebietes als politisch selbstständige „Freie Republik Schwarzenberg" wurde dann auch noch in der darauf folgenden Geschichtsbetrachtung der DDR nahezu ignoriert – im Verlaufe des Geschichtsunterrichtes an DDR- Schulen erfuhr diese doch politisch so überaus interessante Episode der unmittelbaren Nachkriegszeit bestenfalls am Rande eine eher geringschätzige Erwähnung. Lediglich einige lokale Historiker und Heimatforscher befassten sich mit ihrer Geschichte und sie erregten allein damit schon den Argwohn gewisser Würdenträger und Organe der späteren DDR.

Und das, obwohl sich dort damals eine Art Volksfrontregierung, bestehend aus allen gegen den Staat Hitlers eingestellten Kreisen der Bevölkerung entwickelt hatte, der es gelungen war, der Naziherrschaft wenigsten in einem kleinen Territorium Deutschlands aus den eigenen Kräften heraus den Garaus zu bereiten und schon allein mit diesem Handeln ein überaus achtbares Beispiel zu setzen. Während der Jahre nach 1933 und noch bis in den von den Nazis begonnenen Krieg hinein rief

die illegale und in die Emigration getriebene Kommunistische Partei Deutschlands immer wieder zur Errichtung einer Volksfront zur Beseitigung der Herrschaft Hitlers über Deutschland auf, in der über alle ideologischen Schranken und Ressentiments hinweg die gesamten, gegen die Nazis eingestellten Kräfte des deutschen Volkes zu gemeinsamen Handlungen zusammengefasst werden sollten. Nichts anderes ist in den letzten Tagen des Krieges, im April 1945 im erzgebirgischen Schwarzenberg, aber leider nur dort geschehen...

Doch irgendwie schienen sich die Schwarzenberger Ereignisse des Jahres 1945 vom Frühjahr bis in den Sommer hinein nicht so recht mit dem während der Jahre nach dem Kriege geschaffenen, gelegentlich bedarfsgerecht hingebogenen und natürlich ideologisch passend gemachten Geschichtsbild der DDR zu decken, und man tat alles, um diese Ereignisse gar nicht weiter bekannt werden zu lassen.

Aber warum eigentlich? – Worüber wollte man da nicht reden?

Eine Möglichkeit der Erklärung und Deutung aller dieser seltsamen Begebenheiten besteht darin, dass den im Erzgebirge befindlichen Verbänden der Roten Armee höheren Ortes befohlen wurde, sich wie beschrieben zu verhalten, um alle Aufmerksamkeit der Amerikaner gegenüber dem Gebiet um Schwarzenberg auf der geringsten nur möglichen Stufe zu halten. Keinesfalls wollte man durch irgendwelche spektakuläre Handlungen ein immerhin zu vermutendes (und von russischer Seite möglicherweise sogar unterstelltes) Interesse der Amerikaner an diesem Territorium sowohl provozieren als auch anfachen.

Offenbar konnte man sich auf russischer Seite gar nicht so recht vorstellen, dass sich die Amerikaner nicht über die Dinge bewusst waren, welche im dortigen Boden ihrer endgültigen Entdeckung harrten, ja, dass sie nicht einmal Anstalten machten, sich davon Kenntnisse zu verschaffen.

Die hektischen Aktivitäten Churchills während der letzten Kriegsphase in Bezug auf eine Ignorierung der bereits ausge-

handelten Grenzen späterer deutscher Besatzungszonen durch westalliierte Streitkräfte dürften den gegenüber ihren englischen und amerikanischen Verbündeten stets äußerst misstrauischen Russen bestimmt nicht verborgen geblieben sein.

Für sie galt es, um jeden Preis zu verhindern, dass Churchills diesbezügliche Vorstellungen in die Tat umgesetzt werden und sie waren daher entschlossen, zumindest auf deutschem Boden den westlichen Alliierten auch nicht den kleinsten Anlass zum Versuch einer nachträglichen Revision der Grenzen von bereits vor dem Kriegsende gemeinsam vereinbarten Besatzungsgebieten einzuräumen.

Und überdies: Die bereits stattgefundenen alliierten Verhandlungen über Aufteilung und Abgrenzung der späteren Besatzungsgebiete Deutschlands hatten ja erst einmal ergeben, dass nicht nur der Schwarzenberger Kreis, sondern auch noch das ganze Thüringen schon nach wenigen Wochen der russischen Zone zufallen würde.

Die Zeit, so kalkulierten die Russen, würde also in jedem Fall für sie arbeiten, und so entschlossen sie sich, noch einige Wochen zu warten.

An die praktische Überprüfung ihrer Vermutungen und Hoffnungen betreffs der dort lagernden Uranvorräte wollten sie sich erst nach dem Eintreten endgültiger Tatsachen machen, das schien ihnen wohl sicherer.

Ungeachtet aller zwischen den „Großen Drei" geschlossenen Abkommen und Vereinbarungen blieben die Russen überaus misstrauisch und wollten die dabei besprochenen und abgestimmten Übereinkünfte zunächst erst einmal erfüllt sehen. Auf keinen Fall wollten sie durch irgendwelche vorschnelle Aktivitäten die tatsächlichen Gründe ihres Interesses an diesen Gebieten offengelegt sehen.

Und im Übrigen – es befanden sich ja auch in ihren Händen noch eine ganze Reihe Objekte amerikanischer und britischer Begehrlichkeiten...

Welche unüberschaubaren Verwicklungen sich jedoch ergeben könnten, sollten die Amerikaner vielleicht doch feststellen, dass sie mit ihren Armeestiefeln auf dem genau genommen begehrtesten Rohstoff dieser Zeit sozusagen einfach achtlos herumtraten, ohne auch nur die geringste Ahnung von seiner Existenz zu haben, wollten sich Stalins Verantwortliche für die Jagd nach dem deutschen Uran aus wohl durchaus verständlichen Gründen lieber nicht vorstellen.

In diesem Zusammenhang erstaunt es wiederum auf das Höchste, dass sich die Amerikaner wie auch die Engländer nicht bereits im Vorhinein Kenntnis über die in deutschem Boden lagernden Bodenschätze und in diesem Zusammenhang auch die erzgebirgischen und thüringischen Uranvorräte verschafft haben. Anlässe und Gelegenheiten dazu bestanden auch für sie in überaus reichem Ausmaß.

Schließlich war der Beginn ihrer Arbeit an einer Kernwaffe nicht zuletzt von der Sorge bestimmt, dass Hitler im Begriffe war, sich die Bombe ebenfalls und möglicherweise sogar vor ihnen zu verschaffen – und dass dafür Uran gebraucht wurde, lag ja wohl schon aus der eigenen Erfahrung heraus auf der Hand.

Doch niemand auf amerikanischer und englischer Seite, nicht einmal der englische Geheimdienst interessierte sich ernsthaft dafür, wo denn die Deutschen das Uran für ihre eigenen Arbeiten zur Konstruktion und der sich dann anschließenden Herstellung der Bombe eigentlich hergenommen hätten. Dieses Problem schien für die an den deutschen Arbeiten zur Entwicklung von Nuklearwaffen so hochinteressierten westlichen Alliierten gar nicht zu existieren.

Die im Jahre 1940 durch Hitlers Truppen eingebrachte recht umfangreiche Kriegsbeute an französischem und belgischem Uran belief sich zwar auf eine recht beachtliche Menge, deren Umfang außerdem Amerikanern und Engländern auch durchaus bekannt gewesen sein dürfte.

Aber sie wäre nicht ausreichend für eine den alliierten Sieg gefährdende Produktion von Kernwaffen gewesen; und es ist

wohl ohne weiteres zu unterstellen, dass man sich über diesen Sachstand auch auf westalliierter Seite vollkommen klar war.

Und das alles geschah, obwohl sie während all der Jahre ihrer Arbeit am Manhattan-Projekt auch mit einer deutschen Kernwaffenentwicklung rechnen mussten und dann noch während der letzten Jahre des Krieges nichts unversucht ließen, den mit ihnen gemeinsam gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Russen eine eigene Entwicklung von Kernwaffen unmöglich zu machen.

Mit diesem Vergleich und der Untersuchung sowjetischer und amerikanischer Positionen im südlichen Mitteldeutschland bei Kriegsende und in der unmittelbar darauf folgenden Zeit soll jedoch keineswegs behauptet werden, den Russen wäre bereits vor der Besetzung dieser Gebiete vollständig und bis in alle Einzelheiten hinein bekannt gewesen, welchen Umfang die im sächsischen Erzgebirge und später auch in Thüringen vorgefundenen Uranlagerstätten tatsächlich besaßen. Jedoch ist die Annahme, dass Stalins Uranspürtrupps über gute und handfeste Gründe verfügten, dem sächsischen und böhmischen Erzgebirge ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen, als durchaus gesichert anzunehmen, da sie mit einer ganzen Reihe von Indizien und Hinweisen unterstützt werden konnte.

Alles das stellte sich erst bei nachfolgend vorgenommenen Untersuchungen und mit dem Beginn von Erkundungs- und Erschließungsmaßnahmen und schließlich gezielter Bergbaumaßnahmen heraus.

Doch deuteten, wie bereits im Vorigen erwähnt, eine ganze Reihe von Indizien und Hinweisen, zum Teil schon seit sehr langer Zeit, auf Lagerstätten radioaktiven Materials nicht nur im sächsischen Erzgebirge hin, und es ist anzunehmen, dass russische Montanfachleute darüber schon seit längerer Zeit Bescheid wussten und dass diese Vorräte bereits seit längerer Zeit, zunächst völlig unabhängig von ihrem sich später zeigenden respektablen Umfang, ihre Aufmerksamkeit erregten.

Vor allem der die Arbeit der russischen Kernforschung so extrem behindernde Mangel an spaltfähigem Material dürfte das Interesse und die Bestrebungen der Russen angeregt haben, auch kleine, scheinbar unbedeutende Vorräte und Lagerstätten zu untersuchen und, wenn nur irgend machbar, auch auszubeuten; und das Erzgebirge, mit seiner jahrhundertelangen Bergbautradition- und Erfahrung schien ihnen die besten Voraussetzungen dafür zu bieten.

Der Druck, unter dem die russischen Aktivitäten zur Schaffung von Kernwaffen standen, war angesichts des amerikanischen Monopols an dieser Waffe ungeheuerlich und er veranlasste Stalins Physikerteam unter Professor Kurtschatow, nach buchstäblich jeder Möglichkeit zu greifen, die eine schnelle Beschaffung von Uranerz versprach.

Diese Haltung beweist sich letztlich auch daraus, dass man ebenfalls noch im Jahre 1945 umgehend daran ging, auch die vergleichsweise geringen Vorräte in den bulgarischen Bergen und im Riesengebirge zu fördern.

Da Stalin seinen westlichen Verbündeten jedoch alles andere als Vertrauen entgegenbrachte und daher die zu den Territorien der alliierten Besatzungszonen getroffenen Vereinbarungen zunächst erst erfüllt sehen wollte, um ihnen auch Glauben schenken zu können, scheint es durchaus erklärlich, warum er seine Truppen von der sofortigen Übernahme dieser wenigen Quadratkilometer Erzgebirgslandschaft um Schwarzenberg erst einmal zurückhielt.

Darüber hinaus hielt er zu dieser Zeit als Verhandlungsobjekt noch das allein von seinen Soldaten eroberte Berlin in seinen Händen – und dort wollten die Amerikaner und Engländer ja ebenfalls hin...

Gemäß der zwischen den Stäben der alliierten Truppen getroffenen Vereinbarungen über das Vordringen ihrer Verbände bis zu ihrem Zusammentreffen auf deutschem Boden hätten die Russen das Schwarzenberger Gebiet auch noch in den ers-

ten Tagen nach der deutschen Kapitulation durchaus besetzen können – allerdings fürchteten sie offenbar das aufkommende Interesse und die Aufmerksamkeit der Amerikaner um Ursachen und Hintergründe eines solchen Schrittes und beschlossen daher lieber, ihn noch für einige Zeit zu verzögern.

Sie wussten ja, dass die Zeit für sie arbeiten würde, alle Vereinbarungen der Alliierten zur Aufteilung der Besatzungszonen waren bereits unterschrieben und gültig.

Und außerdem hofften man seitens der Russen ja nicht nur in der Schwarzenberger Gegend fündig zu werden, sondern auch noch weiter westlich und südlich davon, auf tschechischem Gebiet in der Gegend von Joachimsthal, doch dort saßen zu dieser Zeit ja auch noch die Amerikaner.

Ausgehend von ihren eigenen Interessen unterstellten sie ihren Verbündeten von jenseits des Atlantik und des Kanals von Dover ein ebenso großes Interesse an den Dingen, die sie in den felsigen Gründen des westlichen Erzgebirges vermuteten, wie sie es selbst hegten, und so entschieden sie sich für eine zunächst abwartende Haltung – die Amerikaner wunderten sich wahrscheinlich darüber, sahen allerdings (zur großen Zufriedenheit der Russen) keinerlei Anlass zu näheren Überlegungen, um deren tatsächliche Hintergründe heraus zu finden.

Im Übrigen dürfte den Russen bei Kriegsende in Deutschland schon einige Zeitlang bekannt gewesen sein, auf welchen Erwägungen die immer intensiver werdende Jagd der Amerikaner nach deutschen Nukleargeheimnissen, den damit in Verbindung stehenden materiellen Voraussetzungen und nicht zuletzt auch auf die an ihnen beteiligten Wissenschaftler und Techniker basierte.

Die äußerst unangenehme und frustrierende Erfahrung der noch kurz vor Kriegsende und gewissermaßen vor ihren Augen erfolgten methodischen Zerstörung der Oranienburger Auer-Werke durch die US Air Force dürfte die Russen in ihren nicht nur den Schwarzenberger Kreis, sondern das gesamte Westerzgebirge betreffenden Überlegungen und Hoffnungen nicht unwesentlich bestärkt haben...

Denn es ist darüber hinaus außerdem noch durchaus möglich, dass Stalins Technologiekommandos bei ihren sofort nach der Übernahme des sächsischen Osterzgebirges einsetzenden Recherchen in der Freiberger Bergakademie und den sächsischen Bergbehörden auf wesentlich weiterreichende und umfassendere Angaben zu den Uranlagerstätten des westlichen Erzgebirges gestoßen sind – denn bereits Ende 1943 hatte Igor Kurtschatow in einer Stellungnahme gegenüber dem militärischen Geheimdienst Informationen zu deutschen Uranlagerstätten und ihrem Fördervermögen angefordert.

Man kann wohl davon ausgehen, dass dieses Ansuchen auch nach dem Ende des Krieges in aller Breite sowie auch planmäßig weiterverfolgt wurde und sein Inhalt sowie auch seine Resultate präzisiert worden sind.

Für eine lange Zeit bestand zwischen Militärs und Politikern und später auch Historikern auf westlicher wie auch auf östlicher Seite eine gewisse Einmütigkeit in ihren Ansichten darüber, dass Hitlerdeutschland bei Eintritt des Kriegsendes noch um ein bis zwei Jahre von der Fertigstellung einer Kernwaffe entfernt war.

Diese Ansicht wurde (merkwürdigerweise) auch von hochrangigen deutschen Kernphysikern vertreten und unterstützt: Die mit der Entwicklung, der Konstruktion und schließlich der Herstellung von Nuklearwaffen auftretenden Probleme seien (glücklicherweise) nicht zu lösen gewesen, so dass den europäischen Völkern und damit nicht zuletzt auch dem deutschen Volk während des II. Weltkrieges der militärische Einsatz von Atombomben einschließlich aller sich daraus ergebenden entsetzlichen Folgen erspart geblieben ist.

Diese Sichtweise blieb während des Kalten Krieges auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhanges“ eine fest etablierte Lehrmeinung und wurde über all diese Zeit hinweg in einer Vielzahl von Publikationen aller Art verkündet. Sonderbarerweise erklärte nach Kriegsende auch eine ganze Reihe der in Hitlerdeutschland an der Entwicklung von Nuklearwaffen beteiligten Wissenschaftler und Techniker, dass ein von den Alliierten befürchteter Einsatz deutscher Kernwaffen grundlos gewesen sei. Die Entwicklung und die Konstruktion dieser Waffe sowie auch für ihren Einsatz geeigneter Trägermittel seien lange noch nicht beendet gewesen und es hätte noch der Zeit von ein bis zwei Jahren bedurft, um sie abzuschließen...

Die Waffentests von Ohrdruf und auf Rügen stehen diesen Erklärungen jedoch entgegen.

Selbst Mitglieder der Naziführung, wie zum Beispiel Albert Speer, der, wie man annehmen darf, als Hitlers Rüstungsminister während der zweiten Hälfte des Krieges über alle deutschen Waffenentwicklungen sowie auch über den tatsächlichen Stand

der Entwicklung von Kernwaffen und aller damit zusammenhängenden Forschungen in vollem Umfange informiert war, schreibt in seinen in den sechziger Jahren veröffentlichten Memoiren, dass Hitlerdeutschland bei Kriegsschluss noch weit von der Schaffung einer Kernwaffe entfernt war und behauptet sogar, dass die Arbeiten an deren Entwicklung und auch der einer „Uranmaschine“ (Kernreaktor) bereits im Jahre 1942 weitestgehend aufgegeben wurden. Diese Angaben halten keiner ernsthaften Überprüfung stand.

Von Albert Speer sind noch kurz vor dem Ende des Krieges Äußerungen bekannt geworden, die sich eindeutig auf noch immer vorangetriebene Arbeiten an Kernwaffen, ihre Herstellung und nicht zuletzt ihre vernichtende Wirkung beziehen. Bis hinein in die letzten Tage von Hitlers untergehendem Reich wurde durch mehrere Gruppen von Wissenschaftlern und Technikern die Arbeit an Kernwaffen in der Hoffnung auf eine mit ihrem Einsatz zu erzwingende Kriegswende vorangetrieben; soviel ist aus einer ganzen Reihe zweifelsfreier historischer Quellen rückzuschließen.

Völlig unklar bleibt allerdings, weshalb sich Albert Speer in seinem vielgelesenen Buch „Erinnerungen“, welches nach seiner Haftentlassung aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis erschienen ist, zu diesem Thema nicht oder nur höchst unzureichend äußert.

Unklar bleibt auch, weshalb von der Geschichtsbetrachtung sowohl von östlicher wie auch westlicher Seite der einstigen Alliierten während der dem Krieg folgenden Jahrzehnte bis in die späten achtziger Jahre hinein das so brisante Thema der Bestrebungen Hitlerdeutschlands, sich Kernwaffen zu verschaffen, nicht oder nur mit einer eher beiläufigen Oberflächlichkeit behandelt wurde. Was sollte mit einer derartigen Weise des Herangehens an dieses Thema verschleiert werden?

In einer ganzen Reihe von erst in den Jahren nach 1990 erschienenen Publikationen wird von nicht wenigen Autoren der Beweis erbracht, dass von deutscher Seite bis in die letzten

Wochen des Krieges hinein mit Verbissenheit und großer Eile an Nuklearwaffen gearbeitet wurde und dass erste Modelle derartiger Waffen zum Teil bereits noch Monate vor Kriegsende getestet wurden.

Diese Beweise sind durch kernphysikalische Untersuchungen durch das Bundesamt für Strahlenschutz an den Orten dieser Waffentests untermauert und belegt worden und gelten als gesichert. Ferner existieren noch heute Zeugen der im thüringischen Ohrdruf im März 1945 und auf der Ostseeinsel Rügen im Oktober 1944 stattgefundenen Kernexplosionen.

Zudem wurde das Territorium des Ohrdrufer Truppenübungsplatzes und des auf ihm errichteten Konzentrationslagers nur wenige Wochen nach diesem Waffentest durch amerikanische Truppen in Besitz genommen, die auf jeden Fall noch deutliche Spuren dieses Ereignisses vorgefunden haben müssen. Von überlebenden Augenzeugen unter den dort nun befreiten Häftlingen und Kriegsgefangenen sowie auch unter der im Umfeld ansässigen deutschen Zivilbevölkerung gar nicht erst zu reden...

Die gleichen Annahmen und Vermutungen gelten natürlich auch für die nur etwa ein Vierteljahr später, im Sommer 1945, in Thüringen einrückenden Russen, die sich aus nahe liegenden und bereits in vorangegangenen Kapiteln dargestellten Gründen ebenso wie die Amerikaner für alle nur möglichen Aktivitäten und Voraussetzungen der deutschen Kernwaffenentwicklung interessierten. Und auch der im Oktober 1944 im Nordwesten der Insel Rügen stattgefundene Nuklearversuch dürfte ihr ungeteiltes Interesse hervorgerufen haben, zumal sie dieses Territorium Deutschlands als erste alliierte Truppen betreten haben.

Nur haben sie, die Russen wie auch die Amerikaner, in der dem II. Weltkrieg folgenden Zeit nie über alle diese so bedrohlichen Ereignisse gesprochen.

Auch in der in den ersten Nachkriegsjahrzehnten erschienenen äußerst zahlreichen Literatur und anderen Publikationen zur Historie des Zweiten Weltkrieges von westlicher wie auch östlicher Seite erfuhr der besorgniserregend hohe Stand der Kern-

waffenentwicklung Hitlerdeutschlands weder Erwähnung noch Einschätzung. Auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhanges" wurde in der Nachkriegszeit die unheimliche Gefahr eines noch in der letzten Kriegsphase erfolgenden Nuklearwaffeneinsatzes durch das verzweifelt um seine Existenz kämpfende Hitlerdeutschland entweder verschwiegen oder nicht in seinen tatsächlichen Dimensionen dargestellt.

Über die Gründe und Ursachen solchen Verhaltens wird von Historikern aller Art bis in die heutige Zeit hinein spekuliert...

Die Orte, an denen die erwähnten Erprobungen stattfanden, sind nur kurze Zeit später von amerikanischen beziehungsweise sowjetischen Truppen erreicht, besetzt und untersucht worden. Doch über die Ergebnisse der dort von ihnen mit Sicherheit vorgenommenen Untersuchungen der einzelnen Testgelände ist nie etwas bekannt geworden... Weder die Russen noch die Amerikaner haben sich da in irgendeiner Weise geäußert, auch nicht nach dem Ende des „Kalten Krieges". Obwohl beide Mächte zur Zeit des Kriegsendes für jede nur denkbare Aktivität der deutschen Kernwaffenentwicklung sowie auch deren geistiger Väter allergrößtes Interesse aufbrachten, unterblieb jede öffentliche Stellungnahme zu diesen Waffentests und dem sich daraus herleitenden Stand der Kernwaffenentwicklungen Hitlerdeutschlands. Mit diesem bis heute nur schwer zu begreifenden Verhalten war einer nachträglichen Legendenbildung um all diese Ereignisse Tür und Tor geöffnet.

Unverständlich bleibt auch, dass die im sächsischen Erzgebirge und damit auf deutschem Kerngebiet lagernden Uranerzvorräte durch die Verantwortlichen für die Waffenentwicklung in Hitlerdeutschland eine nur geringe Beachtung erfuhren und sich während der Nazizeit kaum wirkliches Interesse auf die im Erzgebirge lagernden Uranerzvorräte richtete.

Obwohl nahezu zeitgleich mit Otto Hahns epochaler Entdeckung auch die militärischen Möglichkeiten der Kernspaltung aufgezeigt wurden, unterblieben auf deutscher Seite alle Bestrebungen, das Material, aus dem die Bombe zu bauen war, im

eigenen Lande zu gewinnen. Ein Schweigegebot über den Stand aller kernphysikalischen Forschungsarbeiten sowie ein Exportverbot für Uranerze war alles, wozu man sich seitens der Führung Hitlerdeutschlands entschlossen hatte.

Doch allein schon die letztgenannten Maßnahmen Hitlerdeutschlands genügten, um die in der übrigen Welt an kernphysikalischen Problemen arbeitenden Wissenschaftler und Techniker auf das Äußerste zu alarmieren.

Die große Gefahr, dass sich ein Psychopath wie Hitler Kernwaffen verschaffen könnte, um mittels ihrer der Welt seinen verbrecherischen Willen aufzuzwingen, wurde schon relativ früh erkannt. Diese Erkenntnis führte schließlich in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Aufnahme des Manhattan-Projektes und letztendlich auch zu der dann im Laufe des Krieges getroffenen Entscheidung der Alliierten, der Zerschlagung Hitlerdeutschlands den Vorrang einzuräumen und erst danach die Niederlage Japans herbeizuführen.

Der alliierte Entschluss, in dieser Reihenfolge gegen die Achsenmächte vorzugehen, wurde von der tiefen und durchaus begründeten Sorge vor einem Einsatz deutscher Kernwaffen diktiert.

Die den Alliierten so unverständliche Nachlässigkeit, mit der man in Nazideutschland noch vor der Auslösung des II. Weltkrieges die Gewinnung von Uran aus dem Aufkommen des eigenen Landes unterließ, wurde schließlich zu einer der Ursachen, weshalb die Amerikaner nach ihrer militärischen Inbesitznahme des westlichen Erzgebirges im Frühjahr 1945 keinen Verdacht auf die dort ruhenden Uranvorräte entwickelten. Da die Deutschen in dieser Hinsicht nichts unternommen hatten, sahen allem Anscheine nach auch sie keinen Grund, auch nur Recherchen anzustellen. Allerdings verfügten die Russen zu dieser Zeit offenbar bereits über wesentlich genauere Angaben zu den im sächsischen und böhmischen Erzgebirge lagernden Vorkommen von Uranerz und besaßen allein schon mit diesen Kenntnissen einen wichtigen Vorteil gegenüber ihren westlichen Verbündeten.

Außerdem scheint, dass es während aller Arbeiten an einer Kernwaffe in Hitlerdeutschland keinem westlichen Geheimdienst gelungen ist, in den streng abgeschirmten Kreis derer einzudringen, welche mit diesen Dingen beschäftigt waren – von Seiten der Russen dürfte die Lage in diesem Punkte um Einiges anders gewesen sein…

Die in einem der folgenden Kapitel erwähnten Arbeiten des Freiberger Geologen Friedrich Wernicke zu Vermutungen wesentlich größerer Vorräte von Pechblende im Erzgebirge wurden mit Gewissheit von der gegen Ende der dreißiger Jahre staatlich verordneten Geheimhaltung um alle die Kernforschung und das Uran betreffenden Dinge erfasst und entgingen damit aller Aufmerksamkeit.

Wobei allerdings kaum anzunehmen ist, dass sie von deutscher Seite vergessen oder nicht ernst genommen worden sind, und es ist durchaus zu vermuten, dass sich die Verantwortlichen in Hitlerdeutschland dieser Lagerstätten sehr wohl bewusst waren und sie auch auf längere Sicht auszubeuten vorhatten.

Die Niederlage Hitlerdeutschlands vereitelte schließlich alle diesbezüglichen Pläne und Vorstellungen. Die noch kurz vor Kriegsbeginn von Friedrich Wernicke erarbeiteten Unterlagen dürften sich bei Eintritt der deutschen Kapitulation in Freiberger Archiven befunden haben und dieses Gebiet Sachsens wurde noch vor Kriegsende zuerst von russischen Truppen erreicht.

Die ständig wachsenden militärischen, technischen und ökonomischen Probleme während der Kriegsjahre in Deutschland verhinderten jedoch die Gewinnung der im Erzgebirge vermuteten und vorhandenen Vorräte an Uranerzen und erst recht einen Aufbau der so ungeheuer komplizierten und äußerst aufwendigen Einrichtungen von Aufbereitungsanlagen zur Schaffung spaltfähigen, das heißt bombenfähigen Materials.

Andererseits besaßen die Deutschen ja schon seit Kriegsbeginn einige tausend Tonnen bereits aufbereiteten Uranerzes aus den von ihnen in Frankreich und Belgien in die Hände gefallenen Beutebeständen, die sich zunächst als vollkommen ausreichend

für eine Grundlagenforschung und eine Reihe von Experimenten erweisen sollten, so dass auch aus diesem Grunde für sie zumindest vorläufig kein dringender Anlass zur Aufnahme einer Uranerzförderung bestand; die Menge des im Zuge des Westfeldzuges von 1940 erbeuteten Uranmaterials hätte Hitlerdeutschland auch die Herstellung einer gewissen Anzahl von Kernladungen erlaubt.

Mit dem Auffinden von mehr als tausend Tonnen bereits angereichertem Uranerz durch amerikanische Truppen bei Kriegsende in Stassfurt, welches noch der von der deutschen Wehrmacht in Belgien und Frankreich gemachten Beute entstammte, wird diese Annahme noch um ein weiteres Mal bestätigt.

Bei näherer und eingehenderer Betrachtung all dieser sich um das Kriegsende und die Zeit bis zum endgültigen Bezug der alliierten Besatzungszonen und Einflussgebiete in Deutschland und seinen Nachbarländern abspielenden Ereignisse drängt sich die Vermutung auf, dass, gleichlaufend mit der Übernahme der theoretischen und praktischen Ergebnisse der deutschen Bemühungen zur Entwicklung und Konstruktion von Kernwaffen durch die siegreichen Alliierten, unbeabsichtigt eine Art gegenseitigen Übereinkommens zu völligem Stillschweigen über Wert, Umfang und schließlich auch die Bedeutung der dabei eingesammelten Beute eingetreten ist.

Die amerikanische Seite war bemüht, den konkurrierenden Russen nichts zu überlassen, was denen auf ihrem Wege zur Bombe in irgendeiner Weise hilfreich sein konnte, und die Russen unternahmen zur gleichen Zeit alles nur Denkbare, um die Amerikaner sowohl von den von ihnen im Erzgebirge erhofften und vermuteten Uranlagerstätten sowie auch vom Stand ihrer eigenen Arbeiten an Nuklearwaffen nichts erfahren oder auch nur vermuten zu lassen.

Trotzdem müsste Amerikanern wie auch Russen spätestens während der letzten Kriegsphase und mit der nun erlangten Kenntnis vom tatsächlichen Stand der deutschen Atomwaffenentwicklung auch unabhängig voneinander durchaus deutlich

geworden sein, dass man in der letzten Phase des europäischen Krieges nur knapp an einem Einsatz von Kernwaffen durch die deutsche Seite vorbeigeschrammt war...

Möglicherweise ist auch in der unabhängig voneinander erlangten, aber doch gemeinsamen Erfahrung dieses gerade noch glücklich vermiedenen Schreckensszenarios zumindest eine der Ursachen für das jahrzehntelange Schweigen sowohl der westlichen wie auch der östlichen Seite um den damals erreichten Stand der Nuklearwaffenentwicklungen Hitlerdeutschlands zu suchen.

Neues Berggeschrey

Im Monat Juli 1945 bezogen die drei Siegermächte des II. Weltkrieges ihre endgültigen Besatzungszonen in Deutschland, amerikanische und britische Streitkräfte räumten von ihnen während der Kämpfe im Frühjahr 1945 eroberte Gebiete Mitteldeutschlands und überließen sie vertragsgemäß sowjetischen Truppen. Zu den Territorien, welche damals den militärischen Besitzer wechselten, gehörten ganz Thüringen sowie die westlichen Teile von Sachsen bis zur Zwickauer und der vereinigten Mulde, einige Gebiete Sachsen-Anhalts sowie auch Mecklenburgs.

Im Gegenzug besetzten zum gleichen Zeitpunkt amerikanische, britische Verbände und später auch französische Truppen die ihnen von Stalin überlassenen Teile von Berlin.

Jede der alliierten Besatzungsmächte richtete sich in den ihnen zugewiesenen Zonen für eine lange, vorläufig nicht abzusehende Zeit ein – im Sommer des Jahres 1945 wusste noch niemand, über wie viele Jahre sie sich einmal erstrecken sollte.

Auch die ebenso kurze wie auch historisch aus einer ganzen Reihe von Gründen so interessante Existenz der „Freien Republik Schwarzenberg" erlosch mit der endgültigen Einnahme der deutschen Besatzungsgebiete durch die Alliierten im Juli 1945.

Das Territorium des Schwarzenberger Kreises wurde von Stalins Truppen übernommen. Verschüchtert und unterwürfig wie überall in Deutschland nahm die deutsche Bevölkerung nun auch im Schwarzenberger Gebiet die Machtübernahme des fremden Militärs hin und nur allzu viele ihrer Angehörigen wurden niemals müde, ihren nun neuen Herren bei jeder nur denkbaren Gelegenheit immer wieder zu versichern, mit den Nazis doch eigentlich gar nichts zu tun gehabt zu haben und nur gezwungenermaßen an all dem beteiligt gewesen zu sein, was sie angerichtet hatten...

Innerhalb einer staunenswert kurzen Frist war den meisten von ihnen völlig entfallen, dass sie nur wenige Jahre zuvor nahezu

alle Lebensäußerungen ihrer einstigen braunen Herren und Gebieter nicht nur willen- und kritiklos hingenommen, sondern auch noch mit wildem, frenetischem Heilgebrüll sowie auch allen übrigen Attributen größter Begeisterung begrüßt hatten. Nun plötzlich wollte es keiner gewesen sein oder gewollt haben...

Nahezu alle sahen sich als vollkommen schuldlos an auch in ihrem Namen begangenen scheußlichsten Verbrechen und waren emsig bemüht, alles das zu verdrängen, was der vor Entsetzen noch immer unter Schock stehenden Welt in ihrem Namen, unter ihrer stillschweigenden Duldung und leider nicht zuletzt auch mit ihrer aktiven Mitwirkung angetan wurde.

Das Ende des Krieges lag erst wenige Tage zurück, als die erste hochrangige Kommission sowjetischer Geologen in das erzgebirgische Freiberg kam und Einsicht in die Unterlagen der sächsischen Bergbehörden und in die Archive der Bergakademie forderte. Zur gleichen Zeit erfolgten Befragungen von Bergbaufachleuten und Gelehrten der Freiberger Bergakademie durch eine ganze Reihe von NKWD- Beauftragten und Geologengruppen.

Bereits wenige Wochen nach der endgültigen Festlegung und Übernahme der einzelnen Besatzungszonen durch die Alliierten kam es in der sowjetischen Zone unter der Verantwortung des NKWD zur Gründung einer Erzerkundungskommission, deren praktische Arbeit bereits Anfang September 1945 aufgenommen wurde; mit ihrer Leitung und Koordinierung wurde Professor Dr. S. P. Alexandrow beauftragt.

Im völligen Gegensatz zu den bis in den Juli hinein noch im westlichen Erzgebirge anwesenden Amerikanern schienen die Russen allerdings bereits vom ersten Augenblick ihres Auftretens im östlichen Erzgebirge an Nägel mit Köpfen machen zu wollen.

Von Anfang an verfolgten sie festumrissene Ziele gemäß einer offenbar schon einige Zeit zuvor erstellten Planung. Nahezu zeitgleich mit ihrem Erscheinen in den westerzgebirgischen Gebieten, nur wenige Wochen später, begannen sie mit eindeutigen

Aktivitäten zur Suche, Lokalisierung und Erschließung vermuteter Uranlagerstätten.

Zur Verschleierung der eigentlichen Ziele dieser ersten Recherchen und Erkundungen wurde angegeben, nach Lagerstätten von Zinn, Kobalt und Wismut zu forschen...

Und es ist anzunehmen, dass man zunächst mit einer erneuten Bestandsaufnahme und Untersuchung bereits vorhandener, zum Teil längst aufgegebener, aber auch noch in Betrieb befindlicher Minen und Schächte begann.

Im Zuge dieser Maßnahmen wurden auch die teils jahrhundertealten Halden und Hinterlassenschaften schon lange stillgelegter und bis weit in die Historie des erzgebirgischen Bergbaues zurückreichender Förderstätten auf dort abgelagertes strahlendes Material untersucht.

Alle diese Unternehmungen waren bereits während ihrer Anfänge nicht wirklich geheim zu halten, dafür wandten sich die Russen an einen zu großen Kreis von Bergbaufachleuten, Geologen und Bergleuten; außerdem fanden alle diese Dinge in aller Öffentlichkeit und vor Augen aller Leute statt.

Für welche Dinge sich die russischen Geologen und Suchtrupps wirklich interessierten, wurde spätestens dann ruchbar, als der Direktor des Geologischen Instituts der Freiberger Bergakademie, Professor Dr. F. Schumacher, zusammen mit seinem Fachkollegen Professor Dr. G. Aeckerlein noch im Spätsommer 1945 von der Sowjetischen Besatzungsmacht den Auftrag erhielten, eine erste Erhebung zu Möglichkeiten und Perspektiven für die Gewinnung von Uranerzen im Gebiet des Erzgebirges aufzustellen.

Diese Unterlagen wurden von den beiden Experten offenbar in allergrößter Eile zusammengetragen, denn bereits Anfang Oktober 1945 wurden sie fertig gestellt und der russischen Kommission unter Prof. Dr. Alexandrow übergeben. Sie dürften allerdings kaum vollständige und vor allen Dingen noch keine aktuellen Angaben über zu erwartende Lagerstätten beinhaltet haben.

Der sehr kurze Zeitraum bis zur Übergabe dieser Unterlagen an die russischen Bergbaufachleute lässt den überaus nahe lie-

genden Schluss zu, dass zu ihrer Vorbereitung keinerlei gründliche Feldforschung getrieben werden konnte – wofür natürlich zu damaliger Zeit und unter den bestehenden Umständen eine ganze Reihe durchaus verständlicher Gründe in Frage käme...

Aus diesen mit großer Hast zusammengestellten Erhebungen ging hervor, dass die besten Möglichkeiten, auf Uranerze zu stoßen, in der Gegend um Johanngeorgenstadt vorgefunden würden, die zu erwartende Ausbeute sei mit 80 – 90 Tonnen U3O8 zu beziffern...

Wobei sich diese Angaben immerhin auf die Menge bereits aufbereiteten Erzes bezogen.

Erstaunlicherweise wurde in diesen Unterlagen in keiner Weise der „Markus Semmler"-Stollen im Gebiet von Schneeberg erwähnt, in dessen Bereich eine schon seit sehr langer Zeit bekannte und bis zu 45 cm mächtige Ader von Pechblende verläuft.

Diese Schätzungen beliefen sich zwar auf mehr als das Zehnfache der bisher in den dortigen Schächten erzielten Ausbeute, was jedoch noch immer bei weitem nicht dafür ausreichend war, was die Sowjets damit vorhatten.

Außerdem lässt sich aus dem sehr kurzem Zeitraum für die Aufstellung dieser Unterlagen schließen, dass die beiden Freiberger Professoren dabei einzig auf bereits bekannte und schon einige Jahrzehnte zurückliegende Angaben zurückgegriffen haben und die zudem noch aus Zeiten stammten, während derer man sich mangels lukrativer Verwendungsmöglichkeiten für das Uran des Erzgebirges noch nicht allzu sehr interessierte. Wie all dem auch sei – die Angehörigen der russischen Geologenkommission werden sich bei der Überprüfung und Auswertung dieser Unterlagen gewiss ihren Teil gedacht haben. Denn es hat bis dahin erstaunlicherweise im Erzgebirge kaum eine wirklich gezielte Suche nach Lagerstätten von Uranerz stattgefunden, selbst die Nazis haben während des Krieges kein so großes Interesse an den westsächsischen Uranlagern gezeigt, um sich auch nur einen exakten Überblick der dort vorhandenen Vorräte zu verschaffen.

Über die tatsächlichen Gründe dieser Unterlassung können heute wohl nur noch Vermutungen angestellt werden. Fest steht, dass während des Nuklearprogramms Hitlerdeutschlands sowohl durch den sogenannten Uranverein um Otto Hahn und Heisenberg als auch von den Entwicklungseinrichtungen des Heereswaffenamtes und des Marinewaffenamtes erstaunlicherweise kaum nennenswerte Aktivitäten zu einer Gewinnung des Bombenrohstoffs im eigenen Land unternommen wurden. Über die Gründe und Hintergründe dieser Unterlassung ist, wie bereits erwähnt, bis heute nichts Genaueres bekannt geworden...

Man verließ sich, wie bereits erwähnt, auf die im Kriege von 1940 in Belgien und Frankreich erbeuteten Vorräte der Union Miniere, welche für ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm ja auch durchaus ausreichend waren.

Selbst für die Herstellung einer gewissen Menge von Kernsprengsätzen hätten diese noch in der ersten Kriegsphase erbeuteten Bestände ausgereicht – zum großen Glück für uns alle ist es dazu nicht mehr gekommen.

Die Zusammenarbeit der russischen Besatzungsmacht mit Prof. Dr. Schumacher und Prof. Dr. Aeckerlein von der Freiberger Bergakademie ging bereits im Herbst 1946 im Zuge der Entnazifizierung zu Ende.

Allem Anscheine nach trauten die Russen den Angaben der beiden Montanwissenschaftler auch nicht in vollem Maße – was nach Lage der Dinge so kurz nach Kriegsende auch nicht allzu sehr verwundern sollte. Denn zum einen konnte, nur wenige Monate nach dem Ende eines Krieges, wie ihn Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion geführt hatte, von einem wie auch immer gearteten Vertrauensverhältnis der Russen gegenüber deutschen Fachleuten wohl kaum die Rede sein.

Zum anderen ist durchaus denkbar, dass die russischen Geologen und Montanfachleute bereits zu dieser Zeit auf Angaben und Unterlagen zurückgreifen konnten, die ein vollkommen anderes Bild der erzgebirgischen Uranvorkommen erhoffen ließen.

Immerhin hatte in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten eine ganze Anzahl von Bürgern der Sowjetunion an der Freiberger Bergakademie studiert und zumindest einige von ihnen dürften über die Verteilung von Lagerstätten aller nur denkbaren Rohstoffe und Erze im Territorium des sächsischen Erzgebirges profunde und vor allen Dingen recht aktuelle Kenntnisse mit in ihre russische Heimat genommen haben.

Und noch ein Weiteres kommt hinzu: Bis heute gibt es eine ganze Reihe von freilich wenig exakten Angaben, dass sich noch während des Krieges Angehörige des deutschen kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandes gegen die Naziherrschaft gemeinsam mit russischen Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern für die im Boden des Erzgebirges lagernden Erzvorräte aller Art interessiert haben, dazu in konspirativer Weise Angaben sammelten und diese zum Teil bereits lange vor dem Kriegsende dem russischen Geheimdienst übergaben.

Diese allerdings recht vagen und noch dazu mit allerlei Legenden verwobenen Berichte sind zweifellos mit einer gewissen Zurückhaltung zu behandeln.

Sie decken sich aber doch in auffälliger Weise, zumindest was den Zeitraum ihrer Entstehung betrifft, mit der im Jahre 1943 gestellten Forderung Professor Kurtschatows nach Berichten und Angaben zur Urangewinnung und ihren Voraussetzungen in Deutschland und speziell dem sächsisch-böhmischen Erzgebirge...

Die Berichte über das Sammeln und das Studium von neuen und alten, teils bis weit in die Historie des erzgebirgischen Bergbaus zurückreichenden Markscheiderunterlagen und Bergakten durch Angehörige des deutschen Widerstandes gegen Hitler haben bis in unsere Zeit hinein nicht nachgelassen.

Auch dabei ist wiederum erstaunlich, dass es selbst nach dem Ende der DDR noch zu keinen wissenschaftlich fundierten Untersuchungen auf diesem historisch so interessanten Gebiet gekommen ist. Leider tragen nicht wenige Berichte und Angaben aus diesen Jahren den Charakter von Legenden und es ist wohl

höchste Zeit, all diesen Dingen einmal auf den Grund zu gehen, um Erdichtetes von der Realität unterscheiden zu können.

Nicht zuletzt auch aus der dringenden Erwägung heraus, dass es nun, mehr als sechzig Jahre nach Kriegsende, immer weniger derjenigen Menschen werden, die sich dieser Ereignisse und Begebenheiten noch persönlich erinnern können.

Bei näherer Beschäftigung mit dem zweifellos vorhandenen wahren Kern dieser Berichte fällt bereits nach kurzer Betrachtung auf, dass es sich bei denjenigen Leuten, welche sich noch in den Kriegsjahren mit Überlegungen und Nachforschungen zu erzgebirgischen Uranlagerstätten befassten, in der Hauptsache um sozialistisch/kommunistisch orientierte einfache Bergarbeiter gehandelt hat, die im Erzgebirge ansässig waren und in den wenigen, zu dieser Zeit noch betriebenen Schächten und Einrichtungen des Bergbaues arbeiteten.

Und man kann ferner davon ausgehen, dass wahrscheinlich keinem von ihnen bereits von vorn herein auch nur irgendein Zusammenhang zwischen erzgebirgischer Pechblende, dem daraus zu gewinnenden Uran und der Möglichkeit, aus diesem Stoff eine Waffe von ungeheurer, unvorstellbarer Zerstörungskraft herzustellen, auch nur in Umrissen bekannt war.

Dazu fehlten ihnen ganz einfach die erforderlichen Kenntnisse der Nuklearphysik! Über ein derartiges Wissen verfügte in dieser Zeit nur ein kleiner und exklusiver Kreis hochrangiger Wissenschaftler und Techniker, und dieses Wissen wurde im Krieg führenden Hitlerdeutsch-land, wie auch in allen anderen in den Krieg verwickelten Staaten, streng geheim gehalten.

Es stellt sich bei der Untersuchung dieser Geschehnisse also die Frage, wer diesen Leuten die Kenntnis von der Wichtigkeit des Urans verschaffte und aus welchen Gründen er das tat...

Die äußerst minimale Schulbildung, die man der erzgebirgischen Bevölkerung jener Jahre zukommen ließ, war keinesfalls ausreichend, um sich aus dem eigenen Aufkommen ein Bild oder eine Vorstellung nuklearer Prozesse und der dafür erforderlichen Voraussetzungen und Materialien machen zu können.

Hinter diesen Aktivitäten war daher jemand zu vermuten, dem bekannt war, welche Möglichkeiten durch die auch im sächsischen Erzgebirge lagernden Uranvorräte verkörpert wurden. Und es ist wohl kaum anzunehmen, dass es sich dabei um einen einfachen sächsischen Bergmann handelte...

Dieser logische Rückschluss soll allerdings in keiner Weise den Mut und die Integrität derjenigen Menschen schmälern, die in jenen Jahren unter extremer Gefährdung ihrer Sicherheit und ihres Lebens solche Recherchen unternahmen und ihre Ergebnisse den Kriegsgegnern Hitlerdeutschlands zukommen ließen – es waren keineswegs Dummköpfe, sie konnten nur aus der so schmalen, ihnen damals zugebilligten Bildung ganz einfach noch nicht wissen, welche Möglichkeiten das in der Pechblende verborgene Uran verkörperte.

Das Fach Physik war in den Grundschulen der damaligen Zeit auch gar nicht vorgesehen, die Beherrschung der eigenen Sprache und der Grundrechenarten durch die Schülerschaft sowie natürlich auch die Vermittlung detaillierter Kenntnis des Katechismus schien den damals für die Volksbildung Verantwortlichen völlig ausreichend für das „niedere Volk"...

Und selbst darüber hinaus wurde auch an so genannten höheren Bildungsanstalten noch keine Kernphysik, auch nicht ihre Grundlagen gelehrt – diese Wissenschaft war in jener Zeit einfach noch zu neu und jung, um Bestandteil selbst höherer Allgemeinbildung zu werden.

Die Schlussfolgerung, dass ein Sammeln von Daten und Angaben zu Uranvorkommen im Erzgebirge aus dem eigenen Antrieb einer Reihe von illegal gegen die Nazis arbeitenden Widerstandsgruppen zustande gekommen ist, kann aus diesen Erwägungen heraus mit Fug und Recht als nicht denkbar angesehen werden.

Hinzu kommt noch, dass auch den Angehörigen des kommunistisch oder sozialdemokratisch orientierten Widerstandes gegen die Herrschaft der Nazis zu dieser Zeit in keiner Weise bekannt sein konnte, von welchem der gegen Hitlers Streitkräfte kämpfen-

den Alliierten das Gebiet Sachsens bei Eintritt des Kriegsendes einmal erkämpft und dann als Besatzungsmacht übernommen würde.

Wie und mit welchen Grenzen eine Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen nach dem Ende des Krieges vonstatten gehen würde, wusste von allen dann davon Betroffenen zu dieser Zeit noch keiner etwas.

Alle diese Fragen führen bei näherer Betrachtung zu einer einzigen Schlussfolgerung: Alle diese noch unter der Herrschaft der Nazis durchgeführten Untersuchungen, die Sammlung von Angaben über Lagerstätten von Uranerzen im sächsischen Erzgebirge und der damit verbundene Rückgriff auch auf historische Bergbaudokumente gehen auf ein Unternehmen des sowjetischen Geheimdienstes zurück, mit dessen Hilfe exaktere Informationen über die Lage und den Umfang der von den Sowjets im Westerzgebirge bereits zu dieser Zeit vermuteten Uranlagerstätten gesammelt wurden.

Die Ende des Jahres 1943 gestellte Forderung Professor Kurtschatows an den russischen Geheimdienst nach Angaben über die deutsche Uranproduktion, nach ihrem Umfang und daraus folgernd auch über die Lagerstätten von Uranerzen sind offenbar auch auf diese Weise umgesetzt worden.

Im Ergebnis der im November 1943 von den Alliierten abgehaltenen Konferenz von Teheran zeichnete sich erstmals eine Einteilung des in absehbarer Zeit zu besiegenden Hitlerdeutschlands in Interessengebiete der Großen Drei ab und es war für die Russen logischerweise ohne weiteres absehbar, dass der Sowjetunion dabei die östlichen Gebiete Deutschlands zufallen würden.

Über alle diese Dinge hinaus allerdings ging es in dieser zweiten Hälfte des Krieges gegen Hitlerdeutschland beileibe nicht nur für Stalins Militärführung um möglichst verlässliche Angaben darüber, wie weit Hitlers Kernphysiker auf ihrem Wege zu einer Kernwaffe vorgedrungen waren. Der Umfang der Förderung von Uranerz zur Produktion spaltbaren Materials als Bombenrohstoff konnte als einer der Gradmesser von dabei erzielten Fortschritten angesehen werden.

Die große Sorge, dass sich Hitlerdeutschland, noch bevor es besiegt war, nuklear bewaffnen könnte, war zu dieser Zeit noch allgegenwärtig und hing unheildrohend wie das Schwert des Damokles über allen Entscheidungen und Vorhaben der Alliierten.

Seitens der Russen hatte man sich bereits vor dem Ende der Kämpfe entschlossen, die Suche nach dem so begehrten Erz völlig in die eigenen Hände zu nehmen.

Nach der Durchforstung sämtlicher, den erzgebirgischen Bergbau betreffenden Unterlagen und Dokumente der Freiberger Bergakademie sowie der sächsischen Bergämter und einem immerhin denkbaren Vergleich mit eigenen, schon in Vorbereitung der Suche nach Uranlagern im Erzgebirge gesammelten Angaben war man wohl zu der Ansicht gelangt, dass in mehreren Gebieten des Erzgebirges möglicherweise mit wesentlich gehaltvolleren Uranlagerstätten als bis dahin in deutschen Fachkreisen vermutet zu rechnen sei.

Auch bei der Untersuchung der Hinterlassenschaften und Spuren des über einige Jahrhunderte zurückreichenden historischen Bergbaus im nahezu gesamten Gebiet des Erzgebirges stießen die nur wenige Wochen nach der Übernahme des westlichen Erzgebirges durch russische Besatzungstruppen angesetzten geologischen Suchtrupps immer wieder auf eindeutige Hinweise des Vorhandenseins radioaktiver Materialien im Untergrund der sächsischen Berge.

Darüber hinaus dürfte auch ein tief sitzendes und angesichts nur kurze Zeit zurückliegender traumatischer Erlebnisse mit den Deutschen während des Krieges auch vollkommen begründetes Misstrauen der Russen gegenüber den nur wenige Monate nach Kriegsende erstellten Angaben der beiden Freiberger Professoren eine nicht geringe Rolle gespielt haben.

Der Inhalt dieses Gutachtens deckte sich bereits wenige Monate nach seiner Erstellung schon nicht mehr mit der nun immer genauer festgestellten Wirklichkeit.

Bereits zu Anfang des Jahres 1946, das Ende des Krieges lag noch nicht einmal ein Jahr zurück, zeichnete sich bei ersten Zusammenfassungen und einer Auswertung der zunächst nur begonnenen geologischen Untersuchungen ab, dass im Boden des sächsischen und böhmischen Erzgebirges durchaus abbauwürdige Vorräte von Uranerz lagerten. Auch wenn zu diesem frühen Zeitpunkt verständlicherweise noch keine Klarheit über deren sich wenig später zeigenden tatsächlichen Umfang bestand, war es nun möglich, in ersten, noch einzelnen Bereichen von der Erkundung zur Gewinnung überzugehen.

Das NKWD, von Stalin verantwortlich gemacht für die schnellstmögliche Entwicklung einer sowjetischen Nuklearbombe, drängte unerbittlich, der Vorsprung der Amerikaner musste binnen kürzester Frist kompensiert werden, das Gleichgewicht der militärischen Leistungsfähigkeit wieder hergestellt werden.

Denn in der sogenannten „Uranlücke" bei den russischen Bemühungen zur Entwicklung von Kernwaffen bestand noch immer ihr schwerstes Handicap.

Doch zeigte sich für die Russen nunmehr, mit dem Beginn eines neuen „Berggeschreyes" im sächsischen Erzgebirge, ein erster Hoffnung verheißender Silberstreif am Horizont.

Die erste Phase des Beginns der Gewinnung von Uranerz im Erzgebirge war damit so gut wie abgeschlossen, die Sachsenerz-Bergwerks-AG bekam bereits im Jahre 1946 von der russischen Besatzungsmacht Order, wieder Bergleute einzustellen und die entsprechenden Arbeiten zur Gewinnung von Uranerz aufzunehmen.

Die vorläufig noch recht wenigen neu eingestellten Bergmänner sollten zum ersten Kern einer nur kurze Zeit darauf schon nach Tausenden und Zehntausenden zählenden Belegschaft der WISMUT werden...

Im Frühjahr 1946 wurde im Johanngeorgenstadt, im „Frisch Glück"-Schacht, noch mit archaischen Arbeitsmethoden und

Werkzeugen die erste, nun im Auftrage der Russen gewonnene erzgebirgische Pechblende aus dem Berg gebrochen und zunächst mit einfachen Rucksäcken zu Tage gefördert.

Zum wiederholten Male ging vom sächsischen Erzgebirge ein „Berggeschrey" aus – und es sollte stärker, nachhaltiger und doch um so Vieles anders werden als alles Berggeschrey, welches ihm in der so langen Geschichte des erzgebirgischen Bergbaus je vorausgegangen war.

Von diesem Zeitpunkt an rückte das sächsische Erzgebirge aus den Randgebieten des sowjetischen Interessenspektrums innerhalb nur sehr kurzer Zeit in das Zentrum aller Bemühung und Aufmerksamkeit – wenn dieses Gebiet denn überhaupt jemals nur am Rande dieser Interessen gelegen hatte...

Bisherige, zunächst vorliegende, lediglich hoffnungsvolle Vermutungen wandelten sich mit dem sich nun beschleunigenden Fortschritt der Erkundungsmaßnahmen zu sorgfältig verschleierten und streng geheim gehaltenen Gewissheiten. Die „Uranlücke", der Nichtbesitz ausreichender Mengen von Uran als entscheidendes Hindernis bei der Entwicklung einer russischen Kernwaffe, soviel schien bereits in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre sicher zu sein, hatte endgültig aufgehört zu bestehen.

Von all diesen Dingen ahnte man in Deutschlands westlichen Besatzungszonen und jenseits des Atlantiks zunächst erst einmal nichts.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren sich ihres Kernwaffenmonopols völlig sicher und verkündeten in der ihnen in so vielen Dingen eigenen, großsprecherischen Manier, dass es für die Sowjetunion noch mindestens eines Jahrzehntes intensivster Arbeit bedürfe, um ebenfalls Kernwaffen zu entwickeln und herstellen zu können.

Eine der Grundlagen für diese Behauptung bestand in der festen Überzeugung der Amerikaner, dass es den Russen sowohl am entsprechenden wissenschaftlichen und technologischen Potential als auch an einer weiteren Hauptvoraussetzung, nämlich an Uran, mangele – hatten sie sich doch bereits in den Jahren des zweiten Weltkrieges gemeinsam mit den Engländern aller auch nur für sie greifbaren Uranlagerstätten der Erde bemächtigt – wie sie meinten...

Als die Amerikaner bei Untersuchung und Beurteilung des bei Kriegsende erreichten Standes der Kernforschung Hitlerdeutschlands feststellten, dass es während des Krieges innerhalb des Reichsgebietes keine bedeutende Förderung von Uranerz gegeben hatte, schlossen sie daraus, dass es auf deutschem Boden, auch soweit dieser nun zu russischem Einflussgebiet gehörte, außer einigen sporadischen und kaum abbauwürdigen Einzelvorkommen im Westteil des sächsischen und böhmischen Erzgebirges sowie auch im Riesengebirge keine weiteren, auch nur nennenswerten Uranlagerstätten geben würde.

Allerdings, eine eingehende Überprüfung dieser Schlussfolgerungen war ab dem Sommer 1945 schon nicht mehr möglich, da alle die infrage kommenden Gebiete nunmehr zum Besatzungsgebiet der Russen gehörten. Während ihres sich teilweise über mehr als ein Vierteljahr hinziehenden Aufenthaltes im öst-

lichen Thüringen und im Westerzgebirge waren die Amerikaner nicht einmal auf die Idee gekommen, sich über die dort vorhandenen Uranlagerstätten Informationen zu verschaffen...

Offenbar, so wurde geschlussfolgert, hatte man den Materialbedarf des Kernwaffenprojektes Hitlerdeutschlands im Wesentlichen aus den in Belgien und Frankreich im Frühjahrsfeldzug von 1940 erbeuteten Uranvorräten gedeckt...

Die Hauptgrundlage dieser ebenso voreiligen wie auch vollkommen falschen Einschätzung bildeten die erstaunlicherweise erst nach der endgültigen Übernahme der Besatzungszonen durch alliierte Truppen – gut zwei Monate nach Kriegsende – eingeholten Urteile einiger deutscher Bergbauexperten sowie auch die Angaben von Überläufern aus dem sowjetischen Geheimdienst, deren Berichte von nur minimalen und außerdem auch wenig gehaltvollen Uranerzlagerstätten im Bereich des sächsischen und böhmischen Erzgebirges sprachen.

Alle diese Einschätzungen gingen jedoch in ihren ausschlaggebenden Teilen auf schon einige Jahrzehnte zurückliegende und daher längst nicht mehr aktuelle Untersuchungen zurück. Sie basierten unter anderem auf mehreren, bereits lange vor Otto Hahns und Fritz Strassmanns epochaler Entdeckung der Kernspaltung des Urans entstandenden Arbeiten Professor Schumachers und der Dissertationsschrift Professor Rajewskis sowie auch auf den ebenfalls schon lange vorhandenen Arbeiten des Mineralogen Doktor Hirsch; aus einer Zeit also, in der man sich für Uran noch nicht allzu sehr interessierte, weil dafür nur untergeordnete, wirtschaftlich kaum relevante Verwendungsmöglichkeiten bestanden.

In allen diesen Unterlagen wurde übereinstimmend von nur geringen, aus ökonomischer Sicht kaum abbauwürdigen Lagerstätten gesprochen. Die Grundlagen aller dieser Berichte und Einschätzungen stammten allerdings ausnahmslos noch aus einer Zeit, während der das Uran noch nicht im Zusammenhang mit der Entwicklung von Nukleartechnik und Kernwaffen betrachtet wurde.

Zu dieser unzureichenden, fehlerbehafteten Beurteilung des Umfanges der erzgebirgischen Uranvorräte trug noch ein weiteres, von den Amerikanern im Jahre 1947 angefordertes Gutachten bei. Der nach Kriegsende in die USA übergesiedelte Doktor A. Krebs, ein guter Kenner der erzgebirgischen Geologie, wurde mit einer Ausarbeitung über mögliche Uranlagerstätten in den südwestsächsischen Gebieten beauftragt.

Auch dieser Fachmann konnte sich bei seiner Arbeit nur auf Unterlagen und Erhebungen stützen, welche noch in der Zeit entstanden sind, da Uran noch keinerlei wirtschaftliche, militärische oder gar politische Bedeutung erlangt hatte.

Sich zeitbezogene Daten und Unterlagen aus dem sächsischen Erzgebirge zu verschaffen, war für ihn zu diesem Zeitpunkt bereits vollkommen unmöglich – die Mauer der Geheimhaltung um die Erschließung und die bereits begonnene Ausbeutung von Uranlagerstätten in Sachsen verhinderte seit der Übergabe des Westerzgebirges und Thüringens an die sowjetischen Besatzungstruppen im Frühsommer 1945 jede aktuelle Information über Lage und Umfang der Uranvorräte des sächsischen und auch des böhmischen Erzgebirges.

Auch die Archive und Bibliotheken der Freiberger Bergakademie sowie die der sächsischen Bergämter, soweit sie Unterlagen über vermutete oder tatsächlich vorhandene Uranerzlager enthielten, waren nun für keinen Außenstehenden mehr erreichbar.

Aus diesem Grunde waren auch die von Dr. Krebs im Auftrage der Amerikaner angestellten Erhebungen nur als eine völlig unzureichende Ferndiagnose zu betrachten, die überdies auch noch jeder Aktualität entbehrte – nichtsdestoweniger schenkte man ihr Glauben.

Im Anfang des Jahres 1948 vorgelegten Ergebnis seiner Recherchen und Untersuchungen kam Dr. A. Krebs zu dem Resultat, dass im Bereich von Schneeberg, Oberschlema und Aue keinesfalls mit bedeutenden Uranlagerstätten zu rechnen sei.

Dr. Krebs, das sei hier hinzugefügt, galt bei alledem nicht einmal als tatsächlicher Experte auf dem Gebiet der Lagerstättenkunde...

Alle die zur Verfassung dieses Gutachtens verwendeten Angaben, die zum großen Teil noch aus einer Zeit stammten, als man das Uranerz als einen eher störenden Faktor beim Betrieb eines Bergwerkes ansah, und die man zum anderen Teil auch noch von Leuten erhielt, welche sich bei Erstellung ihrer Gutachten einzig auf ältere theoretische Unterlagen stützen konnten, da es ihnen nach dem Ende des Krieges nicht mehr möglich war, den Inhalt ihrer Einschätzungen an Ort und Stelle praktisch zu überprüfen. Sie vermittelten den Amerikanern eine überaus zweifelhafte Sicherheit im Bezug auf ihr Kernwaffenmonopol und schienen die Ansicht zu stützen, dass noch eine ganze Reihe von Jahren notwendig seien, bis die Sowjetunion ebenfalls über Nuklearwaffen verfügen konnte – gar nicht zu reden von der darüber hinaus noch erforderlichen Zeit bis zum Eintritt eines Gleichgewichtes in Quantität und Qualität dieser Waffen zwischen den USA und der UdSSR.

Immerhin verfügten die Amerikaner nach dem Ende des II. Weltkrieges in Europa und Asien über einen, wie sie meinten, beruhigenden wissenschaftlich – technischen Vorsprung von mehreren Jahren, und sie taten alles, um ihn weiter auszubauen.

Der sich letztlich als illusionär erweisende Glaube der Amerikaner, über voraussichtlich mehr als ein Jahrzehnt hinweg im Alleinbesitz von Kernwaffen zu verbleiben, sowie auch die erheblichen Anstrengungen auf russischer Seite, das militärische Gleichgewicht auf diesem Gebiet schnellstens wieder herzustellen, führte auf beiden Seiten des eisernen Vorhanges zu höchst risikovollen politischen und militärischen Entscheidungen und noch während der vierziger Jahre zu einer äußerst dramatischen Entwicklung des Kalten Krieges.

Allerdings – die so schnell nach dem Einzuge der Russen in das westliche Erzgebirge aufgenommenen Aktivitäten und breit angelegten geologischen Untersuchungen sind jedoch westlichen Geheimdiensten mit Sicherheit nicht verborgen geblieben.

Und es war auch gar nicht möglich, sie den Augen der Öffentlichkeit völlig zu entziehen.

Zumal der noch während der Kriegsjahre bis auf einige kleinere Unternehmen nahezu am Boden liegende erzgebirgische Bergbau innerhalb kürzester Fristen einen Aufschwung erfuhr, der alles zuvor da gewesene weit übertraf. Derartige Aufwendungen wurden nicht ohne einen entsprechenden Anlass getrieben, soviel musste jedem Zeitzeugen schon bei nur oberflächlicher Kenntnisnahme der Dinge, welche sich nun im sächsischen Erzgebirge abspielten, schnell bewusst werden. Man brauchte auch kein Bergbaufachmann zu sein, um derartige Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Und dass es sich bei all diesen auch noch ständig wachsenden Aufwendungen einzig und allein um Suche und Gewinnung einiger seltener Buntmetalle handelte, wie offiziell verbreitet wurde, schien ebenfalls nicht besonders glaubhaft.

Doch noch bis weit in das Jahr 1948 hinein waren amerikanische Militärs und Politiker der festen Überzeugung, dass im sächsischen Erzgebirge lediglich geringe Mengen von Uran zu finden und nur unter großen Schwierigkeiten zu gewinnen waren und daher der Mangel an Uranressourcen die Sowjetunion noch auf längere Zeit an einem nuklearen Gleichziehen gegenüber den USA hindern würde.

Auf diesen Einschätzungen, so zweifelhaft sie auch waren, basierte die Überzeugung der politischen und militärischen Führung der USA, noch für lange Zeit als einzige Macht über Kernwaffen verfügen zu können, und sie wurde zur Grundlage einer höchst risikovollen Politik im Verlaufe des sich immer bedrohlicher verstärkenden Kalten Krieges.

Es bedurfte mehrerer Jahre, bis sich die Verantwortlichen im Pentagon und nicht zuletzt auch im Weißen Haus dieser außerordentlichen Fehleinschätzung bewusst wurden. Bis gegen Ende der vierziger Jahre hielt man seitens der USA unverrückbar an dem Glauben fest, dass die Sowjetunion einerseits technologisch noch gar nicht in der Lage sei, Kernwaffen zu entwickeln und

herzustellen, und dass ihr darüber hinaus auch noch das wichtigste dazu erforderliche Material fehle.

Gegen Ende des Jahres 1946 berichtete das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" mit einem spöttisch-hämischen Unterton, dass durch die Russen in der Nähe Schneebergs ein bereits lange stillgelegter Schacht neu angefahren wurde und dass außerdem auch bei Oberschlema neue Schächte abgeteuft wurden. In keiner der Anlagen, so wusste das Journal zu berichten, sei Uranerz gefunden worden...

Zu dieser Zeit jedoch besaßen die Russen bereits einen recht guten Überblick über anstehende und durchaus vielversprechende Lagerstätten des so begehrten Erzes und sorgten zugleich mit allen Mitteln dafür, dass keinerlei Informationen über Art, Umfang und Wert der von ihnen gefundenen Uranvorräte an die Außenwelt dringen konnten.

Der Beitrag in der einige Sätze zuvor erwähnten amerikanischen Zeitschrift dürfte sie, wenn sie überhaupt je von ihm gehört haben sollten, bestenfalls amüsiert haben. Da im Süden der russischen Besatzungszone während der späten vierziger Jahre die Bergbauaktivitäten, nun schon nicht mehr nur im westlichen Erzgebirge, keineswegs nachließen, sondern immer größere Maßstäbe annahmen, steigerte sich infolgedessen die Neugier westlicher Geheimdienste auf Grund und Ursache all der Dinge, welche die Russen dort in einem sich von Monat zu Monat vergrößernden Umfang unternahmen.

Nur schrittweise und geradezu widerwillig wurden sich amerikanische Militärs und Politiker im Verlaufe der nun folgenden zwei Jahre des Umfanges und nicht zuletzt auch der weitreichenden Bedeutung eines ihnen im Verlaufe der Wirren des Kriegsendes in Europa unterlaufenen fundamentalen Irrtums bewusst.

Wobei vielleicht sogar weniger die Tatsache, dass die Russen so unvermutet schnell auf Uranlagerstätten gestoßen waren, für sie höchst ernüchternd war, sondern die so ärgerliche und äußerst unangenehme, nun erst im Nachhinein erlangte Erkenntnis, dass man den Russen den Stoff, aus dem die Bombe herzustellen

war, völlig nichtsahnend von seiner Existenz und gewissermaßen mit einem geringschätzigen Achselzucken für Stalins Bereitschaft, ihnen einen Teil der zertrümmerten deutschen Hauptstadt zu geben, bereitwillig sowie auch in völliger Ahnungslosigkeit überlassen hatte. Die stets und in fast allen Dingen merkantil orientierten Amerikaner nennen einen solchen Vorgang völlig zutreffend ein schlechtes Geschäft, und dieser Einschätzung ist nichts hinzuzufügen.

Wären die Sowjets bei ihrer Suche nach Uran im Altai, irgendwo in Sibirien, im Ural oder wo auch immer innerhalb ihres gewaltigen Territoriums fündig geworden, so hätte man das im Weißen Haus und im Pentagon mehr oder weniger ergeben und gelassen hingenommen, denn bei dem Riesenreich, über welches die Russen verfügen konnten, war es für sie ja wohl ohnehin nur eine Frage der Zeit gewesen, irgendwann auch auf Uranerz zu stoßen.

Doch als man sich seitens amerikanischer Militärs und Politiker eingestehen musste, dass man die Uranlagerstätten des sächsischen Erzgebirges, welche jetzt von den Russen zunächst erschlossen und gewiss schon in der nahen Zukunft auch ausgebeutet würden, in ihren wesentlichen Teilen und vor gar nicht allzu langer Zeit noch in den eigenen Händen gehalten hatte, ist es durchaus vorstellbar, dass diese höchst ärgerliche Erkenntnis einigen Leuten im Pentagon wie auch im Weißen Haus die Zornröte auf die Stirn getrieben hat.

Hatte man doch ebendiese Territorien nur wenige Jahre zuvor mit dem Einsatz und dem Blut eigener Soldaten im Kriege gegen Hitlerdeutschland erkämpft. Ein weiterer, geradezu unwahrscheinlicher Glücksfall für die Russen kam noch hinzu: Hier, im sächsischen Erzgebirge, waren die Russen nicht nur auf eine reiche Lagerstätte des so begehrten Rohstoffes gestoßen, wie das ohne jeden Zweifel auch früher oder später irgendwo in den Weiten ihres gewaltigen Reiches eingetreten wäre.

Jedoch hier im Erzgebirge war erschlossenes, zivilisiertes Land, eine bereits vorhandene, zunächst hinreichend moderne Infra-

struktur, verbunden mit einer dichten Besiedelung und nicht zuletzt einer reichen und jahrhundertealten Bergbautradition, hier im sächsischen und auch im böhmischen Erzgebirge gab es nicht nur bereits erschlossene und im Betrieb befindliche Schächte und Förderanlagen, es gab auch noch immer Bergleute aller Qualifikationen, die mit den anstehenden geologischen und bergbautechnischen Gegebenheiten bestens vertraut waren. Der Umstand, dass bereits sehr kurze Zeit später beileibe nicht genug dieser Arbeitskräfte vorhanden waren, wie sich nur wenig später zeigen sollte, war – zumindest vorläufig – zu verschmerzen.

Auf jeden Fall konnte man bereits in den Anfängen der nun anstehenden Arbeiten über einen durchaus entwicklungsfähigen Stamm bereits qualifizierten, erfahrenen Personals verfügen.

Ein weiterer Vorteil aus Sicht der Russen bestand in der in ihrem Besatzungsgebiet nun vorgefundenen Möglichkeit, die bei Erschließung, Gewinnung und Aufbereitung der im Erzgebirge vorgefundenen Uranvorräte entstehenden Kosten und Aufwendungen zu einem hohen Anteil den Deutschen aufzubürden. Der sich sprunghaft entwickelnde Uranbergbau verschlang immense Mittel und erforderte nicht zuletzt auch eine Vielzahl von Arbeitskräften, welche der durch die Folgen des verlorenen Krieges extrem beanspruchten Wirtschaft des russischen Besatzungsgebietes entzogen wurden. Mit der forcierten Aufnahme der Urangewinnung im sächsischen und böhmischen Erzgebirge und schließlich auch im östlichen Thüringen wurde von den Russen zum Einen der Vorteil dort bereits bestehender Bergbautraditionen und -erfahrungen genutzt und zum Anderen ein großer Teil der dabei unvermeidlich entstehenden hohen Kosten den besiegten bzw. besetzten Staaten überlassen.

Bis in die fünfziger Jahre hinein lieferten die Uranfördergebiete des Erzgebirges und Thüringens den weitaus überwiegenden Anteil des russischen Uranbedarfes.

All das waren Umstände und Bedingungen, die sich als äußerst vorteilhaft sowohl für den Weiterbetrieb bereits bestehender Schächte als auch für die Erschließung weiterer Anlagen zur

Förderung von Erz erweisen sollten, gar nicht zu reden von der sich auf diese Weise ergebenden, bedeutenden und damit hochwillkommenen Ersparnis von Zeit und Mitteln aller Art.

Die sogenannte „Uranlücke" der Sowjetunion war unwiderruflich gegenstandslos geworden; allerdings bedurfte es erst noch eines unmissverständlichen Beweises, bevor diese Tatsache von Amerika auch endgültig anerkannt wurde.

Und gewiss erinnerten sich Amerikaner und Briten bei der Untersuchung dieser Fehlleistung nun auch noch einmal des Verlaufes und der Ergebnisse der noch im letzten Jahr des Krieges abgeschlossenen Verhandlungen auf der Konferenz von Quebec zum territorialen Zuschnitt der von den Siegermächten nach Kriegsende zu beziehenden alliierten Besatzungszonen in Deutschland und betrachteten die zu dieser Zeit nicht wieder zu revidierenden Ergebnisse dieser Übereinkünfte nun sicherlich mit ganz anderen Augen sowie auch aus einem völlig geänderten Blickwinkel...

Denn, wie bereits erwähnt, noch vor dem endgültigen Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland versuchte kein Geringerer als der englische Premierminister Winston Churchill gegenüber seinen amerikanischen Verbündeten durchzusetzen, dass die trilateralen Abmachungen der Großen Drei über den Zuschnitt der deutschen Besatzungsgebiete durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien ignoriert werden und allein diejenigen Linien als deren Grenzen gelten sollten, die von den nach Osten vorrückenden englischen und amerikanischen Truppen kämpfend erreicht werden konnten.

Hätte man sich bei Ende der Kampfhandlungen in Europa entschlossen, den Vorstellungen des britischen Premiers zu folgen, wären das westliche Erzgebirge und Thüringen in amerikanischer Hand verblieben.

Allerdings hätte dann auch die deutsche Hauptstadt keinen Viermächtestatus erhalten...

Doch von den Uranlagerstätten des Erzgebirges hat damals auch Churchill nichts gewusst, ihm ging es bei seinen die Nach-

kriegszeit betreffenden Ambitionen allein um die wenigstens teilweise Bewahrung imperialer Interessen Großbritanniens auf dem europäischen Kontinent, sein Handeln wurde einzig von wachsender Angst vor einem Einflussgewinn der Sowjetunion in Osten und Südosten Europas diktiert.

Alle diesbezüglichen Vorstellungen und Absichten Churchills wurden jedoch noch vor dem Kriegsende sowie auch in den ihm folgenden ersten Monaten von seinen amerikanischen Verbündeten abgelehnt. Knapp zwei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands trat die Vereinbarung zur Einteilung der alliierten Besatzungszonen auf deutschem Boden in Kraft.

Im Frühjahr des Jahres 1945 waren die Amerikaner, froh über das glücklich erreichte Ende des Krieges in Europa und noch immer an einer aktiven Mithilfe von Stalins Armeen im noch nicht entschiedenen Krieg gegen Japan höchst interessiert. Deswegen waren sie nur wenig geneigt, die Russen in irgendeiner Weise offen zu düpieren.

Darüber hinaus hätte sich aus der Nichteinhaltung der alliierten Abkommen über die Aufteilung und Besetzung Deutschlands möglicherweise zu einer offenen Konfrontation zwischen den Großen Drei führen können, die zu dieser Zeit auch von den westlichen Alliierten völlig unerwünscht und dazu noch vor ihren eigenen Völkern in keiner Weise auch nur irgendwie vertretbar gewesen wäre.

Zum Zeitpunkt des alliierten Sieges über Hitlerdeutschland konnte sich auch in der militärischen und politischen Führung der USA noch niemand auch nur eine ausreichende Vorstellung von der militärischen und nicht zuletzt der politischen Wirkung des Einsatzes von Kernwaffen machen; es gab einfach noch kein Beispiel dafür – auch die an der Entwicklung der ersten amerikanischen Kernbomben beteiligten Wissenschaftler hatten noch kein genaues Bild von deren unvorstellbarer Wirkung vor Augen…

Selbst Robert Oppenheimer, der führende Physiker des Manhattan-Projektes war noch bei einem zwischen Wissenschaftlern, Technikern und Militärs anberaumten Gespräch im Frühjahr 1945 der Meinung, dass die Explosionsleistung der dann auf Hiroshima abgeworfenen Bombe der Detonation von ca. 2000 Tonnen TNT entspräche...

Das heißt: Selbst er, einer der maßgebenden Väter dieses grässlichen Ungeheuers, unterlag hier einem Fehlschluss und irrte sich um nicht weniger als das Zehnfache der von dieser Bombe dann tatsächlich entfesselten Zerstörungskraft.

In Wirklichkeit setzte die Kernbombe, welche die Stadt Hiroshima vernichtete und 100.000 ihrer Einwohner sofort hinmordete, die unvorstellbare Energie von 20.000 Tonnen TNT frei.

Spätestens gegen Ende der vierziger Jahre, als der westlichen Seite erste, noch immer unvollständige Ahnungen des tatsächlichen Umfanges der Uranlagerstätten zunächst nur im Südwesten Sachsens möglich wurden, dürfte es bei den Amerikanern zu rückblickenden Überlegungen und der daraus folgenden, höchst ernüchternden Feststellung gekommen sein, dass man bei den alliierten Verhandlungen um die Einteilung der deutschen Besatzungszonen von den Russen – dieser Verdacht war nicht auszulöschen – auf eine äußerst gekonnte Weise über den Tisch gezogen wurde. Man hatte ihnen, ohne sich dessen auch nur annähernd bewusst zu sein, ein Territorium überlassen, welches sich für Stalins Atomprojekt und damit für die Gestaltung der dem II. Weltkriege folgenden Politik zwischen den beiden Großmächten als von geradezu unschätzbarem Wert erweisen sollte.

Über dergleichen nachbetrachtende Überlegungen der Amerikaner ist jedoch nie offiziell gesprochen oder gar geschrieben worden, auch wenn mit Gewissheit unterstellt werden kann, dass sie stattgefunden haben...

Doch wer redet schon gern in aller Offenheit über seine eigenen Fehlleistungen – Erfolge, so zweifelhaft sie auch sein mögen, lassen sich wesentlich besser „vermarkten“.

Sowohl mit Begeisterung als auch mit einer beträchtlichen Menge bereits weit in die Zukunft reichender politischer Hintergedanken hatte man den von Stalin im Verlaufe der gemeinsamen Gespräche zur territorialen Gestaltung der deutschen Besatzungszonen ausgelegten, äußerst verführerischen Köder einer gemeinsamen Besetzung Berlins durch amerikanische, britische, französische und russische Truppen bereitwillig angenommen und ihm dafür ohne langes Feilschen nicht nur die Hälfte Sachsens und ganz Thüringen überlassen – ohne sich auch nur der doch so geringen Mühe zu unterziehen, doch einmal nachzuschauen oder auch nur nachzufragen, was denn dort so alles unter dem Boden, den man zu alledem auch noch mit dem Leben und der Gesundheit eigener Soldaten erkämpft hatte, alles zu erwarten sei.

Doch ist es auch seitens der Sowjetunion niemals zu irgendwelchen Äußerungen von Genugtuung oder gar Schadenfreude gegenüber den Amerikanern über diesen so gut gelungenen diplomatischen Coup gekommen, als die Russen bei ihrer Suche nach Uranerzen im Erzgebirge und im Thüringer Wald wie von ihnen zunächst nur in einigen Umrissen vermutet und gehofft, auf die dort lagernden, überaus reichen Vorräte stießen.

Auch als sich mit dem Fortschreiten der Erkundungsmaßnahmen während der ersten Jahre nach dem Kriege der Umfang dieser Lagerstätten und zugleich die Uranförderung von Jahr zu Jahr steigerte, bewahrten sie Stillschweigen – sowohl über Umfang und Wert ihrer Beute als auch über die bis heute nicht in all ihren Einzelheiten überschaubaren und bekannten Bedingungen und Umstände, in deren Folge sie ihnen einst zufiel.

Angesichts der Vielzahl dieser langen und vielfach verzweigten Kette von Umständen, Ereignissen und Begebenheiten, die einzeln und voneinander losgelöst betrachtet in scheinbar keiner Beziehung stehen, drängt sich die Vermutung auf, dass die Russen bereits lange bevor der zweite Weltkrieg in Europa mit der Zerschlagung Hitlerdeutschlands zu Ende gegangen ist, zumindest

in den Grundzügen gewusst haben dürften, welcher politisch und militärisch so hochinteressante Stoff und zugleich welche Teufelssaat im felsigen Boden des sächsischen Erzgebirges in einem so überaus reichen Maße zu finden war.

Und sie haben all ihr Geschick darauf verwandt, dieses Wissen solange zu verschleiern, bis sich dieser Schatz auch endgültig in ihren Händen befand.

Die Wismut AG

Noch bis in das Jahr 1948 hinein waren amerikanische Experten und Militärs davon überzeugt, dass im sächsischen und böhmischen Erzgebirge eine Gewinnung von bestenfalls 13 Tonnen Uranerz pro Jahr zustande kommen könnte – und auch das nur unter äußerst schwierigen Bedingungen.

Eine Gefährdung des US-amerikanischen Kernwaffenmonopols würde sich aus einer derart geringen Menge nicht ergeben. Noch immer ging man im Pentagon und im Weißen Haus davon aus, dass der Nichtbesitz ausreichender Uranmengen das grundlegende Handicap eines russischen Atomprojektes darstellte.

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Krieges erschienen russische Geologen und Montanfachleute in Freiberg und verschafften sich, wie bereits erwähnt, Einblick in die Unterlagen und Dokumentationen der sächsischen Bergämter sowie auch in die Archive und Bibliotheken der Sächsischen Bergakademie.

Im Verlaufe dieser, von einer ganzen Reihe hochrangiger Kommissionen vorgenommenen Untersuchungen kam es zu intensiven Befragungen von Gelehrten der Freiberger Bergakademie sowie auch von Angestellten und Fachleuten der sächsischen Bergämter und Bergbauunternehmen.

Im Ergebnis dieser ersten Untersuchungen veranlasste man noch im August des Jahres 1945 unter Leitung des NKWD den Aufbau einer Erzerkundungsexpedition, welche ihre Tätigkeit mit Revisionen alter, halbvergessener, selbst winziger Schächte und Grubenanlagen sowie auch deren Hinterlassenschaften in Gestalt von mitunter längst überwachsenen und wieder in die sie umgebende Landschaft übergegangenen Kleinhalden bereits im September 1945 aufzunehmen begann.

Über die mit diesen Handlungen tatsächlich verfolgten Ziele bewahrte man strengstes Stillschweigen, offiziell wurde lakonisch angegeben, nach Lagerstätten von Kobalt, Wismut und Zinn zu suchen.

Und schon allein diese, nur wenige Wochen nach Übergabe des westlichen Erzgebirges an russische Besatzungstruppen getroffene Entscheidung weist auf eine bereits im Vorhinein bestehende Kenntnis von dort lagernden Uranerzen durch die Russen hin – in keinem weiteren Bergbaugebiet, welches ihnen bei ihrem Vordringen durch osteuropäische Länder bis nach Deutschland hinein in die Hände fiel, entwickelten sie derartige Aktivitäten.

Die einzigen Ausnahmen bildeten die auf dem Balkan und im Riesengebirge vorgefundenen Uranlagerstätten – welche jedoch zu dieser Zeit bereits allgemein bekannt waren und wo von ihnen auch nicht ein solcher Aufwand zur Geheimhaltung betrieben wurde wie in ihrer deutschen Besatzungszone.

Doch war bei der nun zwingend notwendig gewordenen Zusammenarbeit mit im Erzgebirge ansässigen, dort tätigen Geologen und Bergbauexperten nicht lange zu verschleiern, worum es bei der so breit angelegten und intensiven Suche nach Bodenschätzen tatsächlich ging…

Unter den ersten deutschen Bergbauexperten, die notgedrungenerweise über die eigentlichen Ziele und Ursachen des großen Interesses der Russen für die im Fels des Erzgebirges lagernden Schätze in Kenntnis gesetzt werden mussten, befanden sich die Angehörigen des Lehrkörpers der Sächsischen Bergakademie Freiberg, die Professoren Dr. F. Schumacher, der Chef des geologischen Institutes, sowie dessen Kollege Professor Dr. G. Aeckerlein, der sich unter anderem mit der Erforschung und Untersuchung von zahlreichen radioaktiven Quellen im sächsischen und böhmischen Erzgebirge beschäftigt hatte.

An Prof. Dr. Schumacher erging noch im August 1945 der Auftrag der sowjetischen Militäradministration, erste Studien zu den im Westerzgebirge vermuteten Uranlagerstätten zu erstellen.

Nur wenige Wochen darauf, Anfang Oktober 1945, lag, wie bereits in einem der vorigen Kapitel erwähnt, ein erstes von Prof. Dr. Schumacher gemeinsam mit Prof. Dr. Aeckerlein erarbeitetes Gutachten vor und prognostizierte einen für denkbar

gehaltenen Vorrat von cirka 80 – 90 t Uranoxyd (U3 O8). Man kann wohl zurecht davon ausgehen, dass diese Zahlen bei den russischen Verantwortlichen keineswegs Euphorie hervorgerufen haben; und doch beliefen sich diese Angaben auf ein Vielfaches der bisher geförderten Uranmenge der Schächte von Johanngeorgenstadt.

Zunächst ist bei Betrachtung und Einschätzung dieser Werte zu berücksichtigen, dass es sich bei dem oben genannten Gutachten um ein in großer Eile erstelltes Dokument handelt, für dessen Zusammenstellung und Formulierung durch die beiden Freiberger Professoren mit aller Wahrscheinlichkeit ausschließlich auf bereits seit langem ermittelte und bekannte Fakten und Erkenntnisse zurückgegriffen wurde. Denn im Verlaufe einer derart kurzen Frist zwischen Auftragserteilung und Übergabe kann kaum angenommen werden, dass es für seine Zusammenstellung zu ernsthaften und weitgefächerten Nachforschungen kommen konnte, dazu fehlte ganz einfach die Zeit, und noch weitere Erschwernisse dürften sich aus den schwierigen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit ergeben haben.

Und ferner kommt noch hinzu, dass die genannten Wissenschaftler bereits seit Jahrzehnten der festen Überzeugung waren, dass es im sächsischen Erzgebirge keine bedeutenden Uranlagerstätten gäbe.

Das wiederum lässt den Schluss zu, dass die in der zweiten Jahreshälfte von 1945 vorgelegten ersten Einschätzungen beider Professoren zu Lage und Umfang von Uranerzvorräten sich lediglich auf einzelne mehr oder weniger zufällig bei der Förderung und Suche nach anderen Erzen und Mineralien oder auch bei der Errichtung von Wetterschächten oder ähnlichen Anlagen keineswegs zielgerichtet vorgefundene und aus diesem Grunde auch nicht weiterverfolgte einzelne Lagerstätten von Uranerz bezogen haben.

In jedem Falle ist zu berücksichtigen, dass bis zum Jahre 1945 im Gebiet des westlichen Erzgebirges keine gezielte und weiträumige Suche nach Uranerz stattgefunden hat.

Selbst wenn man in niedergebrachten Schächten, welcher Art und Aufgabenstellung sie auch immer waren, auf Lagerstätten oder auch Hinweise auf das Vorhandensein von Pechblende gestoßen ist, wurde deren geologischer Verlauf sowie deren tatsächliche Ausdehnung im Gebirge nicht oder nur teilweise markscheiderisch aufgenommen und dokumentiert, so dass bis dahin keinerlei verlässliche Angaben, ja nicht einmal annähernde Vorstellungen über ihren tatsächlichen Umfang möglich geworden sind.

Ein solches Vorgehen mag uns aus heutiger Warte höchst unverständlich erscheinen, doch dem war damals keineswegs so, man wusste mit Uran einfach noch nichts anzufangen. Einzig die Gewinnung von Radium, welches in winzigen Spuren in der Pechblende vorkommt, war noch ein Anlass, sich mit diesem Erz zu beschäftigen – doch die Extrahierung von Radium ist ein überaus komplizierter und mit sehr hohen Kosten verbundener Prozess.

Selbst das Kernwaffenprogramm Hitlerdeutschlands verfolgte keine weitreichenden Interessen in Bezug auf das erzgebirgische Uran. Außer dem im Jahre 1939 verfügten Exportstopp für in Deutschland und in den von den Nazis annektierten Gebieten gewonnene Uranverbindungen tat sich nichts.

Unverständlicherweise wurde allem Anscheine nach auch von den Nazis nichts unternommen, sich Gewissheiten oder auch nur Kenntnisse über Umfang und Lage aller im Erzgebirge ruhenden Uranvorräte zu verschaffen.

Der deutsche Uranverein und auch die für Atomwaffenprojekte des Heereswaffenamtes und des Marinewaffenamtes arbeitenden Physiker und Ingenieure gelangten bei ihren Arbeiten bis zum Ende des Krieges nicht über ein Experimentalstadium hinaus. Sie dürften das für ihre Versuche benötigte Material aus dem immer noch recht umfangreichen Beutebeständen französischen sowie auch des belgischen Urans der Union Miniere bezogen haben, welches in der ersten Phase des Krieges in die Hände der deutschen Wehrmacht gefallen war;

es handelte sich bei diesen Vorräten um die damals größten der Welt.

Da sich die genannten Nutzer von Uranverbindungen bis zum Kriegsende noch in der Phase des Forschens und Experimentierens mit diesen Stoffen befanden, blieb die Nachfrage entsprechend gering, es bestand noch keine Notwendigkeit zu einer Beschaffung großer Mengen spaltbaren Materials.

Das Problem der deutschen Kernwaffenentwicklung lag zudem in der äußerst schwierigen und technologisch sehr aufwendigen Herstellung hochreinen und damit bombenfähigen Spaltmaterials und bedeutend weniger in der Beschaffung von Uranerzen.

Eine regelrechte Produktion spaltbaren Materials, welches sich sowohl für nukleare Sprengladungen wie auch für einen Betrieb von Kernreaktoren eignen würde, kam in Hitlerdeutschland nie zustande. Selbst dahingehende Planungen befanden sich bei Eintritt des Kriegsendes noch in einem äußerst frühen Stadium und es hätte noch einer sehr langen Zeit und großer Aufwendungen bedurft, sie zu errichten und in Betrieb zu nehmen.

Überdies hätte sich für Hitlerdeutschland während der zweiten Hälfte des Krieges die Errichtung von industriellen Großanlagen zur Gewinnung von Uran 235 angesichts der alliierten Luftüberlegenheit am Himmel des großdeutschen Reiches als so gut wie unmöglich erwiesen. Werke und Anlagen von derartiger Ausdehnung wären noch in ihrer Bauphase von den nahezu allgegenwärtigen alliierten Luftstreitkräften festgestellt, angegriffen und zerschlagen worden.

Uranerz aus Joachimsthal und aus der Schneeberger Gegend gelangte daher nur in geringen Mengen zur Weiterverarbeitung in die Anlagen der DEGUSSA und in die der AUER-Werke in Oranienburg.

Eine wesentliche Steigerung der Gewinnung einheimischen Urans wäre also nur im Falle der Produktionsaufnahme von Kernwaffen durch Hitlerdeutschland notwendig geworden...

Doch, wie bereits erwähnt – soweit ist es zum großen Glück für das alte Europa nicht gekommen.

Soviel nur noch einmal zur Zusammenfassung der Erläuterung des bis in das erste Drittel der dreißiger Jahre erreichten Standes.

Und doch kam es noch kurz vor dem Ausbruch des Krieges in Europa zu fundierten und durchaus ernst zu nehmenden Anhaltspunkten, welche auf wesentlich umfangreichere Uranlagerstätten im westlichen Erzgebirge hinwiesen, als von allen Vertretern der Fachwelt bis dahin angenommen. Sie haben während der dann folgenden Kriegsjahre nur keine Beachtung gefunden, was sich vermutlich auf die von der deutschen Regierung noch vor Kriegsbeginn verfügte Geheimhaltung um alle das Uran und die Nuklearforschung betreffenden Zusammenhänge zurückführen lässt.

Der Geologe Friedrich Wernicke, Angestellter der Freiberger Lagerstättenforschungsstelle, erklärte im Ergebnis von im Jahre 1938 durchgeführten Untersuchungen, dass sich in den Gebieten von Joachimsthal, Johanngeorgenstadt und Annaberg, allerdings in größerer und von den bis dahin betriebenen Schachtanlagen noch nicht erreichten Tiefe, ausgedehnte Pechblendevorkommen befänden, deren Umfang wesentlich größer sei, als von allen Fachleuten bislang angenommen.

Bisher sei nur noch niemand bis in diese Schichten vorgestoßen, da keinerlei Veranlassung dafür bestand – die Lagerstätten anderer, ebenfalls begehrter Materialien waren zu dieser Zeit allgemein bekannt, sie befanden sich zumeist in relativ geringen Tiefen. Wo sich deren Förderung zu lohnen versprach, baute man sie auch ab und nahm dabei von dem bis dahin eigentlich eher störenden Auftreten geringer Pechblendelagerungen nur insoweit Notiz, wie sie die Gewinnung anderer Erze und Mineralien beeinflussten.

Der Ordnung halber wurden sie wohl registriert, sie jedoch im Sinne der Feststellung ihrer tatsächlichen Ausdehnung zu

verfolgen und vollständig markscheiderisch aufzunehmen, hielt man nicht für notwendig – aus welchen Gründen auch immer.

Möglicherweise ist es über diese, von Friedrich Wernicke auf Grund seiner Untersuchungen für möglich gehaltenen Lagerstätten von Uranerz auch zu einer fachlichen Auseinandersetzung zwischen damaligen Experten gekommen, auf deren einer Seite die gestandenen wissenschaftlichen Koryphäen der Freiberger Bergakademie und auf der anderen Seite nur ein einzelner, relativ unbekannter Geologe stand, der es dann natürlich überaus schwer hatte, gegen eine festgefügte, von allgemein anerkannten Fachleuten aufgestellte und etablierte Lehrmeinung anzukämpfen und sich mit seinen neuen, ihr entgegengesetzten Erkenntnissen durchzusetzen. Ein Vorgang, der sich nicht nur im Bereich der Montanwissenschaften immer wieder ereignet hat und der auch in unseren Tagen noch immer auftritt: Neue Erkenntnisse, die zur Abkehr von altem und überkommenem Wissen führen, haben es einschließlich ihrer Vertreter nicht immer leicht gehabt, Anerkennung zu erlangen und sich durchzusetzen.

Die bei einem großen Teil der im sächsischen und böhmischen Erzgebirge vorgenommenen Bergbauarbeiten bisher nur zufällig bekannt gewordenen, eher geringen und recht zersplitterten Lagerstätten von Uranerzen wären Wernickes Angaben zufolge nur die oberen Randvorkommen wesentlich umfangreicherer Vorräte, die nur in vom bislang betriebenen Bergbau noch nicht erreichten Tiefen lagerten und die man beim Abteufen und dem Betrieb von Schachtanlagen zur Gewinnung anderer Materialien sozusagen bis dahin nur gelegentlich und ohne jede Absicht „angekratzt“ hatte...

Womit auch die bisher von allen übrigen Fachleuten in auffälliger Übereinstimmung konstatierte Zersplitterung und weitflächige Verteilung der bis dahin bekannt gewordenen, relativ kleinen Uranlager im sächsischen Erzgebirge eine ebenso überraschende wie zugleich logische Erklärung erfuhr.

Doch wie schon bemerkt, diese Erkenntnisse Friedrich Wernickes standen in völligem Widerspruch zu allen bisher vertre-

tenen Meinungen anerkannter und gestandener Fachleute der damaligen Zeit und dürften allein schon aus diesem Grunde zum Gegenstand von Diskussionen und möglicherweise auch zur Quelle und zum Anlass konträrer Ansichten unter ihnen geworden sein...

Auch die Umstände des nur wenig später ausgebrochenen Krieges dürften erheblich dazu beigetragen haben, dass die Resultate von Wernickes Untersuchungen vielleicht sogar weiter verfolgt wurden, dass aber deren Ergebnisse keineswegs in die Öffentlichkeit, das heißt in die offiziellen Unterlagen der sächsischen Bergämter gelangt sind, da alle Dinge, welche Uran, seine Gewinnung und Verwendung betrafen, nun strikter militärischer Geheimhaltung unterlagen und selbst deutschen Bergbaufachleuten von da an nicht mehr jederzeit uneingeschränkt zugänglich waren.

Ungeachtet all dessen darf allerdings auf jeden Fall angenommen werden, dass die von Wernicke erarbeiteten Unterlagen und Dokumente über die Lagerstätten von Uranerz im Erzgebirge auch aller Geheimhaltung zum Trotz jedoch mit Sicherheit über das Ende des Krieges hinaus in der Freiberger Forschungsstelle für Lagerstätten erhalten geblieben sind... Immerhin handelte es sich bei den von Friedrich Wernicke erarbeiteten Unterlagen um die damals aktuellsten Erhebungen zu den Uranvorräten des Erzgebirges. Und man kann durchaus für möglich halten, dass auch und besonders die Ergebnisse dieser Untersuchungen Wernickes bereits kurz nach Kriegsschluss den nach Freiberg gekommenen russischen Geologenkommissionen in die Hände gefallen sind.

Wenn sie nicht zumindest in ihren Inhalten schon ein bis zwei Jahre zuvor, noch während des Krieges, vom russischen Geheimdienst ermittelt worden sind... Und da sie sich mit bereits zuvor bestehenden Annahmen, Indizien und letztlich sogar Beweisen zum Vorhandensein von Pechblendevorräten im Gebiet des westlichen Erzgebirges deckten, wurden sie von den nach Kriegsende nach Freiberg gekommenen russischen Geologen mit besonders hohem Interesse untersucht.

Erinnert sei an dieser Stelle nochmals an die bereits gegen Ende 1943 erhobene Forderung Professor Kurtschatows nach Angaben über die deutsche Uranproduktion, bei der mit Sicherheit auch die auf deutschem Boden befindlichen und vermuteten Uranlagerstätten erfasst worden sind.

Ausgestattet mit diesen Vermutungen und Kenntnissen, eröffnete sich für die Russen bereits im Jahre 1945 die so verlockende Aussicht, auch über die bis dahin festgestellten, nur sporadischen Vorkommen hinaus, im sächsischen und böhmischen Erzgebirge auf wesentlich erheblichere Mengen von Uranerzen zu stoßen – man musste dazu nur eine weitgefächerte und in größere Tiefen vordringende Suche und Erschließung organisieren, die natürlich umfangreiche Kosten und Aufwendungen sowie auch eine gewisse Zeit erfordern würde. Doch diese Arbeit wollte man gern in Kauf nehmen.

Und die gesamte, sich bereits im ersten Jahr nach dem Kriege entwickelnde Vorgehensweise der Russen bei Suche und Erfassung von Uranlagerstätten im westlichen und auch im mittleren Erzgebirge weist auf ihre Kenntnis und die Nutzung der von Friedrich Wernicke erarbeiteten Unterlagen hin.

Auf diese Weise blieb für Hitlerdeutschland und sein Kernwaffenprogramm das im eigenen Territorium lagernde Uran uninteressant und es wurde nur wenig unternommen, sich völlige Klarheit über dessen tatsächlichen Umfang zu verschaffen.

Umgesetzt und genutzt wurden die Ergebnisse dieser Forschungen Friedrich Wernickes erst nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands und dann auch noch durch die erbittertsten Kriegsgegner Hitlers.

Es zeigte sich als große Ironie der Geschichte, dass unter deutschem Boden und dann noch ausgerechnet von den Russen der Stoff gefunden wurde, mittels dessen sich die einstigen erklärten Feinde des Nazireiches die Mittel verschaffen konnten, um nunmehr mit ihren ehemaligen Waffengefährten des II. Weltkrieges militärisch gleichziehen zu können, die nun

ihrerseits nach dem gemeinsamen Sieg über Hitlerdeutschland nichts unversucht ließen, sie wieder aus den während eines verlustreichen Krieges erreichten politischen und geografischen Positionen in Mittel- und Osteuropa zu verdrängen.

Bei einer Beurteilung und Zusammenfassung aller das sächsische Uran und wenig später auch dessen thüringische Lagerstätten betreffenden Hinweise und Indizien ist mit einiger Sicherheit davon auszugehen, dass die Russen bei ihrer Suche nach Anhaltspunkten zu erzgebirgischen Uranlagern in den Unterlagen des sächsischen Bergamtes, der Bergakademie und auch in der erwähnten Freiberger Forschungsstelle für Lagerstätten auf diese für sie so überaus interessanten Angaben gestoßen sind.

Und es handelte sich bei den Arbeiten von Friedrich Wernicke, wie sich schon zu Beginn ihrer Überprüfung zeigen sollte, um Unterlagen, deren Erstellung erst wenige Jahre zurücklag und die zudem in einer Zeit erarbeitet und zusammengestellt wurden, während derer sich bereits deutlich abzuzeichnen begann, welche – im Guten wie im Bösen – gewaltigen Perspektiven durch das Element Uran verkörpert wurden.

Nahezu parallel zu allen, gleich nach der im Sommer 1945 erfolgten Übernahme des westerzgebirgischen Territoriums in das sowjetische Besatzungsgebiet, aufgenommenen Unternehmungen und Aktivitäten zu Erforschung und Feststellung von Uranlagerstätten wurde bereits im Februar 1946 im einstigen „Frisch Glück“ Schacht in Johanngeorgenstadt das erste, für die Russen bestimmte Uranerz gebrochen und zu Tage gebracht.

Diesen ersten, noch mit mittelalterlichen Methoden und primitiven Gezähe dem Berg entrissenen, grünlich-schwarz glänzenden Erzbrocken sollten in den nun folgenden Jahren und Jahrzehnten hunderttausende Tonnen von Pechblende folgen.

Alle noch in den Jahren 1945/46 anlaufenden Aktivitäten waren jedoch nur ein noch recht bescheidener Anfang – noch bestand für die Russen kein Grund zu größerem Optimismus oder gar zu Euphorie.

Man war im Erzgebirge, wie gehofft und zu einem gewissen Teil auch vermutet, auf Uranerzlagerstätten gestoßen; das war zunächst alles. Vom tatsächlichen Umfang der dort lagernden Uranerzvorräte hegten einige wenige Fachleute zwar gewisse hoffnungsvolle Vorstellungen, sahen jedoch aus einer ganzen Reihe von Gründen noch keinerlei Anlass, darüber auch nur zu sprechen...

Und die Sowjets benötigten jedes Kilogramm davon, die Zeit drängte unerbittlich, der auf der Gewalt über Kernwaffen beruhende militärische Vorsprung der Amerikaner musste von ihnen aufgeholt werden, mit allen Mitteln und um jeden Preis.

Diese ersten, vorläufig noch sporadischen Funde und die sich dabei abzeichnenden Perspektiven schienen den russischen Verantwortlichen jedoch ausreichend, um noch während der Erkundungsphase mit einem regulären Abbau in zunächst noch vorgefundenen Schächten die Förderung von Pechblende zu beginnen.

Die bereits vor dem Kriegsende bestehenden Hoffnungen und Vermutungen der Sowjets im Bezug auf sächsische Uranlagerstätten begannen sich bereits ein knappes Jahr nach dem Sieg über Hitlerdeutschland endgültig zu bestätigen. Alles weitere Vorgehen würde sich ja dann aus den zügig fortschreitenden Erkundungsarbeiten ergeben.

Und bereits Anfang April 1946 wurde vom Ministerrat der Sowjetunion die Weisung zur Umbildung der sächsischen Such- und Erkundungsexpedition des NKWD in die sächsische Abbau- und Erkundungsexpedition erlassen, aus der wiederum nur knapp vier Monate darauf die sächsische Bergbauverwaltung des NKWD entstand.

Allein schon aus dieser recht schnellen Entwicklung ist zu schließen, dass die Erkundung und Lokalisierung abbauwürdiger Uranlagerstätten während des ersten Jahres der russischen Besetzung des Erzgebirges durchaus Fortschritte gemacht und zu den erwarteten Ergebnissen geführt hatte; man war sich nunmehr sicher, auch über die bisher bekannten, kleineren Fördergebiete hinaus fündig zu werden.

Mit der Leitung dieser neu gegründeten Einrichtung wurde der NKWD- Generalmajor M. M. Malzew betraut, der sich bei der während der Kriegsjahre erfolgten Erschließung und Ausbeutung des Kohlebeckens von Workuta, hoch im unwirtlichen Norden des europäischen Russlands, verdient gemacht hatte. Dass es sich bei diesem Unternehmen um eines der größten Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion gehandelt hat, tat für die damals Verantwortlichen nichts zur Sache... Im Gegenteil – die dort erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen sollten, wenn möglich, sogar noch übernommen und umgesetzt werden.

Offenbar war Malzew, der sich sofort und ohne dass ihm Zeit für langes Überlegen eingeräumt wurde, mit allen seinen Kräften seiner neuen Aufgabe widmete, ein Pragmatiker, für den einzig und allein die erfolgreiche Lösung seiner Aufgaben wichtig war. Andererseits blieb ihm auch keine Alternative – der Maßstab seines Erfolges bestand einzig und allein darin, Uran zu finden und möglichst viel davon zu fördern.

Entsprechend den von den russischen Besatzungsbehörden in Sachsen vorgefundenen Bedingungen und Möglichkeiten machte er sich gemeinsam mit einem Stab von Mitarbeitern an die ihm übertragene Arbeit.

Und es blieb ihm, aller Geheimhaltung und Verschleierung dieser Aktivitäten zum Trotz, angesichts der Dringlichkeit dieser Arbeiten und des Umfanges der ihm übertragenen Aufgaben auch keine andere Möglichkeit, sich bei deren schneller Erfüllung auch der Kenntnisse und Erfahrungen deutscher Fachleute aller Qualifikationen zu bedienen.

Obwohl von den Russen die Deutschen noch immer als Feinde betrachtet und behandelt wurden, sah man sich vor die Notwendigkeit gestellt, sich im Sinne eines möglichst hohen Zeitgewinns mit ihnen wenigstens soweit zu arrangieren, dass sie ihre Kenntnisse und ihr Wissen zur Verfügung stellten.

Obwohl sich zum Beispiel der Obersteiger Johannes Schmidt aus Schneeberg als NSDAP- Mitglied an der Ausbeutung und der Misshandlung russischer Kriegsgefangener und Fremdar-

beiter während des Krieges mitschuldig gemacht hatte, wurde er auf Malzews Anweisung aus der Haft entlassen und die gegen ihn laufenden Ermittlungen wurden ohne langes Federlesen auf Befehl des NKWD eingestellt.

Mit allen seinen früheren Rechten und Pflichten wurde er wieder in seiner einstigen Stellung eingesetzt und mit der Steigerung von Förderleistungen der bereits in Betrieb befindlichen Schächte beauftragt.

Als einem genauen Kenner der Bergwerksanlagen, der Geologie des Westerzgebirges und weiterer anstehender wichtiger Bedingungen aller Art konnte und wollte man nicht auf sein Mitwirken verzichten; zumindest vorläufig nicht...

Weder seine Nazivergangenheit, noch die ungeklärten Vorwürfe betreffs seines Umganges mit Kriegsgefangenen und sogenannten Ostarbeitern spielten bei diesen Erwägungen eine Rolle; seine Arbeitskraft, sein Wissen und seine Erfahrungen beim Auffinden und Gewinnen des so begehrten Erzes waren allein entscheidend. Das Beispiel Schmidts steht für das einer ganzen Reihe weiterer Spezialisten, nicht nur im beginnenden Uranbergbau auf dem Boden der russischen Besatzungszone. Auch anderswo und auch keineswegs nur im russischen Herrschaftsbereich erfuhren seltene und daher hochgefragte Spezialkenntnisse eine wesentlich höhere Beachtung und Bewertung als irgendwann zuvor einmal abgelegte politische Bekenntnisse oder sogar auf sich geladene Schuld bei ihrer Beteiligung an den Verbrechen der Nazis.

Der Zweck heiligt bekanntlich alle Mittel und nicht allein die Russen waren in jenen Jahren durchaus bereit, bei der Verfolgung ihrer Ziele auch über erheblich verschmutzte Westen und Hände hinweg zu sehen.

Noch unter der Regie der sächsischen Bergbauverwaltung des NKWD kam es zur Gründung der ersten großen späteren WISMUT-Objekte. Objekt Nummer 1 entstand um den einstigen „Frisch Glück"-Schacht in Johanngeorgenstadt. Die Objekte 2 und 3 entwickelten sich noch im Sommer 1946 im

Erzfeld des Raumes Schneeberg – Schlema – Alberoda. Die, neben der Überprüfung und dem Wiederaufschluss von zum Teil bis weit in die Historie des erzgebirgischen Bergbaues zurückreichenden Schachtanlagen, intensiv vorangetriebene weitere Erkundung von Uranlagerstätten erbrachte in kürzester Zeit immer neuere und genauere Erkenntnisse über deren tatsächliche Ausdehnung und führte in der unmittelbaren Folge zur schnellen Ausweitung aktiver Bergbauarbeiten.

Zu Anfang wurde dabei mit Methoden und Mitteln vorgegangen und gearbeitet, die dem mittelalterlichen Bergbau entlehnt zu sein schienen; die ersten Tonnen Uranerz förderte man tatsächlich noch mit Hammer und Schlegel und es fehlte an buchstäblich Allem – doch das sollte sich sehr bald und vor allen Dingen sehr schnell ändern.

Zum Objekt Nummer 4 wurde im Frühjahr 1947, etwas weiter östlich von Schneeberg und Aue, das sich im Umfeld der alten und traditionsreichen Bergstadt Annaberg erstreckende Abbaufeld, wo bis zum Ende des Krieges noch die im Staatsbesitz befindlichen Minen „Sankt Anna vereinigt Feld" in Betrieb waren. Die dort bereits vorhandenen Schächte dienten als Basis für die Einrichtung neuer und erweiterter Schachtanlagen. Nur zwei Jahre darauf umfasste dieses Fördergebiet bereits 19 Einzelbetriebe.

Gleichfalls im Frühjahr 1947 kam es zur Beschlagnahme aller im weiter östlich liegenden Marienberger Revier vorhandenen Schachtanlagen, sie wurden noch im Sommer des gleichen Jahres unter der ihren tatsächlichen Zweck verschleiernden Bezeichnung „Vitriolwerke AG" im Handelsregister vermerkt und tauchten im nun folgenden Sprachgebrauch der nur wenig später gegründeten „WISMUT" als das Objekt Nummer 5 auf.

Im Zuge aller dieser Maßnahmen kam es bereits wenige Wochen nach Inbetriebnahme dieser Objekte zur Übergabe technischer Bergbauausrüstungen an diese Grubenbetriebe, die als Reparationsgüter anderen Bergbaubetrieben der russischen Besatzungszone entnommen wurden und ursprünglich in die Sowjetunion verbracht werden sollten.

Man brauchte sie, wie sich zeigte, jedoch hier im Erzgebirge wesentlich dringender. Auch direkt aus der Sowjetunion kamen nun Lieferungen von bergtechnischen Ausrüstungen und Gerätschaften.

Der Förderumfang von Uranerzen in den genannten Gebieten nahm bereits während der ersten beiden Jahre nach Kriegsende langsam aber stetig zu.

Da sich der Prozess der Übernahme all dieser Schächte, Bergbauanlagen und Aufbereitungsbetriebe durch die Russen über einen längeren Zeitraum hinzog, im Verlaufe dessen es dann zur Schaffung der WISMUT kam, ist deren eigentliches Gründungsdatum nun im Nachhinein nicht genau festzulegen – deren endgültiger Eintrag in das Handelsregister erfolgte am 2. Juni 1947 und gilt allgemein als der offizielle Beginn ihrer Existenz.

Die Bezeichnung des Unternehmens lautete nunmehr: „Zweigstelle der staatlichen sowjetischen Aktiengesellschaft der Buntmetallindustrie – WISMUT in Sachsen“, der Hauptsitz war Moskau, die Direktion der sächsischen Zweigstelle befand sich anfangs in Aue, später verlegte man ihn nach Chemnitz (Karl-Marx-Stadt).

Als Aufgabe der Neugründung gab man lakonisch die Erkundung von Lagerstätten und die Gewinnung von Buntmetallerzen an. In der Satzung und auch in anderen Dokumenten der nun gegründeten Gesellschaft war nicht der geringste Hinweis auf eine Förderung von Uranerzen festzustellen, man hielt sich in dieser Hinsicht noch immer äußerst bedeckt; auch wenn sich in der Zwischenzeit, aller Geheimnistuerei um all das, was sich da im Erzgebirge abspielte, zum Trotze, landauf und landab und beileibe nicht nur innerhalb der russischen Besatzungszone schon lange herumgesprochen hatte, worauf sich alle Begierden der Russen im Süden Sachsens ausgerichtet hatten.

Die Bergverwaltungen Annaberg, Lauter, Marienberg, Schlema, Schneeberg und Johanngeorgenstadt sowie der Erzanreicherungsbetrieb Pechtelsgrün wurden in sowjetischen Besitz übertragen;

im Auftrage der sächsischen Landesregierung übereigneten die Freiberger Bergingenieure Dr. O. Oelsner und K. Hahner diese Anlagen einschließlich deren Vermögen und auch aller anhängenden Bergrechte in einem Gesamtwert von mehr als 9 Millionen Reichsmark an eine russische Kommission unter Vorsitz von Generalmajor Malzew.

Damit war die WISMUT gegründet.

Während der ersten zwei bis drei Nachkriegsjahre beschäftigte sich die geologische und bergmännische Erkundung von Uranlagerstätten zum Einen mit den so zahlreichen Hinterlassenschaften des erzgebirgischen Altbergbaus und richtete sich damit zunächst auf noch relativ oberflächennahe und damit recht günstig abzubauende Vorkommen.

Längst aufgegebene und zum Teil schon seit Jahrhunderten verlassene Schächte und Stollen, die mitunter Jahrhunderte zuvor der Gewinnung von Silbererzen, Eisen, Zinn und Kobalt dienten, wurden neu aufgeschlossen und auf das Genaueste untersucht, ob in ihrem Inneren nicht auch die nun so gesuchte und begehrte Pechblende lagerte; und an nicht wenigen vormaligen Förderorten wurde man auch fündig.

Zum Anderen wurde die schon früher erlangte Erkenntnis genutzt, dass sich im Bereich von Uranlagerstätten Aerosole des Edelgases Radon bildeten, welche durch Klüfte und Spalten des sie umgebenden Felsmaterials bis an die Erdoberfläche drangen, wo deren Existenz mit vergleichsweise einfachen Messgeräten nachgewiesen werden konnte. Umfang und Stärke dieser radioaktiven Radonemanationen stellten einen Indikator für Vorhandensein und Umfang uranführender Gesteine im Untergrund dar.

Mit letzterer Methode wurden Flächen von mehreren Quadratkilometer Ausdehnung untersucht, abgesteckt und die in Längen- und Breitenausdehnung festgestellten Werte verglichen. Ergaben sich dabei entsprechende Messwerte, so konnte auf das Vorhandensein von Gangerzlagerstätten geschlossen werden. Es wurden rechtwinklig zu deren Ausdehnung Schürfgräben angelegt, die sich mehrere Meter breit und bis zu drei Meter tief mitunter über Kilometer hinweg durch die Erzgebirgslandschaft zogen; diese Suchgräben sind, inzwischen teils wieder zurückgebaut oder auch nur überwachsen und weitgehend verfallen, doch manchmal noch bis heute erkennbar.

Dieses Verfahren war zwar einfach und konnte auch von wenig qualifiziertem Personal durchgeführt werden, Nachteile bestanden jedoch in einem hohen Aufwand an Arbeitskräften sowie auch in einer nur geringen Genauigkeit der Erschließungsmaßnahmen.

Wo auch immer das Strahlungsmessgerät anschlug und Pechblende gefunden wurde, begann man umgehend mit dem Erzabbau. Bei der Verfolgung der aufgefundenen Erzadern wurde eine Vielzahl von Einzelschächten niedergebracht – eine nur wenig wirtschaftliche Art und Weise Bergbau zu betreiben. Gar nicht zu reden von den dabei verursachten Beeinträchtigungen an Landschaft, Umwelt sowie auch in Wohngebieten, wo es infolge rücksichtloser Bergbaumaßnahmen zu zahlreichen Bergsenkungen und Standsicherheitsproblemen an Gebäuden und Verkehrsanlagen kam.

Doch hohe Kosten und Aufwendungen beeindruckten die russischen Verantwortlichen in keiner Weise; von ihnen erwartete man, dass sie Uran finden sollten, wobei auch kleine Mengen als wichtig angesehen wurden; alles Übrige war für sie von nur nachgeordneter Bedeutung.

Und erst als man sich über mehrere Jahre hinweg mit derart brachialen und zunächst archaischen Methoden von Monat zu Monat wachsende Kenntnisse über die vorhandenen und noch zu erwartenden Lagerstätten verschafft hatte, ging man zu rationelleren Prospektierungs- und Abbauverfahren über.

Eine weitere, vor allen Dingen exaktere Lagerstättenerkundung, in der Hauptsache das dabei erforderliche Vordringen in größere Tiefen, war ohne Probebohrungen nicht zu realisieren; dabei wurde die vom radioaktiven Gestein ausgehende Gammastrahlung für die Lokalisierung von Lagerstätten und des Verlaufes von Erzadern genutzt. Deren Reichweite innerhalb von Felsmaterial betrug allerdings nur einige dutzend Zentimeter und drang nur in seltenen Ausnahmefällen bis zur Erdoberfläche durch.

Von den aus diesem Grunde gebildeten Bohrgewerken wurde daher ein dichtes Netz von Probesonden niedergebracht, die

dabei gesammelten Angaben erlaubten innerhalb weniger Jahre die Erstellung eines nahezu perfekten Bildes des Untergrundes der Gebiete, innerhalb derer damit zu rechnen war, auf Uranerz zu stoßen. Außerdem erlaubten die dabei gesammelten Kenntnisse über Verlauf und Ausdehnung erzführender Bereiche nunmehr eine exakte Planung aller nachfolgenden Arbeiten.

Gegen Ende der vierziger Jahre stieg der Umfang geologisch nachgewiesener und abbauwürdiger Vorräte von Uranerz im Boden des sächsischen Erzgebirges drastisch an.

Die kurz nach dem Kriegsende von Fachleuten der Freiberger Bergakademie und der sächsischen Bergbehörden verfassten Prognosen und Einschätzungen von nur wenigen Dutzend dort lagernden Tonnen wurden durch genauere Untersuchungen und die sich in ihrer Folge von Monat zu Monat erweiternden Kenntnisse der geologischen Verhältnisse innerhalb der Abbaugebiete bereits im Januar 1947 weit übertroffen. Nur ein weiteres Jahr darauf hatte sich der Umfang festgestellter Lagerstätten gegenüber denen des Vorjahres wiederum versechsfacht – man konnte zu Beginn des Jahres 1948 bereits mit einem gesicherten Vorrat von 1600 Tonnen Uranerzen rechnen, wobei die in immer breiteren Umfange laufenden Erkundungs- und Erschließungsarbeiten einen noch wesentlich größeren Vorrat in Aussicht stellten.

Nach und nach wurde den Russen und auch den beteiligten deutschen Bergbauexperten entgegen allen zuvor aufgestellten Prognosen und Vermutungen deutlich, dass man im sächsischen Erzgebirge auf Lagerstätten von Uran saß, die zu den größten der Welt zählten – und noch immer stieg die Anzahl von geologisch nachgewiesenen und abbauwürdigen Vorräten an. Auf Grund dieser so aussichtsreichen Feststellungen wurden die Erkundungsarbeiten bereits im Jahre 1949 auch auf Teile von Sachsen-Anhalt und Thüringen ausgeweitet, auch in der Lausitz und im Harz begannen Untersuchungen, die jedoch ergebnislos verliefen und nicht lange darauf wieder abgebrochen wurden.

Zu einem vollen Erfolg hingegen führte die geologische Erkundung Ostthüringens im Gebiet um Ronneburg, wo man auf noch reichere und günstiger abzubauende Lagerstätten als im sächsischen Erzgebirge stieß.

Und auch in dieser Gegend wiesen bereits seit Jahrhunderten bekannte Anhaltspunkte und Indizien, wie schon im Erzgebirge, auf das Vorhandensein radioaktiven Materials im Untergrund hin; wenngleich auch dort erst die durch die Wissenschaft des 20. Jahrhunderts möglich gewordene Erkenntnis erforderlich war, sie als Indikatoren für im Boden lagerndes Uranerz anzusehen.

Da wie bereits erwähnt im sächsischen Erzgebirge bis zum Ende des Krieges kaum von einer gezielten Förderung von Uran führenden Erzen gesprochen werden konnte, fehlten dort natürlich die zur Gewinnung weiterverarbeitbarer Konzentrate erforderlichen speziellen Aufbereitungsanlagen. Das aus dem Berg gebrochene, uranhaltige Gestein wurde zwar gleich am Förderort von tauben Bestandteilen grob getrennt, war aber immer noch von einem überaus hohen Anteil nicht verwertbarer Begleitstoffe verunreinigt.

Die eigentliche Trennung des Erzes von allen unerwünschten Anteilen und die ersten Schritte seiner Aufbereitung vollzogen sich in speziellen Anlagen unter Anwendung verschiedener mechanischer und chemisch/physikalischer Verfahren.

Diese Verfahren und Technologien sollen hier nur zu einer besseren Verständlichkeit in aller Kürze erwähnt werden. Eine eingehende Beschreibung und Erläuterung der komplizierten Folge von Arbeitsschritten bei der Aufbereitung von Uranerzen bis zur Gewinnung reiner Produkte würde zu weit über Umfang und Aufgabenstellung dieses Buches hinausgehen.

Die Aufbereitung von Uranerz vollzieht sich in einer Reihe von Prozessstufen, deren Endprodukt ein noch mit anderen (mitunter ebenfalls sehr begehrten) Schwermetallen verunreinigtes Urankonzentrat von gelber Farbe ist, welches eine ent-

fernte äußere Ähnlichkeit mit einem Keksgebäck aufweist. Im englischen Sprachgebrauch hat sich mit der Zeit dafür der Begriff „Yellow Cake“ – soviel wie „Gelber Kuchen“ – eingebürgert. Inzwischen gilt er sogar als in die bergmännische Fachterminologie aufgenommen.

Das im Erzgebirge und in Ostthüringen geförderte Uranerz wurde auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone und auch in der später entstandenen DDR nur bis zu dieser Verarbeitungsstufe aufbereitet.

Alle dann noch folgenden Prozesse bis hin zur Gewinnung spaltbaren Materials vollzogen sich in streng geheim gehaltenen Anlagen tief in den Weiten der Sowjetunion und waren damit jeder unerwünschten Einsichtnahme durch deutsches Personal oder gar der Neugier fremder Geheimdienste weitestgehend entzogen.

Gegen Ende der zweiten Hälfte der vierziger Jahre zeichnete sich dann endgültig ab, dass im sächsischen Erzgebirge ein überaus beträchtlicher Vorrat von Uranerzen lagerte, man würde viele Jahre brauchen, um ihn zu gewinnen.

Um diesen Schatz heben zu können, reichten verständlicherweise die aus dem überkommenen Bergbau dieser Territorien stammenden technischen, ökonomischen und auch personellen Möglichkeiten und Voraussetzungen, die außerdem noch auf die Gewinnung, Aufbereitung und Verarbeitung einfacher Metallerze und auch noch einiger Mineralien ausgerichtet waren, in keiner Weise aus.

Der Umgang mit den Uranerzen erforderte eine ganze Reihe vollkommen neuer technischer Anlagen sowie natürlich auch das für ihren Betrieb notwendige Fachpersonal.

Es fehlte dem schnell expandierenden erzgebirgischen Bergbau sowohl an Arbeitskräften aller Qualifikationen als auch technischer Ausstattung der vorhandenen und noch zu errichtenden Grubenbetriebe sowie auch an den notwendigerweise hochspezialisierten und komplizierten Erzaufbereitungseinrichtungen.

Auch die Energieversorgung der zahlreichen neu aufgeschlossenen Schachtanlagen sowie auch der für einen erfolgreichen Bergbau ebenso zahlreichen und unverzichtbaren Nachfolge- und Nebengewerke erwies sich für die nun gestellten Aufgaben als nicht zureichend und musste schnellstens vergrößert werden.

Das Gleiche galt nicht zuletzt auch für die Anlagen und das Leistungsvermögen des Schienen- und Straßenverkehrs im oberen Erzgebirge, sie waren den nun anstehenden und noch zu erwartenden Anforderungen in keiner Weise gewachsen. Eine leistungsfähige Instandhaltungsindustrie für die Wartung und Reparatur der schnell verschleißenden Bergbauanlagen und -ausrüstungen, wie sie mit einer derartigen Ausweitung des Bergbaues erforderlich wurde, fehlte fast vollständig. Alle diese Dinge mussten unter den schweren, von Mängeln aller Art gekennzeichneten Bedingungen der Nachkriegszeit herangeschafft bzw. völlig neu geschaffen werden.

Das Auftreten von Deformationen, Engpässen und Zwängen aller Art erwies sich dabei als unvermeidlich – doch dazu später.

Als vorrangigstes Problem sah die Leitung der WISMUT wohl zunächst die Deckung des enormen Bedarfes an Arbeitskräften – und sie konnten sich dabei auf alliierte Kontrollratsbeschlüsse berufen, die den Einsatz deutscher Arbeitskraft als eine Form der Reparationsleistung ansah.

Die Zwangsverpflichtung von nicht selten vollkommen berufsfremden Arbeitskräften in den sächsischen Uranbergbau wurde zur gängigen und überaus weitverbreiteten Methode, den immensen Arbeitskräftehunger der WISMUT jener Jahre zu decken.

Mit der Umsetzung des Kontrollratsbefehls Nummer 3 vom 17. Januar 1946 kam es zu ersten Zwangsrekrutierungen für den sächsischen Erzbergbau; durch ihn wurden alle dafür vorgesehenen Erwerbsfähigen erfasst und deren Lebensmittelzuteilung – sprich: Die Übergabe von Lebensmittelmarken an diesen Personenkreis – von dieser Erfassung abhängig gemacht. Einspruchsmöglichkeiten für die davon Betroffenen waren gar nicht erst vorgesehen…

Der Befehl Nummer 3 des Jahres 1946 galt allerdings nicht nur für die WISMUT, er sollte der schnellen Wiederbelebung der im Kriege stark zerstörten Grundlagenindustrie Deutschlands als Basis für alle weitere wirtschaftliche Entwicklung keineswegs nur im russischen Macht-bereich dienen. Auch die britischen Besatzer in den Kohlerevieren an Rhein und Ruhr bedienten sich bei der Besetzung von Arbeitsplätzen dieses Befehls.

Diese äußerst drastische und brachiale Herangehensweise betraf die gesamte Montanindustrie der russischen Besatzungszone – auch über den Uranbergbau hinaus, und erfasste alle Arbeitssuchenden, Heimkehrer aus der alliierten Kriegsgefangenschaft und vor allen Dingen die so riesige Zahl von aus Deutschlands Ostgebieten Vertriebenen, welche nun zu hunderttausenden verzweifelt und völlig mittellos auf der Suche nach neuen Existenzgrundlagen in die einstigen deutschen Kerngebiete strömten.

Wobei sich die WISMUT verständlicherweise besonders für Bergleute aus den schlesischen und böhmischen Kohle- und Erzrevieren interessierte. Vertriebenentransporte aus Schlesiens Bergbaugebieten und den Bergbaurevieren der ehemaligen Sudetengebiete wurden mit Vor-bedacht in den Südteil der russischen Besatzungszone gelenkt.

Eine weitere Forderung nach Arbeitskräften erhob die SMAD am 1. August 1947 und verlangte 20.000 Arbeiter für den sächsischen Erzbergbau, deren Arbeitsverträge sich über Laufzeiten zwischen sechs Monaten und zwei Jahren erstrecken sollten.

Infolge dieser Zwangsmaßnahmen und nicht zuletzt auch durch überaus schwere und ungünstige Arbeits- und Lebensbedingungen in den erzgebirgischen Uranrevieren kam es zu außerordentlich hohen Fluktuationsraten bzw. Vertragsbrüchen durch die von diesen Maßnahmen Betroffenen.

Allein während der ersten drei Jahre nach Gründung der WISMUT entschlossen sich mehr als 50.000 Zwangsverpflichtete zu einer Flucht in die westlichen Besatzungszonen, um ihrem Einsatz in den Schächten und Betriebsanlagen der

WISMUT zu entgehen. Wobei einem großen Anteil von ihnen allein schon die durch die Arbeitsämter der russischen Besatzungszone verfügte Zwangsrekrutierung in den Uranbergbau des Erzgebirges Anlass genug war, den russischen Machtbereich auf schnellstem Wege zu verlassen...

Diese Massenflucht von mit Gewalt in den WISMUT-Bergbau verpflichteten Arbeitskräften in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands und ihre dann dort verbreiteten Berichte über die Bedingungen und Zustände im Bereich der WISMUT schädigten und beeinträchtigten das Ansehen sowohl der russischen Besatzungsmacht wie auch das der SED auf das Schwerste – sowohl in der deutschen Öffentlichkeit als auch international.

Weitere 15.000 der mit diesen Brachialmethoden in die Bergwerke der WISMUT Verpflichteten kamen auf Grund körperlicher Nichteignung für den schweren und harten Beruf eines Bergmannes gar nicht erst in Frage und mussten bereits nach kurzer Zeit aus physischen oder medizinischen Gründen entlassen werden, so dass die anhaltende Nachfrage nach Arbeitskräften für die Bergwerke im Westerzgebirge sich noch um ein weiteres Mal verstärkte.

Die mit dieser Art „Anwerbung“ von Beschäftigten für die WISMUT beauftragten Arbeitsämter innerhalb der gesamten russischen Besatzungszone zeigten sich im Verlaufe dieses Prozesses hauptsächlich an der nominellen Erfüllung ihrer diesbezüglichen Planauflagen interessiert, die Feststellung, ob die betroffenen Personen auch die physischen sowie auch noch eine Reihe weiterer unverzichtbarer Voraussetzungen für die harte Arbeit unter Tage erfüllten, hielt man in den meisten Fällen wohl für eher nachrangig...

Die deutschen Einrichtungen und Behörden zur Anwerbung von Arbeitskräften für den Uranbergbau standen unter dem massiven Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und verfügten unter den Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre nicht über den geringsten Spielraum zur Berücksichtigung von per-

sönlichen Angelegenheiten der von diesen Maßnahmen betroffenen deutschen Arbeitskräfte.

Die von der russischen Besatzungsmacht bei der Errichtung der WISMUT angewandten Praktiken, welche ganz offensichtlich den im eigenen Lande üblichen Gebräuchen bei der Rekrutierung von Arbeitskräften entlehnt waren, sollten sich aus all diesen Gründen bereits innerhalb kurzer Zeit als vollkommen ungeeignet für ihre Übertragung und Anwendung auf die in Deutschland, speziell dem erzgebirgischen Bergbau, vorgefundenen Verhältnisse und Bedingungen erweisen.

Das in der Sowjetunion unter Stalins Gewaltherrschaft erprobte und von damals Verantwortlichen daher auch für Sachsen geeignet gehaltene GULAG-System war, wie sich schnell zeigen sollte, nicht auf die in Deutschland und im sächsischen Erzgebirge bestehenden Verhältnisse übertragbar.

Es erwies sich letztlich als zutiefst unproduktiv und behinderte die Förderung des begehrten Urans mehr als es zu deren geplanter und geforderter Steigerung beitrug... Einmal mehr erwies sich, dass ein fruchtbarer, produktiver und reibungsloser Arbeitsprozess nur zustande kommen kann, wenn sich die Produzierenden mit ihren Aufgaben auch identifizieren wollen und können, und das heißt beileibe nicht zuletzt, dass ihnen dabei auch entsprechende, sie motivierende Bedingungen in Gestalt sozialer Leistungen, materieller Anreize für hohe Produktionsergebnisse und eine gute Arbeitsumwelt geboten und gesichert werden müssen.

Die dem Stalinschen Zwangsarbeitssystem entlehnte Herangehensweise mit völlig entrechteten, auf dem Niveau von Sklaven gehaltenen Arbeitskräften erwies sich angesichts der komplizierten und notwendigerweise exakt aufeinander abzustimmenden Arbeitsprozessen der Gewinnung, Förderung und Aufbereitung von Uranerzen und schließlich auch noch der vielfältigen, wichtigen und unverzichtbaren Neben- und Folgegewerke im Bergbau als nicht durchsetzbar, weil sie ein persönliches Engagement des Beschäftigten für seine Arbeit vollkom-

men ausschlossen und damit das Niveau ihrer Arbeitsmoral auf einen Tiefststand verblieb, der letztlich eine nur geringe Produktivität erbrachte.

Nach zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Arbeiterschaft und ihren Betriebsräten (die es damals erstaunlicherweise noch gab, später wurden sie in der gesamten sowjetischen Besatzungszone und auch in der DDR nicht mehr geduldet...) und der sowjetischen Leitung der späteren WISMUT kam es im Frühjahr 1947 zu ersten klärenden Absprachen zwischen Generalmajor Malzew und Vertretern der deutschen Bergarbeiterschaft.

Zum Auslöser dieser Verhandlungen wurde ein von den Betriebsräten der Bergbaubetriebe und des sächsischen Landesvorstandes des FDGB an die Leitung des sowjetischen Gewerkschaftsbundes gerichteter Brief, welcher die handfesten Gründe für die wachsende Verärgerung der Bergarbeiterschaft auflistete: Nichtanerkennung des in Deutschland üblichen und von der Arbeiterschaft einst noch unter kapitalistischen Bedingungen erkämpften Bergarbeitertarifs durch die russischen Leitungsorgane, nicht den Bedingungen des Bergbaues entsprechende außertarifliche Lohnrichtlinien, fehlender Mindestlohn, miserable Arbeitsbedingungen in den Schächten durch fehlende, ungeeignete und mangelhafte Werkzeuge, unzureichende und die Gesundheit gefährdende Bewetterung der Schachtanlagen, keine regelmäßigen Lohnzahlungen, ungerechtfertigt hohe Strafen der Bergarbeiter auch für Geringfügigkeiten, eine mangelhafte Versorgung mit Arbeitskleidung und Arbeitsschutzmitteln, fehlende Sozial- und Sanitäranlagen in den Grubenbetrieben uvam.

Während jener Jahre war es durchaus üblich, dass die Hauer und Förderleute so, wie sie nach Schichtende mit nasser Kleidung und völlig verschmutzt den Schacht verließen, einen umständlichen und zumeist kilometerweiten Heimweg antraten. Bahn- und Busverbindungen, die in der Lage waren, einen reibungslosen Transport der durch den Uranbergbau vervielfach-

ten Ströme von Arbeitskräften zu bewältigen, waren noch nicht vorhanden oder befanden sich erst noch im Aufbau. Und die Winter im Erzgebirge waren lang und kalt...

Nicht wenige, uns haarsträubend anmutende Geschichten von Unfällen und anderen Begebenheiten bei der Fahrt von Bergleuten zwischen ihren Wohnorten und den Schachtanlagen kursieren noch heute im sächsischen Erzgebirge und berichten von Ereignissen, die wir Heutigen uns gar nicht mehr vorstellen können.

Beklagt wurde auch die fehlende Einflussnahme von SED- und FDGB-Betriebsorganisationen bei der Lösung der genannten Probleme, von einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Partei, Gewerkschaft und Arbeitervertretungen und den Grubenverwaltungen auf der sozialen Ebene konnte kaum eine Rede sein. Die SED und die deutsche Gewerkschaft wurden von den russischen Grubenverwaltungen eher als Mittel und Unterstützung für eine Durchsetzung hoher Produktionsleistungen als für eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft verstanden und angesehen...

Der FDGB stellte sich dann im Laufe dieser Auseinandersetzungen nach einer Phase unentschlossenen Verharrens doch noch auf die Seite der Bergarbeiterschaft und erhob sechs Forderungen, die der Beseitigung der im Laufe der Zeit aufgelaufenen Schwierigkeiten und Probleme dienen sollten:

1. Anerkennung des geltenden deutschen Bergarbeitertarifs und Zahlung des darin festgelegten Mindestlohnes.
2. Gewährung von kostengünstigen Familienheimfahrten für auswärtig Wohnende.
3. Strafen, wenn berechtigt, nur in Gestalt von Geldstrafen.
4. Beschaffung ausreichender und geeigneter Arbeitskleidung sowie von Arbeitsschuhen.
5. Unterstützung der betrieblichen Arbeitsschutzkommissionen durch Grubenverwaltungen mit dem Ziel einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Prävention von Unfällen.

6. Volles Mitspracherecht der Betriebsräte gegenüber den Grubenleitungen gemäß dem bestehenden Betriebsrätegesetz.

Der sächsische Landesvorstand des FDGB bestand mit diesen Forderungen auf der Übernahme und Anerkennung in Deutschland üblicher Gesetzlichkeiten auf den völlig in russischen Händen befindlichen Uranbergbau – nicht mehr und nicht weniger.

Die dabei gezeigte Charakterstärke und der Mut der Betriebsräte und Gewerkschafter hat wohl nicht nur die Verantwortlichen der WISMUT und die Besatzungsmacht selbst überrascht aufhorchen lassen...

Mit einiger Sicherheit ist dabei natürlich anzunehmen, dass ein solches Vorgehen auch in den Führungsetagen der SED zu einer nicht geringen Bestürzung über das dabei gezeigte Maß an Selbstbewusstsein geführt hat...

Da sich diese Vorgänge jedoch allein im Bereich der WISMUT ereigneten, die sich völlig in russischen Händen befand und auf deren Arbeitsweise die SED bestenfalls untergeordneten Einfluss nehmen konnte, verhielt sie sich zunächst unentschlossen, um erst einmal die Reaktion der russischen Besatzungsbehörden abzuwarten. Zu einer selbstbewussten, eigenen und den berechtigten Forderungen der eigenen Arbeiterschaft dienenden Haltung zeigte sich die Führungsebene der SED bereits damals nicht in der Lage.

Die Leitung der sowjetischen Gewerkschaften reagierte staunenswert schnell und informierte das Außenministerium über den Protest der deutschen Bergarbeiterschaft und die Zustände in den Bergbaubetrieben Sachsens.

Außenminister Molotow wandte sich an den mächtigen Chef des NKWD Berija und dieser wiederum an seinen Verantwortlichen für den sächsischen Uranbergbau Sawenjagin und der wiederum setzte den im fernen Sachsen sitzenden Generalmajor Malzew unter Druck.

Trotz aller hier nur angedeuteten bürokratischen Zwischenspiele während der Zeitspanne dieses Vorganges traten die ersten positiven Reaktionen mit geradezu erstaunlicher Schnelligkeit ein; bereits Ende April 1947 erfolgten erste klärende Absprachen und Vereinbarungen zwischen Vertretern der IG Bergbau des FDGB und Generalmajor Malzew, in deren Verlauf eine ganze Reihe von Verbesserungen zugesichert, beschlossen und schließlich eingeräumt wurden.

Ein gewisses Erstaunen über das während dieser Auseinandersetzungen gezeigte Selbstbewusstsein der deutschen Bergarbeiterschaft dürfte sich bis in die höchsten Kreise auch der russischen Seite gezeigt haben – dergleichen war man dort bis dahin nicht gewohnt und schien zunächst auch durchaus geneigt, mit der gewohnten und vielfach erprobten Brutalität darauf zu reagieren. Doch im Interesse einer so zu erreichenden hohen Produktivität der Uranförderung und zugleich einer gefälligeren Selbstdarstellung gab man den gestellten Forderungen der Bergarbeiter schließlich doch lieber nach.

Die Legende weiß zu berichten, dass Generalmajor Malzew die Anfang Juni 1947 anberaumten Verhandlungen zu diesem so heiklen Thema mit der entgegenkommenden Bemerkung eröffnet habe, es sei nach seinem Dafürhalten für die Vertreter der sächsischen Bergleute nicht der richtige Weg gewesen, sich angesichts der aufgetretenen Probleme zunächst an die obere Leitung der sowjetischen Gewerkschaften in Moskau zu wenden... Es wäre für beide Seiten besser gewesen, gleich an seine Person heranzutreten... Alles Zurückliegende solle aber nun vergessen sein – ab jetzt werden die Leitungen der Bergbaubetriebe mit den Gewerkschaften eng zusammenarbeiten.

Inhalt und Aussage dieser Bemerkung lassen übrigens interessante und weitreichende Rückschlüsse auf die Wucht der ihm in diesem Zusammenhange von seiner Moskauer Obrigkeit verabfolgten Ohrfeige zu.

Dieser hier nur in seinen Umrissen und Eckpunkten geschilderte Prozess ist in mehrfacher Hinsicht erstaunlich und zu-

gleich symptomatisch; sowohl für die Zeit, in der er sich abspielte, als auch durch die Personen, welche ihn auslösten.

Diese in der Jahresmitte 1947 getroffenen Vereinbarungen markierten einen wichtigen Wendepunkt im Umgang der sowjetischen Militäradministration mit den besiegten Deutschen. Zweifellos mit einem gewissen Widerwillen akzeptierte man von da an die für die WISMUT arbeitende Bergarbeiterschaft als einen gleichberechtigten Partner und löste sich gleichzeitig von der nicht zu realisierenden Vorstellung, im Erzgebirge Zustände einführen zu können, die denen in den GULAGS im Inneren der Sowjetunion glichen.

In der Folge dieser Auseinandersetzung zeigte sich die sowjetische Seite zu einer Reihe von Zugeständnissen im Sinne der von der Gewerkschaft gestellten Forderungen bereit und setzte sie auch innerhalb kurzer Zeit um.

Und soweit sie, ob nun direkt oder indirekt, der Steigerung der Erzproduktion dienten, wurden sie auch mit aller Konsequenz durchgesetzt. Die soziale und arbeitsrechtliche Lage der Bergarbeiter verbesserte sich schrittweise.

Und bei einer Einschätzung und Bewertung aller dieser Vorgänge sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass während der zu Ende gehenden vierziger Jahre die schrecklichen Hinterlassenschaften des Krieges, die zerstörte und unter der Teilung in Besatzungszonen leidende Industrie Deutschlands sowie der allgemeine Mangel an nahezu allen lebenswichtigen Dingen, die Funktion der gesamten Wirtschaft und nicht nur die des neugeschaffenen Bergbaus im Erzgebirge extrem erschwerten.

Zum Anderen ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, dass es während der so kurzen, seit dem Kriegsende verstrichenen Zeit kaum zu einem vertrauensvollen und von gegenseitiger Achtung geprägten Verhältnis der Russen und Deutschen untereinander kommen konnte; die noch frischen, im Laufe des Krieges erworbenen Erfahrungen beider Beteiligter im Umgang miteinander konnten nicht einfach beiseite gelegt werden; das bedurfte noch einer langen Reihe von Jahren.

Nicht lange darauf griffen diese Vereinbarungen jedoch und trugen erste Früchte und bald konnte auch von den in der russischen Besatzungszone so verhassten Zwangsverpflichtungen in den Uranbergbau abgegangen werden – die Leute kamen nun aus eigenen Antrieb in die erzgebirgischen Bergbaureviere, weil bei der WISMUT für die dortige Arbeiterschaft eine ganze Reihe von nicht zu unterschätzenden und überaus lockenden Vergünstigungen und Vorteilen winkten, an die in der sowjetischen Besatzungszone in anderen Bereichen der Industrie in jenen Jahren noch nicht einmal zu denken war.

Dabei wurde von der Belegschaft durchaus in Kauf genommen, dass sich die Bergleute der WISMUT- Reviere einer drückenden, nur noch mit dem Militär vergleichbaren strengen Disziplin zu fügen hatten, einer Disziplin, die wesentlich umfassender war als die bisher bekannten und aus jahrhundertelangen Erfahrungen gewachsenen, streng hierarchisch geordneten Strukturen, ohne die auch im nun schon seit dem Mittelalter praktizierten erzgebirgischen Bergbau nicht auszukommen war.

Eine breitgefächerte Geheimhaltung spannte sich jedoch auch weiterhin über alle Dinge, welche mit der Gewinnung, Aufbereitung und weiteren Verarbeitung des geförderten Uranerzes zusammenhingen.

Die Bergleute wurden bei Verlassen der militärisch bewachten Schächte und Aufbereitungsanlagen durch russische Soldaten entwürdigenden Kontrollen unterzogen, die bis zur Leibesvisitation gehen konnten, und das geförderte Erz musste bis nahezu auf das Gramm genau abgerechnet werden.

Selbst durch die Arbeit im Berg an der Arbeitskleidung oder am Körper der Kumpel haftende Spuren von Uranerz konnten bei Kontrollen zu Schwierigkeiten für die Betreffenden führen. Diejenigen Gebiete, in denen Uranerze gefördert wurden, behielten außerdem ihren nahezu exterritorialen Sonderstatus, die gewohnten deutschen Gesetzlichkeiten galten dort nichts – in diese Dinge ließ sich die WISMUT, oder besser ausgedrückt:

Die russische Besatzungsmacht in keiner Weise und von niemanden hineinreden.

Bereits in den ersten Jahren ihrer Geschichte entwickelte sich die WISMUT mit aller Konsequenz zu einem Staat im Staate. Daran änderten auch vielfältige materielle und soziale Zugeständnisse an ihre Beschäftigten nicht das Geringste.

Auch dem auf dem Gebiet des Bergbaus unter den Extrembedingungen von Zwangsarbeit durchaus erfahrenen Generalmajor Malzew könnte bereits zu diesem Zeitpunkte klar gewesen sein, dass mit einem derartig brutalem Arbeitssystem letztlich niemals eine hohe Produktivität erreichbar sein konnte – seine eigenen Erkenntnisse und Erfahrungen als Kommandant des GULAGS im Kohlebecken von Workuta dürften zu einem gewissen Anteil ebenfalls zu dieser Einsicht beigetragen haben...

Und da seine eigene Arbeit im sächsischen Erzgebirge einzig an der schnellstmöglichen Gewinnung des „Rohstoffes A 9" gemessen wurde, lag wohl auch für ihn auf der Hand, dass die bisher geübte Herangehensweise kaum geeignet zur Erzielung hoher Produktionsergebnisse war. Hinzu kommt noch, dass sich der Uranbergbau, einschließlich aller seiner zwingend erforderlichen Neben- und Nachfolgegewerke, als wesentlich komplizierter erwies als der demgegenüber relativ einfache Kohlebergbau, in welchem Malzew einst seine Erfahrungen gesammelt hatte.

Und schließlich auch noch angesichts der Situation, dass hier im sächsischen Erzgebirge ein moderner und leistungsfähiger Abbau des so begehrten Urans zunächst erst einmal auf die Beine gestellt werden musste. Selbst wenn hier im Erzgebirge die ersten Schächte bereits Uranerz förderten, befand man sich ja zu einem hohen Anteil noch immer in der schwierigen Erkundungs- und Aufschlussphase, die mit leistungsbereiten und gut motivierten Mitarbeitern entschieden besser zu bewältigen war als mit rechtlosen, schikanierten und unter Zwang eingesetzten und dadurch nur wenig produktiven Arbeitskräften.

Möglicherweise kommt dabei noch ein weiterer wichtiger Beweggrund zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen in den Uranrevieren hinzu. Gegen Ende der vierziger Jahre waren die streng geheim gehaltenen Erkundungsmaßnahmen mit einiger Wahrscheinlichkeit schon soweit vorangeschritten, dass man sich seitens der sowjetischen Bergbauverwaltung darüber klar wurde, mit welch umfangreichen Lagerstätten nun zu rechnen war.

Um sie abzubauen, würde die Arbeit vieler Jahre erforderlich sein. Anders ausgedrückt: Es wurde deutlich, dass man für eine sehr lange Zeit auf eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit mit den Deutschen zu rechnen hatte und sich daher auch aus diesen Erwägungen heraus zu den genannten Zugeständnissen bereit zeigte.

Hier im sächsischen Erzgebirge, am westlichen Rand des russischen Einflussgebietes und damit gewissermaßen unter den misstrauischen Augen nicht nur der deutschen Öffentlichkeit zeigte es sich als weder ratsam noch möglich, in einer auf reinen Zwangsmethoden basierenden Art und Weise vorzugehen.

Eine völlige Abschirmung aller sich hier abspielenden Dinge vor den Augen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch vor denen der Welt, wie sie zum Beispiel im Inneren Russlands realisierbar war, erwies sich hier als nicht durchführbar.

Befremdlich ist freilich, dass dieser unter dem Zwang der Situation erfolgte Umdenkprozess beim Herangehen an diese drängenden Probleme offenbar nur bei der WISMUT eingetreten ist und sich nicht auch in anderen Bereichen der kommunistisch beherrschten Wirtschaft, sowohl in der Sowjetunion als auch auf dem Gebiet ihrer deutschen Besatzungszone, durchsetzen konnte – er wäre deren besseren und günstigeren ökonomischen wie auch politischen Entwicklung auf allen Gebieten, wie dann auch der späteren DDR äußerst dienlich gewesen.

An Versuchen anderer Industriezweige, eine solche Herangehensweise zu übernehmen, hat es in der Folgezeit nicht gemangelt. Doch einzig und allein in übrigen Zweigen des Bergbaus inner-

halb des sowjetischen Einflussgebietes sind sie, allerdings zu wesentlich geringeren Anteilen, auch umgesetzt worden.

Das mutige und selbstbewusste Auftreten von Betriebsräten und Gewerkschaftern hatte sich für die WISMUT Belegschaft gelohnt. Wesentlich schlechter hingegen schnitt bei dieser Auseinandersetzung die SED ab.

Spätestens seit dem Frühjahr 1947 war auch die Führung der Partei in Berlin über die sich abzeichnenden sozialen und arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten in den Uranrevieren unterrichtet.

Die Bearbeitung sozialpolitischer Probleme oblag in Berlin einem eigens dafür geschaffenen Parteiorgan; diese Parteibehörde unterstand dem ehemaligen SPD-Mitglied Helmut Lehmann, einem engagierten und profilierten Sozialpolitiker der nunmehrigen SED. Offensichtlich ist es diesem Mann gelungen, sich recht schnell und auch umfassend von den aufgetretenen Schwierigkeiten und ihren Ursachen ungeachtet aller Geheimhaltung um nahezu alle die WISMUT betreffenden Zusammenhänge Kenntnis zu verschaffen – allein dies dürfte unter den damaligen Bedingungen nicht leicht gefallen sein.

In einer Vorlage an die Parteiführung im August 1947 schilderte er den Stand der Dinge im erzgebirgischen Uranbergbau ohne jede Beschönigung und auch ohne die damals leider so schnell üblich gewordene Kriecherei der SED- Führung vor den SMAD-Behörden in ehrlicher und überaus schonungsloser Weise. Allein schon mit der Beschaffung seiner Informationen und erst recht mit der Art und Weise, wie er sie der Parteiführung zur Kenntnis gab, dürfte er sich bei nicht wenigen Leuten dort höchst unbeliebt gemacht haben...

Doch wie auch immer – die Parteiführung der SED sah sich nun aus den eigenen Reihen unter Zugzwang gesetzt. Wollte sie nicht in einer so wichtigen Angelegenheit hinter den Ereignissen zurückbleiben, musste sie handeln, trotz aller Abneigung gegenüber einem aus ihrer Position so heiklen und überaus vorsichtig zu behandelnden Themenkomplex.

So wurde eine Kommission unter Leitung von Paul Merker zusammengestellt und mit dem Auftrag, sich Kenntnis der Lage in den WISMUT-Revieren zu verschaffen, nach Sachsen, ins Erzgebirge geschickt... doch, dort angekommen, musste diese Kommission feststellen, dass die Russen allen ihren Mitgliedern eine Einreise in die erzgebirgischen Bergbaugebiete kurzerhand verweigerten und man ihnen auf alle ihre Fragen hin nichts als den wohlgemeinten Rat gab, sich möglichst schnell sowie auch ohne auch nur irgendwelchen Lärm zu verursachen, wieder ins weit entfernte Berlin zurückzuziehen.

Unter mehr oder auch weniger Zähneknirschen beherzigte man diesen so freundschaftlichen Vorschlag, für eine Kraftprobe mit den Russen fehlte in den Führungsetagen der SED bereits damals nicht nur jeder Mut. Leute mit dem dafür erforderlichen Rückgrat waren dort aus guten Gründen kaum mehr anzutreffen und auch die Letzten ihres Schlages sollten bereits kurze Zeit später nicht mehr dort zu finden sein.

Allerdings befasste sich der SED-Vorstand, um wenigstens der Form zu genügen, in noch zwei seiner Beratungen halbherzig und ohne spürbares Engagement mit dem so leidigen Bergarbeiterproblem, in dem man den WISMUT Beauftragten der damals noch existierenden sächsischen Landesregierung, Max Weber, zur Berichterstattung im Oktober 1947 nach Berlin zitierte.

In seinem Rapport vor den Parteioberen wurden die Verhältnisse in den Uranbergbaugebieten mit den entsprechenden und erwarteten Beschönigungen erläutert... es sei, so erklärte er, alles in Ordnung, und erging sich in weitschweifigen Lobreden über die finanziellen und materiellen Vergünstigungen für die Bergarbeiterschaft.

Die sich bereits während jener Jahre in ersten Umrissen abzeichnenden gesundheitlichen und ökologischen Gefahren des Uranbergbaus und der in immer größerer Zahl eingerichteten Erzaufbereitungsanlagen sowie den dabei üblichen und erschreckend sorglosen Umgang mit ihren radioaktiven Abprodukten spielte er dabei herunter...

Woraufhin sich die Parteioberen der SED in ihren Berliner Kontoren beruhigt und zufrieden zugleich zeigten und sich fortan der Sowjetischen Besatzungsadministration im allgemeinen und den WISMUT- Behörden im besonderen gegenüber als ebenso passiv wie auch gefügig zeigten.

Nur einmal mehr hatte man ihnen in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wer der tatsächliche Herr im Hause war, und das betraf beileibe nicht nur die Urangruben des sächsischen Erzgebirges...

Die andere Seite

Bis weit über das Ende des Krieges in Europa hinaus waren amerikanische Militärs und Politiker der festen Überzeugung, dass ihr Monopol auf Kernwaffen noch für etwa 10 Jahre von Bestand sein würde.

Bei dieser selbstgefälligen Prognose ging man davon aus, dass die Sowjetunion über eine noch nicht genau abzusehende Zeit weder das wissenschaftlich-technische Vermögen zu Entwicklung und Produktion von Kernwaffen aufbringen könnte, noch ihr der Zugriff auf nennenswerte Uranlagerstätten im eigenen Land bzw. in ihrem Einflussgebiet möglich wäre.

Wobei vor allen Dingen die letztgenannte Vermutung bei nüchterner Betrachtung bereits von Anfang an als ein reines Wunschdenken angesehen werden konnte.

Denn wenn man sich allein die riesige Flächenausdehnung sowie auch den schon bekannten gewaltigen Reichtum der UdSSR an Naturressourcen aller Art vor Augen führte, wurde auch Nichtfachleuten schnell begreiflich, dass es wohl nur eine reine Zeitfrage sein würde, bis die Russen auch auf ihrem eigenen Territorium Uranlagerstätten finden würden.

Was nun den wissenschaftlich-technischen Rückstand der Russen gegenüber dem der USA betraf, so neigte man im weißen Haus und im Pentagon zu einer eher noch größeren Unterschätzung – bis hin zu öffentlichen Behauptungen, dass sie, die Russen, gar nicht in der Lage seien, das wissenschaftlich-technische Problem ihrer Entwicklung zu lösen.

Diese nur für die folgenden vier Jahre zutreffenden Annahmen wurden in den Jahren des beginnenden „Kalten Krieges" auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhanges" zur Grundlage politischer und militärischer Entscheidungen, welche die Welt wiederholt an den Rand einer erneuten Auseinandersetzung brachten.

Die Ereignisse der späten vierziger und der frühen fünfziger Jahre widerspiegeln auf beiden Seiten des "Eisernen Vorhanges"

eine erschreckende und äußerst verantwortungslose Konfrontationspolitik, in deren Verlauf die eine Seite auf das Drohpotential ihres Alleinbesitzes von Kernwaffen setzte, während die andere Seite auf ihre erdrückende Übermacht an herkömmlichen Kriegsmitteln baute.

Das sich nach den amerikanischen Kernwaffenschlägen auf Japan nun auch die Russen mit der Entwicklung und Herstellung von Nuklearwaffen befassen würden, war völlig logisch und lag für jedermann auf der Hand – auch für die Amerikaner.

Und auch noch weitere Staaten strebten nach dem Besitz dieser Waffen und ließen, wie der Verlauf der Geschichte dann auch zeigte, nichts unversucht, sie sich innerhalb nur weniger Jahre auch zu verschaffen.

Nur war sich die politische und militärische Führung der USA durchaus nicht einig in der Einschätzung, wie viel Zeit Stalins Kernphysiker benötigen würden, um den Vorsprung der Amerikaner auszugleichen.

Die für die militärische und politische Führung der Vereinigten Staaten von Amerika äußerst pessimistischen Einschätzungen einer Reihe weltbekannter Physiker, von denen auch einige am Manhattan-Projekt der USA beteiligt waren, und die amerikanische Militärs und Politiker bereits sehr früh eindringlich vor einem sich binnen kürzester Zeit entwickelnden nuklearen Wettrüsten warnten, wurden im Jahre 1945 arrogant überhört. Man gab sich sehr sicher, dass die Sowjetunion noch lange brauchen würde, um den amerikanischen Vorsprung auf diesem Gebiet einzuholen.

Alle Warnungen vor dem sich nun abzeichnenden Beginn eines erneuten, intensiven Wettrüstens mit ungleich höherer Qualität und Quantität als bisher, nicht nur zwischen den Großmächten USA und UdSSR, sondern unter Teilnahme auch noch weiterer, technologisch soweit fortgeschrittener Staaten, dass sie die Entwicklung dieser Waffen aufnehmen konnten, wurden nicht ernst genommen. Auch erste Versuche vernünftiger und weitsichtiger Politiker aus aller Welt, Kernwaffen abzu-

schaffen oder deren Besitz durch Verträge einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen, wurden von der ersten Atommacht der Welt brüsk abgelehnt.

Man glaubte sich im Weißen Haus wie auch im Pentagon völlig sicher, für eine gewisse Zeit jedenfalls eine Politik des „Großen Knüppels" betreiben zu können.

Eine der wichtigsten Grundlagen dieser Haltung Amerikas bestand in der (woher auch immer stammenden) Überzeugung, dass der Sowjetunion zum einen die für Entwicklung und Produktion von Kernwaffen erforderlichen Uranvorräte fehlten und dass sie zum anderen noch darüber hinaus nicht über die dazu notwendigen wissenschaftlich-technischen Kenntnisse verfügen konnte. Mit diesen höchst fragwürdigen Annahmen gab man sich in Amerika zunächst zufrieden und widmete sich mit Hingabe dem Ausbau des eigenen Vorsprunges auf nuklearem Gebiet.

Nur schrittweise und gleichsam widerwillig wurden sich die Amerikaner gegen Ende der zweiten Hälfte der vierziger Jahre ihrer eklatanten Fehleinschätzung, zunächst was den Zugriff der Russen auf Uranvorräte betraf, bewusst.

Aller Geheimhaltung der Russen um die Uranlagerstätten im Süden ihrer deutschen Besatzungszone zum Trotz wurde nach und nach deutlich, welchen so begehrten Schatz Stalins Leute im sächsischen Erzgebirge vorgefunden hatten. Und allem Anschein nach waren sie tatsächlich schon seit kurz nach dem Kriegsende damit beschäftigt, ihn auch zu heben – eine ganze Reihe unmissverständlicher Anzeichen deuteten darauf hin.

Ärgerlich für Amerika sowie auch äußerst peinlich an der sich nun ankündigenden, völlig neuen politischen und militärischen Weltlage war, dass man noch wenige Jahre zuvor eben die Gebiete, in denen die Russen nun offenbar mit wachsenden Erfolg nach Uran schürften, mit dem Blut und dem Schweiß der eigenen Soldaten erkämpft und sie für einige Wochen lang sogar in den Händen gehalten hatte...

Nur hatte man damals, in der Euphorie des Sieges über Hitlerdeutschland, aus welchen Gründen auch immer völlig versäumt, sich Kenntnis von den Dingen zu verschaffen, die dort noch unbeachtet von Besiegten wie auch von den Siegern im Boden ruhten.

Und es ist auch heute, nach nun schon mehr als einem halben Jahrhundert, äußerst schwierig, beurteilen zu wollen, welchen Verlauf die europäische Nachkriegspolitik zwischen den einstigen Alliierten des großen Krieges genommen hätte, wäre sich Amerika des tatsächlichen Wertes der ostthüringischen und westerzgebirgischen Gebiete bereits bei Eintritt des Waffenstillstandes im Frühjahr 1945 bewusst gewesen.

Die sich in den alten und neu abgeteuften Schächten des westlichen Erzgebirges während der ersten Jahre nach dem Sieg über Hitlerdeutschland abspielenden Dinge rückten, angesichts der von Monat zu Monat zunehmenden russischen Bergbauaktivitäten, immer weiter in das Zentrum aller Aufmerksamkeit nun schon nicht mehr allein des amerikanischen Geheimdienstes. Ohne handfeste Gründe, soviel war sicher, trieben die Russen dort gewiss nicht einen solchen Aufwand.

Doch ein Herankommen an genaue und verlässliche Angaben, anhand derer auch weiterreichende Schlussfolgerungen über die von den Russen erreichten Fortschritte in der Entwicklung von Kernwaffen möglich würden, erwies sich als sehr schwierig.

Die Russen hatten einen dichten, kaum zu durchdringenden Schleier strikter Geheimhaltung über alle ihre Aktivitäten im sächsischen Erzgebirge gelegt und sie erwiesen sich wie in allen derartigen Dingen als ebenso zugeknöpft wie ihre Uniformen. So war man auf westlicher Seite zunächst nur auf Vermutungen und die nur wenig zuverlässigen Berichte und Angaben von in die westlichen Besatzungszonen geflohenen WISMUT-Beschäftigten angewiesen, die allerdings ein nur lückenhaftes Bild über Umfang und Wert der dortigen Uranlagerstätten liefern konnten.

Noch bis weit in das Jahr 1948 hinein gaben sich amerikanische Experten völlig sicher, dass der Abbau von Uranerzen im sächsischen Erzgebirge kaum Erfolg verspreche und dort mit nur äußerst geringen Förderquoten zu rechnen sei und, daraus schlussfolgernd, der Nichtbesitz ausreichender Rohstoffe auch weiterhin eines der größten Probleme der russischen Kernwaffenentwicklung darstelle. Darin bestand wohl auch ihre darauf fußende Annahme, dass die an Uran so armen Russen nun verzweifelt versuchten, auch kleinste Vorräte zu gewinnen – woraus dann wiederum gefolgert wurde, dass der Mangel an Uran noch immer deren größte Schwierigkeit sei.

In ständig zunehmendem Widerspruch zu allen diesen Annahmen und Vermutungen standen jedoch die seit dem Kriegsende von Monat zu Monat anwachsenden Bergbauaktivitäten der Russen im mittleren und westlichen Erzgebirge. Die Beweggründe des von ihnen dort getriebenen Aufwandes erregten schließlich eine immer stärkere Aufmerksamkeit vor allem der westlichen Geheimdienste.

Ungeachtet aller Geheimhaltung und vielfältigen Versuchen der Verschleierung erwies es sich letztlich für die sowjetischen Bergbauverwaltungen und selbst für den NKWD als schlechthin unmöglich, die Dinge, welche dort unternommen wurden, wirklich und dauerhaft zu verbergen.

Das dicht besiedelte Erzgebirge mit seinen zahlreichen Kommunikationswegen und Verbindungen in übrige Teile des russischen Besatzungsgebietes und auch über die Demarkationslinien hinweg in die westlichen Zonen war nicht auf eine Weise hermetisch abzuschirmen, wie das mit Territorien von vergleichbarer Ausdehnung irgendwo tief in den Weiten der Sowjetunion möglich war. Zudem war die Belegschaft der WISMUT während der ersten Jahre nach Ende des Krieges bereits auf einige tausend Bergarbeiter angewachsen und schon aus diesem Grunde zeigte es sich als nicht möglich, die dort vorgehenden Dinge vollkommen im Verborgenen zu halten.

Ein großer Teil dieser Arbeiten fand in dicht besiedelten Gebieten, genau genommen vor den Augen und nicht zuletzt auch unter der aktiven Teilnahme aller da lebenden Leute statt. Und so erwies sich eine, wenn auch äußerst ungern gesehene Verbreitung von zunächst allerlei Gerüchten und Legenden als nicht vermeidbar.

Diese sollten sich jedoch bald zu Gewissheiten verfestigen und zu einem erschreckten Aufhorchen nicht nur jenseits des Atlantiks führen...

Dabei sorgten nicht zuletzt die so zahlreichen in die westlichen Besatzungszonen entwichenen Zwangsverpflichteten für die Verbreitung von Nachrichten und letztlich auch zahlreichen Gerüchten, Spekulationen und Unwahrheiten über den von den Russen in Südwestsachsen aufgenommenen Uranbergbau.

Der Umfang sich ansammelnder konkreter Angaben über die wachsende Förderung von Uranerzen in Schlema, Aue, Annaberg und Johanngeorgenstadt nahm ständig zu und ließ die anfänglich so tröstlich anklingenden Vermutungen des amerikanischen Geheimdienstes über nur unbedeutende und geringe Uranlagerstätten in dieser Gegend schnell in ihr Gegenteil umschlagen.

Auch wenn man sich auf westlicher Seite über den tatsächlichen Umfang und den Wert dieser Vorräte noch völlig im Unklaren befand, so zeichnete sich doch bereits Ende der vierziger Jahre ab, dass die so genannte „Uranlücke", eines der massivsten Hindernisse auf dem Wege zu einer russischen Kernwaffe, nunmehr aufgehört hatte zu bestehen.

Die Beschaffung von Informationen zum Umfang der dortigen Vorräte und Angaben über Förderquoten und nicht zuletzt den Urangehalt der in Sachsen gewonnenen Erze rückte auf der Prioritätenliste westlicher Geheimdienste nunmehr auf die oberen Plätze. Präzise Rückschlüsse über den tatsächlichen Wert der sächsischen Uranlagerstätten waren allerdings nur durch eine Überprüfung von originalen Erzproben möglich, und sich

diese zu beschaffen erwies sich als äußerst kompliziert und gefährlich, denn die Russen waren höchst wachsam.

Angaben zu Wert und Umfang von irgendwo im Inneren der UdSSR neu entdeckten und erschlossenen Uranlagerstätten gelangten nicht in die Hände amerikanischer Geheimdienste, über das dort geförderte Spaltmaterial konnte daher allenfalls spekuliert werden. Andererseits bot die enorme Eile, mit welcher die Erschließung und die Gewinnung von Uran im sächsischen Erzgebirge betrieben wurde Anlass zu Vermutungen, dass die Russen innerhalb ihres eigenen Territoriums zu dieser Zeit möglicherweise noch nicht im gewünschten Umfange fündig waren.

Dienststellen der CIA in Westberlin boten Summen von 1000 DM für ein Kilogramm Uranerz aus den erzgebirgischen Schächten, und trotz aller Sicherungsmaßnahmen der Russen gelang es schließlich Anfang des Jahres 1949, einige Erzbrocken zu entwenden und nach Westberlin zu schaffen.

Ein erster den Amerikanern in die Hände gefallener, im WISMUT Objekt Nummer 1, also in einem Schacht in Johanngeorgenstadt gestohlener Erzbrocken wog nicht ganz zweieinhalb Kilo und enthielt 22 % Uranoxyd. Im Laufe der folgenden Jahre gerieten auch noch weitere in den WISMUT-Gruben entwendete Erzproben in die Hände westlicher Fachleute und wurden sorgfältig analysiert.

Im Ergebnis dieser Untersuchungen und einem Abgleich mit weiteren beschafften Meldungen und Informationen über den sächsischen Uranbergbau kamen die Amerikaner wahrscheinlich schon gegen Ende der vierziger Jahre zu der ernüchternden Erkenntnis, das eine so genannte „Uranlücke“ für die Russen seit bereits schon längerer Zeit nicht mehr existierte. Und noch einmal von neuem wird ihnen schmerzlich bewusst geworden sein, dass mehr als die Hälfte der Territorien, in denen die Russen nunmehr mit der Förderung von Uranerzen begonnen hatten, während der letzten Tage des Krieges von ihren eigenen Truppen erobert wurden...

Diese Erzdiebstähle blieben den russischen Grubenverwaltungen natürlich nicht lange verborgen und führten rasch zu einer Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen und der Überwachung der in den Schächten und Verarbeitungsanlagen tätigen Bergarbeiter.

Nach einer bereits im Frühjahr 1950 erlassenen geheimen Anweisung durch die Leitung der WISMUT kam es zu äußerst drastischen Maßnahmen gegen Erzdiebstähle sowie auch von Baumaterial aller Art und sogar von Sprengstoffen – sicherlich nicht ohne Gründe.

Im gleichen Zuge leitete man eine genaue Überprüfung des in Gruben und Nebengewerken angestellten Personals ein. Vor allen Dingen der Diebstahl von Erz zog nunmehr drakonische Strafen nach sich.

Einige Jahre darauf wurden im Zuge von Schauprozessen mehrere für den CIA oder auch den westdeutschen Gehlen-Geheimdienst bei der WISMUT arbeitende Spione zu langjährigen Strafen verurteilt.

Die Informationen des Westens aus dem Bereich der WISMUT speisten sich jedoch nur in geringerem Maße aus den (mehr oder auch weniger geglückten) Diebstählen von Erz; der Hauptanteil von Nachrichten aus der WISMUT floss über das sogenannte „Ostbüro" der SPD, welches sich zunächst als ein Unterstützungsorgan für sozialdemokratische Bestrebungen auch nach der Vereinigung von KPD und SPD in der dann von der SED beherrschten SBZ sowie auch der späteren DDR verstand.

Wobei sich allerdings bereits nach kurzer Zeit des Bestehens dieses so ehrenwerten Büros die Grenzen zwischen dem politischen Widerstand gegen die Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien im Osten Deutschlands und rein nachrichtendienstlichen Bestrebungen im Solde einer ganze Reihe westlicher Geheimdienste soweit verwischten, dass sie kaum noch zweifelsfrei zu erkennen waren…

Über die Verbindungen mit ehemaligen sozialdemokratischen Interessengruppen im Gebiet der russischen Besatzungs-

zone und die Unterstützung von in die westlichen Besatzungsgebiete geflohenen, früheren SPD Mitgliedern bzw. deren Sympathisanten interessierte sich dieses Büro in überaus auffälliger und auch unverhältnismäßiger Weise für bis weit in Einzelheiten reichende Informationen aus den Uranrevieren, welche dann schnell und mit großer Bereitwilligkeit an britische und amerikanische Interessenten weitergereicht wurden.

Der im Laufe dieser Vorgänge vom „Ostbüro" der SPD immer wieder behauptete Uneigennutz bei all seinem Tun dürfte daher füglich zu bezweifeln sein, schließlich beanspruchte die alleinige Unterhaltung einer solchen Behörde schon nicht unbeträchtliche Mittel...

Gewissermaßen als ein Neben- und Folgeprodukt dieser nachrichtendienstlichen Bemühungen kam es auf Betreiben dieses so obskuren Büros hin zu einer wilden Propagandakampagne zwischen der SED und der SPD, in deren Verlauf in westlichen Medien immer wieder von „Stalinscher Uransklaverei", von verheerenden Arbeitsunfällen in so genannten Todesschächten sowie auch von Zwangsarbeitslagern nach dem Vorbild der russischen GULAGS in äußerst reißerischer Aufmachung berichtet wurde.

Bei der Formulierung ihrer Gegendarstellungen zur Entkräftung derartiger Vorwürfe hatten es IG Bergbau und SED nicht leicht; einerseits standen sie unter dem Druck der die gesamten Angelegenheiten der WISMUT erfassenden Geheimhaltung, andererseits entsprachen zumindest einige der Vorwürfe durchaus den Tatsachen – die sozialen und arbeitsrechtlichen Probleme in den erzgebirgischen Bergbaurevieren während der ersten Jahre nach dem Kriege waren real und unübersehbar, wenngleich sie von der westlichen Presse mitunter bis zur Groteske übertrieben und aufgebauscht wurden.

Die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre anstehenden Bedingungen im sächsischen Bergbau waren tatsächlich alles andere als werbewirksam, der Begriff „Aue", stellvertretend für die Urangewinnung im sächsischen Erzgebirge und dessen gesam-

tes Umfeld, verkörperte bei der Bevölkerung der russischen Zone einen äußerst negativen Inhalt.

Erschwerend kam noch hinzu, dass Rundfunk und Presse in der russischen Besatzungszone ab dem Jahr 1948 von IG Bergbau, der SED und natürlich von den Verwaltungen der WISMUT aufgerufen waren, eine groß aufgezogene Werbekampagne zur Gewinnung von freiwillig antretenden Arbeitskräften für den erzgebirgischen Bergbau zu führen. Diese musste nun angesichts der aus den Westzonen herüberhallenden Anti-WISMUT-Propaganda verstärkt und in ihren wichtigsten Teilen völlig neu positioniert werden.

Im Sinne einer erfolgreichen Anwerbung von nun dringend benötigten Arbeitskräften mussten durch die sowjetischen Bergbauverwaltungen und später auch die WISMUT die bereits zuvor erwähnten Zugeständnisse eingeräumt werden, und sie bestanden in der Hauptsache in überdurchschnittlicher Entlohnung, zusätzlicher Lebensmittelversorgung, einem erstaunlich attraktiven Prämiensystem, einer deutlichen Verbesserung der Sozialleistungen an den Arbeitsplätzen, der zunehmenden Bereitstellung von Wohnraum sowie auch zusätzlichen Leistungen in der Versorgung mit Dingen und Erzeugnissen, welche für damals nicht in der WISMUT arbeitenden Teile der Bevölkerung im sowjetischen Besatzungsgebiet unerreichbar waren.

Völlig tabu hingegen blieben das sich bereits während der frühen Jahre abzeichnende, stark umweltgefährdende Ausmaß und die an Raubbau gemahnende Art und Weise des Bergbaus sowie das alles beherrschende Geheimhaltungs- und Sicherungsregime, auch wurde von der sowjetischen Regierung jede Angabe über die Nutzung des gewonnenen Urans sowie auch dessen von real denkenden ostdeutschen Politikern und Wirtschaftsfachleuten angestrebte Verrechnung als Reparationsleistung strikt abgelehnt.

Mit der Gewährung der vorstehend genannten Zugeständnisse neigte sich die erste Phase der WISMUT-Entwicklung ihrem

Ende zu – die sogenannten „wilden Jahre“ mit all ihren, zum Teil von allerlei Legenden umwobenen Ereignissen, gehörten nunmehr der Geschichte an.

Die Verlockungen einer weit über dem Durchschnitt des übrigen Landes liegenden Entlohnung, einer wesentlich besseren Allgemeinversorgung als in übrigen Teilen des russischen Besatzungsgebietes, die hohen Sozialleistungen bei einer Arbeit in den sächsischen Uranrevieren taten ein Übriges, der Strom nunmehr freiwillig anreisender Arbeitskräfte schwoll an und für das bis dahin praktizierte Prinzip der Zwangseinweisung erlosch bereits nach kurzer Zeit jede Notwendigkeit.

Mit der sich trotz aller Geheimhaltung um alles, was mit den erzgebirgischen Uranlagerstätten zusammenhing, gegen Ende der vierziger Jahre abzeichnenden Erkenntnis westlicher Geheimdienste, dass es den Russen so unvermutet schnell gelungen war, die sogenannte „Uranlücke“ zu schließen, steigerte sich deren Interesse für die sächsischen Uranreviere um ein Vielfaches.

Nunmehr wurde offenbar, dass in den felsigen Gründen des sächsischen Erzgebirges ein wesentlich umfangreicherer Vorrat des so begehrten Stoffes lagerte, aus dem die Bombe herzustellen war, als bisher angenommen. Der tatsächliche Umfang der in Sachsen und wenig später auch noch im östlichen Thüringen aufgefundenen Uranlager sollte sich im Laufe der nun folgenden Jahre noch weiter steigern. Ungeachtet aller Maßnahmen und Aufwendungen, sie streng geheim zu halten, drangen immer wieder Angaben über ihren Wert und ihre Größe an die Öffentlichkeit und es wurde zu einem offenen Geheimnis, dass der Boden im Süden des russischen Besatzungsgebietes und der späteren DDR die wahrscheinlich drittgrößten Uranvorräte der Welt enthielt.

Für die USA begann sich der Verlust ihres auf eine weitaus längere Zeit veranschlagten Kernwaffenmonopols abzuzeichnen – mit allen daraus resultierenden Folgen für die Politik und

einen sich rasant entwickelnden Rüstungswettlauf der beiden Supermächte.

Auch wenn von Amerikanern und Engländern in den dem II. Weltkrieg folgenden Jahrzehnten niemals über Hintergründe und Ursachen dieser aus ihrer Sicht so unbedachten und fahrlässigen Übergabe dieser Uranlagerstätten öffentlich Stellung genommen wurde, so liegt doch rückblickend zumindest die Schlussfolgerung nahe, dass es in späterer Beurteilung von Beobachtung und Auswertung der WISMUT-Aktivitäten durch die westlichen Geheimdienste zu einigen äußerst peinlichen Rückfragen an die Adresse von Verantwortlichen der kurz nach Kriegsende für die sich aus der Sicht der Vereinigten Staaten von Amerika als nun so leichtfertig erwiesene Übergabe dieser Territorien an die Sowjetunion gekommen sein muss...

Und gewiss hat man sich nur wenige Jahre später auf westlicher Seite daran erinnert, dass es während des sich abzeichnenden Kriegsendes in Deutschland im Frühjahr 1945 vor allen Dingen seitens des britischen Premierministers Winston Churchill zu ernsthaften Bestrebungen gekommen ist, bereits abgeschlossene alliierte Vereinbarungen zur Einteilung der alliierten Besatzungsgebiete in Deutschland zugunsten der westlichen Verbündeten zu ignorieren bzw. abzuändern, die dann allerdings vor allen Dingen von amerikanischen Politikern abgewiesen wurden, dann ist ein gewisses Erstaunen über deren Kurzsichtigkeit und höchst mangelhafte Informiertheit nicht zu vermeiden.

Bei dieser allerdings nachträglichen Beurteilung von Churchills Bestrebungen ist jedoch auf jeden Fall anzumerken, dass im Frühjahr 1945 auch der britische Premierminister keinerlei Kenntnis von den im sächsischen Erzgebirge lagernden Uranvorräten besaß.

Bei einer Betrachtung der historischen Zusammenhänge sowie auch der Ereignisse seit der Entdeckung der Kernspaltung in Deutschland ist allerdings höchst erstaunlich, dass sich

westliche Politiker und Militärs angesichts schon während des II. Weltkrieges eingetretener erheblicher Sorgen und Bedenken vor einer Kernwaffenentwicklung in Hitlerdeutschland nicht mit der notwendigen Gründlichkeit für alle dafür erforderlichen Voraussetzungen und in diesem Zuge natürlich auch für auf deutschem Boden lagernde und zu vermutende Uranvorräte interessierten.

Diese Versäumnisse waren nicht mehr aufholbar und sollten sich für die westlichen Großmächte nur wenige Jahre darauf in bitterster Weise rächen.

Churchills damalige Versuche, die Grenzen der alliierten Besatzungsgebiete zu Gunsten der westlichen Alliierten zu verschieben, basierten wie bereits erwähnt einzig und allein auf seiner Sorge vor einem politischen und militärischen Einflussgewinn der Sowjetunion in Ost- und Mitteleuropa. Alle seine Mühe auf diesem Gebiet erwies sich letztlich jedoch als vergeblich; mit der bei Kriegsende eingetretenen geopolitischen Situation erlosch für das Britische Empire jede politische Einflussnahme auf die Staaten Osteuropas.

Auch Churchills Vorstellung, gemeinsam mit den USA und gestützt auf den alleinigen Besitz einer ultimativen Waffe den einstigen Einfluss des britischen Weltreiches wieder herzustellen, erwies sich als nicht realisierbar, sie führte lediglich zu einer bedrohlichen Verschärfung des nun in Gang geratenen kalten Krieges.

In den ersten Tagen des Septembers 1949 kehrte eine RB 29 der US Air Force, welche mit der Foto- und Wetteraufklärung auf einem Routineflug über dem Gebiet des nordwestlichen Pazifiks beauftragt war, mit wie man schon kurz nach ihrer Landung auf einem Stützpunkt in Alaska feststellte auf eine sehr bestimmte Weise verdorbenen Filmaufnahmen zurück.

Als die Fotoauswerter die belichteten Filme untersuchten, stellten sie charakteristische Beeinträchtigungen fest, wie sie nur durch radioaktive Einflüsse auf das Bildmaterial verursacht werden können.

Sofort eingeleitete Rückfragen bei der US-Atombehörde und im Pentagon ergaben, dass es während des in Frage kommenden Zeitraumes zu keinem der damals durchaus üblichen und für keineswegs gefährlich oder auch nur bedenklich gehaltenen Atomtests in der Atmosphäre gekommen sei.

Von Meteorologen wurde ferner sehr schnell festgestellt, dass es auf Grund der Wetter- und Windverhältnisse im Luftraum über dem nordwestlichen Pazifik kaum möglich sei, dass sich von amerikanischen Testexplosionen herrührende radioaktive Partikel in der nun vorgefundenen Dichte bis in diese Regionen ausbreiten würden.

Zumindest seitens der USA, so teilte man schon nach kurzer Zeit mit, habe kein Kernwaffentest stattgefunden, dessen in die Atmosphäre gelangter Fallout die auf diesem Fluge verdorbenen Filme verursacht haben könnte. Auch kein anderes nukleares Ereignis, wie etwa ein Unfall in einem Kernforschungslabor oder einer Produktionsanlage für Kernbrennstoff, habe sich während des in Frage kommenden Zeitraumes ereignet, wie man auch auf wiederholte Nachfragen versicherte.

Die Analysen der Luftproben von daraufhin eilig angeordneten weiteren Kontrollflügen in diese Territorien erbrachten eine noch höhere Radioaktivität, und amerikanische Fachleute mut-

maßten für eine Zeitlang, dass es in der Sowjetunion möglicherweise zu einem Reaktorunfall gekommen sei. Allerdings, nach einer gründlichen Analyse der gesammelten Proben und einer wiederholten Überprüfung der meteorologischen Bedingungen während des in Frage kommenden Zeitraumes bewiesen jedoch die nun ermittelten exakten Daten eindeutig, dass irgendwo in den Weiten der Sowjetunion, sehr wahrscheinlich in Mittelasien, der erfolgreiche Test einer Plutoniumbombe stattgefunden haben musste...

Das nunmehr gesicherte Resultat dieser Untersuchungen löste eine erhebliche Bestürzung aus, sowohl im Weißen Hause als auch im Pentagon. Noch im Juli 1949 versicherte ein vom CIA erstelltes Gutachten, dass der von damaliger Warte aus frühest mögliche Zeitpunkt der Fertigstellung einer russischen Atomwaffe nicht vor der Jahresmitte 1953 zu erwarten sei...

In nur vier Jahren war der im Jahre 1945 auf mindestens ein Jahrzehnt kalkulierte amerikanische Vorsprung in der Nukleartechnologie aufgeholt, und die Russen würden ihn im Laufe nur weniger weiterer Jahre endgültig ausgleichen und auf dem Gebiet nuklearer Bewaffnung mit Amerika gleichziehen; man brauchte kein Prophet zu sein, um das abzusehen.

In der gleichen Zeit, wie sie das technologisch weit fortgeschrittene Amerika während der ersten Hälfte der vierziger Jahre benötigte, hatten nun auch die Russen die Bombe konstruiert und gebaut – die im Frühsommer 1945 gemachte, warnende Voraussage Leo Szilards hatte sich als wahr erwiesen.

Anscheinend benötigte man in den USA einige Zeit, um die gesamte Tragweite dieser zunächst rein zufälligen Entdeckung zu übersehen und zu verarbeiten. Denn wenn es in der fraglichen Zeit keinen amerikanischen Atomtest und sich auch nirgendwo ein wie auch immer gearteter Nuklearunfall ereignet hat, so konnten die in die Atmosphäre geratenen radioaktiven Teilchen, von denen das Filmmaterial der RB 29 angegriffen wurde, ja nur von einem nicht unter Kontrolle der USA stattgefundenen nuklearen Ereignis stammen.

Auch Verbündete der Amerikaner schieden da vollkommen aus. Das zu damaliger Zeit einzige für eine solche Leistung in Frage kommende weitere Land wäre ja England gewesen, welches ebenfalls an einer Kernwaffenentwicklung arbeitete; doch die verbündeten Briten hätten dann ja wohl irgendwie Bescheid gegeben.

Außerdem waren die Engländer im Jahre 1949 beileibe noch nicht soweit, wie die Amerikaner recht genau wussten. Schließlich hielten sie die mit britischen Wissenschaftlern und Technikern einst gemeinsam erarbeiteten Dokumente und Unterlagen zur Konstruktion der Bombe nunmehr sogar vor den einstigen britischen Kriegsverbündeten streng geheim...

Nur recht langsam, gleichsam widerwillig rangen sich amerikanische Militärs und Politiker zu der höchst ernüchternden Einsicht durch, dass sie von dieser Zeit an nicht mehr mit einem Alleinbesitz von Kernwaffen rechnen durften – der Sowjetunion war es gelungen, das amerikanische Monopol an Atomwaffen um mehrere Jahre früher zu brechen, als selbst pessimistische Einschätzungen westlicher Geheimdienste vorhergesagt hatten.

Die Russen ließen sich nahezu einen Monat Zeit, bis sie ihre Nachrichtenagentur mit einer öffentlichen Erklärung zu diesem Ereignis beauftragten. Erst mehrere Wochen darauf, am 23. September 1949, schuf eine offizielle Verlautbarung der Sowjetunion zu einem am 29. August 1949 erfolgten Kernwaffentest der übrigen Welt endgültige Gewissheit – die Russen besaßen nunmehr ebenfalls die Bombe!

Allerdings klammerte man sich im Weißen Haus und im Pentagon noch immer an die dahinschwindende Hoffnung, das Auftreten radioaktiver Teilchen in der Atmosphäre über dem nördlichen Pazifik könne sich mit dem außer Kontrolle geratenen Experiment einer russischen Forschungseinrichtung oder etwas Ähnlichem erklären lassen.

Erst nach der TASS-Mitteilung vom 23. September 1949, deren Inhalt in der Bekanntgabe eines erfolgreichen Kernwaffentests bestand, wurde durch Präsident Truman auch die Öffentlichkeit

der USA in einer etwas halbherzig formulierten Erklärung davon in Kenntnis gesetzt, dass nunmehr auch die Russen über die Bombe verfügen könnten.

Der Präsident teilte in einer Ende September gehaltenen Ansprache mit, dass in der Sowjetunion eine Kernexplosion stattgefunden habe... Allerdings ohne in diesem Zusammenhang den Begriff Bombe oder gar Atombombe zu gebrauchen...

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sowie auch die Menschen in Westeuropa reagierten mit Bestürzung und schnell aufkeimender Angst. Entgegen allen seit 1945 ständig wiederholten Behauptungen und Voraussagen von Geheimdiensten, Militär und Regierung der USA hatten es die Russen innerhalb von nur wenigen Jahren fertig gebracht, den von aller Welt für kaum einholbar gehaltenen Vorsprung Amerikas zu kompensieren.

Diese Mitteilung wirkte wie ein Schock und erwies sich nicht zuletzt als ein Anlass, die Rüstungsaufwendungen sowohl in westlichen Staaten wie in der Folge dann auch in der Sowjetunion und auch in ihrem Einflussgebiet wesentlich zu verstärken. Der Kalte Krieg erhielt damit einen erneuten Schub zu seiner Intensivierung.

Im Frühsommer 1945, als die Arbeiten an den amerikanischen Kernwaffen weitgehend abgeschlossen waren, war es zu einer Diskussion zwischen Politikern und Militärs sowie den an ihrer Entwicklung beteiligten Wissenschaftlern gekommen, zunächst um ihren Einsatz gegen menschliche Ziele in Japan zu verhindern.

Vor allen Dingen Leo Szilard äußerte zu diesem Vorhaben erhebliche Bedenken und warnte vor dessen nicht zu übersehenden moralischen und politischen Auswirkungen.

Nach seiner Meinung käme es mit der Anwendung der Bombe gegen Japan zu einem erneuten Eintritt des Wettrüstens in einer neuen und wesentlich gefährlicheren Qualität als bei allen Rüstungsaufwendungen im Vorfeld des II. Weltkrieges, da vor allen Dingen die Sowjetunion nun ebenfalls Nuklearwaffen entwickeln würde.

Auch eine Reihe weiterer Staaten, welche über die erforderlichen technologischen Möglichkeiten verfügten, würden sich nun ebenfalls zur Beschaffung von Kernwaffen und den entsprechenden Trägersystemen genötigt sehen. Die Folgen einer solchen Entwicklung beständen in einer schnell zunehmenden Destabilisierung der nach dem II. Weltkrieg eingetretenen geopolitischen Lage und einer daraus resultierenden Gefahr einer erneuten weltweiten Auseinandersetzung; dann allerdings mit einem Einsatz nuklearer Mittel...

Seine Bedenken und auch die anderer Kernphysiker wurden nicht berücksichtigt, sie wurden nicht einmal in Erwägung gezogen, und man berief sich auf den, wie man meinte, gewaltigen Vorsprung der eigenen Entwicklung gegenüber der Sowjetunion sowie auch anderen Ländern.

Gefragt, wie viel Zeit die Sowjetunion seiner Ansicht nach benötige, um ebenfalls über Kernwaffen zu verfügen, antwortete Leo Szilard nach kurzer Überlegung, dass sie, die Russen, dazu etwa vier Jahre brauchen würden ... Keiner wollte ihm glauben.

Doch nicht genug damit, eine ständig wachsende Reihe weiterer Staaten begannen, wie Leo Szilard im Frühsommer 1945 ankündigte, ebenfalls nach dem Besitz derartiger Waffen zu streben. Sie veranlassten die Aufnahme eigener Kernwaffenprogramme und sorgten damit nur noch für eine zusätzliche Verstärkung des atomaren Wettrüstens.

Im Verlaufe dieses ebenso absurden wie auch alles Leben auf unserer Erde auf das äußerste bedrohenden Wettstreites wurde binnen nur weniger Jahre ein bis dahin unvorstellbares Vernichtungspotential angehäuft – die Menschheit sah sich nunmehr erstmals in ihrer langen Geschichte in der Lage, ihre eigene Existenz sowie auch die Bewohnbarkeit ihres Heimatplaneten in Frage zu stellen.

Die nun eingetretene Situation forderte kategorisch eine vollkommene Umstellung von Politik, militärischen Doktrinen und nicht zuletzt auch wissenschaftlichen Denkens auf der Welt – der Krieg als Fortsetzung der Politik mit nur anderen Mitteln,

wie er leider Jahrtausende lang das Zusammenleben der Menschen bestimmt und zugleich vergiftet hatte, erwies sich angesichts von Waffen, die sich nicht nur gegen einen Feind, sondern viel mehr noch gegen das irdische Leben selbst richteten, als nun auf einmal nicht mehr führbar.

Eine Auseinandersetzung in den Dimensionen des II. Weltkrieges, nunmehr mit Kernwaffen geführt, würde keinen Sieger kennen – bestenfalls einige Überlebende in einer völlig verwüsteten und verseuchten Welt, welche dann nur noch die Toten eines solchen Krieges beneiden könnten…

Der große Albert Einstein fasste die nun heraufbeschworene Situation mit den Worten zusammen, dass, wenn die Menschheit einen dritten Weltkrieg mit Kernwaffen führen würde, sie sich im dann folgenden vierten Weltkrieg mit schlichten Knüppeln schlagen werde.

Von Anbeginn menschlichen Lebens an haben Waffen eine große Rolle gespielt, das von ihnen ausgehende Sicherheits- und Überlegenheitsgefühl gegen natürliche Feinde wie auch gegen Kontrahenten aus den eigenen Reihen wurde seit Urzeiten durch alle Generationen menschlicher Entwicklung weitergereicht und verwuchs schließlich mit dem Bewusstsein ihrer Träger und Nutzer. Waffen wurden als etwas völlig natürliches und lebensnotwendiges angesehen.

Ein nicht geringer Anteil menschlichen Erfindergeistes ist über die gesamte Zeit unserer Entwicklungsgeschichte direkt oder indirekt in die Schaffung immer neuer und effektiverer Waffen geflossen. Dieser eigentlich absurde Prozess wurde im Verlaufe unserer ganzen Geschichte stets als unabdingbar angesehen – nun plötzlich, nach dem Ende des verheerendsten Krieges, unter dem die Bewohnerschaft unserer Erde je zu leiden hatte, war die zunächst handwerkliche, später technische und eine sich schließlich ergebende wissenschaftliche Entwicklung von Waffen soweit vorangetrieben, dass man nunmehr Mittel zu schaffen in der Lage war, welche sich (bei nur einigem Nachdenken über

Auswirkungen und Folgen ihrer Anwendung) selbst ad absurdum führten ... Das war etwas Neues, bisher noch nicht da Gewesenes.

Zwar hatten bereits während der Entwicklung von Kernwaffen einige sich ihrer ungeheuren Verantwortung bewusste und dem Denken ihrer Zeit vorausgeeilte Persönlichkeiten vor den unabsehbaren direkten und indirekten Folgen ihres Einsatzes gewarnt, doch hatte man diese Bedenken in den Wind geschlagen oder diejenigen, welche sie laut aussprachen, zum Schweigen gebracht.

Der unheimlichen Faszination, nun erstmals in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft über eine absolute Waffe verfügen zu können, war nicht zu widerstehen – am allerwenigsten für Militärs und Politiker aller Art.

Und an dieser äußerst bedrohlichen Situation hat sich leider selbst bis heute nicht soviel geändert, um sich bereit zu zeigen, auf dieses Teufelszeug völlig zu verzichten, sie generell abzuschaffen.

Auch wenn sich inzwischen jeder Staatsmann oder verantwortliche Militär darüber im Klaren sein müsste, welche nicht zu beherrschenden und daher auch nicht zu verantwortenden Folgen ihr Gebrauch nach sich ziehen würde.

Diese merkwürdige Fehlhaltung betraf und betrifft bis heute vor allen Dingen Militärs – und zwar in West und Ost. Man braucht sich nur vor Augen zu halten, mit welch beeindruckender Naivität und zugleich Skrupellosigkeit geradezu infantil und lächerlich wirkende Schutzmaßnahmen vor der Wirkung von Kernwaffen den Menschen vorgestellt und propagiert wurden, wie man in West und Ost während der fünfziger und sechziger Jahre der Zivilbevölkerung und selbst den eigenen Soldaten die extreme Gefährlichkeit eines Einsatzes dieser Waffen verharmlosen, ja verniedlichen wollte. Bis in die achtziger Jahre hinein konnten und wollten vor allen Dingen Militärs nicht begreifen, dass bei einem Einsatz von Nuklearwaffen sowohl Angreifer wie auch Angegriffene vernichtet würden – das heißt, sie in einem

Krieg einzusetzen würde also auch den sicheren eigenen Untergang bedeuten.

Dieses so absurde Verhalten wurde auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhanges" praktiziert.

Bei militärischen Übungen in den USA wie auch in der Sowjetunion und den ihnen verbündeten Satellitenstaaten wurde nur unzureichend geschützten Soldaten befohlen, während militärischer Übungen über von nuklearen Testexplosionen verstrahltes Gelände vorzurücken, um die Wirkung radioaktiver Einflüsse auf Menschen und technisches Gerät unter „realistischen" Bedingungen „überprüfen" zu können…

Die Folgen und Auswirkungen derartiger Experimente für die an solcherlei Wahnsinn Beteiligten und Betroffenen sind bekannt und erlaubten einer darüber auf das Äußerste schockierten Öffentlichkeit erste, realistische Vorstellungen, was auf die Menschheit und das Leben auf unserer Erde zukommen würde, wenn es zu einem Krieg mit Nuklearwaffen kommen sollte.

Bis zum Abschluss eines ersten Abkommens der nur 15 Jahre nach dem ersten Einsatz von Kernwaffen bereits auf vier angewachsenen Atommächte zu einem Abbruch von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre im Jahre 1962 kam es auf unserer Erde zu weit mehr als eintausend nuklearen Explosionen unterschiedlichster Stärke. Eine jede von ihnen schleuderte radioaktives Material bis weit in die Hochatmosphäre und verseuchte damit letztlich die Atemluft für alles Lebende auf unserer Erde. Erst eine sich seit den fünfziger Jahren immer stärker festigende und ausweitende weltweite Protestbewegung, der sich auch angesehene Wissenschaftler aller Fachgebiete und Persönlichkeiten des internationalen öffentlichen Lebens anschlossen, welche die von diesen Versuchen ausgehende massive Gefährdung der Lebensprozesse auf unserer Erde einer breiten Öffentlichkeit begreiflich machten, führte zu einer bereits im Jahre 1962 längst überfälligen Vereinbarung zur Aufgabe derartige Versuche.

Allerdings haben sich bis heute noch nicht alle Kernwaffen führenden Staaten diesem Abkommen angeschlossen und noch bis in die heutige Zeit hinein führt man unterirdische Nukleartests durch – von denen man wohl wieder einmal meint, sie seien ungefährlich und völlig harmlos...

Vor noch nicht einmal allzu ferner Zeit versicherten gewisse Militärs, Politiker und sogar mit der Arbeit an Nuklearwaffen beschäftigte Kernphysiker noch mit einer überaus auffälligen Beredsamkeit, dass in der Atmosphäre unserer Erde durchgeführte Atomtests im Grunde doch eigentlich völlig ungefährlich und ohne weiteres hinnehmbar seien.

Der 29. August 1949, der erfolgreiche Test der ersten sowjetischen Kernbombe markiert einen ersten Wendepunkt in der Geschichte des Kalten Krieges. Der Alleinbesitz der furchtbarsten Waffe, die Menschen je geschaffen hatten, durch eine einzige Macht auf der Erde hatte ein unvermutet schnelles Ende gefunden und der endgültige Ausgleich des jeweiligen Vernichtungspotentials der beiden nach dem II. Weltkrieg entstandenen Supermächte war nur noch eine Frage der Zeit.

Und auch dieser Ausgleich stellte sich um einige Jahre früher ein, als westliche Geheimdienste, Militärs und Politiker kalkuliert und vorausgesagt hatten...

Ebenfalls nur noch eine reine Zeitfrage war die weitere Verbreitung von Nuklearwaffen auf der Erde, bereits im Jahre 1952 zündete Großbritannien seine erste Kernwaffe, Frankreich zog im Jahre 1959 nach.

Noch darüber hinaus verfügte nur wenige Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges eine ständig anwachsende Reihe von Staaten über das wissenschaftliche und technologische Potential, Kernwaffen zu bauen – nicht alle von ihnen nutzten es. Die Atombombe war durchaus kein Geheimnis mehr, wenn sie denn jemals überhaupt eins gewesen ist, denn das im Jahre 1938 von Otto Hahn und Fritz Strassmann entdeckte Prinzip der Kernspaltung sowie aller sich daraus ergebenden Möglichkeiten ist nie ein Geheimnis gewesen.

Die Nutzung – oder eindeutiger formuliert: Der militärische Missbrauch der bei einer unkontrollierten nuklearen Kettenreaktion freiwerdenden Energie erwies sich dann als zwar technologisch äußerst kompliziertes, jedoch durchaus zu entschlüsselndes Problem und man musste kein Amerikaner sein, um Wege zu dessen Lösungen zu finden.

Den Beweis dafür erbrachte eine in den Jahrzehnten nach dem II. Weltkriege immer mehr anwachsende Reihe von sich atomar bewaffnenden Staaten, denen das trotz aller Geheimhaltung um diese Waffensysteme auch gelungen ist.

Und bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass nicht wenige derjenigen verantwortlichen Physiker und Techniker, welche die Bombe in den Vereinigten Staaten entwickelten und schließlich konstruierten, ja auch keine Amerikaner waren...

Die Wunden und Zerstörungen, die der zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, waren weder verheilt noch beseitigt, als sich die Bewohnerschaft unserer Erde von neuem einer Bedrohung gegenüber sah, welche die Schrecken des nur einige Jahre zuvor zu Ende gegangenen Krieges noch um ein sich jeder menschlichen Vorstellungskraft entziehendes Vielfaches übertreffen würde.

Seit den fünfziger Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts erwies sich die Drohung eines unsere Welt völlig zerstörenden Kernwaffenkrieges als durchaus real. Ungeachtet der nunmehr schon seit einigen Jahrzehnten eingetretenen Gewissheit einer gegenseitigen völligen Vernichtung beim Ausbruch einer solchen Auseinandersetzung trieben West und Ost ihre Aufrüstung weiter voran, nicht ohne dabei den Völkern ihrer jeweiligen Einflussgebiete immer wieder zu versichern, dass sie sich mit all diesen höchst kostspieligen Aufwendungen doch immer nur um die Erhaltung des Friedens, die Sicherung der Freiheit und überhaupt einzig und allein um das Wohl der Menschheit sorgen würden.

Selbst nun im Nachhinein und über den Abstand einiger Jahre und sogar Jahrzehnte betrachtet, lassen uns Heutige nicht wenige

Anlässe und Ereignisse dieser Jahre, welche einst zu einem höchst bedrohlichen Anwachsen der ohnehin schon schweren Konfrontation zwischen den Supermächten führten, noch immer erschauern, und es drängen sich schreckliche Visionen auf, welch furchtbaren Dinge bei nur um einige unbedeutend veränderte Voraussetzungen und Bedingungen der damaligen Lage eingetreten wären.

Notgedrungen musste sich die Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der permanenten Drohung eines Nuklearkrieges einrichten, und da offenbar allein der menschliche Selbsterhaltungstrieb einen Einsatz der nunmehr angehäuften Vernichtungsmittel zumindest in Frage zu stellen schien, zeigte sich eine gewisse gegenseitige Verhandlungsbereitschaft zwischen den beiden großen Mächtegruppierungen auf unserer Welt.

Einerseits flankiert von großen Worten und eindrucksvoll inszenierten propagandistischen Gesten, andererseits übervoll von gegenseitigem Misstrauen, sowie auch durchaus und jederzeit entschlossen, den jeweils anderen Verhandlungspartner bei allen nur passend scheinenden Gelegenheiten zu übervorteilen, um der eigenen Seite ein Übergewicht zu verschaffen, begann man veranlasst von einer immer aufmerksamer werdenden Weltöffentlichkeit schließlich notgedrungen und noch immer halbherzig über eine Reduzierung der auf beiden Seiten angehäuften Vernichtungsmittel zu verhandeln.

Von gelegentlichen Unterbrechungen abgesehen, ziehen sich diese Gespräche bis heute hin, ohne dass sich an dem apokalyptischen gegenseitigen Vermögen der beiden großen Mächte, alles Leben auf unserem Planeten gleich mehrmals zu vernichten, auch nur irgendetwas zum Positiven entwickelt hat.

Die Folgen des Paukenschlags

Der nahezu gleichzeitig mit dem Ende des II. Weltkrieges einsetzende Kalte Krieg setzte in West wie auch in Ost ein hemmungsloses Aufrüstungsprogramm in Bewegung.

Einzelne Übergriffe und Provokationen, wie die von Stalin ausgelöste Krise um die Westsektoren Berlins während der Jahre 1948/49 und der mit seiner sowie auch Mao Tse Tungs Zustimmung angezettelte Krieg in Korea während der Jahre 1950/53, verschärften die internationale Lage wiederholt bis an den Rand eines neuen großen Krieges. Doch auch der Westen blieb in diesem Prozess keineswegs untätig...

Die mit dem Ende des Krieges eingetretenen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den Ländern Osteuropas und Asiens waren bereits in der Anfangsphase des Kalten Krieges immer wieder Ziel von Operationen westlicher Geheimdienste mit der eindeutigen sowie auch in aller Offenheit propagierten Option, die dort entstandenen politischen Verhältnisse wieder zu denjenigen werden zu lassen, die sie vor dem Beginn des II. Weltkrieges waren.

Diese so schwierige Phase der Nachkriegszeit, die von der amerikanischen Regierung ungeniert und offen verkündete Politik des „Zurückrollens des Kommunismus", verhinderte ebenfalls jede Abschwächung und Reduzierung der entstandenen Konfrontation zwischen Ost und West.

Die ungeachtet aller beiderseitigen Aggressivität doch vorhandene massive Furcht vor den nicht zu kalkulierenden Folgen einer großen und schweren Auseinandersetzung zwischen den in der Folge des II. Weltkrieges entstandenen Machtblöcken führte bis in die siebziger und achtziger Jahre hinein zu einer langen Reihe sogenannter „Stellvertreterkriege", während derer die Machtinteressen von Ost und West auf Kosten von Völkern der dritten Welt immer wieder aufeinanderprallten und von denen nahezu jeder die düstere Drohung in sich

trug, zu einem weltweit geführten nuklearen Vernichtungskrieg zu eskalieren.

Bis in die späten sechziger Jahre hinein sorgte in den Ländern Westeuropas und in den USA selbst die Tatsache, dass nunmehr auch die Sowjetunion über Nuklearwaffen verfügte, für eine ständig wachsende Hysterie und erzeugte ein Klima von Sorge und Angst unter der Bevölkerung.

Die Wirkungen und nicht zuletzt die Folgewirkungen eines Kernwaffenkrieges waren inzwischen auch der US- Bevölkerung bekannt, und ebenso bekannt war ihr, dass von einem erneuten Krieg mit Sicherheit nunmehr auch der von beiden Weltkriegen verschonte amerikanische Kontinent erfasst würde – mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Mit dieser Erkenntnis wandelten sich die Resultate eines großen Teils der bisher in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa geübten drohenden und prahlerischen Propaganda um Kernwaffen und die grauenhaften Folgen ihres Einsatzes in ihr Gegenteil – nahezu jedem Einwohner dieser Länder war nun deutlich, welche Auswirkungen auch ihn persönlich treffen würden, sollte es zu einem erneuten Kriege kommen.

Ein Umstand, welcher die entstandene Hysterie nur noch steigerte...

Das nicht zuletzt auf dem Kernwaffenmonopol der Anfangsjahre des Kalten Krieges beruhende Überlegenheitsgefühl Amerikas erwies sich bereits ab dem 29. August 1949 als schwer angeschlagen. Auch wenn noch für einige Zeit von keiner Ausgeglichenheit zwischen Amerika und der Sowjetunion in Bezug auf Atomwaffen ausgegangen werden konnte, so bedeutete doch für die Durchschnittsbürger in Westeuropa und den USA der Verlust des Alleinbesitzes von Kernwaffen eine empfindliche Schwächung des Prestiges, hatte die offizielle Propaganda ihnen doch über Jahre hinweg immer wieder ein Gefühl haushoher Überlegenheit der westlichen Seite suggeriert.

Seit dem Ende des Krieges, seit den Atombombenabwürfen auf Japan, wurde der Sowjetunion von westlicher Seite die Fähigkeit auf diesem Gebiet binnen kurzer Zeit nachzuziehen, rundweg abgesprochen.

Die Prognosen des amerikanischen Geheimdienstes, sowie auch einiger sogenannter „Russlandexperten" wie lange die Sowjetunion brauchen würden, um sich gleichfalls nuklear zu bewaffnen, nannten dafür Zeiträume zwischen zehn und fünfzehn, einige sogar bis zu zwanzig Jahren.

Nun, nach nur wenig mehr als vier Jahren, erwiesen sich alle diese Vorhersagen als wertlos.

Die Folge war ein Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber der Regierung und, was sich noch unangenehmer auswirken sollte, auch gegenüber der bislang über jeden Zweifel erhabenen technologischen und wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit Amerikas.

Die mit dem Kriegsende in Europa eingetretene Ausdehnung des Einflussbereiches der Sowjetunion und damit des Kommunismus, die dabei entstandenen Konflikte zwischen den noch im Kampf gegen Hitlerdeutschland verbündeten Mächten und nicht zuletzt eine hemmungs-lose antikommunistische Propaganda vor allen Dingen amerikanischer Medien unterstrichen alle diese Befürchtungen nur noch.

Das Gespenst der „Roten Gefahr" wurde hervorgeholt und schwoll mit einer wilden Propagandakampagne bis zu gewaltigen Dimensionen an – war schließlich allgegenwärtig...

Und da man, vor allen Dingen in der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten, nicht hinnehmen wollte, dass sich die Russen in der Lage gezeigt hatten, die komplizierten Probleme der Entwicklung und der Herstellung von Kernwaffen in nahezu der gleichen Zeit wie einst die USA zu lösen, entschied man sich, zur Beruhigung und Ablenkung der gleichermaßen verwirrten wie auch aufgebrachten Öffentlichkeit, Sündenböcke zu präsentieren.

Begriffe wie „Atomspionage" und „Verrat von Atomgeheimnissen" wurden zu medienbeherrschenden Schlagworten in

Amerika und Westeuropa, vor allen Dingen in den USA selbst verbreitete sich eine Agentenphobie, die nicht mehr zu übertreffen war.

Die prominentesten Opfer dieser sich damit entwickelnden hektischen Jagd nach tatsächlichen oder auch vermeintlichen Schuldigen am „Verrat" des US-Atomgeheimnisses waren das Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg, die man unter der Anschuldigung des Hochverrats zum Tode verurteilte und allem dagegen gerichteten, weltweiten Protest völlig ungeachtet, auch hinrichtete.

Doch auch mit diesem spektakulären Justizverbrechen war die sich unter der Bevölkerung verbreitende Angst vor einem Kernwaffenkrieg nicht aus der Welt zu schaffen... Nur einmal mehr hatte der, wie er gern von sich selbst behauptete, bestinformierteste Geheimdienst der Welt versagt, als er noch bis kurz vor dem ersten sowjetischen Kernwaffentest der US Administration sowie auch aller übrigen Welt versicherte, dass die Russen noch Jahre brauchen würden, um hinter das „Geheimnis" der Bombe zu gelangen – zum nun schon wiederholten Male waren seiner in stets so hohen Tönen gepriesenen, weltumspannenden Aufmerksamkeit Dinge entgangen, die von enormer Bedeutung waren...

Und entgegen allen sich daraus ergebenden, logischen Vermutungen geriet dabei nicht etwa der nun angetretene weitere Beweis einer gewissen Schläfrigkeit des CIA in die öffentliche Kritik, nein, der CIA selbst entfachte eine hektische Kampagne, im Verlaufe derer solange behauptet wurde, die Sowjetunion habe Amerika das „Atomgeheimnis" mit Hilfe kommunistisch infiltrierter und gesteuerter Spionage gestohlen, bis zwischen New York und San Franzisco auch der letzte Mann auf der Straße bereit schien, diesen Unsinn für bare Münze zu nehmen.

Diese Behauptungen und die durch ihre breite Hinnahme eingetretenen Folgen erwiesen sich nicht nur für den CIA als recht günstig – ermöglichten sie doch zum einen, die eigenen Misserfolge mit der üblen Heimtücke der gegnerischen Spio-

nage zu erklären und damit letztlich auch das eigene Versagen zu entschuldigen oder es aber wenigstens der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu entziehen.

Zum anderen provozierten sie geradezu die Bereitschaft (und nicht zuletzt die der Steuerzahler), immer höhere Mittel für den Ausbau ebendieser Behörde sowie auch der eigenen Nuklearstreitmacht bereitzustellen.

Diese Misserfolge und Fehlschläge, hinter deren tatsächliche Ursachen zu kommen man die Öffentlichkeit nicht nur der Vereinigten Staaten von Amerika mit allen Mitteln zu hindern bestrebt war, hatten ihre Anfänge bereits in der letzten Phase des II. Weltkrieges in Europa, auf deutschem Boden.

Ebenso wie Kernphysiker in aller Welt erkannten auch ihre russischen Kollegen in Auswertung des epochalen Experimentes von Hahn und Strassmann sehr schnell dessen militärische Dimension und teilten ihre Erkenntnisse dazu bereits vor Ausbruch des Krieges zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion ihren verantwortlichen Politikern und Militärs mit. (Der Begriff: „Verantwortlichkeit" sollte in diesem Zusammenhang jedoch keinesfalls mit Verantwortungsbewusstsein gleichgesetzt werden, was übrigens für Politiker und Militärs aller am Kriege beteiligten Staaten zutrifft – Anm. d. Verfassers).

Und ebenso wie ihre wissenschaftlichen Kollegen in Amerika hatten sie sich zunächst mit bürokratischem Unverständnis, Ablehnung und Unglauben auseinanderzusetzen, vor allen Dingen dann, als sich ihre an verantwortlichen Stellen sitzenden Gesprächspartner nach den Kosten und Aufwendungen für die Entwicklung und Konstruktion der Bombe zu erkundigen begannen.

Das Prinzip der Bombe war niemals ein Geheimnis. Die Hauptschwierigkeiten ihrer Entwicklung und Konstruktion finden sich in der komplizierten Technologie der Gewinnung von für eine nukleare Kettenreaktion geeignetem und ausreichendem Material, sowie nicht zuletzt in der Schaffung einer

hinreichend sicheren Konstruktion, die sowohl nur die willkürliche Auslösung einer freien, ungebremsten Kettenreaktion wie auch eine sichere Handhabung und den Transport von nuklearen Sprengkörpern gestattet. Alle diese Dinge hören sich vergleichsweise einfach an verursachten jedoch jahrelang anhaltendes Kopfzerbrechen bei Wissenschaftlern und Technikern, bis es gelang, befriedigende Lösungen zu finden.

Die Beherrschung aller dieser Haupt- und Nebenprozesse erforderte darüber hinaus auch ein komplexes Vordringen in eine ganze Reihe unterschiedlicher Bereiche wissenschaftlichen und technischen Neulands in bis dahin ungekannten Dimensionen von großer Breite und Tiefe.

Letztlich verkörperten allein diese letztgenannten Dinge und Technologien alles das, worin das vermeintliche Geheimnis der Bombe bestand und von denen zu erfahren den schwierigen Weg zu ihrer Entwicklung erleichterte und verkürzte.

Und hinter diesem Wissen waren Stalins Leute noch in der Zeit der Entwicklung der Bombe in den Vereinigten Staaten her – mit Erfolg, wie sich zeigen sollte. Das jedoch ist nur die eine Seite der Betrachtungsweise.

Nahezu allen Kernphysikern und auch Technikern und Ingenieuren auf der Erde, die mit nuklearphysikalischen Arbeiten befasst waren, sei es nun zur Schaffung der Bombe, der Entwicklung von Kernreaktoren oder auch mit reiner Grundlagenforschung, war ihre sich aus der Lösung dieser Aufgaben ergebende ungeheure Verantwortung gegenüber der Menschheit und dem Leben auf unserem Planeten klar geworden.

Und nicht wenige von ihnen lehnten es aus ihrem humanistischen Verantwortungsgefühl heraus ab, die sich aus ihren Arbeiten ergebende, unvorstellbare Macht Menschen in die Hände zu geben, die entschlossen waren, das aus ihr erwachsende gewaltige Potential einzig im Sinne der Umsetzung ihrer imperialen Vorstellungen und Begierden zu nutzen.

Allerdings, besonders diejenigen Physiker und Techniker, welche während des zweiten Weltkrieges an der Entwicklung

der amerikanischen Kernwaffe arbeiteten, standen gleichzeitig vor einem Dilemma: Da war einerseits der berechtigte Grund, verhindern zu müssen, dass sich ein Wahnsinniger als Erster die Bombe verschaffen könnte, um mit ihrer Hilfe, und ohne menschliche Erwägungen auch nur in Betracht zu ziehen sowie auch ohne jedes Zögern, der Welt seinen verbrecherischen Willen aufzuzwingen – woraus sich als einzig mögliche Reaktion die zwingende Notwendigkeit ergab, sich in der gleichen Weise zu bewaffnen, um ihn gegebenenfalls in die Schranken weisen zu können.

Und es bestand darüber hinaus andererseits auch das Wissen, der Menschheit nunmehr die Möglichkeit zugänglich gemacht zu haben, sich selbst sowie auch alles übrige Leben auf unserer Erde auszulöschen.

Im Jahre 1945, nach dem Sieg über Hitlerdeutschland, zeigte sich dann zwar, dass die Sorge vor einer nuklearen Bewaffnung des deutschen Faschismus nicht mehr bestand, dass aber letztlich nur das schnell und entschlossen herbeigeführte Kriegsende in Europa die Fertigstellung und einen Einsatz deutscher Kernwaffen verhindert hatte.

Zu ihrem Entsetzen mussten die an der Entwicklung der Bombe beteiligten Wissenschaftler und Techniker aber nun die Erfahrung machen, dass durch die Vereinigten Staaten von Amerika von dieser Waffe ohne alle Skrupel der gleiche Gebrauch gemacht wurde, wie man ihn in den Jahren des Krieges von Hitlerdeutschland befürchtete!

Aus allen diesen Erwägungen heraus kam es unter einigen verantwortungsbewussten Wissenschaftlern und sogar unter einigen realistisch und weitblickend denkenden amerikanischen Politikern der damaligen Zeit zu Gedankengängen und Vorstellungen, die technologischen Geheimnisse der Konstruktion von Kernladungen auch der Sowjetunion zugänglich zu machen, um mit einem damit erreichten Ausgleich der militärischen Potentiale beider Großmächte den erneuten Beginn eines Wettrüstens zu verhindern oder aber ihn zumindest einzuschränken.

Wie man sich denken kann, wurden diese Vorschläge von ebenso machtbesessenen wie auch einflussreichen amerikanischen und britischen Politikern und Militärs bereits bei ihrer ersten, noch vorsichtigen Formulierung rundweg abgelehnt.

Einer der konsequentesten Gegner der Weitergabe von Know How der Konstruktion von Kernwaffen war bezeichnenderweise kein Geringerer als Winston Churchill, der damalige britische Premierminister.

Nach den Vorstellungen von damals ausschlaggebenden Politikern der Truman-Administration der Vereinigten Staaten von Amerika sollte über ein derartiges Machtpotential, solange es nur irgend möglich war, kein Staat außer ihnen selbst verfügen können; dessen Alleinbesitz war einfach zu verlockend für Politiker vom Schlage Churchills und Trumans, die ebenso wie der überwiegende Teil aller damals verantwortlichen amerikanischen Politiker und Militärs überhaupt nicht willens und wahrscheinlich aus ihrer gesellschaftlichen Position heraus auch gar nicht in der Lage waren, mit allen Konsequenzen zu erfassen, welches Mittel der Menschheit nunmehr in die Hände gegeben war.

Aus amerikanischer und britischer Position sah man allein die furchtbare Leistungsfähigkeit und das daraus resultierende gewaltige Machtpotential dieser Waffe und zeigte sich nicht willens, die sich unausweichlich entwickelnden politischen Folgen ihres auch nur zeitweilig einseitigen Besitzes zur Kenntnis zu nehmen.

Die Beweggründe und Ursachen solchen Verhaltens waren weniger in persönlicher Unvernunft dieser Politiker zu finden als in ihrer sich noch in traditionell überkommenen Dimensionen der Machtpolitik bewegenden Denkweise, die logischerweise noch von den Ereignissen imperialistischer Anschauungen der vorangegangenen etwa einhundert Jahre geprägt und diktiert waren.

Mit der Entwicklung und Einführung von Kernwaffen trat nun auch für die Gestaltung der Politik in Ost wie auch in

West eine völlig neue Qualität ein, sie stand vor der Aufgabe, ihr Handeln und Wirken an deren Vorhandensein, sowohl bei einem potentiellen Gegner als auch auf der eigenen Seite, anzupassen und fortan einen Krieg nun nicht mehr als ein Mittel zur Durchsetzung politischer Vorstellungen anzusehen, da die Folgen seines Eintrittes nicht mehr zu kalkulieren waren.

Der Prozess dieses Einsehens hat lange gebraucht, um überhaupt zum Tragen zu kommen, und er ist auch bis in die heutige Zeit noch keineswegs abgeschlossen...

Der einzige Weg aus der nun entstandenen, aus dem Gleichgewicht geratenen Situation war die Wiederherstellung der Parität der Kräfte, um zu verhindern, dass die im Jahre 1945 entstandene Disproportion innerhalb kurzer Zeit zu einer katastrophalen politischen und militärischen Entwicklung auf Erden führte, denn auch nur eine Möglichkeit, die nun einmal entwickelten Kernwaffen sowie auch alles Wissen um deren Konstruktion und Funktionsweise wieder aus der Welt zu schaffen, war nicht gegeben.

Der nunmehr erreichte Stand der Erkenntnis war unumkehrbar. Denn einmal vollzogene, überprüfte und bestätigte wissenschaftliche Gedankengänge sowie die sich aus ihnen ergebenden Resultate, so kompliziert sie auch sein mögen, sind von den Menschen nicht wieder auszulöschen, und schon gar nicht, wenn es sich dabei um etwas so faszinierendes wie Waffen handelt.

An diesen Punkten setzte die Spionagearbeit des NKWD an. Das bereits vor deren Fertigstellung erwachende Verantwortungsbewusstsein für das gesamte Spektrum der Folgen ihres Tuns bei den geistigen Vätern der Kernwaffe erwies sich als der günstigste psychologische Ansatz für ein erfolgreiches Eindringen in das hochgeheime amerikanische Manhattan-Projekt durch Stalins Geheimdienst.

Das sich auf der Welt nach Ende des II. Weltkrieges wieder einstellende, weitgehende militärische Kräftegleichgewicht, welches Aggressionsabsichten aller Beteiligten nun wieder in

Grenzen halten sollte, begann infolge der nuklearen Bewaffnung nur einer Macht aus seinen Proportionen zu gleiten.

Das war für jedermann sichtbar. Und da es sich als vollkommen illusionär erwies, auch nur theoretisch zu versuchen, die einmal entwickelten Kernwaffen sowie auch alles Wissen um ihre Konstruktion wieder aus der Welt zu schaffen, ergab sich für die Sowjetunion im Sinne ihrer Sicherheit die zwingende Notwendigkeit, dieses Gleichgewicht auf schnellstem Wege wieder herzustellen; und zwar ohne jede Alternative.

Mehrere der an der Schaffung der amerikanischen Atombombe beteiligte Wissenschaftler hatten die Truman-Administration bereits im Vorhinein vor dieser Entwicklung, die sich zu einem internationalen Wettrüsten auswachsen würde, gewarnt – ihren Vorhersagen wurde jedoch nicht geglaubt, oder treffender ausgedrückt: Die damalige Administration der Vereinigten Staaten kümmerten die sich daraus ergebenden Folgen nicht.

In der Zeit zwischen dem Kriegsende in Europa und dem ersten Test einer amerikanischen Kernwaffe im Juli 1945 mehrten sich die Bedenken einer ganzen Reihe von an ihrer Entwicklung beteiligten Physikern vor einem gegen den noch verbliebenen Kriegsgegner Japan gerichteten Einsatz der Bombe. Einige von ihnen meinten, dass eine Demonstration dieser Waffe vor einer internationalen Expertenkommission genügen würde, um das Reich der aufgehenden Sonne zu Kapitulationsverhandlungen zu veranlassen.

Auch dieser Vorschlag wurde durch die politische und militärische Führung der USA abgelehnt. Man wollte auf den Einsatz der Bombe unter Kriegsbedingungen nicht verzichten, um mit dieser Machtdemonstration zum einen den Krieg gegen Japan zu beenden, zum anderen aber der Sowjetunion sowie auch der übrigen Welt vorzuführen, wessen man nun im Hinblick auf Einflussnahme und Gestaltung der dem II. Weltkriege folgenden Politik fähig war.

Konkret ausgedrückt: Mit der Anwendung der Bombe gegen Japan ließen die USA den Russen gar keine andere Wahl, als

schnellstmöglich eigene Kernwaffen zu entwickeln, um der nuklearen Drohung Amerikas Paroli bieten zu können.

Nur einer sehr kleinen Gruppe der Physiker und Techniker des Manhattan-Projektes gelang es, sich dazu durchzuringen, der Sowjetunion Informationen über dessen Stand, Fortgang und erreichte Resultate zu übergeben, um die Bemühungen der Russen zu unterstützen, ihren Rückstand gegenüber Amerika auf diesem Gebiet schnell aufzuholen.

Zu der ungeheuren psychischen Belastung dieser Menschen, eine entsetzliche Waffe geschaffen zu haben und ihren Einsatz gegen menschliche Ziele nicht verhindern zu können, kam nun noch die moralische Verantwortung eines scheinbaren Vorgehens nicht nur gegen das eigene Land hinzu.

Eine Reihe von ihnen musste sich auch darüber klar werden, mit einer derartigen Handlung auch gegen das Land vorzugehen, welches sie nach ihrer Flucht aus ihren von gewissenlosen Verbrechern beherrschten Heimat großzügig aufgenommen hatte, ihnen nicht nur Schutz und Sicherheit, sondern auch noch die Möglichkeit einräumte, ihre in der Heimat zwangsweise unterbrochenen Arbeiten fortzuführen.

Sie übten in den Augen ihrer Auftraggeber Verrat, und als diese ihrer habhaft wurden, bestrafte man sie drakonisch und mit unmenschlicher Härte. Und diese Härte erwuchs nicht zuletzt aus dem ohnmächtigen Frust darüber, das Ergebnis dieses so risikovollen und Entsagungsreichen Handelns dieser Menschen nicht wieder aus der Welt schaffen zu können.

Allein aus den dabei ausgesprochenen Strafen gegen sogenannte und tatsächliche „Atomspione“ und der um alle diese Fälle ausgelösten wilden Hysterie in der Öffentlichkeit ist recht gut zu beurteilen, wie groß der Zorn und zugleich die Enttäuschung derjenigen gewesen sein muss, denen im Spätsommer des Jahres 1949 unversehens klar wurde, dass diese von ihnen so ungeheuer wichtig gehaltene Trumpfkarte im Spiel der welt-

weiten politischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit sich nun als wertlos erwies.

Die auf den Verlust des für noch eine lange Zeit so sicher geglaubten Kernwaffenmonopols folgende, überaus wütende Reaktion Amerikas spricht dabei in vollem Maße für sich selbst und erlaubt nebenher eine ganze Reihe weitreichender militärischer und politischer Vermutungen – allerdings keine positiven Inhalts.

Nun soll hier jedoch keinesfalls, wie durch so viele andere mehr oder auch weniger seriöse Veröffentlichungen, behauptet werden, die Entwicklung und die Konstruktion der ersten russischen Kernwaffe sei einzig und allein auf die den USA gestohlenen Unterlagen und Angaben zurückzuführen. Dergleichen wäre gar nicht möglich gewesen.

Der überwiegende Anteil dieser Arbeiten ist durchaus von den Russen allein vollbracht worden. Die durch den am Manhattan-Projekt beteiligten deutschen Physiker Klaus Fuchs dem NKWD übergebenen Dokumente haben den Russen die eigenen Arbeiten zweifellos erleichtert; ausschlaggebend für Entwicklung und Konstruktion der ersten russischen Kernwaffe waren sie nicht.

Diese Meinung wird auch von einer ganzen Reihe an der Entwicklung von Nuklearwaffen beteiligter westlicher Fachleute vertreten und letztlich auch bewiesen.

Klaus Fuchs ist als Kommunist zu Beginn der dreißiger Jahre von den Nazis aus Deutschland vertrieben worden und war auf Grund dieser Haltung über sein ganzes Leben als Physiker und an der Schaffung von Kernwaffen Beteiligter der Überzeugung, dass das ungeheure Droh- und Machtpotential der Bombe nur durch die Gewalt beider Seiten über diese Waffen unter Kontrolle gehalten werden kann – und er handelte nach dieser seiner menschlichen Überzeugung. Und er konnte sich ja sogar darauf berufen, dass die Entwicklung der amerikanischen Kernwaffe ja eigentlich nur als Reaktion auf die berechtigte Furcht vor einer ebensolchen Entwicklung in Hitlerdeutschland

in Angriff genommen wurde, also mit dem primären Ziel, eine waffentechnische Parität zu erreichen… Als sich für die Vereinigten Staaten dann bei Kriegsende zeigte, dass man als einziger Staat über diese Waffe verfügte, erlosch plötzlich der moralische Anspruch auf ihre Entwicklung und machte unversehens einem ungehemmten Machtanspruch Platz.

Für westliche Politiker, Militärs und nicht zuletzt die Justiz dieser Staaten erwies es sich auf Grund ihrer Eingebundenheit in Traditionen, Denkweisen und Überzeugungen ihrer Gesellschaft letztlich auch als gar nicht möglich, die eigentlichen Beweggründe einer solchen Haltung nachzuvollziehen oder sie gar zu verstehen.

Die Sowjetunion und auch ihr Nachfolgestaat stehen noch heute in einer Dankesschuld diesem mutigen und zugleich integren Manne gegenüber. Seitens der Sowjetunion wurde nie eingestanden oder auch in anderer Weise offen bestätigt, dass sie durch den am Manhattan-Projekt beteiligten deutschen Physiker und Kommunisten Klaus Fuchs Informationen zur Entwicklung und Realisierung des amerikanisch-britischen Kernwaffenprojektes erhalten hat, welche sie während der Arbeiten an ihrer eigenen Nuklearwaffe verwenden konnten.

Und es verwundert bis heute, dass sie den sich aus Haltung und Handlung von Klaus Fuchs ergebenden propagandistischen Effekt eines Beispiels internationalistischer und zugleich verantwortungsvoller Gesinnung eines Kernphysikers nie als Argumentation in der ständigen propagandistischen Auseinandersetzung der beiden Supermächte in den Jahren des Kalten Krieges genutzt hat.

Die bis in unsere Tage hinein so weit verbreitete Behauptung, die Sowjetunion habe den Vereinigten Staaten von Amerika das „Atomgeheimnis“ durch Spionage gestohlen, ist nie wirklich haltbar gewesen. Ihr eigentlicher Zweck bestand in der Manipulierung der eigenen Bevölkerung sowie auch der Proteste und der Kritik einer immer breiter und einflussreicher werdenden

internationalen Öffentlichkeit an der immer stärker ausufernden Nuklearrüstung.

Das im Jahre 1945 angeblich nur den USA bekannte „Atomgeheimnis“ hat es nie gegeben. Das Prinzip einer durch eine Kettenreaktion ausgelösten Kernexplosion war seit Otto Hahns und Fritz Strassmanns legendären Experiment im Jahre 1938 allen Angehörigen der internationalen Kernphysikergemeinde bekannt.

Alle diese Behauptungen dienten in erster Linie zur Beruhigung der durch die eigene, weit übertriebene Propaganda über dieses Thema völlig desinformierten Öffentlichkeit, die ebenso aufgebracht wie auch erschrocken reagierte, als sich nach nur vier Jahren eines amerikanischen Atomwaffenmonopols zeigte, dass die Russen nun entgegen allen Vorhersagen ebenfalls Kernwaffen besaßen.

Die amerikanische und zum Teil auch die westeuropäische Bevölkerung wurde nicht zuletzt durch eine maßlose Schreckenspropaganda in Angst versetzt, die Russen könnten nun, ebenfalls mit Nuklearwaffen ausgestattet, gegen Amerika und Westeuropa mit gleichen Mitteln eine ebenso drohende Haltung einnehmen, wie die USA gegenüber der Sowjetunion, als sie sich noch im Alleinbesitz der Bombe wussten.

Darüber hinaus eignete sich die nun ausgelöste allgemeine Angstpsychose hervorragend zur Rechtfertigung und Begründung sowohl einer sich ständig steigernden Aufrüstung als auch der Existenz und Weiterentwicklung von Geheimdiensten aller Art; nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Leo Szilards düstere Vorhersage eines sich rasant entwickelnden Rüstungswettlaufes vom Frühsommer 1945 begann sich schnell zu bewahrheiten. Die sich nun nach dem Verlust des Kernwaffenmonopols im Jahre 1949 während der fünfziger Jahren anschließende Welle von Angst und Hysterie, vor allen Dingen in den USA, war geradezu beispiellos und sie wurde mit dem

durch den erfolgreichen Sputnikstart der Sowjetunion im Oktober 1957 ausgelösten Schock noch um ein weiteres Mal gesteigert, da nun mit dieser Leistung deutlich wurde, dass der Sowjetunion auch Kernwaffenträger zum Erreichen nordamerikanischen Territoriums zur Verfügung standen.

Der Staat im Staate

In den fünfziger Jahren begannen sich die Verhältnisse in den Uranabbaugebieten zu festigen, die sogenannten „Wilden Jahre“ waren vorüber.

Nach der durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 ausgelösten Krise der DDR-Führung und der SED entschloss sich die sowjetische Führung, das ökonomisch und politisch noch immer taumelnde Regime Ulbrichts durch eine Reihe von Maßnahmen zu entlasten und ihm damit auch mehr Stabilität zukommen zu lassen.

Ende August 1953 wurde mitgeteilt, dass die Reparationsleistungen mit dem Beginn des Jahres 1954 abgeschlossen seien. Im Zuge dieser Vereinbarungen gelangten 33 seit Kriegsende in sowjetischem Besitz befindliche Großbetriebe in die Hände der DDR. Die ökonomische Lage der DDR begann sich etwas zu festigen. Ein Betrieb allerdings erfuhr während dieses Prozesses nicht einmal eine Erwähnung – die WISMUT. Nicht lange danach erklärte man, dass der gesamte, während der Jahre seit dem Kriegsende zu respektablem Umfang angewachsene WISMUT-Komplex auf Grundlage eines sowjetisch-deutschen Abkommens zur gleichen Zeit in eine zwischen beiden Vertragspartnern geteilte Aktiengesellschaft umgewandelt wurde – nunmehr SDAG WISMUT genannt.

Wieder wurde in keiner Verlautbarung sowie auch in nicht einem der dazugehörigen Dokumente und offiziellen Erklärungen auch nur der Begriff – Uran – genannt; auch im Weiteren wurde einzig und allein von „Wismuterz“ gesprochen. Die Aufgabe der neugegründeten Aktiengesellschaft, so wurde offiziell verkündet, bestände in der Gewinnung von Buntmetallerzen.

Ungeachtet all dieser Verschleierungstaktik und Geheimniskrämerei war landauf und auch landab und nicht nur im Gebiet der DDR nahezu jedem Schulkind bekannt, für welchen Komplex von Begriffen die WISMUT stand, was sich in Wirklichkeit

dahinter versteckte und nach welchen Dingen in den nun immer zahlreicher werdenden Schächten des Erzgebirges und bald auch des Thüringer Landes gegraben wurde.

Die WISMUT stand an der Spitze der Wertschätzung der sowjetischen Besatzungsmacht, ihr Ausbau erfolgte, gemessen an den Verhältnissen der damaligen Zeit, mit einem sehr hohen Tempo sowie auch in einer beeindruckenden Breite. So wurden neben eigenen Instandsetzungs-kapazitäten und einer ganzen Reihe weiterer erforderlicher Nebengewerke auch eigene, auf die speziellen Bedürfnisse des Erzbergbaues zugeschnittene Maschinenbauleistungen sowie auch Versorgungsbetriebe aller Art aufgebaut.

Sämtliche betriebswirtschaftlichen Strukturen und Arbeitsweisen der WISMUT entwickelten sich bereits während der fünfziger Jahre zu einem abgeschlossenen System. Auch die politischen Verhältnisse innerhalb dieses Komplexes entsprachen diesem Vorgehen; die SED wurde von ihrer Gründung an in den Objekten der WISMUT von der Besatzungsmacht als einzige Partei zugelassen und arbeitete von Anfang an innerhalb einer eigenen, nur die Objekte und Betriebe der WISMUT umfassenden Verwaltung.

Bereits im Jahre 1950 wurde die SED- Leitung der WISMUT aus den Landesverwaltungen Thüringens und Sachsens herausgelöst und bildete von da an eine eigene Gruppierung im Range einer Bezirksleitung, die nur noch dem Parteivorstand bzw. dem Politbüro unterstellt war. Eine gleiche Vorgehensweise betraf auch weitere Organisationen wie FDJ und FDGB, sie formierten sich ebenfalls in der beschriebenen Art.

Der Arbeitsalltag in den Schächten und Betrieben der WISMUT unterschied sich nicht von der auch in übrigen Landesteilen und der Industrie geübten Art und Weise.

Gearbeitet wurde in drei Schichten von Montag bis Samstag täglich acht Stunden, der Sonntag war frei, bei „Rollender Woche" verschoben sich die freien Tage der einzelnen Schichten entspre-

chend deren Abläufen – das war Tradition und schon lange vor dem Aufbau der WISMUT und nicht nur im erzgebirgischen Bergbau allgemein üblich.

Während der Jahre 1948 bis 1953 gab es bei der WISMUT auch noch die sogenannten „freiwilligen" Sonntagsschichten, die jedoch unter den Bergleuten ebenso umstritten wie auch sehr unbeliebt waren und die schließlich abgeschafft werden mussten.

Da es sich bei allen Bergbauarbeiten von je her um hochorganisierte und exakt aufeinander abgestimmte und durchdachte Arbeitsabläufe mit einem hohen Gefährdungspotential für alle in ihn einbezogene Arbeitskräfte handelt, sind sie aus diesen Notwendigkeiten einer Disziplin unterworfen, wie sie in anderen Berufszweigen unbekannt, weil gar nicht erforderlich ist.

Aus dieser hohen Disziplin und nicht zuletzt der auf jahrhunderte langer Erfahrung basierenden Bereitschaft der Bergleute aller Qualifikationsstufen, sich ihr bewusst und zugleich konstruktiv unterzuordnen, ergibt sich erst die größtmögliche Sicherheit dieser schweren und gefährlichen Arbeit – nicht nur unter Tage.

Bereits im historischen Bergbau des sächsischen Erzgebirges entwickelten sich aus diesen Gründen fest gefügte Hierarchien, die sich nicht zuletzt durch ihren hohen arbeitsorganisatorischen und praktischen Wert bis in die heutige Zeit hinein erhalten haben und allerorts durch die Bergleute auch akzeptiert wurden.

Die bei der WISMUT geforderte Arbeitsdisziplin erwies sich jedoch als wesentlich schärfer und trug bereits militärische Züge. Alle Anlagen und auch das Territorium der WISMUT wurden intensiv bewacht und gesichert und es war für alle dort arbeitenden und lebenden Menschen ein äußerst bedrückendes Gefühl, während ihrer Tätigkeit von bewaffneten Posten überwacht und kontrolliert zu werden.

Darüber hinaus kam es zu entwürdigenden Behandlungen des Arbeitspersonals, jeder Beschäftigte musste bereits bei seinem Antritt in einem Betrieb der WISMUT seinen Personalausweis der Schachtleitung überlassen und erhielt dafür einen Schacht-

ausweis, welcher nur innerhalb eines Bergbausperrgebietes Gültigkeit hatte. Eine überaus unbeliebte und bei denen, die sich ihr zu unterwerfen hatten, äußerst verhasste Maßnahme, welche die Bewegungsfreiheit der von ihr Betroffenen in deren eigenem Lande auf das extremste einschränkte. Diese Ausweise wurden bei Betreten und Verlassen des Schachtes oder der Erzverarbeitungsanlage durch russische Posten streng kontrolliert, außerdem kam es noch zu bis zu Leibesvisitationen gehende Überprüfungen von Kleidung und Gepäck der Arbeiter mit Geiger-Müller-Zählern auf etwa heraus geschmuggelte Erzbrocken, wobei selbst bei der Arbeit im Berg völlig unbeabsichtigt an Ausrüstung, Kleidung und Schuhwerk von Betroffenen haften gebliebene Erzpartikel zur Unterstellung versuchten Erzdiebstahles führen konnten.

Geheimhaltung und eine geradezu pathologische Furcht der Russen vor Spionage schwollen zu grotesken Formen an, welche für die Beschäftigten der Schächte und Anlagen kaum noch tragbar waren.

Proteste der Bergleute gegen derartige Praktiken der Russen, selbst Einsprüche durch das sächsische Innenministerium gegen diese Einschränkungen elementarer bürgerlicher Rechte vermochten jedoch an diesen Zuständen nichts zu ändern. Das trug daher kaum dazu bei, das Ansehen der Besatzungsmacht bei der Bergarbeiterschaft und der Bevölkerung des Erzgebirges zu heben.

Die Arbeitsbedingungen in den Schächten waren, wie seit je her im Bergbau, hart und schwer. Vor allen während der ersten Jahre des Uranbergbaues war die technische Ausstattung vor allen Dingen der Schächte äußerst mangelhaft.

Während der ersten WISMUT-Jahre wurde das Erz mit Methoden gewonnen, die einer längst vergangenen Zeit entlehnt waren, erst nach und nach verbesserte sich die technische Ausstattung der Gruben und auch die Ausrüstung der Bergleute mit modernen, leistungsfähigen technischen Mitteln und Werkzeugen.

Der Raumgewinn unter Tage war im Laufe der ersten Jahre des Uranbergbaues nur gering, doch das war nicht allein fehlender technischer Ausstattung zuzuschreiben, es fehlte hauptsächlich an gutausgebildeten und erfahrenen Bergleuten aller Qualifikationen.

Der im sächsischen Erzgebirge zwar vorhandene Stamm von bergerfahrenen Facharbeitern war für die nun anstehenden Arbeiten viel zu gering. Ein hoher Anteil des WISMUT-Personals musste in die sich nun abzeichnenden Aufgaben erst noch eingearbeitet und mit der komplizierten Arbeitsweise in den Schächten und Aufbereitungsanlagen vertraut gemacht werden.

Die in der Anfangszeit praktizierten Arbeitsmethoden waren archaisch und wenig produktiv und erst mit dem Heranwachsen hochqualifizierter Arbeitskräfte steigerte sich die Effektivität des schwierigen Uranbergbaues. So wurde zum Beispiel bei Sprengarbeiten noch lange das althergebrachte Zündschnurverfahren angewendet, es erwies sich in den zumeist sehr feuchten Schächten als störanfällig und außerordentlich gefährlich für die Bergleute; es führte zu häufigen schweren Unfällen. Doch noch eine weitere Gefahr erwies sich als wesentlich schwerer und nachhaltiger.

Die unsichtbare Gefahr

Der nunmehr in großem und breitem Stile aufgenommene Uranabbau in der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR führte zu einer extremen Gefährdung aller derjenigen Arbeitskräfte, welche in unmittelbaren Kontakt mit dem zu fördernden und aufzubereitenden Uranerz standen.

Bereits gegen Ende der vierziger Jahre meldeten sich erste Mediziner, wie Professor Doktor Wildführ, Leiter der Dresdener Hygienischen Untersuchungsanstalten, mit ernsten Bedenken an die Adresse der sächsischen Landesregierung zu Wort.

In seinen Ausführungen benannte er drei Hauptfaktoren der gesundheitlichen Risiken der Bergleute bei der Arbeit mit uranhaltigen Gesteinen: Radioaktive Strahlung, Blei als Folgeprodukt des Zerfalls von Uran und sich bei der bergmännischen Arbeit entwickelnde Stäube. Aus deren einzelnen, wie auch kombinierten Wirkungen werde es sowohl zur Entwicklung von Silikose als auch zur Entstehung der schon seit Jahrhunderten bekannten und gefürchteten „Schneeberger Bergmannskrankheit" – das heißt, zu Lungen- und Bronchialkrebserkrankungen der Betroffenen kommen.

Ferner sei ebenfalls damit zu rechnen, dass es infolge von Einwirkungen radioaktiver Strahlung auf weitere Organe des menschlichen Körpers zu schweren und nicht zu behandelnden Allgemeinschädigungen der Betroffenen kommen könnte und dass deren Auswirkung und Umfang vom gegenwärtigen (damaligen) Stande her noch gar nicht übersehen und beurteilt werden könne.

Anhand der ebenso vielfältigen wie auch bösen und traurigen Erfahrungen beim Auftreten der „Schneeberger Krankheit" sei seinen Angaben und Erfahrungen zufolge nach Ablauf von etwa zehn Jahren bei den betroffenen Bergleuten mit einem verstärkten Auftreten dieser, auch bei Einsatz moderner medizi-

nischer Mittel und Kenntnisse noch immer tödlichen Krankheitsbilder zu rechnen...

Auch die Parteileitung der SED in Berlin erhielt Kenntnis von Professor Doktor Wildführs Untersuchungen. Bereits Ende des Jahres 1947 stand eine Reihe Probleme des Uranbergbaues im Erzgebirge auf der Tagesordnung von Beratungen des Parteivorstandes.

Allerdings wurden die sich nun in diesem Zusammenhange ankündigenden Gefahren, soweit man sich ihrer damals überhaupt schon bewusst wurde, heruntergespielt und in keiner Weise ernst genommen.

Man beruhigte sich zu dieser Zeit mit der bestenfalls als äußerst naiv zu bezeichnenden Konstatierung, dass bei Bergleuten der WISMUT bis zu dieser Zeit noch kein Fall von Krebserkrankungen der Atemorgane aufgetreten sei...

Bei dieser verfrühten, völlig unzureichenden und, wie sich einige Jahre darauf zeigen sollte, überaus folgenreichen Feststellung ließ man es bewenden und befasste sich sodann nicht weiter mit dieser Problematik. Dass diese schreckliche Krankheit bereits seit Jahrhunderten unter den Bergleuten des Erzgebirges grassierte und ihre Ursachen inzwischen bekannt waren, wollte man offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen – anders ist eine solche Haltung nicht mehr zu erklären.

Andererseits war man sich damals sowohl bei der sächsischen Landesregierung wie auch in den Führungsetagen der SED anhand bereits bestehender, einschlägiger und höchst negativer Erfahrungen durchaus darüber bewusst, dass sich die von den Russen beherrschte und militärisch organisierte WISMUT wohl keinesfalls bereit zeigen würde, in dieser Hinsicht entsprechende Einblicke wie auch Zugeständnisse zu gewähren.

Die größtmögliche Förderung des so begehrten Erzes hatte absoluten Vorrang vor allem Übrigen und eine Verbesserung der Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in den noch in der Phase der Erschließung befindlichen Schächten und Fördergebieten stand noch nicht auf der Tagesordnung. Der Gesund-

heitsschutz und letztlich auch das Leben derjenigen, welche den Stoff, aus dem die Bombe gemacht werden konnte, aus dem Berg brachen, wurde bedenkenlos der dabei geforderten Eile geopfert.

Die unterschwellige Angst der Bergleute vor der „Schneeberger Krankheit" jedoch blieb. Sie entspross der nun schon Jahrhunderte zurückreichenden Erfahrung im erzgebirgischen Bergbau und widerspiegelte sich bereits damals in Warnungen ortsansässiger und mit dieser ebenso unheimlichen wie traurigen Begleiterscheinung der Arbeit im Berg bestens vertrauter Ärzte und vieler, über mehrere Generationen hinweg mit dem Bergbau verbundener Einheimischer.

Doch viele, vor allem die zahlreichen zugereisten und aus völlig anderen Berufen stammenden Bergleute, erreichte sie gar nicht, sie waren mit diesem schrecklichen und düsteren Kapitel des erzgebirgischen Bergbaus zu wenig vertraut, diese im Berg lauernde tödliche Gefahr war ihnen gar nicht bewusst.

Die von der WISMUT gebotenen Vorteile ließen noch darüber hinaus nicht wenige von ihnen über die durch ihre Arbeit mit dem Uranerz verbundenen Gefahren einfach hinweg sehen oder sie gar nicht erst zur Kenntnis nehmen. Die meisten von ihnen hatten ohnehin vor, nur für eine begrenzte Zeit bei der WISMUT zu arbeiten und sich mit dem dort verdienten guten Geld- die Verdienstmöglichkeiten und sozialen Leistungen gab es sonst nirgends in der russischen Besatzungszone und in der späteren DDR – eine solide Grundlage für ihre zukünftige Existenz zu schaffen, um dann wieder in ihre Heimat und in ihre einstigen Berufe zurück zu kehren. Die von der Arbeit mit dem Uranerz ausgehenden Gefahren wurden verdrängt.

Von der WISMUT wurde in den Jahren des Beginns der Urangewinnung nur sehr wenig oder gar nichts unternommen, um die Betroffenen vor den sie bedrohenden radioaktiven Emanationen zu bewahren. Auf diese Weise war sich kaum einer der mit dem Uranerz arbeitenden Bergleute des tatsächlichen Umfangs der ihm drohenden Gefährdung bewusst.

So entschlossen sich viele, zu bleiben und schlugen im Erzgebirge oder auch in den nur wenige Jahre später entstandenen Uranbergbaugebieten Westthüringens Wurzeln, indem sie Familien gründeten und sich dort dauerhaft niederließen.

Das von Monat zu Monat immer stärker werdende Risiko einer sich immer länger hinstreckenden Arbeit im Berg oder auch in den Erzaufbereitungsanlagen wurde von ihnen teils bewusst, teils auch völlig unbewusst um mögliche fatale gesundheitliche Folgen, in Kauf genommen.

Bis in das Jahr 1955 hinein fanden keinerlei Messungen radioaktiver Emanationen in den Schächten und Erzverarbeitungsanlagen statt, ebenso wenig gab es Unterweisungen und Belehrungen für die am und mit dem Uranerz arbeitenden Belegschaften zu den mit menschlichen Sinnen nicht wahrzunehmenden Gefahren radioaktiver Einflüsse. Das unheimliche und heimtückische Strahlenrisiko wurde nicht nur von den Betroffenen, sondern auch von den verantwortlichen Leitungsorganen ignoriert und es wurde dem überwiegenden Anteil der Beschäftigten in den Minen und Aufbereitungsbetrieben in seiner furchtbaren und weitreichenden Bedeutung überhaupt nicht bewusst.

Nur sehr wenige Leute hatten bereits in damaliger Zeit eine tatsächliche Vorstellung von Radioaktivität und dem, was sie anzurichten in der Lage war. Lediglich der Gefahr des Auftretens von Silikose war man sich bewusst, die Staublungenerkrankung war eine alte und schon lange bekannte Geißel der Bergarbeiter, nicht nur in den Schächten des sächsischen Erzgebirges.

So gab es Vorstellungen der sächsischen Landesarbeitsinspektion, im Jahre 1944 aufgestellte, also sogar noch aus der Nazizeit stammende Schutzverordnungen für die Arbeit unter Tage zu übernehmen bzw. sie zu reaktivieren.

Auf deren Grundlage erließ die WISMUT-Direktion eine Reihe eigener Schutzvorschriften, wie das Gebot zum Nassbohren, das Anlegen von Staubmasken und den Einsatz von

Wettersteigern, verbunden mit einer wesentlich verbesserten Belüftung der Schachtanlagen in den einzelnen Grubenbetrieben, was schließlich ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu einer schrittweisen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Gruben führte.

Zur generellen Festlegung von Grenzwerten der Strahlenbelastung für die einzelnen Arbeitskräfte bei deren Tätigkeit in den Schächten und Anlagen der WISMUT kam es jedoch auch in der Mitte der fünfziger Jahre noch immer nicht.

Seit Anbeginn der Urangewinnung erfolgten alle Arbeiten noch immer unter einem extremen Zeit- und Leistungsdruck, bei dem der sachgemäße Zustand der Schächte und dabei vor allem deren ausreichende Bewetterung gegenüber einer maximalen Erzgewinnung als eher nachrangig angesehen wurden.

Vor allen Dingen während der Anfangsperiode des Uranbergbaus kam noch ein allgemeiner Mangel an geeigneten Bergbauausrüstungen, Schutzkleidung und auch Werkzeugen hinzu. Die Auswirkungen der im Kriege zerstörten Wirtschaft und nicht zuletzt auch durch die Teilung Deutschlands in zwei sich immer weiter voneinander trennende Wirtschaftsgebiete zeigten sich besonders im nun völlig neu zu errichtenden WISMUT Bergbau.

Eine nennenswerte Industrie für die Herstellung von Bergbauausrüstungen musste auf dem Gebiet der russischen Besatzungszone erst aufgebaut werden. Importe aus dem westlichen Teil Deutschlands waren ebenfalls nicht möglich Vor allen Dingen für die sogenannte erste Generation der WISMUT-Bergarbeiter kam es infolge dieser hier nur grob und unvollkommen geschilderten Umstände zu einer äußerst folgenschweren Entwicklung...

Die nach dem Ablauf der von Prof. Dr. Wildführ veranschlagten Zeit von etwa zehn Jahren an Krebs der Atemorgane oder Silikose erkrankten Bergarbeiter der WISMUT entstammten zu 90 % eben dieser so genannten ersten Generation, und erst die, wie von Professor Doktor Wildführ bereits gegen Ende der

vierziger Jahre vorausgesagt, eintretende Konfrontation mit nach tausenden zählenden Krebserkrankungen führte zu einem weitreichenden Umdenken in Bezug auf die Einführung von Maßnahmen zur größtmöglichen Sicherung der Gesundheit von im Uran arbeitenden Bergleuten.

Eine vollkommene, 100%-ige Sicherheit für die im Uranbergbau arbeitenden Menschen vor radioaktiven Einflüssen sowie auch den bei dieser Tätigkeit entstehenden radioaktiven Emanationen und Stäuben ist auch mit den modernsten, uns heute verfügbaren Mitteln nicht zu realisieren – ein nicht auszuräumendes Restrisiko bleibt stets bestehen, man kann diese so unheimlichen Wirkungen immer nur einschränken.

Diese erschreckenden Zahlen sind jedoch nicht allein der rücksichtslosen und einzig auf die Gewinnung von Uran ausgerichteten Arbeitsweise der WISMUT während der späten vierziger und der ersten fünfziger Jahre zuzuordnen.

Eine ähnliche und für die Bergarbeiter zum Teil noch verhängnisvollere Entwicklung als in den Betrieben der WISMUT vollzog sich auch in den amerikanischen Colorado-Minen im Südwesten der Vereinigten Staaten von Amerika, wo es unter den dort in großer Zahl beschäftigten Navajo-Indianern zu Beginn der sechziger Jahre ebenfalls zu einer hohen Anzahl von Krebserkrankungen der Atemorgane kam, die mit ihrem tödlichen Verlauf einige tausend von ihnen hinraffte. Gleiches gilt auch für den in der damaligen belgischen Kongo-Kolonie in Afrika betriebenen Uranabbau, der mit hauptsächlich afrikanischen Arbeitskräften unter noch wesentlich schlimmeren Bedingungen stattfand und bis in die heutige Zeit weiterbetrieben wird.

Auch dort maß man dem gewonnenen Uranerz eine höhere Bedeutung bei als denjenigen, die es unter schwierigsten und letztlich für sie tödlichen Bedingungen aus dem Berg brachen.

Auch die Umstände, unter denen in den Uranrevieren der Tschechoslowakei im südlichen Erzgebirge gearbeitet wurde

und die den in der WISMUT herrschenden recht ähnlich waren, führten zu geradezu epidemisch auftretenden Krebserkrankungen unter den betroffenen Bergleuten. In den böhmischen Urangruben wurden die Messungen zur Kontrolle radioaktiver Emanationen noch später, erst um das Jahr 1960 eingeführt – erst nach der Auflösung der dortigen Zwangsarbeitslager.

Bei näherer Betrachtung dieser Umstände drängt sich nicht nur der Verdacht auf, dass von den Betreibern und Besitzern dieser Uranfördergebiete, sowohl in Ost wie auch in West, der Wert eines Menschen und seiner Gesundheit gegenüber der Gewinnung von Uran als eher untergeordnet angesehen wurde…

Die gefährliche und äußerst schädigende Wirkung radioaktiver Einflüsse auf das Leben an sich und insbesondere auf die Gesundheit von Menschen war zu dieser Zeit bereits bekannt, und ebenso bekannt waren Mittel und Methoden, diese Gefährdungen auf möglichst minimalem Niveau zu halten – doch ein solches Vorgehen erfordert einen sehr hohen Aufwand.

Im Wesentlichen unbekannt waren die gefährlichen, ja letztlich tödlichen, vom Uranerz ausgehenden Einflüsse lediglich denjenigen, die im Berg und mit dem geförderten Erz arbeiten mussten…

Bereits in den letzten dreißiger Jahren forderten Arbeitsmediziner weitreichende Schutzmaßnahmen für die in den Erzgruben des sächsischen Erzgebirges und Nordböhmens beschäftigten Bergleute, woraus zu folgern ist, dass nicht nur die Gefahren radioaktiver Stäube und Gesteinsemanationen gegenüber dem menschlichen Organismus schon seit Jahren bekannt waren, sondern auch geeignete Präventionsmaßnahmen zu deren größtmöglicher Einschränkung und Vermeidung.

Im Jahre 1956 begann bei der WISMUT eine systematische Erfassung bergbauspezifischer und auch strahlungsbedingter Berufskrankheiten.

Ungeachtet zahlreicher warnender Hinweise von Medizinern, Bergbaufachleuten und auf der jahrhundertelangen Bergbauer-

fahrung basierender Erkenntnisse vor allen Dingen in Bezug auf die „Schneeberger Krankheit“ mussten etwa 10 Jahre ereignislos verstreichen, bis man sich dann unter dem Druck des Geschehens endlich zu einem ernsthaften Vorgehen gegen die Gefahren radioaktiver Einflüsse auf die Belegschaften von Erzminen und Aufbereitungsanlagen bereitfand.

Die „Schneeberger Krankheit“ – der durch radioaktive Emanationen hervor gerufene Lungen- und Bronchialkrebs, war im Jahre 1925, noch in der Zeit der Weimarer Republik, in die Liste der Berufskrankheiten in Deutschland aufgenommen worden und bereits im Jahre 1947 wurde ihre Anerkennungsmöglichkeit auch von den Unternehmen des Bergbaus im Erzgebirge akzeptiert.

Die in diesem Kapitel bereits erwähnte Warnung Professor Doktor Wildführs, in der von einer zehnjährigen Frist bis zu Beginn eines vermehrten Auftretens von Krebserkrankungen der Atemorgane gesprochen wurde, begann sich während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit all ihren erschreckenden Konsequenzen zu bewahrheiten.

Die WISMUT sah sich nunmehr vor der ebenso problematischen wie auch kostspieligen und zugleich traurigen Aufgabe, sich mit den aus dieser tödlichen Erkrankung ergebenden Folgen und den Forderungen der betroffenen Bergleute sowie auch deren Angehörigen und Hinterbliebenen auseinanderzusetzen.

Die Schwierigkeit bei einer medizinischen Anerkennung von Berufskrankheiten im Allgemeinen besteht in der Bestimmung und Festlegung von spezifischen Grenzwerten, deren Über- oder auch Unterschreitung dann die Basis der Entscheidungen für ihre Akzeptanz durch den Arbeitgeber bzw. die Sozialversicherung bilden.

Dabei liegt wohl ohne jeden Zweifel auf der Hand, dass diejenige Seite, welche das Bestehen einer Berufserkrankung zu akzeptieren, d.h. für ihre gesundheitlichen und sozialen Folgen für den Betroffenen materiell einzugestehen hat, von vornherein schon aus ökonomischen Erwägungen an einer möglichst geringen Anzahl solcher Fälle überaus interessiert ist...

Mit allen sich aus diesem Widerspruch ergebenden Problemen und Benachteiligungen traf dies auch auf die betroffenen Bergarbeiter der WISMUT zu.

Die Entscheidung über das Vorliegen einer Silikose oder eines Krebses der Atemorgane, deren Ursachen durch die Arbeit im Erzbergbau zu finden waren, oblag einer speziellen Ärztekommission der WISMUT, BK-92-Kommission genannt – welche seit etwa 1960 arbeitete.

Die durch dieses Gremium getroffenen Entscheidungen gaben schon seit seinem Bestehen immer wieder Anlass zu Kritik und daraus folgenden juristischen und medizinischen Auseinandersetzungen, die sich in nicht wenigen Fällen zum Teil über lange Zeit und durch mehrere Instanzen hingezogen haben.

Die bis 1955 generell fehlende Ermittlung der in den Schächten und Verarbeitungsanlagen der WISMUT auftretenden Strahlenbelastungen für die dort arbeitenden Belegschaften erlaubten bei den dann im Nachhinein auftretenden Forderungen eine bestenfalls ungefähre Schätzung der durch die Beschäftigten aufgenommenen radioaktiven Emanationswerte und es konnte mit nur sehr unzureichender Genauigkeit auf Grundlage von Art und der Dauer der jeweiligen Tätigkeit auf den Umfang der dabei aufgenommenen Schadstoffe und Belastungen rückgeschlossen werden.

War eine Krebserkrankung bereits ärztlich festgestellt, so war den Medizinern vorgeschrieben, diese nur dann im Sinne von Berufskrankheit anzuerkennen, wenn der Betroffene für nicht weniger als zehn Jahre im Uranbergbau unter Tage gearbeitet hatte, was zur Folge hatte, dass nicht wenige Erkrankungen allein auf Grund fehlender Berufsjahre keine Anerkennung fanden.

Der Umfang der für die Erfassung und Beurteilung einer im Laufe der Tätigkeit unter Tage aufgenommenen Strahlendosis war dabei nicht mehr mit erforderlicher Genauigkeit zu kontrollieren und wurde daher nur theoretisch, auf Grund eines Abschätzverfahrens ermittelt.

Erst im Jahre 1970 (!) kam es zu Schaffung einer Arbeitsgrundlage zur Beurteilung der Strahlenbelastung innerhalb einer Reihe von Uranbergbaurevieren des sächsischen Erzgebirges und Thüringens, mittels derer die radioaktiven Emanationen, wie inzwischen international üblich, in Working Level Month (WLM) gemessen und erfasst wurden. Die Maßeinheit 1 WLM bezieht sich auf ein monatliches Arbeitspensum und entspricht dabei einer Aufnahme von 3700 Bq (Becquerel).

Die Bewertung der durch die Bergleute aufgenommenen Strahlungswerte bei der Durchführung des Anerkennungsverfahrens von Berufskrankheiten vollzog sich von da an auch bei der WISMUT nach den Angaben dieser Berechnungsmethode.

Für den Zeitraum vom Beginn der Urangewinnung im Südwesten Sachsens während der zweiten Hälfte der vierziger Jahre bis zum Jahre 1955 setzte man daher für die erzgebirgischen Uranreviere eine pauschale persönliche Strahlenbelastung von 150 WLM voraus...

Wurde festgestellt, dass von Betroffenen ein Wert von 450 WLM erreicht oder sogar überschritten wurde, erkannte man eine Berufserkrankung auch ohne das Gutachten der BK-92-Kommission an.

Ab Mitte der sechziger Jahre dann, als sich der technische Ausstattungsgrad vor allen Dingen der Schachtanlagen mit modernen Geräten und Anlagen bedeutend verbessert hatte und vor allen Dingen die Bewetterung der Minen sowie auch die der Erzaufbereitungsanlagen entsprechende Fortschritte gemacht hatte, ging die Belastung der dort beschäftigten Bergleute durch radioaktive Emanationen endlich zurück und belief sich dann in den Jahren nach 1975 auf nun noch durchschnittlich 4 WLM pro Jahr.

Bei einer Beurteilung dieser Werte ist jedoch zu berücksichtigen, dass dabei in Abhängigkeit von wechselnden Arbeits-und Förderbedingungen in den einzelnen Abbaugebieten und Schächten sowie selbst innerhalb einzelner Erzgruben noch immer individuelle Belastungsspitzen radioaktiver Emanationen

bis zur Größenordnung von 10 nach oben oder unten auftreten können.

Oder kurz ausgedrückt: Diese Berechnungsmethode erlaubte keine differenzierte Erfassung der durch die am Erz arbeitenden Bergleute im Laufe ihrer Tätigkeit tatsächlich aufgenommenen Belastungen.

Eine weitere Absenkung der Richtwerte zur Anerkennung von Berufserkrankungen erfolgte 1974, von da an erfüllten 250 bis 300 WLM die Voraussetzung zu einer nun erleichterten Anerkennung.

Doch bereits ein Jahr später wurde vom Strahlenschutzbeauftragten der WISMUT eine wiederum zuungunsten der betroffenen Bergleute geänderte Expositionsunterlage präsentiert und angewandt; durch sie wurden die radioaktiven Emanationen in den Schächten des Erzgebirges und des Vogtlandes wesentlich geringer als bis dahin ausgewiesen.

Über die Ursachen, Gründe und nicht zuletzt über die Verantwortlichen dieser umstrittenen Entscheidung wurde kaum etwas bekannt; allerdings ist zu vermuten, dass ökonomische Erwägungen dabei eine gravierende Rolle spielten.

Für Bergarbeiter, welche in diesen Fördergebieten unter Tage tätig waren, hatte diese Maßnahme die Folge, dass ihnen die Anerkennung von Berufskrankheiten von neuem schwerer gemacht wurde.

Ab Mitte des Jahres 1976 galt wieder der Wert von 450 WLM als Schwellenwert für eine Anerkennung. Ursachen, Verantwortlichkeiten und nicht zuletzt die fatalen Folgen dieser üblen Entscheidung für betroffene Bergleute sind bis in die heutige Zeit umstritten und wurden Gegenstand anhaltender juristischer Auseinandersetzungen.

Erst während der letzten Jahre der DDR und damit der WISMUT kam es wiederum zu Diskussionen um eine erneute Verringerung des Schwellenwertes von 450 auf 300 WLM als Grundlage für eine direkte und sofortige Anerkennung. Doch erst nach dem Erlöschen der DDR einigte man sich im Juni

1990 mit der ebenfalls zerfallenden WISMUT auf einen Wert von nunmehr 200 WLM.

Zum Schluss und zu einem umfassenderen Verständnis dieser keineswegs vollständigen Betrachtung sei ein Vergleich angeführt:

Bis in die siebziger Jahre hinein lag in der DDR der Schwellenwert für die Anerkennung eines infolge der Arbeit im Uranbergbau aufgetretenen Lungen/Bronchialkrebses als berufsbedingte Erkrankung bei mindestens 450 WLM, was einer aufgenommenen Gesamtdosis von 4,5 Sievert entspricht. Das heißt, der Betroffene musste nachweisen können, während der Zeit bis 1955 für wenigstens drei Jahre bei einem (allerdings nur im Nachhinein geschätzten) Jahresbetrag von 150 WLM unter Tage gearbeitet zu haben – erst dann konnte ihm eine berufskrankheitsbedingte Rente zuerkannt werden.

Zum gleichen Zeitpunkt schrieb die bundesdeutsche Gesetzgebung für Arbeiten von Personen unter radioaktiven Strahlungsbedingungen (z.B. in Kernkraftwerken) einen Maximalwert von 50 Millisievert und Jahr zur Anerkennung berufsbedingter Erkrankungen vor.

Anders ausgedrückt: Nach Ansicht der WISMUT-Verantwortlichen in der DDR musste ein im Uranbergbau beschäftigter Arbeiter die neunzigfache Strahlendosis gegenüber einem in der Bundesrepublik unter ähnlichen Bedingungen Beschäftigten aufnehmen, bevor er eine infolge seiner Arbeit erworbene Schädigung seiner Gesundheit anerkannt bekam... Womit wohl in sehr überzeugender Weise auf der Hand liegt, dass sich die WISMUT in Abstimmung mit dem Gesundheitswesen der DDR um einen äußerst beachtlichen Anteil der den geschädigten Bergleuten sowie auch deren Hinterbliebenen zustehenden Entschädigungen schlicht und einfach herumgedrückt hat!

Ab dem Jahre 1950, als im ostthüringischen Ronneburger Revier ebenfalls Uran gefördert wurde, legte man im Hinblick auf

die Erfahrungen im erzgebirgischen Uranbergbau für die dort angelegten Bergwerke gleich von vorn herein eine wesentlich geringere Strahlenbelastung der am Uranerz arbeitenden Bergleute zugrunde.

Die in den Schachtanlagen der WISMUT gewonnenen Uranerze wiesen einen Urangehalt von 0,05 bis 0,20 Prozent auf, das heißt bei einem mittleren Wert von rund 0,10 % Uran pro Tonne geförderten Materials müssen also durchschnittlich 1000 Tonnen Erz aus dem Berg gebrochen werden, um 1 Tonne Uran zu bekommen.

Und dieses an sich schon so überaus ungünstige Verhältnis entwickelt sich noch negativer, wenn man in Rechnung stellt, dass allein zum Freilegen des uranhaltigen Gesteins in Abhängigkeit zu den Abbaubedingungen der jeweiligen Lagerstätte noch einmal das Vielfache dieser Menge an tauben Gestein oder sogenanntem „Armerz" aus dem Berg gebrochen, abtransportiert und gelagert werden muss. Und bei allen diesen Erhebungen bleibt der zwangsläufig eintretende Auflockerungsfaktor des aus dem Berg gebrochenen tauben Gesteins unberücksichtigt, in dessen Folge auch noch ein erheblicher Volumenzuwachs der abzulagernden Massen anfällt.

Eine wahre Sisyphusarbeit! Und sie wird durch die beim Abbau des Erzes freiwerdende Radioaktivität noch um ein weiteres Mal erschwert und mit zusätzlichen Gefahren kombiniert.

Das auf derart aufwändige und komplizierte Weise gewonnene Erz durchläuft verschiedene Stufen der Sortierung, Verarbeitung und Aufbereitung, nach deren Abschluss mehr als 99 % der ursprünglich zu Tage geförderten Massen als nicht verwendbarer Abfall zurückbleiben.

Die Menge der Abbauprodukte entspricht also praktisch der des Ausgangsmaterials, wobei zu allem Übel das dann an der Erdoberfläche zurückbleibende Material noch ungefähr 85 % der ursprünglich im Fördergut enthaltenen Radioaktivität aufweist…

Unter den Folgeprodukten der Uranzerfallsreihe finden sich äußerst langlebig strahlende Elemente wie Radium 226 und Thorium 230.

Gemeinsam mit den für die Aufbereitung und Konzentrierung des Uranerzes verwendeten Säuren und anderen chemischen Stoffen sowie auch den infolge des Erzverarbeitungsprozesses auch in verschiedenen Begleitgesteinen freigewordenen Giften und anderen, die Umwelt schädigenden Inhalten, wurden diese Rückstände abtransportiert und auf Halden und in eigens dafür angelegten Schlammteichen endgelagert.

Alle diese Endlagerstätten befanden und befinden sich zum Teil bis in die heutige Zeit unter freiem Himmel und dabei auch noch in äußerst bedenklicher Nähe von menschlichen Ansiedlungen, landwirtschaftlich genutzten Bodens, von Verkehrsanlagen und anderweitig genutzten Teilen des Landes.

Kaum eine von ihnen entsprach auf Grund ihrer Lage und ihrer Betriebsbedingungen auch nur grundlegenden Forderungen in Bezug auf Schutz ihres Umfeldes vor radioaktiver Strahlung sowie auch vor austretenden weiteren Gift- und Schadstoffen.

Wobei schon von vorn herein zu berücksichtigen ist, dass in den relativ dicht besiedelten Territorien des Erzgebirges und Thüringens genau genommen nirgendwo im Bereich der Erdoberfläche eine sichere Ablagerung auch schwach radioaktiver Rückstände der Uranerzaufbereitung möglich war, ohne dass es durch sie zu Gefährdungen von Menschen und Umwelt kommen konnte.

Die von dem auf Abraumhalden und Absetzteichen gelagerten Material ausgehende Radioaktivität ist zwar als gering einzuschätzen, doch allein schon durch Vielzahl und Größe dieser Anlagen, ihre sich zum Teil über Jahrzehnte erstreckende Nutzung sowie auch ihre Lage in unmittelbarer Nähe menschlicher Wohngebiete und von landwirtschaftlichen Nutzflächen ergab und ergibt sich durch die über viele Jahre der Lagerung anwachsende Summierung der von diesem Material abgesetzten Strahlungsdosen noch bis in heutige Zeit ein erhebliches Maß der Gefährdung.

Zudem blieben bereits bei Errichtung und dem dann teilweise jahrzehntelangen Betrieb aller dieser Endlagerstätten deren äu-

ßerst gefährlicher Einfluss auf Grundwasserverhältnisse und Erosionserscheinungen durch Witterungsverhältnisse, in deren Folge radioaktive Emanationen durch den Wind über weite Flächen verteilt wurden, weitgehend unberücksichtigt. Die Gewinnung von Uran besaß in all den Jahrzehnten des Bestehens der WISMUT stets eine Vorrangstellung gegenüber dem Schutz der Bevölkerung, der eigenen Arbeitskräfte und erst recht der Schonung von Natur und der Umwelt.

Von Anfang an durchgreifende Maßnahmen zu einer sicheren Verwahrung und Endlagerung dieser in mehrfacher Hinsicht äußerst gefährlichen Rückstände der Gewinnung von Uran wären in den Bergbaurevieren des sächsischen Erzgebirges und Thüringens höchst aufwendig, das heißt sehr teuer geworden und hätten die ohnehin schon geringe Effektivität des Uranbergbaues noch weiter geschmälert.

So entschied man sich für diese nachlässige und äußerst risikovolle Art der Ablagerung und sorgte zugleich mit allen Mitteln dafür, dass der davon betroffenen Bevölkerung in eng benachbarten Ansiedlungen weder Kenntnisse noch irgendeine Kontrolle über das von Halden und Absetzteichen ausgehende weitgefächerte Gefahrenpotential möglich war.

Zugleich sahen sich alle diejenigen, welche sich unbeeindruckt von aller Geheimhaltung um derartigen Vorgehensweisen mit den von diesen radioaktiven Endlagerstätten ausgehenden Gefährdungen beschäftigten und es dann wagten, auch nur ihre Befürchtungen der nun endlich auch in der DDR immer aufmerksamer werdenden Öffentlichkeit mitzuteilen, ohne jede Nachsicht und auch ohne jedes Verständnis für die nicht mehr und nicht weniger als humanistischen Beweggründe solchen Tuns verfolgt, behindert und diskriminiert.

Mit den allerdings erst nach 1990 in der Nachbetrachtung verfügbaren umfassenden Kenntnissen und dem Wissen über die Ursachen, Bedingungen und Begleiterscheinungen der Aufnahme der Uranförderung muss darüber hinaus noch festgestellt werden, dass sich die Verantwortlichen der WISMUT und auch

der DDR- Behörden in vollem Maße über die Gefährlichkeit und Schädlichkeit des dabei geübten Vorgehens schon während der Anfangsjahre der Urangewinnung und seiner Aufbereitung zu Erzkonzentraten bewusst waren.

Woraus wiederum zu folgern ist: Die schon von Anfang an um alle Angelegenheiten der WISMUT betriebene strikte Geheimhaltung diente also nicht zuletzt auch der Desinformation der eigenen Bevölkerung über das sich in Sachsen und Thüringen von Jahr zu Jahr massiver aufbauende radioaktive Gefährdungspotential.

Diese schändliche, um nicht zu sagen verbrecherische Praxis wurde von der Gründung der WISMUT bis zum Untergang der DDR konsequent beibehalten. Jeder, der sich mit den strahlenden Hinterlassenschaften des Uranbergbaues auch nur befasste und dabei vielleicht über seine Beobachtungen auch noch zu sprechen oder gar zu schreiben versuchte, geriet schnell in das Visier der Staatssicherheit und wurde, noch bevor die Ergebnisse seiner Ermittlungen öffentlich werden konnten, rigoros sowie auch sehr schnell zum Schweigen gebracht.

Außerdem war es bis zum Zusammenbruch der DDR äußerst schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, sich die für derartige Untersuchungen erforderliche Mess-und Kontrolltechnik zu beschaffen...

Allein dahingehende Versuche und Bestrebungen erregten bereits ein ungeteiltes Interesse gewisser allgegenwärtiger Dienststellen und Organe. Bereits mit dem Beginn des Uranerzabbaus im sächsischen Erzgebirge, noch vor Gründung der WISMUT, wurde deutlich, dass die Belange der in den Bergbaugebieten ansässigen deutschen Bevölkerung, ihr Eigentum und ihr Wohlergehen bestenfalls insoweit Beachtung und Rücksicht erfuhren, wie das zu Gewährleistung und Sicherung einer hohen Erzproduktionsrate erforderlich und unumgänglich war.

Der Schutz von Natur und Landschaft des Erzgebirges sowie auch Thüringens und auch die Achtung bauhistorischer und bergbaugeschichtlicher Zeugnisse und Werte in zahlreichen

Städten und Ansiedlungen fand keinerlei Berücksichtigung und rangierte, wenn sie überhaupt jemals wahrgenommen wurde, in seiner Bedeutung und Wertung durch Verantwortliche der WISMUT auf hinteren Plätzen.

So ist beispielsweise vom historisch wertvollen und weit in die Historie des erzgebirgischen Bergbaus zurückreichenden Stadtkern Johanngeorgenstadts so gut wie nichts verblieben. Zu allem Unglück war er auf bodennahen, uranführenden Formationen errichtet und wurde bei deren Erschließung und Förderung ohne jede lange Überlegungen beseitigt.

Schon während der frühen Jahre der WISMUT zeigten sich die Folgen dieses rücksichtslosen Vorgehens – sie waren ja auch nicht zu verbergen. Doch alle Bestrebungen auch nur zum Versuch des Schutzes solcher Dinge wurden von der russischen Besatzungsmacht in enger Zusammenarbeit mit den hinlänglich bekannten Behörden der DDR streng verfolgt und bereits in ihren Ansätzen brutal abgewürgt; kaum jemand brachte den Mut und das erforderliche Stehvermögen auf, sich Auge in Auge mit WISMUT- Behörden, der Stasi und letztendlich auch der russischen Besatzungsmacht um den Erhalt und den Schutz von Umwelt und einer über Jahrhunderte gewachsenen historisch wertvollen Bausubstanz einzusetzen.

Erst gegen Ende der achtziger Jahre, als die Existenz der DDR mehr und mehr zu wanken begann, kam es mit der Gründung von ersten Bürgerinitiativen zu immer massiveren Angriffen gegen die von der WISMUT geübten Praktiken und Vorgehensweisen.

Der gesamte Umfang aller durch die Arbeit der WISMUT angerichteten Schäden zeigte sich allerdings erst nach dem Ende der DDR, als endlich möglich wurde, diesem Staat im Staate nicht nur in engere Grenzen zu weisen, sondern ihm auch auf die Finger zu sehen.

Wobei allerdings schnell festgestellt werden konnte, dass sich die tatsächlich Verantwortlichen für einen in der europäischen Bergbaugeschichte bislang beispiellos rücksichtslosen Raubbau

bereits in ihre östlichen Kontore zurückgezogen hatten... Der Zorn derjenigen, welche ihrer Gesundheit, der Intaktheit ihrer heimatlichen Natur und auch der Schönheit nicht weniger ihrer altehrwürdigen Städte und Dörfer beraubt wurden, traf nur einen Teil der an diesem üblen Werk Beteiligten. Die äußerst kostspielige und komplizierte Sanierung und wenigstens teilweise Wiedergutmachung der durch die WISMUT angerichteten Schäden und Zerstörungen wurde von den dafür Verantwortlichen kaltschnäuzig den Deutschen selbst überlassen, sie zieht sich nun schon über nahezu zwei Jahrzehnte hin und ist noch lange nicht abgeschlossen. Die dafür erforderlichen enormen Kosten müssen durch den deutschen Steuerzahler aufgebracht werden; diejenigen, in deren Regie und Verantwortung alle diese Schäden verursacht wurden, haben sich in aller Eile aus dem Geschäft zurückgezogen – unter bedenkenloser Zurücklassung strahlenverseuchter Halden, radioaktiver Schlammteiche und vergifteten Grundwassers ...

Sowie nicht zuletzt unter Mitnahme von Uran, ausreichend zur Herstellung einer gewaltigen Menge von nuklearen Sprengkörpern, von der wiederum ein nur winziger Bruchteil genügen würde, unseren Planeten für immer unbewohnbar zu machen.

Gar nicht zu reden von einigen tausend deutschen Bergleuten, die an den Folgen ihrer Arbeit in den Schächten der WISMUT unheilbar erkrankten und einem jahrelangen, tödlich endenden Siechtum ausgesetzt wurden.

Die „Schneeberger Krankheit", seit Jahrhunderten Schrecken und Geißel der Bergleute im Erzgebirge, erwies und erweist sich noch immer als schrecklicher Fluch einer heimtückischen Teufelssaat in den Gründen des Erzgebirges, der auch die Mittel und Möglichkeiten heutiger, moderner medizinischer Wissenschaften noch nicht gewachsen sind.

Erst in den Jahren nach 1990, nach dem Verlöschen der DDR und der beginnenden Auflösung der WISMUT, kam es zu ernsthaften und durchgreifenden Maßnahmen zur Eindämmung

und Beseitigung dieser zahlreichen, frei in der erzgebirgischen und thüringischen Landschaft angelegten radioaktiven Strahlungsherde!

Die radioaktive Radon-Ausgasung aller WISMUT-Halden beläuft sich nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz im Mittel auf etwa 340 Mill. Bq pro Kubikmeter abgelagerten Materials, und obwohl das austretende Radon eine Halbwertszeit von lediglich 3,8 Tagen besitzt, erneuert sich sein Bestand durch den noch sehr lange anhaltenden Zerfall von ebenfalls im Abraum eingelagerten Radium 226 ständig von neuem.

Ein Zeitraum von 80.000 Jahren wird vergehen müssen, bis sich der Strahlenwert des dort abgelagerten Gesteins zum ersten Male halbiert hat...

Bis der radioaktive Zerfall soweit fortgeschritten ist, dass eine Angleichung an das Niveau normalen, an der Erdoberfläche auftretenden Gesteins erreicht ist, wird eine Million Jahre erforderlich sein. Und auch das nur unter der Voraussetzung, dass in dem auf Halden und den so genannten Spülkippen abgelagerten Material keinerlei Reste noch weiterer strahlender Stoffe vorhanden sind – was freilich keinesfalls auszuschließen ist.

Uran 238 hat zum Beispiel eine Halbwertzeit von etwa 4,5 Milliarden Jahren... Die WISMUT hat während der etwas mehr als vierzig Jahren ihres Bestehens eine Gesamtfläche von 1200 bis 1400 Quadratkilometern radioaktiv belastet; nach den Angaben des nach der deutschen Wiedervereinigung im Bundesamt für Strahlenschutz aufgegangenen SAAS der DDR (Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz) ergibt sich allein aus der Summe der einzelnen Flächen von etwa 3500 radioaktiv belasteten Halden, deren Areale zwischen 0,1 und 250 Hektar umfassen, eine summarische Grundfläche von 17 Quadratkilometern.

Dabei gehen beileibe nicht alle strahlenden Halden im Erzgebirge und in den Bergen Thüringens auf den Bergbau der WISMUT zurück. Auch den längst überwachsenen und wieder in die Landschaft einbezogenen Kleinhalden und anderen Hinter-

lassenschaften aus den Jahren des historischen Bergbaues bis hinein in die Neuzeit entströmen noch immer die radioaktiven Zerfallsprodukte von zufällig oder auch absichtlich in den Abraum oder die Verfüllmassen geratener Pechblende.

Diese Überbleibsel aus den frühen Jahren des erzgebirgischen Bergbaues sind zu einem guten Teile gar nicht mehr oder nur noch mit dem geschulten Auge eines Geologen oder Bergbaufachmannes zu erkennen und zu identifizieren.

Ein weiteres, nicht zu unterschätzendes ökologisches Problem stellen die Absetzanlagen der einstigen Erzaufbereitungsbetriebe dar. In die für die Lagerung der dabei anfallenden radioaktiven Rückstände angelegten künstlichen Seen wurden über Jahre hinweg die bei der Aufbereitung des Uranerzes zurückbleibende Reste verspült.

An Rändern und Spülstränden dieser radioaktiven Giftseen trocknet das eingeschwemmte, pulverfeine Material vor allen Dingen in der niederschlagsarmen Zeit des Jahres und wird vom Wind über weite Flächen der Umgebung getragen...

In der Erzaufbereitungsanlage Crossen, in der Nähe Zwickaus, wurden in den Jahren von 1950 bis 1989 mehr als 70 Millionen Tonnen Uranerz verarbeitet. Während der ersten acht Jahre erfolgte nur eine mechanische Verarbeitung, danach ging man zu chemischen Auslaugungsverfahren über, in deren Verlauf die Uranbestandteile des Erzes von Natriumcarbonatlösungen aus dem Gestein extrahiert wurden.

Die dabei anfallenden ebenso giftigen wie auch noch immer leicht radioaktiven Schlämme verkippte man in drei große Absetzbecken, die auf dem Gelände eines ehemaligen Erztagebaues angelegt wurden – auf entsprechende Abdichtungen zum Schutze des Grundwassers verzichtete man dabei...

Nach Angaben von Geologen und Umweltschützern versickerten in jedem Jahr etwa 500.000 Kubikmeter radioaktiven und chemisch hochbelasteten Wassers im Untergrund!

Die hier angeführten Beispiele eines vollkommen verantwortungslosen, ja verbrecherischen und letztlich menschenverach-

tenden Umganges sowohl mit der Natur als auch mit den in der Umgebung der Bergbauanlagen und Erzverarbeitungsbetriebe ansässigen Menschen stellen nur einen kleinen Teil der im Namen, im Auftrage und auch der stillschweigenden Duldung der WISMUT sowie auch der DDR- Behörden begangenen Vergehen und Verbrechen an der Umwelt im sächsischen Erzgebirge und im westthüringischen Bergland dar.

Sie stehen stellvertretend für einen schändlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie auch mit einer über den Lauf von Jahrhunderten entwickelten Kulturlandschaft und nicht zuletzt auch mit allen sie bewohnenden Menschen.

Die Bitternis dieser im Laufe von mehr als vierzig Jahren heraufbeschworenen Situation wird noch um ein weiteres Mal unterstrichen, wenn man sich vor Augen hält, dass der jahrzehntelange Abbau (oder treffender ausgedrückt: Raubbau) sächsischen und thüringischen Urans zu einem großen Anteil der Schaffung und Sicherung des militärischen und politischen Machtpotentials eines Staates und dabei eines Systems diente, welches schließlich an seiner eigenen, ihm innewohnenden Widersprüchlichkeit zugrunde gegangen ist.

Die Beseitigung und Eindämmung der durch den Uranbergbau verursachten Schäden, Gefährdungen und Zerstörungen als auch alle daraus entstehenden immensen Kosten und Aufwendungen wurden nach der deutschen Wiedervereinigung mit äußerst kaltschnäuziger Gleichgültigkeit auch noch dem Staat (und das heißt, seinen Bürgern) überlassen, der über den gesamten Zeitraum des Kalten Krieges hinweg eine der zentralen Stellungen im Feindbild von Sowjetunion und DDR eingenommen hat.

Eine umfassende Darstellung, Beschreibung und Beurteilung der beim Abbau, der Aufbereitung und der Verarbeitung von Uranerzen im Süden der einstigen DDR verursachten gesundheitlichen Schäden bei einer kaum zu übersehenden Vielzahl von Beschäftigten des Bergbaus und der Uranverarbeitung sowie auch von unverantwortlichen Eingriffen und Zerstörungen an der Umwelt des Erzgebirges und Thüringens würde den Rahmen

dieses Buches überschreiten und gleichzeitig zu weit von seinem eigentlichen Thema hinweg führen.

Der Verfasser ist sich vollkommen bewusst, dieses ebenso wichtige wie auch brisante Stoffgebiet nur berührt zu haben, ohne dessen gesamten Umfang mit allen seinen Folgeerscheinungen und noch bis in unsere Zeit hinein bestehenden Auswirkungen erfassen zu können.

Uran

Das Uran wurde bereits vor mehr als 200 Jahren als chemisches Element in einem aus dem Johanngeorgenstädter Bergbaugebiet stammenden Gesteinsbrocken entdeckt, doch wusste man auch im zu Ende gehenden Jahrhundert der Aufklärung, dem tatsächlichen Beginn einer wissenschaftlichen Betrachtung der Welt und dem Einsetzen einer industriellen Entwicklung, mit dieser nun geglückten Erkenntnis zunächst noch nichts Rechtes anzufangen und legte die Neuentdeckung daher erst einmal zu den Akten.

Im 18. und auch noch bis weit in das 19. Jahrhundert hinein verfügte man noch über keine Möglichkeiten, das in dem Pechblende genannten Erz als Oxid gebundene Metall zu isolieren, und da sich auch kein praktischer Verwendungszweck des neuentdeckten chemischen Grundstoffes anbot, blieb es für einige Jahrzehnte lang bei einer eigentlich rein theoretischen Kenntnisnahme seiner Existenz.

Dies änderte sich erst, als ein böhmischer Hüttenchemiker namens Adolf Patera im Jahre 1852 entdeckte, dass sich aus Uranerz Farben für Glas und verschiedene Keramikartikel erzeugen ließen; man setzte der Glasschmelze feingemahlene Pechblende zu, so konnte zartgrünes Glas gewonnen werden. Auch kräftige rote, orange und gelbe Farbtöne für Keramiken konnten hergestellt werden.

Dass alle mit diesen Färbeverfahren behandelten Produkte bei dieser Prozedur leicht radioaktiv wurden, konnte man zu dieser Zeit nicht wissen, die Radioaktivität war noch gar nicht entdeckt!

Die bisher als völlig unverwendbar angesehene Pechblende wurde damit wirtschaftlich in gewisser, doch recht bescheidener Weise interessant, man begann sie gezielt zu gewinnen – allerdings in der Hauptsache dort, wo sie beim Abbau anderer Erze und Mineralien im Berg als nunmehr einigermaßen willkommenes, weil brauchbares Nebenprodukt auftrat und nun nicht mehr als Taubgestein auf Halde geworfen wurde.

Von da an, bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein, bestand die einzige wirtschaftliche Verwendung von Pechblende in ihrer geringen Nutzung bei der Herstellung von Färbemitteln für Glas und Steinzeug.

Erst die Untersuchungen Becquerels und die des Ehepaares Curie führten zur Entdeckung der von der Pechblende ausgehenden spontanen Radioaktivität und führten schließlich im Jahre 1898 zur Entdeckung des ebenfalls in der Pechblende auftretenden Elementes Radium, welches wesentlich aktiver als Uran strahlte.

Wobei das in der Pechblende nur in kleinsten Spuren vorhandene Radium zunächst eine wesentlich höhere Aufmerksamkeit erfuhr als das Uran, da es die Herstellung selbstleuchtender Farben ermöglichte, die in der Messgerätetechnik und nicht zuletzt auch in der nach der Wende zum 20. Jahrhundert immer breiter und komplizierter werdenden Militärtechnik genutzt wurden und durchaus gefragt waren.

Da inzwischen auch die Nuklearphysik rasante Fortschritte gemacht hatte, so dass es nun möglich war, bis in die Grundprinzipien des Aufbaues auch kleinster Bausteine der Materie vorzudringen und Einblick zu nehmen, begann man nach Wegen zu suchen, das so seltene und rare Radium durch Eingriffe in die atomare Struktur von Uran künstlich zu gewinnen. Außerdem steigerte sich mit der Entdeckung der Radioaktivität das Interesse der Physiker für dieses Phänomen und es begannen sich erste ahnungsvolle Vermutungen um die gewaltigen, aller Materie innewohnenden Energien zu formulieren.

Die Wissenschaft der Physik stand in jenen Jahren unmittelbar vor einem Qualitätssprung, dessen Ausmaße und auch dessen Folgen, Auswirkungen und Bedeutung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch in keiner Weise zu überblicken waren.

Im Verlaufe dieser Experimente kam es gegen Ende des Jahres 1938 durch Otto Hahn und Fritz Strassmann zu dem Versuch, durch einen Neutronenbeschuss einige Teilchen aus den Atomen des Urans herauszubrechen, um herauszufinden, ob man es zerbrechen könne und in welche Teile es dann zerfallen würde...

Bei diesem Experiment geschah das bis dahin von der internationalen Physikergemeinde für völlig unmöglich Gehaltene: Unter Abgabe von bis dahin nicht für denkbar gehaltenen Energien zerbarsten mit Neutronen beschossene Uranatome in zwei vollkommen neue Teile!

Kurz darauf, als dieses epochemachende Experiment durch die internationale Fachkollegenschaft voller Begeisterung und Neugier wiederholt und bestätigt wurde, erwies sich, dass bei diesem Prozess mit dem Zerbersten jedes einzelnen Atomkernes weitere Neutronen freigesetzt werden, welche ihrerseits im Verlaufe eines lawinenartig anschwellenden Prozesses mit großer Schnelligkeit immer weitere Kerne zerbrechen ließen und bei diesem Vorgang Energien von einer Größenordnung freisetzten, die bis dahin weit außerhalb allen menschlichen Vorstellungsvermögens lagen.

Nicht nur die nukleare Kettenreaktion war nun entdeckt – man hielt nun auch die Mittel in der Hand, sie zu entfesseln. Und entgegen allen noch bis in das Jahr 1940 hinein auch von führenden Köpfen der Nuklearforschung geäußerten Zweifeln an den Aussichten und Möglichkeiten einer schnellen Nutzbarkeit dieser ebenso phantastisch leistungsfähigen wie unheildrohenden Energiequelle kam es innerhalb von nicht einmal einem halben Jahrzehnt zur Entwicklung von ersten energieabgebenden Kernreaktoren sowie auch zur Entwicklung und leider auch zur Konstruktion und zum Einsatz von Explosivkörpern, deren Wirkung und Leistungsfähigkeit völlig außerhalb jeden menschlichen Vorstellungsvermögens liegt.

Mehr als 150 Jahre zuvor, als gerade der Einsatz von ersten, noch äußerst primitiven Dampfmaschinen den Eintritt der Menschheit in ihr technisches Zeitalter anzukündigen begann, war die Entdeckung eines chemischen Elementes gelungen, welches anderthalb Jahrhunderte lang so gut wie unerkannt und, was die ihm innewohnenden Möglichkeiten betraf, völlig unterschätzt war, aber der Menschheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Mittel in die Hände geben sollte, sich selbst sowie auch ihren Heimatplaneten in Stücke schlagen zu können.

Spiel mit dem Feuer

Während der Jahre, welche der Explosion der ersten Kernwaffe in der Wüste von New Mexico am 16. Juli 1945 folgten, kam es außer den beiden Bomben, welche die Städte Hiroshima und Nagasaki mitsamt ihrer Einwohnerschaft auslöschten, bis 1990 auf unserer Erde zu nicht weniger als 1871 weiteren nuklearen Explosionen, und ein großer Teil von ihnen fand in der Atmosphäre statt.

Von diesen Waffentests, deren Explosionsstärke auf der Basis des Sprengäquivalentes von TNT berechnet wurde, entfielen 929 auf die Vereinigten Staaten von Amerika, 671 auf die Sowjetunion und auf China 36 – die übrigen entfallen auf Großbritannien und eine, vor allem in letzter Zeit erschreckend zunehmende Anzahl weiterer tatsächlicher und potentieller Kernwaffenstaaten...

Erst im Jahre 1963 kamen Amerika, Großbritannien und die Sowjetunion im sogenannten Atomteststoppabkommen innerhalb einer erstaunlich kurzen Zeitspanne der Vorbereitung dieses Vertrages überein, ihre Kernwaffenversuche nicht mehr in der Atmosphäre vorzunehmen. Ein, wie man meinen möchte, erster Sieg der Vernunft? Einerseits ja, denn wenigstens die drei ersten Kernwaffenmächte entschlossen sich zum Wohl und Schutz des Lebens auf unserer Erde endlich zu einem Verzicht auf solche hochgefährlichen, die Atmosphäre, den Erdboden und die Ozeane vergiftenden und verseuchenden Experimente.

Die durch all diese Explosionen verursachten radioaktiven Produkte verteilten sich durch meteorologische Einflüsse und Meeresströmungen über unseren gesamten Planeten und sorgten mit jedem weiteren Waffenversuch weltweit für eine immer größere Zunahme äußerst lebensfeindlicher, radioaktiver Hinterlassenschaften in der irdischen Umwelt.

Ein Vorgang übrigens, vor dessen Eintreten und seinen Folgen bereits zu Beginn aller Kernwaffenversuche von Wissenschaft-

lern aller Fachgebiete, allerdings ohne jeden Erfolg, eindringlich gewarnt wurde. Innerhalb der wenigen Jahre seit 1945 ist es auf diese Weise zu einem bedenklichen Anstieg radioaktiver Belastungen der Atmosphäre, der Ozeane und der Landgebiete auf der Erde gekommen, die sich zum Anlass größter Besorgnis entwickelt hatten.

Daher ist anzunehmen, dass sich die einstigen Großen Drei keineswegs allein aus ihrer reinen Friedensliebe und humanen Erwägungen zu diesem wichtigen Abkommen durchgerungen haben; die eigentlichen Gründe dafür waren wohl in den eher praktischen Bedenken aller Beteiligter in Bezug auf elementare Sicherheitserwägungen vor den nun in der irdischen Umwelt immer stärker auftretenden nuklearen Abfallprodukten zu suchen.

Mit anderen Worten: Der damals noch kleine und exklusive Kreis der Atommächte sah sich allein vom Selbsterhaltungstrieb veranlasst, fortan die Hände von derart unverantwortlichem Tun zu lassen.

Wobei dennoch als erfreulich und Hoffnung verheißend konstatiert werden sollte, dass dergleichen einsichtiges Verhalten zum ersten Male in der langen Geschichte der Entwicklung von Waffen aufgetreten ist.

Allein der Zeitpunkt des Zustandekommens dieses Vertrages, nur wenige Monate nach einem der gravierendsten, bedrohlichsten Höhepunkte des kalten Krieges – der Kuba-Krise, im Verlaufe derer ein alles vernichtender Kernwaffenkrieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion für einige inhaltsschwere Tage lang unvermeidlich schien, lässt derartige Schlussfolgerungen durchaus möglich erscheinen. Zum anderen entfiel mit dem dabei erfolgten Übergang zu unterirdischen Waffentests eine Möglichkeit, der jeweils anderen Seite so tief in die Karten zu schauen, dass es ausreichte, sich ein aussagefähiges Bild über die durch sie erreichten Fortschritte in der Entwicklung von Nuklearwaffen zu machen. Ein Verbleib radioaktiven Fallout in der Atmosphäre, dessen Teilchen von

Spionageflugzeugen oder sogar von Satelliten erfasst und dann ausgewertet werden konnte, fand nun nicht mehr statt. Auch dieser Umstand dürfte zu diesem so überraschend schnellen Zustandekommen des Atomteststoppabkommens beigetragen haben.

Darüber hinaus wurde dieser Vertrag bereits bei seinem Abschluss leider nicht von allen Kernwaffenstaaten gegengezeichnet – Frankreich, seit 1960 im Besitz von Nuklearwaffen, verweigerte seine Unterschrift, und auch China, seit 1964 Atommacht, schloss sich ihm nicht an.

Seit den sechziger Jahren sind noch weitere Staaten zu Kernwaffenmächten geworden und verweigerten die Teilnahme an diesem Abkommen ebenfalls.

Erst im Jahre 1968 wurde der von den Nuklearmächten USA, UdSSR, Großbritannien ausgehandelte Kernwaffensperrvertrag verabschiedet – dieses Abkommen trat im Jahre 1970 in Kraft. Mit der Teilnahme an diesem Vertrag verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, auf die Entwicklung, Herstellung und Beschaffung von Atomwaffen zu verzichten.

Die Nuklearmächte Frankreich und China schlossen sich auch diesem so wichtigen Vertrag nicht an, das gleiche gilt für eine Reihe weiterer Staaten, wie Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea und auch noch andere, die ebenfalls über Kernwaffen verfügen beziehungsweise welche die technologischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen zu deren Entwicklung und Bau besitzen.

Durch die im Turnus von fünf Jahren stattfindende Konferenz zur Überprüfung der Einhaltung dieses Vertrages konnte bislang keine Übertretung der mit der Teilnahme an diesem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen der Signatarstaaten festgestellt werden, wie zumindest offiziell mitgeteilt wurde.

Infolge der sich immer weiter verbreitenden friedlichen Nutzung von Kernenergie ist es jedoch zu einer noch im Wachsen begriffenen „Grauzone“ gekommen, innerhalb derer einige Länder in Besitz wesentlicher Voraussetzungen von Kernwaffen-

technologie gelangen konnten (und können), ohne dabei gegen Text und Inhalt des Kernwaffensperrvertrages zu verstoßen. Im Jahre 1995 wurde dieser wichtige Vertrag auf unbestimmte Zeit verlängert, die Zahl der Unterzeichnerstaaten stieg auf 170 an.

Mit dem Abschluss dieses Vertrages wurde, gewollt oder auch ungewollt, ein weiteres Wegzeichen im Verlaufe des Kalten Krieges markiert: Der von beiden Seiten mehr oder weniger stillschweigend zur Kenntnis genommene und respektierte endgültige Eintritt eines atomaren Patts zwischen den beiden Supermächten bzw. den beiden von ihnen dominierten politischen und militärischen Kräftegruppierungen.

Sowohl der Westen wie auch der Osten sahen sich nunmehr mit Ernüchterung der grauenerregenden Möglichkeit einer unausweichlich eintretenden eigenen völligen Vernichtung konfrontiert, sollte eine der beiden Seiten die Vermessenheit zu einem Angriff aufbringen...

Selbst Inhalt und Aussage des Ausspruches Albert Einsteins über den einem dritten Weltkrieg folgenden, jedoch dann nur noch mit Knüppeln zu schlagenden, vierten Weltkrieg würde seinen Sinn verlieren, es wäre dann niemand mehr da, auch noch diesen Krieg zu beginnen und auszutragen. Nicht zuletzt hat auch das im sächsischen Erzgebirge gefundene und geförderte Uran zum Eintritt dieser derart verfahrenen Lage beigetragen.

Ein Erhalt des Friedens- oder um die nur einige Jahre nach dem ersten Einsatz von Kernwaffen entstandene Situation treffender zu charakterisieren und damit der Wahrheit näher zu kommen- die Vermeidung eines Krieges wurde erst möglich, nachdem man sich auf beiden Seiten in einem irrwitzigen und riesige Ressourcen verschlingenden Wettstreit nicht nur bis an die Zähne bewaffnete, sondern erst mit der paralysierenden Gewissheit wechselseitiger vollkommener Zerstörung bei gleichzeitiger völliger Vernichtung auch elementarster Voraussetzungen des Lebens an sich auf dem eigenen Heimatplaneten.

Kann Wahnsinn eine noch höhere Steigerung erfahren? – Wohl kaum!

Für einige Jahrzehnte lang wurde der Frieden – oder besser ausgedrückt: Die Vermeidung aktiver militärischer Handlungen einzig und allein durch den in West wie auch in Ost von Jahr zu Jahr wachsenden Horror vor einer gegenseitigen nuklearen Vernichtung – gesichert.

Nur unterbrochen von einigen wenig überzeugenden Versuchen, durch Verhandlungen und Übereinkünfte über eine Reduzierung ausgewählter Waffen und Waffensysteme dieser ständig anwachsenden Bedrohung aller Lebensfunktionen auf unserer Erde wenigstens etwas Einhalt zu gebieten.

Der Teufelskreis des Wettrüstens ist auch nach dem Ende des Kalten Krieges zu Beginn der neunziger Jahre nicht beendet worden. Es trat lediglich eine Abschwächung ein. Das in den Händen der nunmehr mindestens zehn Staaten, welche über Kernwaffen verfügen, vorhandene Potential an Nuklearwaffen ist immer noch ausreichend, um nicht nur die menschliche Zivilisation, sondern auch alles Leben auf unserem Planeten mehrfach zu vernichten.

Auch die bereits seit dem Experiment von Otto Hahn und Fritz Strassmann angedachte zivile, friedliche Nutzung von Kernenergie ist nach einigen Jahrzehnten der Euphorie bei ihrer Verbreitung und Anwendung nunmehr in Verruf geraten.

Eine lange Reihe von Unfällen beim Betrieb von Kernkraftanlagen in verschiedenen Ländern und schließlich die Katastrophe von Tschernobyl führten zu einer breiten Ernüchterung und letztlich zu realistischeren Einschätzungen der dabei zu kalkulierenden, unvermeidlichen Gefahren und technologisch schwer zu beherrschenden Folgeerscheinungen…

Selbst bei einer vollkommenen Beherrschung der hochkomplizierten Technik kerntechnischer Anlagen bleibt immer noch das nicht einschätzbare, schwer zu überschauende Risiko einer sicheren Endlagerung verbrauchter Brennstäbe sowie auch verstrahlter Aggregate und Anlagenteile nach dem Ablauf ihrer Nutzungsphase.

Solange diese Probleme nicht zufriedenstellend gelöst sind, haftet auch der friedlichen, zivilen Nutzung von Nuklearenergie ein Ruf des Unheimlichen und einer äußerst schwierigen, problembehafteten Handhabung an.

Auch ungeachtet der nicht zu übersehenden und nicht zu beherrschenden Folgen einer Havarie beim Betrieb eines Kernkraftwerkes für Menschen und Umwelt ist noch immer völlig unklar, wie mit den über riesige Zeiträume radioaktiv bleibenden Hinterlassenschaften, bestehend aus moralisch und technologisch verschlissenen Bauelementen, umgegangen werden soll. Ihre sichere Aufbewahrung über riesige Zeiträume hinweg verursacht Aufwendungen, welche den bei ihrem Einsatz erreichten Nutzen völlig in Frage stellen...

Allein mit den aus den nur wenigen Jahrzehnten seit Ende des II. Weltkrieges stammenden radioaktiven Überbleibseln von Bergbau, nuklearem Militärgerät aller Art und verstrahlten Industrieanlagen werden noch viele Generationen unserer Nachfolger nicht wenige Sorgen und Probleme haben, dankbar werden sie uns für dieses Erbe nicht sein, soviel ist bereits heute absehbar.

Aus allen diesen Erwägungen und Einsichten heraus erhebt sich die Frage, worin eigentlich der Nutzen des mit soviel Mühe und Aufwand gewonnenen Urans besteht.

Wozu man es auch verwendet, seien es nun die Brennstäbe eines Atomreaktors zur Erzeugung von Wärmeenergie oder der Sprengsatz einer Nuklearbombe – es ist und bleibt ein überaus gefährliches Teufelszeug, und der aus seinem Besitz und erst recht seiner Anwendung erwachsende Nutzen, soweit überhaupt von einem solchen Effekt zu sprechen ist, erweist sich nun, in der Rückschau auf mehr als ein halbes Jahrhundert kommerzieller und militärischer „Nutzung“ von Kernenergien, als überaus zweifelhaft.

Einzig und allein die Physik als Grundlagenwissenschaft profitierte von der Uranspaltung, mit ihr eröffneten sich neue Möglichkeiten, all dem, was da Materie und/oder Energie ist,

erst einmal auf die Spur zu kommen und zu erkennen, was unsere Welt im Innersten zusammenhält.

Und doch – ich glaube sicher sein zu können, dass sich der Menschheit dabei auch noch Wege und Möglichkeiten eröffnen werden, aus der friedlichen Anwendung von Kernenergie Nutzen und Vorteile zu ziehen, ohne diese mit der zwangsläufigen Hinnahme von wiederum neuen Gefahrenpotentialen erkaufen zu müssen.

Was wäre, wenn...

Die so interessante Frage, was eingetreten wäre, hätten die Amerikaner oder vielleicht auch die Engländer bereits bei Eintritt des Kriegsendes in Deutschland im Frühjahr 1945 gewusst, welcher seinerzeit so hoch wichtige und zugleich begehrte Stoff im Boden des westlichen Erzgebirges und des östlichen Thüringens seiner endgültigen Entdeckung harrte, ist rein spekulativ und daher eigentlich unwissenschaftlich!

Eine ernstzunehmende Geschichtsbetrachtung hat entstandene Realitäten zu akzeptieren, ohne alle Abstriche und hinzugefügte Vorstellungen.

Im Nachhinein gestellte Fragen wie: Was wäre, wenn...? Und dann darauf aufbauende Spekulationen sind, wie man annehmen muss, daher einzig theoretisch, sie tragen überdies die Gefahr eines Abgleitens in Wunschvorstellungen in sich...

Aber spekulative Schlussfolgerungen wie: Was unter nur wenig geänderten Bedingungen und Voraussetzungen hätte eintreten oder hätte folgen können, sind jedoch nicht immer völlig von der Hand zu weisen.

Auch wenn sie sich allein auf Vermutungen und nicht eingetretene Voraussetzungen stützen, sind sie doch geeignet, uns eine Vorstellung von Dingen zu vermitteln, zu denen es bei mitunter nur geringfügig geänderten historischen Umständen und Begleiterscheinungen gekommen wäre – im positiven wie auch negativen Sinne.

Zweck und Nutzen eines solchen Denkens besteht in der Sammlung von Erfahrungen und Folgerungen anhand nur fiktiver Begebenheiten, die jedoch eine positive Einflussnahme auf bevorstehende und noch im Gang befindliche Ereignisse möglich werden lassen; das heißt, ein ihnen innewohnendes Gefahrenpotential bereits im Vorhinein zu erkennen und ihren Verlauf anhand dieser, bei vorangegangenen Prozessen gleicher oder auch nur ähnlicher Art erworbener Erfahrungen zum Positiven zu beeinflussen.

Aus diesem Grunde ist ein Nachdenken über die Grenzlinien bereits stattgehabter Ereignisse hinaus mitunter zwingend notwendig, da es einen Einblick in die Entstehungsbedingungen geschichtlicher Fakten erlaubt, die dann durch das Erkennen von Analogien eine bessere Beurteilung anderer, gegenwärtiger wie auch zukünftiger Prozesse möglich macht oder sie wenigstens in ihren Grundzügen erlaubt.

Doch wie bereits erwähnt – diese Weise des Herangehens an geschichtliche Prozesse und Ereignisse ist mit Bedachtsamkeit und Vorsicht zu handhaben, denn es ist nur zu leicht möglich, dabei die tief ineinander verzahnten Grenzen zwischen Realität und Wunschvorstellung außer Acht zu lassen.

Tritt Letztgenanntes dennoch ein, so sind die Ergebnisse in auch noch reißerischer Aufmachung bestimmt recht interessant und anregend zu lesen, aber das war's dann auch schon. Sie entbehren dann jeder realistischen Grundlage und bilden nicht zuletzt einen mitunter äußerst bedenklichen Nährboden für ein von aller Realität losgelöstes und ihr manchmal sogar gefährlich entgegengesetztes Wunschdenken.

Noch immer kursieren Annahmen und Vorstellungen über bereits lange vor der Besetzung des Erzgebirges und Thüringens durch sowjetische Truppen erlangtes Wissen der Russen um die dort lagernden Uranvorräte. Nicht wenige dieser Legenden haben sich, auch wenn sie sich bis in unsere Zeit hinein halten konnten, als nicht zutreffend erwiesen.

Dennoch stößt man immer wieder auf ernst zu nehmende Hinweise und Anhaltspunkte, dass dem sowjetischen Geheimdienst eine ganze Reihe von Informationen zu in Sachsen vermuteten größeren Uranlagerstätten bereits längere Zeit vor dem Kriegsende in Deutschland vorlagen. Eine Anzahl nicht von der Hand zu weisender Fakten deutet trotz der sich einst um alle das erzgebirgische Uran betreffenden Dinge spannenden Geheimhaltung auf bereits vor Kriegsende und sogar schon aus den dreißiger Jahren stammende Kenntnisse der Russen hin.

Die gesamte Art und Weise des Herangehens der Sowjets, nicht erst nach deren Übernahme des westlichen Erzgebirges

und Ostthüringens als ihnen durch gemeinsame Beschlüsse der Alliierten zugesprochenes Teilgebiet ihrer deutschen Besatzungszone, erlaubt selbst bei nur oberflächlicher Betrachtung der bei Kriegsende eingetretenen Umstände und Bedingungen Rückschlüsse auf bei ihnen bereits vorhandene genauere Informationen und erstaunlich weitreichende Kenntnisse über dort lagernde Uranerzvorkommen.

Aus folgend aufgeführten Fakten und Überlegungen heraus erscheinen derartige Vermutungen auch durchaus realistisch:

- Die Pechblendevorkommen im sächsischen und böhmischen Erzgebirge waren bereits seit den ersten Silberfunden im ausgehenden Mittelalter bekannt, einzig über ihre Größenordung lagen aus bereits in vorangegangenen Kapiteln dargestellten Ursachen lange keine exakten Kenntnisse vor.
- In erzgebirgischer Pechblende wurde schon im Jahre 1785 durch den Chemiker Klaproth das Uran als chemisches Element entdeckt.
- Allein der letztgenannte Fakt hat Eingang in weltweit verbreitete Fach- und sogar Schulliteratur gefunden, ferner fand sich, ebenfalls in erzgebirgischer Pechblende, das im Jahre 1898 entdeckte radioaktive Element Radium.
- Die über Jahrhunderte hinweg nur im sächsischen und böhmischen Erzbergbau auftretenden Erkrankungen von Bergleuten an der „Schneeberger Krankheit", eines Karzinoms der Atemorgane, wurde nicht lange nach der Entdeckung der Radioaktivität als physikalisches Phänomen, als Folge radioaktiver Emanationen in den erzgebirgischen Bergwerken endlich erkannt und beschrieben, worüber medizinische Fachpublikationen auch international veröffentlicht und diskutiert wurden. Woraus bei einer Betrachtung im Nachgang und schließlich mit dem Wissen um die tatsächlichen Ursachen dieser speziellen, bis dahin nur in den erzgebirgischen Bergbaugebieten aufgetretenen Erkrankung, recht einfach zu schlussfolgern war, dass im Boden

dieser Territorien in vielen Bereichen radioaktive Erze und Mineralien lagerten.

- Die relativ weite Verbreitung radioaktiver Quellen über das gesamte Gebiet des Erzgebirges sowie auch ostthüringischer Gebiete und ihre zum Teil weltweit bekannte Nutzung zu Heil- und Kurzwecken in mehreren erzgebirgischen und vogtländischen Kurbädern.
- Die hohe Anzahl zunächst russischer und nach 1917 auch sowjetischer Auslandsstudenten an der Freiberger Bergakademie, deren wieder mit in ihre Heimat genommenen Studienunterlagen und Examensarbeiten mit Sicherheit auch Hinweise und Anhaltspunkte zu erzgebirgischen Uranlagerstätten enthalten haben dürften.
- Noch während des Krieges der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland betriebene Unternehmungen des russischen Militärgeheimdienstes in Zusammenwirken mit in Hitlerdeutschland festgehaltenen russischen Kriegsgefangenen, Fremdarbeitern und deutschen Widerstandsgruppen, welche in konspirativer Weise Informationen zu Uranlagerstätten auch aus Unterlagen des historischen Bergbaues des Erzgebirges zusammentrugen und sie noch vor Kriegsende dem russischen Geheimdienst zu Verfügung stellten.
- Mit Sicherheit ist auch anzunehmen, dass aus dem sächsischen Erzgebirge stammende und als Wehrmachtsangehörige in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratene Bergleute bereits vor dem Kriegsende durch den russischen Geheimdienst zu den dort vermuteten Uranlagerstätten befragt worden sind.
- Noch darüber hinaus die bisher kaum bekannt gewordenen Aktivitäten des sowjetischen Geheimdienstes bei der Aufklärung der Arbeiten zur Entwicklung und Erprobung von Nuklearwaffen und kerntechnischen Anlagen durch das Heeres- und Marinewaffenamt Hitlerdeutschlands sowie auch des sogenannten Uranvereins um Otto Hahn und Werner Heisenberg.
- Nicht zuletzt aber die nahezu gleichzeitig mit dem Kriegsende einsetzende Nutzung und Auswertung von sicherlich höchst

umfangreichen Erfahrungen und Kenntnissen erzgebirgischer Bergleute, die in noch bis zu dieser Zeit in Betrieb befindlichen Minen mit der Gewinnung anderer Erze und Mineralien beschäftigt waren und die bei ihrer Arbeit im Berg immer wieder auch auf Uranerze gestoßen sind.

- Eine als möglich anzusehende Einsichtnahme des russischen Geheimdienstes in die kurz vor Beginn des II. Weltkrieges von Friedrich Wernicke im Freiberger Institut für Lagerstättenkunde erarbeiteten Unterlagen zu Ausdehnung und Lage von Uranvorräten im sächsischen Erzgebirge.
- Außerdem ist durchaus anzunehmen, dass sich auch die Verantwortlichen der im Verlaufe des Krieges vorangetriebenen deutschen Kernwaffenentwicklung mit den im sächsischen und böhmischen Erzgebirge lagernden Uranvorräten beschäftigt und darüber Unterlagen und Dokumentationen zusammengetragen haben, welche noch vor Kriegsende vom russischen Geheimdienst aufgeklärt worden sind.
- Mit der nur wenige Tage nach dem Ende der Kämpfe in Berlin erfolgten Übergabe des Institutes Manfred von Ardennes sowie auch von Unterlagen der Oranienburger Auer-Werke, der DEGUSSA, des Kaiser-Wilhelm-Institutes und noch einer Reihe anderer deutscher Forschungsstellen an die russischen Militärbehörden dürften auch erst während des Krieges erarbeitete, geheime Unterlagen und Angaben über auf deutschem Boden vorhandene Uranlagerstätten in russische Hände gelangt sein.
- Noch während der letzten Tage des Krieges in Deutschland und noch mehrere Wochen vor der endgültigen Inbesitznahme der alliierten Besatzungszonen durch Truppen der Siegermächte, erfolgte die sofortige Konfiszierung und Sichtung von Archiven der Freiberger Bergakademie und der Dokumente sächsischer Bergbehörden durch russische Beutekommandos. In deren Verlauf sind russische Spezialisten mit Sicherheit in den Freiberger Forschungsstätten und den Unterlagen des sächsischen Bergamtes auch auf die möglicherweise erst während des

Krieges erarbeiteten und geheim gehaltenen Angaben über die Uranvorräte des Erzgebirges gestoßen.

- Allein die nahezu zeitgleich mit der Übernahme des westlichen Erzgebirges durch russische Besatzungstruppen aufgenommene Arbeit sowjetischer Kommissionen von Geologen und Bergbauspezialisten in diesen Gebieten weist unmissverständlich auf bereits im Vorhinein bestehende Vermutungen und Kenntnisse von dort vorhandenen Uranlagerstätten hin.

Aus den hier aufgezählten Punkten und Überlegungen ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Russen durchaus wesentlich früher als bisher und auch noch heute von Historikern, Geologen und Montanexperten angenommen, zu der Überzeugung gelangt sein konnten, dass im sächsischen Erzgebirge wesentlich mehr Uranerz lagerte, als bisher auch von anerkannten Fachleuten angenommen.

Woraus wiederum folgt, dass bereits in der Vorbereitungsphase im Verlaufe aller Verhandlungen und Absprachen der Alliierten zur Einteilung der späteren Besatzungszonen in Deutschland von der sowjetischen Seite verstärkt, jedoch unter völliger Geheimhaltung der Ursachen ihres Interesses, intensiv darauf hingearbeitet wurde, diese Territorien nach dem Sieg über Hitlerdeutschland auch in die Hände zu bekommen.

Verständlicherweise haben die Russen ihr auch bei Kriegsende beileibe noch nicht vollständiges Wissen von diesen, erst einige Jahre nach Kriegsschluss und dem Beginn von Erkundungs- und Erschließungsarbeiten endgültig bewiesenen Fakten und Annahmen mit niemanden geteilt; schon gar nicht mit ihren Verbündeten von jenseits des Atlantiks und des Kanals von Dover, denn die sahen ja aus aller Erfahrung der Russen heraus ebenfalls nicht den geringsten Grund zur Offenheit und Kooperation auf nuklearem Gebiet.

Welche zum heutigen Zeitpunkt und von dieser Warte aus betrachteten, völlig unüberschaubaren Kontroversen eingetreten

wären, hätten Stalins westliche Verbündete beizeiten Kenntnis davon bekommen, dass sie eine der größten Uranlagerstätten der Erde zunächst unter Einsatz von Leben und Gesundheit ihrer eigenen Soldaten erobert, sie dann aber wieder geräumt und ausgerechnet den Russen überlassen zu haben, die zur gleichen Zeit von ihnen mit allen Mitteln an einer eigenen Entwicklung von Nuklearwaffen gehindert werden sollten, darüber können heute bestenfalls Vermutungen angestellt werden – mehr nicht.

Letztlich zum großen Glück für das vom Kriege schrecklich zerstörte Europa und die übrige Welt waren die bei Kriegsende schon seit längerer Zeit schwelenden fundamentalen Interessengegensätze der Großen Drei noch nicht soweit fortgeschritten, dass die im Verlaufe des Krieges zwischen ihnen einmal geschlossenen Vereinbarungen, wie die Einteilung des besiegten Deutschlands in Besatzungsgebiete und deren dabei bereits im September 1944 festgelegte Grenzen, von einem oder auch mehreren Vertragspartnern ignoriert oder sogar bewusst gebrochen werden konnten – so gern das gewisse Politiker dieser Zeit auch gewollt hätten...

Unausdenkbar, was hätte eintreten können, wäre es mit dem Ende des Krieges gegen Hitlerdeutschland zu offenem, massivem Streit zwischen den Alliierten gekommen. Der Meinungsverschiedenheiten gab es bereits zu dieser Zeit viel zu viele und eine Kontroverse zwischen den Siegermächten des II. Weltkrieges nicht nur um den Besitz der drittgrößten Uranlagerstätten der Erde hätte zu nicht einzuschätzenden Folgen und Ereignissen führen können.

Die Uranlager des sächsischen Erzgebirges und die nur wenige Jahre darauf in Thüringen, im Gebiet von Ronneburg, vorgefundenen, erschlossenen und abgebauten Vorräte ermöglichten der Sowjetunion ein unerwartet schnelles Aufholen des westlichen Vorsprunges auf dem Gebiet der Nuklearwaffen. Das trug

in einem erheblichen Maße zum Eintritt eines Gleichgewichtes militärischer Möglichkeiten zwischen den beiden Supermächten und damit letztlich zum Ausbleiben eines erneuten und dann mit Kernwaffen geführten Weltkrieges bei.

Erst durch das Auftreten eines ebenfalls nuklear bewaffneten potentiellen Gegners kam es zu einem Ausgleich der militärischen Möglichkeiten zwischen den beiden nach dem II. Weltkriege entstandenen Machtblöcken. Trotz aller politischen Kontroversen der sich im Verlaufe der Nachkriegszeit um diese beiden Mächte entwickelnden, gegensätzlichen Gruppierungen von Staaten ist es bis zum politischen Zusammenbruch des kommunistischen Lagers auch bei wiederholtem Auftreten bedrohlicher Krisen zwischen beiden Systemen nicht zum militärischen Zusammenprall und damit zum Einsatz von Kernwaffen gekommen.

Die aus einem derartigen Zusammenstoss erwachsende Gefahr gegenseitiger Vernichtung bis hin zur Zerstörung aller Zivilisation und letztendlich aller Lebensgrundlagen auf unserem Planeten, ist mehr oder weniger stillschweigend auf beiden Seiten zur Kenntnis genommen wor-den und führte ungeachtet aller gegeneinander gerichteten Politik und Militärdoktrin sowie auch einer von beiden Seiten mehr oder weniger geschickt geführten Propaganda zu einer wechselseitigen Respektierung.

Zum Glück für das Leben auf unserer Erde diente das gesamte, seit mehr als einem halben Jahrhundert angehäufte atomare Vernichtungspotential nun auch über das Ende des Kalten Krieges hinweg bisher einzig und allein der Abschreckung vor dem Wahnsinn seiner Anwendung. Wobei sich dann aber rückblickend die Frage stellt, wie es kommen konnte, dass der Irrwitz nuklearer Aufrüstung überhaupt die heute erreichte Qualität und Quantität erreichen musste, wenn sich die an ihm Beteiligten bereits in einer recht frühen Phase dieser Entwicklung stillschweigend dessen völlig bewusst waren, dass es bei Strafe der Selbstvernichtung nie zu einem Gebrauch dieser Waffensysteme kommen dürfte…?

Das kaum anderthalb Jahrzehnte nach Ende des II. Weltkrieges eingetretene „Gleichgewicht des Schreckens“ sorgte trotz seiner Paradoxie und der ihm innewohnenden Gefährlichkeit auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhanges“ zunächst einmal für soviel gegenseitigen Respekt, dass auch bei der bedrohlichen Vielzahl kleinerer militärischer Auseinandersetzungen, vor allem in und um die Staaten der dritten Welt, seit dem Ende des II. Weltkrieges von beiden der jeweils hinter den unmittelbar Beteiligten der jeweiligen Konflikte stehenden Großmächten auf den Einsatz von Nuklearwaffen verzichtet wurde.

Doch beileibe nicht nur einmal fehlte nicht viel und die Welt wäre in eine atomare Katastrophe gerissen worden...

Während der ersten Jahre der Einführung von Kernwaffen in die Streitkräfte Amerikas, der Sowjetunion und später Großbritanniens und Frankreichs galt nach Meinung von damals verantwortlichen Militärs und Politikern auf beiden Seiten der Einsatz von Atomwaffen in einem Krieg als durchaus denkbar, und ungeachtet auch des bereits damals vorhandenen Wissens um seine nicht zu beherrschenden Folgen und Auswirkungen bereitete man sich auf beiden Seiten der damaligen Machtblöcke auf eine derartige Auseinandersetzung vor.

Der jeweils eigenen Bevölkerung, die mit angstvollem Interesse diesen so makaberen Tun zuschaute und sich mit daraus erwachsender Sorge schließlich immer höhere Kenntnisse und, angeführt durch verantwortungsbewusste Wissenschaftler aller Fachgebiete, schließlich auch fundiertes Wissen um die tatsächlich zu erwartenden Folgen eines Nuklearkrieges aneignete, versuchte man noch mehr als zwanzig Jahre nach dem Einsatz der ersten Kernwaffen auf menschliche Ziele in Hiroshima und Nagasaki deren fürchterliche Folgen und Wirkungen zu verniedlichen und zu verharmlosen...

Gewiss können sich die Angehörigen der Nachkriegsgenerationen, die unter der schrecklichen Drohung eines Nuklearkrieges aufwuchsen und schließlich erwachsen wurden, der infantil und letztlich sogar lächerlich und verlogen anmutenden

Hinweise und Verhaltensregeln erinnern, welche man den Menschen für den Fall des Eintrittes einer mit Kernwaffen geführten Auseinandersetzung auf beiden Seiten des eisernen Vorhanges einzureden versuchte.

Die allgemeine Verbreitung von Wissen um die unheimliche, von Kernwaffen ausgehende Bedrohung für das irdische Leben an sich führte schließlich zu einer breit angelegten und letztlich äußerst wirksamen Protestbewegung gegen die Entwicklung, den Besitz und die Weiterverbreitung von Kernwaffen auf unserer Welt.

Noch während der sechziger Jahre begann sich in den meisten der Nuklearwaffen führenden Staaten auch bei den verbohrtesten Militärs und Politikern die Einsicht durchzusetzen, dass ein mit Kernwaffen geführter, weltweiter Krieg mit der ebenso weltweiten Vernichtung aller Zivilisation und allen Lebens enden würde. Mit dem Zustandekommen erster, vor allen Dingen die Nuklearrüstungen beider Seiten begrenzenden Abkommen stellte sich immer dringlicher die Frage nach dem Sinn ihres noch weiteren Vorantreibens.

Die nun entstandene Situation war beispiellos in der gesamten menschlichen Geschichte; zum ersten Male verfügte man über Waffen, deren Einsatz einfach nicht mehr möglich war, weil die dann eintretenden Folgen nicht mehr zu kalkulieren und noch weniger zu kontrollieren waren Der mit dieser umwälzenden Erkenntnis verbundene Prozess des Umdenkens bei Politikern und Militärs hält bis in die heutige Zeit an und ist leider noch immer nicht abgeschlossen.

Bewaffnet bis an die Zähne belauerten sich die beiden im Gefolge des II. Weltkrieges entstandenen großen Machtblöcke und registrierten voll gegenseitigen Argwohns und Misstrauens jede auch noch so kleine Regung der jeweils anderen Seite. Sie stellten hunderte atomar bestückter Raketen auf, umkreisten mit kernwaffentragenden Flugzeugen und Unterseebooten, bereit jederzeit zuzuschlagen, die Territorien ihrer potentiellen Gegner.

Für einige Jahrzehnte lang bewegte sich die Menschheit auf einer absurden Gratwanderung nur wenige Fußbreit vom Abgrund eines alles vernichtenden Nuklearkrieges entlang und erfand für diesen merkwürdigen, jeder Vernunft widersprechenden Zustand eine ganze Reihe hochtrabender, aber letztlich doch nur verharmlosender Bezeichnungen, wie „Kalter Krieg", „Gleichgewicht des Schreckens", „Nukleares Patt", usw.

Der immer höhere Mittel beanspruchende Rüstungswettlauf und nicht zuletzt eine wachsende Anzahl sogenannter Stellvertreterkriege und politische Krisen im Auftrag und im Interesse der beiden großen Machtblöcke beanspruchte auf beiden Seiten Mittel und Ressourcen, die anderen Bereichen der Wirtschaft entzogen werden mussten und die schließlich zu ökonomischen und politischen Fehlentwicklungen sowohl im Bereich der kommunistischen Hemisphäre wie auch auf der ökonomisch stärkeren westlichen Seite führen mussten.

Die von völliger Unkenntnis gekennzeichnete Überlassung der reichen Uranlagerstätten des sächsischen und böhmischen Erzgebirges und schließlich auch Ostthüringens durch die von ihrer Existenz nicht informierten Amerikaner an die Sowjetunion ist seitens der westlichen Geschichtsschreibung während all der Jahrzehnte seit dem Kriegsende im Wesentlichen mit Schweigen übergangen worden.

Mit den Hintergründen und Ursachen dieser für den Westen politisch und militärisch so schwerwiegenden Entscheidung hat sich bis in die neueste Zeit hinein kaum eine Publikation beschäftigt – weder im Osten noch im Westen. Über die Ursachen, die Hintergründe und damit natürlich auch die Auswirkungen dieser so eklatanten Fehleinschätzung für das amerikanische Kernwaffenmonopol wurde jahrzehntelang völlige Stille gewahrt – ein Vorgang, der bis in die heutige Zeit hinein zumindest merkwürdig ist und erstaunlicherweise nie zum Gegenstand historischer Nachforschung und ihr entsprechender Veröffentlichungen wurde.

Sonderbar ist auch, dass es seitens der Sowjetunion auch nie zu einer rein propagandistischen Ausschlachtung dieser doch überaus interessanten, politisch und militärisch so folgenreichen Ereignisse gekommen ist.

Die Übernahme, die schnell aufgenommene Erschließung und Ausbeutung der in ihrer deutschen Besatzungszone lagernden Uranvorräte erlaubten der Sowjetunion eine von Amerika und Großbritannien unerwartet schnelle Kompensation des im Jahre 1945 entstandenen und äußerst bedrohlichen militärischen Vorsprunges der Vereinigten Staaten von Amerika, von denen bis in das Jahr 1949 angenommen wurde, eine noch über mehrere Jahre gesicherte Monopolstellung auf dem Gebiet der Nuklearwaffen besitzen und auch ungeniert ausnutzen zu können.

Auf der Annahme der US-Administration unter Truman, noch über Jahre hinweg über einen Alleinbesitz von Kernwaffen zu verfügen, fußten beträchtliche Teile amerikanischer Nachkriegspolitik sowohl gegenüber den nach 1945 entstandenen sozialistischen Staaten wie auch denen der eigenen Hemisphäre.

Der bereits nach vier Jahren eingetretene, unvermutet schnelle Verlust dieses Monopols führte weltweit zu weitreichenden politischen und militärischen Reaktionen; nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Nicht eine der überaus zahlreichen Veröffentlichungen des Westens zu den dem II. Weltkrieg folgenden Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den im Verlaufe des Kalten Krieges entstandenen gegensätzlichen Lagern befasst sich mit der in der Nachbetrachtung der so unverständlich, ja aus der Sicht des Westens so überaus absurd erscheinenden, völlig arglos vorgenommenen Übergabe dieser Gebiete an die Russen, bei der die im Süden der russischen Besatzungszone lagernden Uranvorräte in keiner Weise auch nur zur Kenntnis genommen wurden.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert wird eine der aus westlicher Sicht eklatantesten und folgenreichsten Fehlhandlungen amerikanischer Politik ganz einfach totgeschwiegen – man spricht nicht darüber.

Und die Beweggründe dieses langen Schweigens bestehen wohl in erster Linie darin, noch Jahrzehnte danach um jeden Preis verhindern zu wollen, dass es zu Fragen nach dafür bestehenden Verantwortlichkeiten kam. Darüber hinaus ist durchaus anzunehmen, dass man sich einer Fehleinschätzung derartigen Umfanges und letztlich unabsehbarer Folgen auf die dem II. Weltkrieg folgende Politik noch heute schämt und allein schon deshalb nicht geneigt ist, darüber in aller Offenheit zu sprechen.

Bereits während der letzten Kriegsphase in Europa deuteten sich erste schwere Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und ihren westlichen Ver-

bündeten betreffs der politischen Gestaltung des Nachkriegseuropas an. Es zeichnete sich schon damals ab, dass da sowohl von der einen wie auch von der anderen Seite die Texte und Inhalte einiger Verträge und Abkommen in einer recht einseitigen und nur auf den eigenen Vorteil ausgerichteten Art und Weise interpretiert und dann auch umgesetzt würden.

Spätestens an dieser Stelle erhebt sich die (spekulative) Frage, was im Frühjahr 1945 eingetreten wäre, hätten die Amerikaner und Engländer bereits zu dieser Zeit Kenntnis von den im Süden der russischen Besatzungszone lagernden Uranvorräten gehabt.

Wobei sich aus dieser Fragestellung zwingend die weiterführende Frage ergibt, wie es denn kommen konnte, dass alle die das erzgebirgische Uran betreffenden Dinge von den westlichen Alliierten vollständig ignoriert worden sind. Mit dem zu Ende gehenden zweiten Weltkrieg und während der ersten Wochen des Friedens in Europa vollzog sich, unbemerkt von den westlichen Alliierten sowie auch völlig verschwiegen von den Russen selbst, ein Hergang von letztlich historischen Ausmaßen und weitreichenden Auswirkungen.

Spätestens nach dem ersten russischen Kernwaffentest im August 1949 wurde nicht nur den Amerikanern offenbar, dass der Sowjetunion auf dem ihr bei den alliierten Verhandlungen zugesprochenen deutschen Besatzungsgebiet nicht nur eine Beute zugefallen war, deren sich die Vereinigten Staaten mit Sicherheit nur allzu gern selbst bemächtigt hätten, und dass man diese zu ihren erheblichen Teilen in der unmittelbaren Nachkriegszeit schon einmal in den eigenen Händen gehalten hatte – allerdings ohne auch nur zu ahnen, welche wichtigen Dinge sich dort im Boden verbargen.

Und bis heute ist ungeklärt, aus welchen Gründen die Amerikaner vor allem in Hinblick auf die von ihnen bis zum Ende des Krieges auf dem europäischen Kontinent als äußerst gefährlich eingeschätzten deutschen Aktivitäten auf nuklearem Gebiet nicht das Geringste unternahmen, sich Kenntnis von in

Deutschland vorhandenen Uranlagerstätten, einer der Hauptvoraussetzungen zur Entwicklung von Kernwaffen, zu verschaffen...

Eine übrigens durchaus realisierbare Aufgabe, auf deren auch für die Amerikaner möglichen Lösung in den vorangegangenen Kapiteln gründlich eingegangen worden ist.

Während des ganzen II. Weltkrieges und sogar noch vor seinem Eingreifen in diesen Krieg fürchtete Amerika noch bis kurz vor dem Sieg über Hitlerdeutschland die Entwicklung und den Einsatz einer deutschen Nuklearwaffe und war intensiv bestrebt, sich mit allen verfügbaren Mitteln Einblick in die dafür erforderlichen Arbeiten und Aktivitäten auf feindlicher Seite zu verschaffen.

Und auch der Anlass, in Amerika mit der Entwicklung von Nuklearwaffen zu beginnen, lag bekanntermaßen in der begründeten Furcht vor einer Kernwaffe in Hitlers Händen. Und trotz aller Sorge und Aufmerksamkeit, mit der man alle deutschen Aktivitäten betreffs der Schaffung einer solchen Waffe beobachtete, entzog sich eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihre Herstellung vollkommen dem ihr logischerweise zukommenden Interesse – das ist auch im Rückblick über nun schon beinahe sieben Jahrzehnte in keiner Weise zu verstehen. Und es erscheint bei Betrachtung und Beurteilung aller dieser Unternehmungen vollkommen unerklärlich, warum dabei das im sächsischen und böhmischen Erzgebirge lagernde Uran – auch unabhängig von damaligen Annahmen und Meinungen betreffs des Umfanges dieser Lagerstätten – gänzlich außer Acht gelassen werden konnte.

In völligen Gegensatz zu den Russen war es den Amerikanern also nicht in ausreichenden Maße gelungen, mittels geheimdienstlicher Unternehmungen einen ausreichenden Einblick in nukleare Aktivitäten Hitlerdeutschlands zu gewinnen, und sie mussten sich mit den Erkenntnissen und Schlussfolgerungen begnügen, welche sich aus der ihnen während ihres Vormarsches von Westfrankreich bis nach Deutschland hinein zugefallenen

Kriegsbeute in Gestalt von Forschungsunterlagen, Produktionsstätten und Materialvorräten sowie auch der Angaben von dabei in ihre Hände geratenen Wissenschaftlern und Ingenieuren zusammensetzten.

Die im letzten Satz genannten Fakten treffen zwar auch auf das während des Krieges geübte Vorgehen der Russen zu, die mit ebenso großem Interesse wie ihre westlichen Verbündeten alles, was mit deutscher Nuklearforschung auch nur zusammenhing, einsammelten, sich bei alledem aber bereits in einer noch frühen Phase und lange vor ihrem Sieg über Hitlerdeutschland mit großemVorrang auch um die so wichtigen materiellen Grundlagen aller dieser Aktivitäten kümmerten. Diese Dinge schienen ihnen um keinen Deut weniger wichtig als die theoretischen und technologischen Voraussetzungen der Entwicklung und Herstellung von Kernwaffen.

Als ein weiterer Fakt kommt noch hinzu, dass die Amerikaner zur Zeit des Kriegsendes in Europa bereits wussten, wie die Bombe zu bauen war und daher alle ihre Sorge zum einen der Verhinderung des Einsatzes einer deutschen Bombe noch vor Kriegsende galt.

Als sich während der letzten Phase des Krieges zeigte, dass all ihre Sorge vor dem Einsatz einer deutschen Kernwaffe gegenstandslos war, wandte sich ihre Aufmerksamkeit offenbar einzig der Sammlung aller Informationen und Informationsträger der deutschen Nuklearentwicklung zu.

Denn zum Anderen sollte im Sinne einer langfristigen Sicherung ihres Monopols auf Kernwaffen mit allen Mitteln verhindert werden, dass Nukleartechnologie und letztlich auch die an ihrer Entwicklung beteiligten deutschen Fachkräfte in die Hände der von Osten nach Deutschland vorrückenden Russen gerieten.

Mit der Wiederaufnahme des Kernwaffenprogramms der Sowjetunion gegen Ende des Jahres 1942 rückte zunächst die Beschaffung ausreichender Mengen von Spaltmaterial in das Zentrum allen Interesses.

Aus den bis dahin bekannten Uranlagerstätten im eigenen Territorium war der sich nun abzeichnende Bedarf vorläufig nicht zu decken, und die mit der Sowjetunion verbündeten USA und Großbritannien zeigten sich trotz wiederholter Bitten und Anfragen von russischer Seite an ihre Adresse nicht geneigt, den Russen entsprechenden Mengen Uranmaterial zu überlassen. Bereits damals dürfte der Sowjetunion klar geworden sein, dass in dieser Hinsicht von den eigenen Verbündeten nicht die geringste Unterstützung zu erwarten war, das sich mit einer alleinigen Verfügung über diese Waffe schon damals abzeichnende Machtpotential gedachten die Vereinigten Staaten von Amerika mit niemanden zu teilen...

Selbst die Engländer als engste Verbündete der Vereinigten Staaten gerieten in Schwierigkeiten, als sie nach dem Sieg über Hitlerdeutschland und Japan die von ihnen gemeinsam mit den Amerikanern erreichten Ergebnisse der Kernwaffenentwicklung zum Aufbau einer eigenen Nuklearstreitmacht nutzen wollten – die Amerikaner verweigerten ihnen den Zugriff auch auf von ihnen selbst erarbeitete Forschungsergebnisse und technologische Unterlagen.

Ein solches Monopol gedachten sie auch gegenüber ihren wichtigsten Kriegsverbündeten zu bewahren – allein diese Haltung erlaubt einen überaus interessanten Einblick in die politischen und militärischen Vorstellungen bei der Nutzung der alleinigen Verfügungsgewalt über Kernwaffen durch die Amerikaner in der dem II. Weltkriege folgenden Zeit...

Die ab dem Jahre 1942 gemeinsam mit Amerika vorangetriebenen nuklearen Anstrengungen Englands mussten aus diesem Grunde nach dem Kriegsende von neuem begonnen werden; es sollte bis zum Jahre 1952 dauern, bis auch Großbritannien über Atomwaffen verfügte.

Doch zu dieser Zeit gehörte die nukleare Monopolstellung der USA bereits der Geschichte an und das Wettrüsten von West und Ost wurde durch das Auftreten einer nunmehr dritten Atommacht nur noch um ein weiteres Mal verschärft.

Neben dem Problem der Beschaffung ausreichender Mengen Urans für Entwicklung, Konstruktion und Herstellung der Bombe bestanden, solange der II. Weltkrieg noch nicht zu Ende war, für die Russen noch eine ganze Reihe weiterer, sowohl wissenschaftlichtechnischer als auch militärischer Probleme.

Solange der Krieg noch nicht endgültig entschieden war, dürften ihnen dabei die Anstrengungen Hitlerdeutschlands zur Schaffung von Kernwaffen die größten Sorgen verursacht haben, mit dem die Sowjetunion in einem Krieg auf Leben und Tod stand.

Allein schon aus diesem Grunde dürfte sich das Hauptinteresse der Sowjetunion auf die Ermittlung des Standes, der Perspektiven und natürlich auch der materiellen Voraussetzungen der Entwicklung von Kernwaffen in Hitlerdeutschland konzentriert haben und man griff dabei auf alle nur denkbaren Quellen und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung zurück.

Unter anderem verschaffte sich der militärische Geheimdienst der UdSSR noch während des Krieges auf Forderung der russischen Atomkommission Informationen über Lagerstätten und Gewinnung von Uran im sächsischen und böhmischen Erzgebirge und es ist als sicher anzunehmen, dass diese Aufgabe bis zur endgültigen Übernahme dieser Territorien durch russische Besatzungstruppen weiterverfolgt worden ist.

Die Russen dürften also bereits vor ihrem Einzuge ins Erzgebirge über dort lagernde Uranvorräte informiert gewesen sein und waren zugleich höchst verunsichert, dass infolge der Wirren des Kriegsendes weite Gebiete davon durch amerikanische Truppen besetzt waren.

Die Vorstellung, dass die Amerikaner nichts von den dort im Boden ruhenden Uranlagerstätten wussten oder auch nur davon Kenntnis nehmen wollten, schien ihnen sicherlich völlig unglaubhaft, ja geradezu unvorstellbar. Von ihrer Warte aus erschien ihnen ein solches Verhalten einfach nicht möglich und vielleicht rechneten sie sogar mit einem Bruch der bereits geschlossenen Abkommen zur Aufteilung der alliierten Besatzungs-

zonen in Deutschland. Hinweise auf derartige Befürchtungen Stalins gehen aus einer ganzen Anzahl historischer Quellen hervor.

Wobei dabei auch noch anzunehmen ist, dass den Russen bereits vor dem Kriegsende die Aktivitäten Churchills in diesem Zusammenhang bestimmt nicht verborgen geblieben sind.

So entschlossen sie sich zur Bewahrung völligen Schweigens und blieben vollkommen inaktiv, bis die westerzgebirgischen Gebiete und schließlich auch noch Thüringens von amerikanischen Truppen geräumt und den nachrückenden Russen übergeben wurde.

Das ebenso einzigartige wie auch höchst merkwürdige Geschehen und Gebaren von Russen sowie auch Amerikanern in und um das Kreisgebiet Schwarzenbergs in der Zeit vom April bis in den Juli des Jahres 1945 hinein könnte durchaus eine Ursache für derartige Überlegungen der Russen gewesen sein...

Die fast mit dem Zeitpunkt der endgültigen russischen Übernahme dieser Gebiete beginnenden Bergbauerschließungsarbeiten in den Gegenden von Johanngeorgenstadt, Aue, Schlema und Annaberg wurden sorgfältig verschleiert und mit allerlei Ablenkungsmanövern getarnt, waren jedoch, wie bereits geschildert, nicht auf Dauer so geheim zu halten, dass ihr eigentlicher Zweck verborgen blieb.

Noch im Verlaufe der späten vierziger Jahre wurde allgemein bekannt, nach welchen Dingen in den alten, neueren und völlig neuen Schächten des Erzgebirges mit wachsendem Erfolg gegraben wurde, allen Versuchen und Bestrebungen einer Geheimhaltung der Förderung von Uran zum Trotz.

Die innerhalb weniger Jahre erfolgende, sprunghafte Zunahme von Bergbauaktivitäten aller Art provozierte das Interesse westlicher Geheimdienste an deren Ursachen. Nicht nur die Schächte und Erzaufbereitungsanlagen, sondern gleich das gesamte Gebiet des westlichen Erzgebirges wurde daher von den sowjetischen Besatzungsbehörden zu einer streng geheim gehaltenen und militärisch gesicherten Sonderzone erklärt, in deren

gesamten Territorium ausschließlich eigene Gesetze und Bestimmungen galten.

Die Tatsache, dass dort Uran gefördert wurde, war nicht zu verschweigen, dafür waren einfach zu viele Leute an den nun begonnenen Arbeiten beteiligt, damit musste sich auch die russische Besatzungsmacht abfinden. Doch strengster Geheimhaltung unterlagen Förderquoten, Angaben zum Metallgehalt des Erzes sowie Lage und Ausdehnung von Lagerstätten und noch vieles andere mehr.

Und an dieser Vorgehensweise hat sich bis zum Erlöschen der Erzförderung durch die WISMUT zu Beginn der neunziger Jahre nichts geändert.

Auch als gegen Ende der vierziger Jahre im Westen bekannt wurde, dass im sächsischen Erzgebirge und wenig später auch in Ostthüringen von den Russen überaus erfolgreich Uran gefördert wurde, kam es zu keiner wie auch immer gearteten Stellungnahme in westlicher Berichterstattung, dass wesentliche Teile der Landstriche, in deren Boden die Sowjets nunmehr mit gutem Erfolg den Stoff gewannen, aus dem ihre Bombe geschaffen wurde, in den letzten Tagen des Krieges und auch noch während der ersten Wochen des Friedens im Besitz von amerikanischen Truppen war…

Die Wismut im Alltag der DDR

Das sächsische Erzgebirge, noch zu Beginn der europäischen Neuzeit eines der gesellschaftlich und technologisch fortgeschrittensten Territorien nicht nur des späteren Deutschlands, sondern auch Europas, war mit dem Niedergang des Bergbaus auf traditionelle Erze und Mineralien im sich neigenden 19. Jahrhundert zu einem der Armenhäuser Deutschlands geworden. Nur langsam und zögernd begannen sich dort, wo einst Silber, Eisen, Zinn, Kobalt und noch soviel anderes mehr gewonnen wurde, andere Gewerke und Industrien anzusiedeln.

Die Bevölkerung dieser Gegenden war noch bis in die dreißiger und vierziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts äußerst arm, der im sächsischen Erzgebirge bestehende Lebensstandard lag deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt – in anderen Gebieten Deutschlands ging es der Bevölkerung schon um Einiges besser.

Die wenigen, noch bis in die Jahre des II. Weltkrieges hinein betriebenen Bergwerke dienten der Gewinnung einiger seltener und deshalb begehrter Metalle und Mineralien und die übrige industrielle Entwicklung konzentrierte sich auf Standorte in einigen größeren Städten wie Chemnitz, Zwickau, Glauchau, Plauen und andere, die allerdings zum großen Teile weitab der einstigen großen und traditionellen Bergbauzentren lagen.

Im überwiegenden Teil der ehemaligen Stammgebiete des erzgebirgischen Bergbaus dominierten kleine Handwerksbetriebe und in einigen der größeren Orte bestenfalls Leichtindustrie. Auch in den zahlreichen landschaftlich reizvollen Gegenden des oberen Erzgebirges war während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Tourismus noch nicht zu einem tragfähigen Wirtschaftsfaktor geworden. Abgesehen von einigen schon damals bekannten Kur- und Erholungsorten und ihrer unmittelbaren Umgebung hatte sich auf diesem Gebiet bis zum Beginn des II. Weltkrieges noch nicht allzu viel getan. Der Ende der dreißi-

ger Jahre begonnene Krieg, der wenige Jahre darauf folgende Zusammenbruch Hitlerdeutschlands und die dann eintretende Not der Nachkriegszeit sorgten nur für eine noch weitere Verschlechterung all dieser ohnehin schon schwierigen Bedingungen.

Der sich dann während der ersten Jahre nach dem Kriegsende im Zusammenhang mit den Uranfunden entwickelnde erneute Bergbauboom im sächsischen Erzgebirge, in dessen Folge es zur Schaffung hunderttausender Arbeitsplätze, nicht nur in den Schacht- und Aufbereitungsanlagen, sondern auch in den zahlreichen Neben- und Nachfolgegewerken des Bergbaues kam, sorgte trotz allen Elends und der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit für einen noch nie dagewesenen Aufschwung in diesem bis dahin im wirtschaftlichen Sinne darniederliegenden Landstrich. Die sich nun abzeichnende Entwicklung sollte alle Glanzzeiten des historischen Bergbaus im Erzgebirge bei weitem übertreffen.

Mit dem Beginn der fünfziger Jahre begannen sich die Verhältnisse in den WISMUT-Gebieten zu festigen, die von den deutschen Arbeitskräften ertrotzte Einführung des deutschen Bergarbeitertarifs, ein äußerst lukratives und verlockendes Prämiensystem, eine Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des allgemeinen Bedarfs, welche der in den übrigen Teilen der DDR weit voraus war, ein attraktives System sozialer Leistungen und nicht zuletzt eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und Wertung bergmännischer Arbeit sowie auch die Ausstattung der Schächte und Erzverarbeitungsanlagen mit moderner technischer Ausrüstung verbesserten die Akzeptanz und Wertschätzung der WISMUT nicht nur bei der Bevölkerung des Erzgebirges und Westthüringens um ein Vielfaches.

Vor allem auf Grund der hohen Verdienstmöglichkeiten im Uranbergbau kam es zu einem regelrechten Zustrom von Arbeitskräften, das während der zweiten Hälfte der vierziger Jahre entstandene Negativimage der WISMUT wurde abgebaut und verschwand schließlich nahezu vollkommen.

Eine der Ursachen dieser Entwicklung bestand in der sich zu Beginn der fünfziger Jahre endgültig abzeichnenden Erkenntnis,

dass im Boden des sächsischen Erzgebirges und, wie nun sicher festgestellt, auch im Boden des östlichen Thüringens Uranerzvorräte von einem Umfang lagerten, deren Gewinnung einen sich über Jahre und Jahrzehnte erstreckenden und gut organisierten Abbau erforderlich machen würden. Die im Süden der späteren DDR lagernden Uranerzvorräte erwiesen sich als die reichsten in Europa und zugleich die drittgrößten der Erde.

Auch aus diesem Grunde entschloss man sich seitens der WISMUT-Leitung, der SED und des FDGB für eine langfristig orientierte und gut fundamentierte Personal- und Sozialpolitik, um eine hochmotivierte und leistungsbereite Stammbelegschaft heranziehen zu können.

Allein das dafür notwendige Kostenvolumen in Gestalt von Wohnungsbau, Sozialbauten, Kultur- und Bildungseinrichtungen und der dafür erforderlichen Infrastruktur belief sich allein im Jahre 1952 auf zu dieser Zeit beachtliche 34,5 Mill. Mark.

Angesichts der so schwierigen ersten Nachkriegsjahre und der zu dieser Zeit noch immer bestehenden Reparationsforderungen der Sowjetunion an die DDR eine gewaltige Summe, deren Ausgabe sich letztlich äußerst belastend auf Neu- und Wiederaufbau der durch Krieg und Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion äußerst beanspruchten übrigen Wirtschaft der DDR auswirkte.

Der in diesem Zusammenhang getriebene Aufwand hatte Gründe. Die Uranlagerstätten des sächsischen Erzgebirges und wenig später auch Thüringens befanden sich zwar innerhalb des russischen Besatzungsgebietes, doch letztlich in nur geringer Entfernung von dessen bis zum im Jahre 1961 erfolgten Mauerbau in Berlin noch immer offenen Westgrenzen, über die noch immer ein durchaus reger Verkehr in beiden Richtungen anhielt.

Trotz umfassender Geheimhaltung um alle mit dem erzgebirgischen und thüringischen Uran und seiner Gewinnung zusammenhängenden Dinge war es nicht möglich, eine vollkommene Abschirmung zu organisieren, wie das vielleicht in irgendwelchen weltabgeschiedenen Territorien tief im Inneren der Sowjet-

union durchgesetzt werden konnte. Die Errichtung eines Zwangsarbeitssystems beim Abbau der Uranerzlagerstätten schien daher nicht zuletzt auch aus politischen Erwägungen als unrealisierbar, da die dabei eintretenden Zustände nicht geheim zu halten gewesen wären.

Die Schwierigkeit bestand darin, dass der Uranbergbau in der russischen Besatzungszone Deutschlands gewissermaßen unter den Augen einer naturgemäß höchst neugierigen Weltöffentlichkeit durchgeführt werden musste.

Die für die GULAG-KZ' kennzeichnenden Zwangsbedingungen konnten daher unter den im Erzgebirge und Thüringen anstehenden Bedingungen aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht angewendet werden, und so entschloss man sich seitens der WISMUT zu einem ebenso neuen wie auch erfolgreichen Vorgehen, indem die erforderlichen Arbeitskräfte mit äußerst lukrativen Angeboten auf freiwilliger Basis in die Uranfördergebiete gelockt wurden.

Eine Herangehensweise, die bereits in ihren Anfängen höchst erfolgreich war und nicht nur von der Bevölkerung des Erzgebirges und Thüringens bereitwillig angenommen wurde.

Bei der WISMUT war nicht nur gutes Geld zu verdienen, auch die Sozialleistungen, das Kulturangebot und nicht zuletzt die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfes und auch Luxusgütern lag schon in den frühen Jahren des Uranbergbaues um ein gerütteltes Maß über dem Durchschnitt übriger Gebiete der DDR.

Durch eine geschickte und gut angelegte Propaganda wurde auch den mit der Gewinnung von Uran Beschäftigten immer wieder verdeutlicht, dass sie mit ihrer Arbeit der Schaffung und Sicherung eines militärischen Gleichgewichtes zwischen Ost und West und damit letztlich der Bewahrung des Friedens dienten. Eine Argumentation, deren Wahrheitsgehalt nicht bestritten werden konnte...

Der überwiegende Anteil von Bergleuten und Angestellten der WISMUT identifizierte sich mit diesen Gedanken, und der auf

einer nun schon jahrhundertelangen Tradition basierende, enge innere Zusammenhalt der erzgebirgischen Bergarbeiter entwickelte auch unter den verschärften, halbmilitärischen Bedingungen des Uranabbaus einen hohen Stolz auf die gefährliche und schwere Arbeit im Berg.

Die nicht geringen Probleme, Risiken und schließlich auch die durch ihre Arbeit auftretenden schweren ökologischen Folgen für die Umwelt ihrer Heimatgebiete schienen zumindest während der Anfangsjahre nur wenig ins Gewicht zu fallen, beziehungsweise wurden verdrängt.

Seitens der DDR kam es bereits während der zu Ende gehenden fünfziger Jahre zu Vorstellungen, das im eigenen Lande vorhandene Uran zur langfristigen Lösung ihrer sich immer weiter verschärfenden Energieprobleme zu nutzen. Man plante die eigenständige Entwicklung einer zivilen Nuklearindustrie, das heißt die Errichtung von Kernkraftwerken und damit auch den Aufbau von Kapazitäten zur Herstellung kernenergetischer Anlagentechnik.

Mit der Inbetriebnahme eines ersten Versuchskraftwerkes, noch weitgehend mit russischer Technik ausgestattet, in der Nähe Rheinsbergs, einige Dutzend Kilometer nördlich Berlins, im Jahre 1966 wurde ein erster Schritt in diese Richtung vollzogen.

Mit dem Betrieb dieser Anlage sollten Erfahrungen gesammelt werden, die dann in den Bau und die Unterhaltung größerer Einheiten fließen sollten... Ab dem Jahr 1980, so plante man, sollte in der DDR der Zuwachs an benötigter Elektroenergie ausschließlich durch Kernkraftwerke gesichert werden, wozu die Errichtung einer ganzen Reihe von Atomkraftwerken vorgesehen war.

In diesem Zusammenhang bestanden Vorstellungen, in der DDR mit der Entwicklung und Herstellung kerntechnischer Anlagen zu beginnen, um sich von Importen unabhängig zu machen.

Doch zur gleichen Zeit musste die damalige DDR-Führung unter Ulbricht mehr oder weniger zähneknirschend zur Kenntnis nehmen, dass der „Große Bruder" Sowjetunion dergleichen Vorhaben nicht hinnehmen wollte; die Entwicklung und Herstellung dieser Technologie sollte einzig und allein dem Führungsstaat des Ostblocks vorbehalten bleiben... Eine derartig weitreichende energietechnische Unabhängigkeit und die daraus resultierende Souveränität wollte die Moskauer Obrigkeit der DDR aus einer Reihe von Gründen nun doch nicht einräumen.

Bei Verhandlungen zwischen der Sowjetführung und der DDR kam es im März 1967 zu einer Forderung Ulbrichts an Breschnew, der DDR die zum Bau von Nuklearkraftwerken notwendige Technologie zu liefern. Denn immerhin, so argumentierte Ulbricht, liefere die DDR schon seit Jahren zu hohen Kosten den dafür erforderlichen Brennstoff ausschließlich an die Sowjetunion, ohne einen direkten Nutzen davon zu haben. Da bereits zu dieser Zeit etwa 80 % des Energieaufkommens der DDR durch Braunkohle gedeckt werden musste, die Braunkohlevorräte nicht unendlich waren und zudem ihre Gewinnung immer aufwändiger wurde, sorgte sich Ulbricht zurecht um die Sicherung der Energieversorgung seines Landes und erging sich in zunehmend skeptischer Bewertung der auf dem Gebiet des Baus kerntechnischer Ausrüstungen zweifellos recht mangelhaften Kooperation im RGW.

Dass er mit einer solchen Haltung bei seinem hohen Alliierten gewissermaßen ins Fettnäpfchen getreten ist, war ihm in ihrer weitreichenden Bedeutung wohl nicht ganz klar... Vielleicht hatte er auch die ihm von seinem Gesprächspartner entgegengebrachte Wertschätzung höher kalkuliert, als sie sich dann zeigte.

Möglicherweise hat diese Kontroverse mit dem Phlegmatiker Breschnew Ulbrichts nur wenige Jahre später erfolgenden Sturz durch den wenig weitsichtigen und auf ökonomischen Gebiet vollskommen unbedarften Honecker mit verursacht. Bei der Beurteilung wirtschaftlicher Fragen und Probleme, vor allen Dingen auf lange Sicht, erwies sich Ulbricht allerdings als

wesentlich kompetenter als sein Nachfolger, er zeigte sich durchaus in der Lage, die sich bereits während der sechziger Jahre abzeichnenden ökonomischen Probleme der DDR zu erfassen und einzuschätzen und sah in der nuklearen Energiegewinnung einen Ausweg aus der sich ankündigenden schwierigen Lage.

Selbst der in jenen Jahren unter Kerntechnikern und Physikern rege diskutierte Bau von sogenannten „schnellen Brütern“ wurde in Erwägung gezogen, scheiterte jedoch bereits von vorn herein am Einspruch der russischen Seite. Mit einer derartigen Technologie wäre in der DDR das äußerst gefährliche, hochgiftige Plutonium gewonnen worden, welches sich zudem auch noch zur Herstellung von Kernsprengsätzen eignete...

Zum einen wollte man der DDR seitens der Sowjetunion die Herstellung bombenfähigen Materials nicht erlauben und zum anderen zeigte sich auch in der übrigen Welt mit dem Fortgang wissenschaftlicher Untersuchungen, dass die Technologie „schneller Brüter“ nur unter hohen Aufwendungen sicher und störungsfrei zu handhaben ist.

In der weiteren Entwicklung der zivilen Nukleartechnologie sah man daher nicht nur in der DDR, sondern auch weltweit von einer Nutzung der Bruttechnologie ab – sie gilt noch heute als äußerst gefährlich und ist nur unter großem Aufwand handhabbar.

Die sowjetische Seite erklärte sich daher nur bereit, eine Reihe von Schlüsselteilen für Leichtwasserreaktoren zu liefern, die dann schließlich im während der siebziger Jahre errichteten Kernkraftwerk NORD, in der Nähe Greifswalds, zum Einsatz kamen.

Zur Fertigstellung eines weiteren, im Raum Stendal zu errichtenden Kernkraftwerkes kam es bereits nicht mehr, die sich im Frühjahr 1986 ereignende Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl zeigte die Schwächen und Probleme der in dieser Anlage arbeitenden Technologie, welche übrigens auch in den Anlagen des KKW NORD installiert war.

Zu Beginn der sechziger Jahre hatte sich die WISMUT im sächsischen Erzgebirge und in Westthüringen zu einem Musterbetrieb entwickelt, die bei ihr Beschäftigten waren stolz auf das von ihnen vollbrachte Werk – nur wenige von ihnen begannen bereits damals zu ahnen, welchen Schaden der rücksichtlose und einzig auf die maximale Gewinnung von Uran ausgerichtete Bergbau im Erzgebirge und in Thüringen angerichtet hatte. Und noch weniger von ihnen begannen sich Gedanken darüber zu machen, ob und auf welche Weise all diese so brutalen Zerstörungen einmal wieder rückgängig gemacht werden könnten.

Die SDAG WISMUT galt auf Grund ihres gesonderten Status' als kein volkseigener Betrieb der DDR und fiel daher nicht unter die Regelungen zum Treuhandvermögen gem. Artikel 25 des Einigungsvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten vom 31. August 1990.

Mit dem Tage der Wiedervereinigung fiel deren Gesellschaftsanteil der DDR automatisch an die Bundesrepublik Deutschland, dessen Verwaltung nun vom Bundeswirtschaftsministerium übernommen wurde. In einem zwischen der BRD und der Sowjetunion bereits am 9. Oktober 1990 abgeschlossenen Überleitungsabkommen wurde vereinbart, die Geschäftstätigkeit der WISMUT mit dem auslaufenden Jahr 1990 zu beenden.

Ungeklärt blieben bis zum Abschluss dieses Übereinkommens Festlegungen über eine Teilnahme der sowjetischen Seite an der Beseitigung der so zahlreichen durch den Bergbau verursachten Umweltschädigungen sowie auch eine Mitwirkung bei der sich über mehrere Jahre erstreckenden Stilllegung, Sanierung und Sicherung der nun nicht mehr benötigten Schächte, Halden, Absetzteiche, Spülkippen, Tagebaue...

Nach einer Überprüfung der bestehenden Sachlage in den einstigen Uranabbaugebieten wurde von der Bundesrepublik Deutschland für diese sich über einen zunächst veranschlagten Zeitraum von etwa 15 Jahren hinziehenden Maßnahmen eine Summe von ca. 13 Milliarden Mark für erforderlich erachtet.

Während der nun anstehenden weiteren Verhandlungen um das Vermögen, die Liegenschaften und nicht zuletzt die Hinterlassenschaften der SDAG WISMUT verweigerte die sowjetische Seite jede Beteiligung an den dafür aufzubringenden Kosten und Aufwendungen, sie berief sich auf einen aus dem Jahre 1962 stammenden Vertrag, aus dessen Text sich auch nur eine anteilige Übernahme von Sanierungskosten juristisch nicht eindeutig ablesen ließ.

Als Ausgleich für die Ablehnung der Teilnahme an der dringend erforderlichen Altlastensanierung wurde von den Russen den deutschen Verhandlungspartnern die kostenlose Überlassung des sowjetischen Anteiles der WISMUT-Aktiengesellschaft an die Bundesrepublik Deutschland offeriert, mit dessen Annahme und Übernahme jegliche russische Beteiligung an allen anfallenden weiteren Arbeiten dann wegfiele...

Ein Geschäft für die Bundesrepublik Deutschland, wie es schlechter nicht sein konnte. Da jedoch zu dieser Zeit die nun gerade wiederhergestellte deutsche Einheit, der zwar vereinbarte, aber noch zu realisierende Abzug der russischen Besatzungstruppen aus dem Gebiet der einstigen DDR, ferner aber auch Rücksichten aus politischen Gründen im Sinne der geplanten Osterweiterung der NATO sowie noch eine Vielzahl weiterer politischer Fragen aufeinander abzustimmen und zu lösen waren, blieb der deutschen Seite keine Wahl, als auf diesen ebenso fragwürdigen wie auch kostenträchtigen Kompromiss einzugehen.

Der Spielraum der damals geführten Verhandlungen war äußerst gering und stand unter dem massiven Druck der Sorge vor einer zu befürchtenden Umkehrung der Reformpolitik in der Sowjetunion; für ein langes Abwägen und Feilschen um einzelne Positionen fehlte aus diesem nicht zu unterschätzenden Grunde die Zeit, so dass trotz aller Kritik politische Erwägungen und Rücksichten beim Vorantreiben dieses Prozesses den absoluten Vorrang gegenüber wirtschaftlichen und finanziellen Bedenken erhielten.

Der Verlauf der Geschichte seit 1990 hat den damaligen Befürwortern einer Annahme dieses Kompromisses vollinhaltlich Recht gegeben.

Die Russen hatten sich nun nicht nur das erzgebirgische und thüringische Uran zu für sie äußerst vorteilhaften Bedingungen angeeignet, sie haben sich auch auf eine – höflich formuliert – mehr als fragwürdige Weise um die Wiedergutmachung aller durch den raubbauartig geführten Bergbau der WISMUT angerichteten Schäden gedrückt.

Der Wert des von ihnen zur Disposition gestellten Anteiles an der SDAG WISMUT entsprach auch nicht annähernd den zur Sanierung und Renaturierung der durch den Uranbergbau aufzubringenden Aufwendungen – sie zu tragen wurde dem deutschen Steuerzahler, was heißt dem deutschen Volk überlassen.

Literaturnachweise/Quellennachweise:

- Rainer Karlsch/Zbynek Zeman: „Urangeheimnisse – das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik", Ch. Links Verlag, Berlin, 2003
- Rainer Karlsch: „Uran für Moskau – Die Wismut, eine populäre Geschichte", Ch. Links Verlag, Berlin, 2007
- Rainer Karlsch: „Hitlers Bombe – Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche", Deutsche Verlagsanstalt, München, 2005
- Winston Churchill: „Memoiren", Scherzverlag Bern/Schweiz, 1985
- Bernd Stöver „Der Kalte Krieg", Verlag C. H. Beck, München, 2007, (priv.)
- Jeremy Isaacs u. Taylor Downing: „Der Kalte Krieg", Diana Verlag/little Brown & Company, Boston 1998/1999 (priv.)
- Die Werkstatt-Bib. Markkl.: „Das Wismut-Erbe", Reimar Paul Verlag
- Robert Jungk: „Heller als tausend Sonnen – Das Schicksal der Atomforscher", Wilhelm Heyne Verlag, München, 1990
- Manfred von Ardenne: „Biografie", Verlag der Nation, 1987
- Peter Auer: „Von Dahlem nach Hiroshima – Die Geschichte der Atombombe", Aufbau Verlag, 1995
- Otto Hahn: „Biografie"; Verlag Neues Leben, 1983
- Eberhard Panitz: „Treffpunkt Banburry oder wie die Atombombe zu den Russen kam", Aufbau Verlag
- Wladimir Gubarew: „Arsamas 16", Verlag Volk und Welt, Berlin 1992
- Militärverlag DDR: „Augen am Himmel", 5. Auflage, Berlin 1972
- Phillip Kightley: „Geschichte der Spionage im 20. Jhd.", Verlag Volk und Welt, Berlin 1990
- Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen, Autorenkollektiv: „Republik im Niemandsland – Ein Schwarzenberg Lesebuch", 1997
- Clausewitz: „Vom Kriege"
- Wilfried Kopenhagen: „Sowjetische Bomber", Transpressverlag Berlin, 1989
- Carl Berger: „Die B-29", Moewig Verlag Rastatt, 1986
- B. Johnson: „Streng geheim", Weltbildverlag Augsburg, 1978
- Akademieverlag Berlin: „Geschichte des II. Weltkrieges", 6 Bände
- Heinz-J. Nowarra: „Deutsche Flugzeugkonstruktionen", Bernhard u. Gräfe Verlag, Koblenz, 1993

- Naturalis Verlag München/Köln: „Große Geschichte des dritten Reiches und des zweiten Weltkrieges – Teil Zusammenbruch“
- Piekalkiewicz: „Luftkrieg 1939 bis 1945“, Bechtermünzverlag, 1989
- Piekalkiewicz: „Geschichte des II. Weltkrieges“, Weltbildverlag, 1993
- Piekalkiewicz: „Weltgeschichte der Spionage“, Kometverlagsgesellschaft 1993
- Richard Overy Rowohlt: „Russlands Krieg“, 1993
- Isaac Deutscher: „Stalin“, 2. Auflage 1997, Bechtermünz Verlag
- Dmitri Wolkogonow: „Die sieben Führer – Aufstieg und Untergang des Sowjetreiches“, Societätsverlag Frankfurt, 2001
- Albert Speer: „Erinnerungen“, Propyläen Verlag Frankfurt/M., 1975
- Hans-Peter Schwarz: „Das Gesicht des Jahrhunderts“, Siedlerverlag Berlin, 1998
- Johannes Decker: „Uranjäger – Ein Wismut-Romanrapport“, Druck- und Verlagsgesellschaft Marienberg
- Werner Bräunig: „Rummelplatz“ – Roman, Aufbauverlag Berlin, 2007
- Dr. Olaf Groehler: „Geschichte des Luftkrieges“ 1. Auflage, Militärverlag der DDR, 1975

Vom Fernsehen gesendete Beiträge:

Phönix am 14.03.09 um 21.00 Uhr: Dokumentation über das „KGB in Deutschland“, (Angaben, das russischer Geheimdienst bereits vor Kriegsende Kenntnis über Uranlager im Erzgebirge hatte – keine Angaben, auf welche Weise diese zustande kamen, Neuaufschluss historischer Bergwerke, dabei auch Gespräche mit beteiligten deutschen Bergleuten)

NTV am 26.04.09 um 19.10 Uhr: „Hitlers Raketentunnel“ – Amerikaner, später Russen (Erbeutung von cirka 100 V-1 und V-2 durch die USA, später Weiterbau von Flugkörpern, Motoren und Turbinen durch Russen, Verlegung der Anlagen erst ca. 1 Jahr nach Kriegsende in die SU)

